



Abschlussbericht:

Fokusgruppen mit regionalen Akteuren für die Untersuchung und Weiterentwicklung der Gleichwertigkeitspolitik des Bundes

Abschlussbericht: Fokusgruppen mit regionalen Akteuren für die Untersuchung und Weiterentwicklung der Gleichwertigkeitspolitik des Bundes

Auftragnehmer

Name: nexus Institut für Kooperationsmanagement GmbH
Straße: Willdenowstraße 38
Ort: 12203 Berlin
Tel.: +49 30 318054-78
E-Mail: christiane.dienel@nexusinstitut.de
Vertrag: Vertrag vom 09. August 2023
auf Grundlage des Zuschlags vom 02. August 2023

Verfasserinnen und Verfasser:

Dr. Christine von Blanckenburg, Dr. Claudia Bosch,
Prof. Dr. Christiane Dienel, Dipl.-Geogr. Ansgar Düben

Forschungsprogramm

Projekt / Thema: Anwendung der Methodik von Fokusgruppen mit regionalen Akteuren für die Untersuchung und Weiterentwicklung der Politik für gleichwertige Lebensverhältnisse des Bundes (LOS 1)
Aktenzeichen: B12.31 - 1019/23/VV : 1 – LOS 1
Laufzeit: 8 Monate; von 08/2023 –03/2024

im Auftrag des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (Hrsg.)

Bundesministerium des Innern und für Heimat
Alt-Moabit 140
10557 Berlin



Bundesministerium
des Innern
und für Heimat

Inhalt

Kurzfassung	1
1. Einleitung.....	8
2. Methodisches Vorgehen.....	10
2.1. Erkenntnisinteresse und zentrale Fragestellungen.....	11
2.2. Fallauswahl.....	12
2.3. Planung, Durchführung und Auswertung der Fokusgruppendifkussionen	20
3. Ergebnisse der thematischen Fallbeispiele	24
3.1. Digitale Teilhabe im Saarland.....	24
3.2. Mobilität und ÖPNV in Nordfriesland	28
3.3. Klima und Umwelt im Schwarzwald.....	35
3.4. Fachkräfte und Integration im Regierungsbezirk Schwaben	42
3.5. Strukturwandel und Strukturstärkung im Mitteldeutschen Revier in Sachsen-Anhalt..	48
3.6. Gesundheit und Pflege im Landkreis Vorpommern-Greifswald	53
3.7. Engagement, Ehrenamt und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Dortmund	57
3.8. Nahversorgung und kulturelle Teilhabe im Emsland	61
4. Ergebnisse zu Fragen der Förderpolitik	71
4.1. Allgemeine Erfahrungen mit der Bundesförderung.....	71
4.2. Der Förderprozess und seine Phasen	73
4.3. Rahmenbedingungen der Bundesförderung – die Wahrnehmung in den Regionen ..	77
4.4. Vorschläge zur besseren Gestaltung der Förderbedingungen	82
5. Menschen und Regionen	88
5.1. Menschen in der Erwerbstätigkeit.....	88
5.2. Menschen in Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement	100
5.3. Soziales Kapital und Begegnungsräume	106
6. Handlungsempfehlungen und Reflexion des Arbeitsprozesses	113
6.1. Handlungsempfehlungen.....	113
6.2. Abschließende Reflexionen	117
7. Literaturverzeichnis	121
8. Anhang	130
8.1. A: Besetzung der Fokusgruppen	130
8.2. B: Gesprächsleitfaden	133
8.3. C: Kodesystem	134

Abkürzungsverzeichnis

AG	Auftraggeber
AGnES	Arztentlastende, Gemeindenahe, E-Health-gestützte, Systemische Intervention
AWO	Arbeiterwohlfahrt e.V.
BA	Bundesagentur für Arbeit
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BBSR	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
BioZ	Biobasierte Innovationen aus Zeitz und Mitteldeutschland
BKM	Bundesregierung für Kultur und Medien
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMDV	Bundesministerium für Digitales und Verkehr
BMEL	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMI	Bundesministerium des Innern und für Heimat
BMUV	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
BMVI (jetzt BMDV)	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur
BMWi (jetzt BMWK)	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
BMWSB	Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen
BMWK	Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
BULE	Bundesprogramm Ländliche Entwicklung
Destatis	Statistisches Bundesamt
DSEE	Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt
ELER	Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums
EWS	Elektrizitätswerke Schönau
FG	Fokusgruppe(n)
FOS	Fachoberschule
FVA	Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg
GeKoM	Mehrschichtige Ansätze zur grenzüberschreitenden Kommunikation und Kooperation in der Notfallmedizin
GOHLEM	Initiative für Lehm- und Kreislaufwirtschaft
GRW	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit
IHK	Industrie- und Handelskammer

IQ	Integration durch Qualifikation
JMD	Jugendmigrationsdienst
KI	Künstliche Intelligenz
KoMoNA	Kommunale Modellvorhaben zur Umsetzung der ökologischen Nachhaltigkeitsziele in Strukturwandelregionen
MINT	Mathematik, Informatik Naturwissenschaften und Technik
PV	Photovoltaik
RUBIN	Regionale unternehmerische Bündnisse für Innovation
RUBIO	Regionales unternehmerisches Bündnis zum Aufbau von Wertschöpfungsketten für technische Biokunststoffe in Mitteldeutschland
SMWA	Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
StStG	Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen
T!Raum	TransferRäume für die Zukunft von Regionen
WIR!	Wandel durch Innovation in der Region
WrK	Wissensverbund regionale Kultur
vbw	Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft

Kurzfassung

Die Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist ein prioritäres Ziel der Bundesregierung und eine Querschnittsaufgabe, die über Ressortgrenzen hinweg in allen Politikbereichen durchgesetzt werden muss. Hierzu hat das Bundeskabinett im Juli 2019 zwölf Maßnahmen beschlossen. Dazu zählen investive Maßnahmen, wie der flächendeckende Ausbau von Breitband und Mobilfunk und die Verbesserung der Mobilität in der Fläche. Gleichzeitig werden auch nicht-investive Maßnahmen, wie die Stärkung von Engagement und Ehrenamt sowie die Förderung des Miteinanders der Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen verfolgt.

Die Evaluation der Ergebnisse dieser Fördermaßnahmen werden in einem periodisch erscheinenden Gleichwertigkeitsbericht publik macht. Dieser beinhaltet, neben einer Wirksamkeitsanalyse sowie einer Beschreibung der aktuellen Situation und Fortschritte bei der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, auch eine Auseinandersetzung mit den Erfahrungen der Bürgerinnen und Bürger in der Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse in von der Gleichwertigkeitsproblematik betroffenen Räumen. Der strukturierte Diskurs über diese Erfahrungen wurde im November 2023 methodisch erstmals in Form von acht Fokusgruppen (FG) mit insgesamt 60 Teilnehmenden durchgeführt.

Im Zentrum der Diskussion in den FG stand die Frage, wie sich die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse und die Nutzung der Bundesförderung zu diesem Zweck aus Sicht der Regionen gestaltet. Über die Auseinandersetzung mit ausgewählten regionalen Fallbeispielen in den FG, sollte lokal engagierten Akteuren die Teilhabe am überregionalen Diskurs über gleichwertige Lebensverhältnisse ermöglicht werden.

Die zweistündigen FG boten Zeit und Gelegenheit, um Erfahrungswissen zu teilen und übergeordnete Kausalzusammenhänge als auch Motivationsstrukturen zu erörtern. Thematisch orientierten sich die FG an den Schwerpunkten der sogenannten „zweiten Säule“ des GL-Berichts: Digitale Teilhabe, Mobilität und ÖPNV, Klima und Umwelt, Fachkräfte und Integration, Strukturwandel und Strukturstärkung, Gesundheit und Pflege sowie Engagement, Ehrenamt und gesellschaftlicher Zusammenhalt. Zusätzlich wurden in einer FG die Themen Nahversorgung und kulturelle Teilhabe diskutiert.

Bei der Auswahl der jeweiligen regionalen Fallbeispiele, wurde anhand diverser Kriterien auf eine heterogene Zusammensetzung geachtet. Berücksichtigt wurden hierbei der Raumtypus (z.B. urbane Region, ländlicher Raum mit Verdichtungsansätzen, dünn besiedelte Landkreise) und die Lage innerhalb Deutschlands (Ost-, Nord-, Süd- und Westdeutschland, sowie zentrale Gebiete und Grenzregionen). Zudem wurden, aufgrund der Thematik der Gleichwertigkeit, strukturschwache Regionen bevorzugt ausgewählt. Mindestens eine Region sollte in Grenzlage zu einem Nachbarland gelegen sein, um hierüber ggf. auch grenzübergreifende Aspekte erfassen zu können. Der räumliche Zuschnitt der Fallbeispielregionen orientierte sich primär an den Aktions- und Kooperationsbereichen der für die jeweiligen thematischen Schwerpunkte relevanten Akteure, weniger an administrativ vorgegebenen Raumeinheiten. Ergänzend zu den genannten Kriterien berücksichtigte die Auswahl auch raumwirksame Fördermaßnahmen bzw. eine entsprechende Variation unter den ausgewählten Regionen.

Die Festlegung auf jene acht Regionen, die dann als Fallbeispiele in die Untersuchung einbezogen wurden, erfolgte mit Blick auf die oben erwähnten Förderthemen: Für jedes Thema wurde eine Region ausgewählt, in der dem jeweilige Thema eine besondere Bedeutung zukommt, so dass für die jeweilige FG potentiell von einer hohen Aussagekraft ausgegangen werden konnte.

Folgende Fallbeispiele wurden für die acht FG ausgewählt:

- Digitale Teilhabe im Saarland
- Mobilität und ÖPNV in Nordfriesland
- Klima und Umwelt im Schwarzwald/Regierungsbezirk Freiburg
- Fachkräfte und Integration im Regierungsbezirk Schwaben
- Strukturwandel und Strukturstärkung im Mitteldeutschen Revier in Sachsen-Anhalt
- Gesundheit und Pflege im Landkreis Vorpommern-Greifswald
- Engagement, Ehrenamt und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Dortmund
- Nahversorgung und kulturelle Teilhabe im Emsland

Da die Themen der FG in der Praxis inhaltlich miteinander verknüpft sind, gab es entsprechend inhaltliche Überschneidungen und übergreifende Aspekte, die in allen Beispielregionen eine (mitunter sogar große) Rolle spielten.

Erkenntnisinteresse und zentrale Fragestellungen

Die Perspektiven der Akteure wurden in den FG auf zwei Ebenen erfasst. Zum einen auf der Umsetzungsebene, um zu eruieren, wie sich die Akteure in Bezug auf die Zielsetzung der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse verorten und auf welche Weise sie einen Beitrag hierzu leisten. Dabei stand vor allem die Erfassung von Praxisbeispielen und Erfolgsfaktoren für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse auf kommunaler und regionaler Ebene im Mittelpunkt. Zum anderen lag der Blick auf der Bedarfsebene, um zu erfahren, wie die Akteure die Rahmenbedingungen von Förderung einschätzen bzw. welche Anpassungsbedarfe sie ggf. sehen.

Hierzu wurde folgenden Fragen nachgegangen:

1. Welche Konzepte und Maßnahmen finden in den Untersuchungsregionen Anwendung?
2. Welche (neuen) Perspektiven eröffnet die (Bundes-)Förderung den Regionen für die regionale Entwicklung?
3. Inwiefern wurde durch Netzwerke die kommunale und regionale Handlungsfähigkeit gestärkt?
4. Welche (ggf. zusätzlichen) Unterstützungsbedarfe sind aus Sicht der lokalen Akteure in den Kommunen und Regionen vor Ort für die Zukunft notwendig?
5. Wie können vorhandene Unterstützungs- und Förderangebote verbessert werden?

Konzepte und Maßnahmen in den Untersuchungsregionen

Das breite Spektrum an Perspektiven, die durch die unterschiedlichen Akteure in den FG vertreten waren, reichte von staatlichen Behörden, über die verschiedenen Ebenen der Verwaltung der Länder, Kreise, Kommunen und Gemeinden sowie sozialen, kulturellen, musealen Einrichtungen, Bildungs- und Forschungseinrichtungen, Gesundheitsfürsorge und Pflege bis hin zu Unternehmen, ehrenamtlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, regionalen Bündnissen und Vereinen sowie engagierten Einzelpersonen. Entsprechend groß war auch die konzeptionelle Bandbreite der Aktivitäten und Angebote der Akteure. Dazu gehören bspw. Beratungs- und Bildungsformate für verschiedene Zielgruppen, lokale Stakeholder und Multiplikatoren. Die Angebote richteten sich u. a. an Kommunen und Gemeinden in Handlungsfeldern wie Mobilität, Digitalisierung und erneuerbare Energien aber

auch an Unternehmen zu neuen innovativen Technologien und Wirtschaftsfeldern. Andere zielgruppenspezifische Beratungsangebote sind in den Integrationsprozess von Fachkräften involviert und adressieren z. B. Menschen mit Migrationshintergrund oder mit Behinderungen. Auch im Bereich der sozialen Unterstützung vulnerabler Zielgruppen waren Beratungsangebote vertreten, die sich über alle Altersgruppen hinweg an Betroffene von Armut, Ausgrenzung und Gewalt wandten. Darüber hinaus waren Akteure der FG in die Realisierung einer Vielzahl verschiedener Vorhaben und Initiativen eingebunden. Die Entwicklung und Umsetzung von Prozessen z. B. zur Klimaanpassung oder auch hinsichtlich Strukturwandel gehören hier ebenso dazu, wie die Förderung von Beteiligungsprozessen, alternative Mobilitätsangebote, wie auch Angebote zum Ausgleich von Defiziten der Nahversorgung in ländlichen Gebieten – z. B. beim Einzelhandel, der gesundheitlichen Daseinsfürsorge oder der Bewahrung kultureller Güter. Vernetzung und Kooperation spielte dabei in verschiedenen Kontexten eine Rolle – bei Forschungsprojekten, zur Förderung spezifischer Wirtschaftsbereiche oder auch bei Abdeckung von Bedarfen wie der Gesundheitsversorgung. Die FG repräsentieren hinsichtlich der thematisierten Projekte und Förderprogramme einen Ausschnitt der existierenden Förderlandschaft. Die große Bandbreite der Förderung durch Bund und Länder wurde dabei dennoch sehr eindrücklich illustriert.

Neue Perspektiven durch (Bundes-)Förderung für die Regionen

Insgesamt bewerteten die Teilnehmenden der FG die Bundesförderung eindeutig als eine Chance für ihre Regionen. Über alle FG und damit über die einbezogenen Regionen hinweg wurde hervorgehoben, dass die Bundesförderung Experimentier- und Freiräume schafft. Insbesondere niederschwellige Förderanträge sind die Voraussetzung für den Start von Innovationsprojekten. Die Impulskraft kleiner Förderprojekte mit genügend Spielraum kann auch bei kurzen Projektlaufzeiten sichtbare Zeichen setzen und Themen in den öffentlichen Fokus bringen. Bundesfördermittel bieten daher Anreiz und Motivation, um Kooperationspartner für die Projektdurchführung zu gewinnen. Zudem trägt der übergeordnete Förderrahmen der Bundesprogramme zur Netzwerkbildung bei. Die Zusammenführung und Aufbereitung der Erkenntnisse der geförderten Projekte ermöglicht darüber hinaus einen Wissens- und Erfahrungstransfer, von dem weitere Projekte und Regionen profitieren können.

Die Landesförderung kann spezifischer auf strukturelle Bedingungen im Land bzw. in den Kommunen des Landes eingehen, als dies bei Bundesprogrammen möglich ist. Zielgruppen und Zielsetzungen von Projekten können so konkreter adressiert, auf Landesebene aktive Netzwerke und Kooperationen zielgerichteter unterstützt werden. Die Kopplung von Bundes- und Landesförderung kann Entwicklungs- und Wirkungspotentiale von Projekten erhöhen, etwa indem durch die Förderung auf verschiedenen Projektebenen zusätzliche Akteurs- und Zielgruppen einbezogen werden und so eine breitere Wirksamkeit erzielt wird. Ebenso könnten auch Finanzierungslücken ausgeglichen oder Anschlussfinanzierungen realisiert werden, falls durch förderspezifische Vorgaben eines der beiden Fördergeber diesbezüglich Handlungsbedarf entsteht.

Stärkung der kommunalen und regionalen Handlungsfähigkeit durch Netzwerke

Als eine positive Wirkung der Bundesförderung werteten die FG das Entstehen von Netzwerken. Diese tragen über die Förderperiode hinaus zur Verstetigung von Partnerschaften bei. Gerade die Förderung von Projektkonsortien bietet zudem Anreize zu Interdisziplinarität und trisektoraler Kooperation. Dies erhöht den Wissenszuwachs der

Beteiligten im Projekt, nicht zuletzt durch den Wissenstransfer zwischen Privatwirtschaft, Hochschulen und öffentlicher Verwaltung und unterstützt so die Initiation innovativer Projektideen. Gerade für Unternehmen stellt die staatliche Förderung daher einen besonderen Anreiz zur Mitwirkung an Projekten und Kooperationen dar, denn aus experimentellen Modellprojekten gehen nicht selten konkrete interdisziplinäre Umsetzungsprojekte hervor. Dies kann die dauerhafte Wirkung von Fördermaßnahmen erhöhen, wenn z.B. nach deren Ende aus unternehmerischem Nutzungsinteresse Investitionen zur Verstetigung von Infrastrukturen oder Angeboten getätigt werden.

Die Bundesförderung trägt aber auch zur stärkeren Vernetzung von Projekten bzw. von Kommunen bei – meist regional, bisweilen aber auch überregional. Einige dieser Netzwerke erstrecken sich sogar über die Landesgrenzen, wie im Fall einer Kooperation bei der Notfallmedizinischen Versorgung im deutsch-polnischen Grenzgebiet.

Unterstützungsbedarfe der lokalen Akteure in den Kommunen und Regionen vor Ort

Themen- und regionenübergreifend empfinden sich die Akteure zur Umsetzung ihrer Projekte nur mit sehr begrenzten zeitlichen, finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet. Jeder zusätzliche Aufwand stelle einen erheblichen Kraftakt dar, was bereits für die Beantragung von Fördermitteln gilt. Gleichzeitig hängt die Arbeitsfähigkeit der Projekte in hohem Maße von Fördermitteln ab.

Ein zentrales Problem wird in einer Unübersichtlichkeit der Förderlandschaft gesehen. Die Vorgaben würden je nach Fördergeber variieren und seien überdies oftmals zu streng. Es erfordert ein spezifisches Know-how, um sich in den unterschiedlichen Anforderungen zurechtfinden und um Projekte förderfähig zu machen bzw. an die jeweiligen Richtlinien anzupassen. Der infolge erhöhte Verwaltungsaufwand belastet die Antragstellenden, gerade im Falle kleinerer Institutionen. Diese verfügen oft weder über ausreichend personelle und zeitliche Kapazitäten noch über die notwendigen Kenntnisse oder Unterstützungsnetzwerke, was gegenüber diesbezüglich besser aufgestellten Einrichtungen einen Wettbewerbsnachteil darstellt.

Personalmangel ist eine generelle Herausforderung sowohl bei der Umsetzung der Projekte als auch bei der Antragstellung. Für die dauerhafte Wirkung der Projekte stellt die begrenzte Förderdauer, die keine Einrichtung von dauerhaften Stellen erlaubt, oft eine markante Hürde dar. Mit jedem Förderende gehen so Fachkräfte und spezifisches Know-How verloren, da Eigenmittel zur Überbrückung bis zur nächsten Förderung meist fehlen. Beim Gewinnen neuer Fachkräfte sind die Erfolgsaussichten für ein befristetes Stellenangebot überdies eher gering.

Auch in finanzieller Hinsicht berichten die FG bezüglich der Bundesförderung von Hürden. So verfügen kleinere Institutionen und Gemeinden oft nicht über die notwendigen Eigenmittel für den geforderten Eigenanteil zur Vorfinanzierung oder die erforderliche Anfangsfinanzierung. Auch die rigide Mittelvergabe nach Förderjahren erschwert die Projektarbeit. Die Festlegung der Fristen für die Mittelverwendung erfolgt ohne Berücksichtigung des Haushaltsjahres der Förderempfänger. Wenn nichtverwendete Mittel im Folgejahr gekürzt werden, beeinträchtigt dies die Planungssicherheit. Projektausgaben für ein Jahr im Voraus zu planen, ist überdies nicht immer möglich, wenn z.B. keine genaue Kenntnis über die zum Zeitpunkt der Umsetzung verfügbare Technologie besteht.

Optimierungspotential bei Unterstützungs- und Förderangeboten

Aus der Zusammenschau der Perspektiven in den FG, den geschilderten Stärken und Chancen vor Ort im Zusammenspiel mit den regionalpolitischen Förderaktivitäten des Bundes lassen sich Handlungsempfehlungen ableiten. Sie betreffen in erster Linie den Bund vor allem im Hinblick auf die Gestaltung von Bundesförderungen, darüber hinaus aber auch die einschlägigen Akteure der Regionalpolitik.

Die Chancen zur Schaffung von Experimentierräumen nutzen: Eine große Chance der Projektförderung des Bundes besteht darin, Experimentierräume zu schaffen, in denen neue Lösungen entwickelt und erprobt werden. Damit diese Chance voll ausgeschöpft wird, dürfen aber die Vorgaben der Förderung nicht zu kleinteilig sein, sondern müssen Spielräume für ungewöhnliche Herangehensweisen lassen. Zusätzlich wäre es sinnvoll, in bestimmten Bereichen, von vornherein Experimentierklauseln für die Projektlaufzeit vorzusehen, um innovationshemmende gesetzliche Vorgaben zu vermeiden.

Förderungen einfach und flexibel gestalten: Die Entbürokratisierung der Förderbedingungen und ein erhöhtes Vertrauen in die Handelnden vor Ort kann die Wirksamkeit steigern, weil sich dadurch der Kreis der Antragstellenden vergrößern und diversifizieren würde. Insbesondere zivilgesellschaftliche Initiativen könnten einen leichteren Zugang zu Fördermitteln finden. Mit Blick auf die technologische Entwicklung kann die Mittelverwendung häufig nicht für Jahre im Voraus exakt geplant werden. Daher ist eine größere Flexibilität bzgl. der Verwendung bewilligter Mittel zu empfehlen, gerade was die Verschiebung von Personal- und Sachkosten innerhalb der Projektlaufzeit und die Umwidmung von Mitteln betrifft. Ein anderer Aspekt ist die verstärkte Nutzung sehr niedrigschwelliger Verfahren wie Budgets für Kleinförderungen, die dann über Netzwerke oder Gemeinden vergeben werden können.

Projektlaufzeit entsprechend der gewünschten Zielsetzungen und Effekte bemessen: Komplexe Zielsetzungen im Hinblick auf Ergebnisse und Wirkungen von Projekten sind nicht mit kurzen Projektlaufzeiten vereinbar. Für strukturelle Wirkungen braucht es längere Laufzeiten. In jedem Fall ist es wichtig, die Projekt- und Abrechnungszeiträume realistisch an den Projekten und ihren erwarteten Ergebnissen zu orientieren, und nicht an Haushaltsjahren. Ein abruptes Ende der Förderung bedeutet oft den Zusammenbruch der geförderten Strukturen. Daher ist es sehr wichtig, gerade das Förderende bewusst zu gestalten. Eine strategisch geplante Auslauf-Phase mit regressiven Fördermitteln würde es ermöglichen, dass aus Projekten erwachsene Strukturen Schritt für Schritt unabhängig von der Bundesförderung werden und so eine Chance zur Verstetigung erhalten.

Die zeitliche Dimension von Antrags- und Bewilligungsprozessen sachgerecht gestalten: Die vorgesehenen Zeitabläufe für Antragstellung, Bewilligung, Durchführung und Abrechnung von Fördervorhaben müssen bewusst gestaltet werden und sich an sachlichen Kriterien orientieren. Für die Erarbeitung von Anträgen ist genügend Zeit zu gewähren, insbesondere für die Ausarbeitung umfassenderer Konzeptionen, z. B. bei Kooperation mehrerer Partner. Grundsätzlich sind daher zweistufige Verfahren zu bevorzugen, bei denen die zeitaufwendige Ausarbeitung des Vollartrags erst erfolgt, nachdem der eingereichten kurzen Vorhabenskizze in der Vorauswahl eine hohe Bewilligungschance bestätigt wurde. Abgabefristen sollten so gestaltet werden, dass sie nicht während der Ferienzeiten enden. Die für die Konzeption aufgewendete Zeit sollte in einem sinnvollen Verhältnis zur Förderungsdauer stehen. Verzögert sich die Bewilligung durch interne Abläufe der Behörden muss die Projektlaufzeit entsprechend verlängert werden. Generell sollten Förderentscheidungen zügig erfolgen und die Rückmeldungen zeitnah ergehen. Lange

Wartezeiten erschweren es, Fachkräfte zu gewinnen; gerade im ehrenamtlichen Bereich brechen dann Strukturen weg.

Die Verantwortung für die langfristige Wirkung der Förderung nicht allein auf die Projektkonsortien abwälzen: Die langfristige Wirksamkeit der Projektförderung ist eine zentrale Anforderung, für deren Umsetzung die Antragstellenden in Projektanträgen Vorschläge machen müssen und faktisch die Verantwortung für den dauerhaften Weiterbetrieb von entwickelten Lösungen tragen. Dies überfordert die Projektkonsortien nicht selten, da diese Aufgaben außerhalb des geförderten Rahmens liegen, insbesondere bei Angeboten im Bereich der Daseinsvorsorge. Der Bund sollte hier im Rahmen seiner koordinierenden Funktion Mitverantwortung übernehmen, z.B. durch passende Anschlussförderungen oder im Zusammenwirken von Bund und Ländern durch gestaffelte Förderprogramme für neu entwickelte Lösungen, die sich in der vorangegangenen Förderphase bewährt haben.

Förderrichtlinien und Abrechnungsmodalitäten einem Pretest unterziehen: Der zeitliche Aufwand bei der Beantragung und Abrechnung von Fördermitteln schreckt Akteure vor Ort ab, umso mehr, wenn Einzelregelungen nicht praxistgerecht gestaltet sind. Eine nachlaufende Förderberatung kann das nur bedingt ausgleichen, sinnvoller wäre es früher anzusetzen und Förderungen einfach und praxistgerecht zu gestalten. Durch einen „Pretest“ für neu aufgelegte Programme könnte die Verständlichkeit von Richtlinien und Informationsmaterialien überprüft und ggf. angepasst werden. Alternativ könnte eine Vorprüfung z.B. auch durch ein Gremium regionaler oder kommunaler Fördermanager und -managerinnen erfolgen.

Förderbestimmungen und Förderrichtlinien zwischen Bund und Ländern besser aufeinander abstimmen: Vor der Konkretisierung von Förderstrategien und Förderrichtlinien des Bundes sollte eine möglichst eingehende Recherche bestehender Förderungen auf Landes- und kommunaler Ebene stehen, damit gezielt Synergien genutzt werden können, z.B. für komplementäre Förderungen, Möglichkeiten der Anschlussfinanzierung oder Weiterförderung bestehender Ansätze, um sie auf eine höhere Ebene zu bringen („next level“).

Bidirektionale Kommunikation zur Förderung zwischen Regional-, Landes- und Bundesebene ermöglichen: Es ist wichtig, nicht nur Informations- und Kommunikationswege von der Bundes- auf die Landes- und regionale Ebene zu gewährleisten, z.B. in Form von guter Fördermittelberatung, sondern auch den Rückfluss regionalen Wissens auf die Bundesebene sicherzustellen. Die Förderpolitik sollte nicht nur top-down, d.h. abgeleitet aus übergeordneten politischen Zielsetzungen, sondern auch bottom-up, d.h. abgeleitet aus bestehenden Erfahrungen und Förderstrukturen vor Ort entwickelt werden. Hierbei könnten Ansprechpersonen des Bundes mit regionaler Zuständigkeit vor Ort hilfreich sein, die die Verhältnisse in den Regionen genauer kennen und diese Kenntnisse in die Gestaltung der Regionalpolitik des Bundes einbringen könnten. Darüber hinaus braucht es weitere Formate, durch die systematisch ein Rückfluss des regionalen Wissens auf die Bundesebene ermöglicht wird. Die FG sind hierfür ein wichtiger erster Schritt gewesen.

Serviceangebote für die Beantragung und Umsetzung von Projekten aus Bundesförderung erweitern: Bestehende Angebote der Beratung und Unterstützung könnten durch unaufwändige Maßnahmen, wie z.B. cloud-basierte Wissensplattformen ergänzt werden, auf denen der Fördermittelgeber grundlegende Daten und Literatur zusammenstellt. Auf regionaler Ebene wäre es wünschenswert, dass auch Kommunen und Landkreise Förderlotsinnen und -lotsen installieren, die als Schnittstelle zwischen Bundesförderung und regionalen Antragstellenden fungieren.

Die Entstehung von Netzwerken gezielt fördern: Vernetzung unterstützt die regionale Entwicklung besonders stark, wenn Akteure aus unterschiedlichen Sektoren (Verwaltung, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft) aufeinandertreffen. Die Chance, voneinander zu lernen, ist in Netzwerken besonders groß, wenn sie kommunen-, regionen- oder länderübergreifend aufgestellt sind und verschiedene Ebenen zusammentreffen. Daher sollte Förderung auch Geldmittel und Personalressourcen für Vernetzungsaktivitäten umfassen. Ein gezieltes Netzwerkmanagement zur Schaffung dauerhafter regionaler Netzwerke ist hier hilfreich. Der Bund sollte den bundesweiten Austausch von thematisch ähnlich arbeitenden Projekten initiieren, so dass der fachliche Austausch, Wissenstransfer und Übertragungsinnovationen die Wirkung von Projektförderung verstärken.

Die engagierte Zivilgesellschaft besser in die Projektdurchführung integrieren: Regionale Entwicklungsprojekte profitieren von der Zusammenarbeit und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort. Ehrenamtlich Engagierte erreichen bestimmte Zielgruppen leichter und können mehr Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Deshalb muss deren Einbeziehung in Projektkonzeption und -durchführung ermöglicht bzw. vereinfacht werden. Die geforderten Eigenmittel, Mindestsummen, formale Qualifikation oder vorhandene personelle und sächliche Ausstattung sollten auch für Ehrenamtliche bzw. zivilgesellschaftliche Akteure eine leistbare Fördervoraussetzung darstellen. Förderziele sollten nicht zu eng formuliert sein, sondern Raum für regionale Besonderheiten und bereits vorhandenes Engagement lassen. Ehrenamtlich getragene Projekte brauchen auch mehr Unterstützung bei der verwaltungstechnischen Abwicklung von Projekten.

Bürger- und Stakeholder-Beteiligung zur Qualitätsverbesserung der Programme nutzen: Bei der Entwicklung von Förderprogrammen und Richtlinien sollte das regional vorhandene Wissen aus Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft eingebunden werden. Deshalb sollte die Programmentwicklung grundsätzlich partizipativ erfolgen. Geeignete Beteiligungsformate zur Einbeziehung des Wissens der Regionen sollten systematisch schon in der Konzeptentwicklung vorgesehen werden.

1. Einleitung

Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist ein prioritäres Ziel der Bundesregierung. Gleichwertige Lebensverhältnisse sind das Fundament für gute Entwicklungschancen und faire Teilhabemöglichkeiten für alle Bürgerinnen und Bürger. Sie fördern die Ausgewogenheit der wirtschaftlichen Entwicklung und bilden eine Grundlage für das Vertrauen in die Demokratie sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland.¹ Im Koalitionsvertrag für die Legislaturperiode 2021-2025 heißt es entsprechend: „Wir wollen für gute Lebensbedingungen in Stadt und Land sorgen. Wir werden intensiv daran arbeiten, die innere Einheit sozial und wirtschaftlich zu vollenden.“² Bei der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse handelt es sich um eine Querschnittsaufgabe, die über Ressortgrenzen hinweg in allen Politikbereichen durchgesetzt werden muss und bei der es der Mitarbeit von Akteuren auf unterschiedlichen Ebenen bedarf.

Die Bundesregierung hat im Juli 2018 eine Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ zur Ausarbeitung eines Maßnahmenkatalogs eingesetzt. Auf Basis der entwickelten Empfehlungen der Kommission und der Schlussfolgerungen der Vorsitzressorts hat das Bundeskabinett im Juli 2019 zwölf Maßnahmen beschlossen, die dazu beitragen sollen, gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland zu schaffen. Darunter sind unter anderem investive Maßnahmen, wie ein neues gesamtdeutsches Fördersystem für strukturschwache Regionen, das im Januar 2020 in Kraft trat, der flächendeckende Ausbau von Breitband und Mobilfunk sowie die Verbesserung der Mobilität in der Fläche und der Verkehrsinfrastruktur. Gleichzeitig werden auch nicht-investive Maßnahmen wie die Stärkung von Engagement und Ehrenamt und die Förderung des Miteinanders der Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen fokussiert.³ Jenseits der zwölf Maßnahmen zur Struktur- und Regionalpolitik gibt es weitere Ansätze zur Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Davon sind insbesondere der Länderfinanzausgleich, die sozialen Sicherungssysteme, die Strukturpolitik für die Kohleregionen, die Umwelt- und Klimapolitik, die Familien- und die Kulturpolitik zu nennen.⁴

Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung sieht vor, dass alle Bundesförderprogramme regelmäßig evaluiert und auf ihre räumliche Wirkung überprüft werden. Die Ergebnisse sollen in einem periodischen Gleichwertigkeitsbericht veröffentlicht und die Fortschritte in Bezug auf die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse publik gemacht werden. Das Monitoring wird dabei als verbindliche Grundlage für die Weiterentwicklung der Förderprogramme gesehen.⁵

Der Bericht beinhaltet die folgenden drei Säulen:

1. Wirksamkeitsanalyse – insbesondere der Raumwirksamkeit – und Evaluation des „Gesamtdeutschen Fördersystems für strukturschwache Regionen“ (GFS).
2. Beschreibung der aktuellen Situation sowie Fortschritte bei der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Es werden nicht nur beobachtbare Indikatoren

¹ BMI, BMEL & BMFSFJ, 2019. In diesem Bericht wird im Hinblick auf Gleichwertigkeit nachfolgend häufig Bezug auf Publikationen der Bundesregierung genommen, um aufzuzeigen, in welchem Bereich sich die Diskussionen über die diversen Aspekte von Gleichwertigkeit auf politischer Ebene aktuell bewegen bzw. wo auch Schwerpunkte gesetzt werden. Die wissenschaftliche Debatte über Gleichwertigkeit geht jedoch in allen Themenbereichen deutlich über die jeweils genannten Publikationen des Bundesinstituten hinaus, siehe z.B. Dahlbeck et al., 2022; Heider et al., 2023; Ragnitz & Thum, 2019; Weingarten & Steinführer, 2020.

² Bundesregierung, 2021, S. 101

³ BMI, 2021

⁴ BMI, BMEL & BMFSFJ, 2021, S.73-100

⁵ Bundesregierung, 2021, S. 102

(z.B. amtliche und sonstige Statistiken), sondern anhand von umfragebasierten Erhebungen auch Meinungsbilder, Einstellungen und die subjektive Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger beleuchtet.

3. Die sogenannte „dritte Säule“ bezieht die Menschen in den von der Gleichwertigkeitsproblematik betroffenen Räumen direkt ein. Die Erfahrungen der Bürgerinnen und Bürger bei der Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse stehen im Mittelpunkt eines strukturierten Diskurses mittels der Methodik der Fokusgruppen (FG).

Der vorliegende Bericht befasst sich mit den im Rahmen der dritten Säule durchgeführten FG. Die FG liefern empirische Erkenntnisse, die zur Weiterentwicklung der Bundespolitik für gleichwertige Lebensverhältnisse dienen sollen. Sie stellen aktuelle Konzepte und Maßnahmen für die Gestaltung guter Lebensbedingungen in den Diskurs und liefern dem Bund ein Feedback zur Ausrichtung seiner entsprechenden politischen Maßnahmen und mögliche Ansätze zur Weiterentwicklung. Zudem vermitteln die Akteure aus dem direkten Kontext ihrer Tätigkeiten Praxisbeispiele und Erfolgsfaktoren („good practice“) für die Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse auf kommunaler und regionaler Ebene.

Im folgenden Bericht wird zunächst das methodische Vorgehen (Kapitel 2) erläutert. Ziel des anschließenden Kapitels ist es, den Leserinnen und Lesern des Berichts die unterschiedlichen Handlungskontexte der Akteure aus den jeweiligen Regionen näherzubringen und einen Einblick in deren Arbeit in Zusammenhang mit der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse zu geben. Dafür werden die acht ausgewählten Fallbeispiele jeweils anhand grundlegender Informationen und den wichtigsten Ergebnissen zu Erfolgen, Gelingensfaktoren und Herausforderungen in Bezug auf die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse vorgestellt (Kapitel 3). Im Kapitel 4 werden die Ergebnisse der themen- und regionenübergreifenden Analyse des Datenmaterials zu Fragen der Förderpolitik aufgezeigt. Auch das Kapitel 5 analysiert das Datenmaterial regionen- und handlungsfeldübergreifend. Hier stehen die Menschen, die an der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse mitwirken, im Mittelpunkt. Dabei liegt der Fokus im ersten Teil des Kapitels auf Menschen und ihrer Erwerbstätigkeit. Anschließend steht die Auseinandersetzung mit ehrenamtlichen Tätigkeiten und freiwilligem Engagement im Fokus.

Der Bericht schließt mit der Formulierung von Handlungsempfehlungen und der Reflexion der empirischen Vorgehensweise (Kapitel 6).

2. Methodisches Vorgehen

Hintergrund

Im Zentrum der in diesem Bericht diskutierten Erhebung steht die Frage, wie sich die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse und die Nutzung der Bundesförderung zu diesem Zweck aus Sicht der Regionen gestaltet. Im Rahmen des Forschungsvorhabens wird sich dieser Frage anhand von Fokusgruppen genähert und lokal engagierten Akteuren eine Teilhabe am Diskurs über gleichwertige Lebensverhältnisse ermöglicht. Die auf dieser Basis erhobenen Wissensbestände und Einschätzungen sollen in die Weiterentwicklung der Maßnahmen des Bundes für gleichwertige Lebensverhältnisse einfließen und die Evaluation der Politik zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse epistemisch robuster machen. Lokal engagierte Akteure, die sich für die Entwicklung der Regionen und für gesellschaftlichen Zusammenhalt einsetzen, wurden daher zu diesem Gesprächsformat eingeladen, um sich über Praxisbeispiele und Erfolgsfaktoren zur Entwicklung ihrer Regionen auszutauschen.

Zentraler Bestandteil des Formats der FG ist der intensive Austausch der Teilnehmenden zu einem bestimmten Thema. Dabei werden nicht allein Argumente ausgetauscht, sondern die Teilnehmenden interagieren. Sie nehmen in ihren Ausführungen aufeinander Bezug, ergänzen sich und rufen untereinander Erinnerungen wach. Bedingt durch diesen diskursiven Austausch geht die Methode in der Regel über die reine Befragung mehrerer Personen hinaus.⁶

Die vorliegende qualitative Erhebung ist als komplementäre Analyse zu den ersten beiden Teilen des Berichts zu verstehen. Die gemeinschaftliche Reflexion der Erfahrungen der Teilnehmenden liefert wertvolle Hinweise im Hinblick auf die Praktikabilität von Fördermechanismen, worunter das Ineinandergreifen von Förderprogrammen und Förderrichtlinien des Bundes und der Länder mit ihren Fördergegenständen, der konkreten Ausgestaltung der Antragstellung (Antragsberechtigte, Eigenanteile, Laufzeit etc.) sowie möglichen Anschlussfinanzierungen verstanden wird. Auch mögliche Lösungsansätze für existierende Herausforderungen in Bezug auf die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse insbesondere in den Daseinsvorsorgebereichen, die im Fokus der Dialogveranstaltungen standen, wurden diskutiert. Eine Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse von FG ist in der Regel nur in sehr begrenztem Maße möglich. Die Teilnehmenden argumentieren auf Ebene ihrer individuellen Wirklichkeit, was auch mit einem individuellen Empfinden bezüglich der Gleichwertigkeit von Lebensbedingungen in der Region einhergeht. In diesem Kontext erfährt auch die Förderpolitik eine Bewertung durch die Akteure.

Die thematische Streuung und die Diversität der eingeladenen Teilnehmenden (siehe Kapitel 2.2 und 2.3) bewirkten eine Vielfalt der in die Gespräche eingebrachten Perspektiven. Die Regionen wurden in Bezug auf ein für sie bedeutsames Thema gewählt, welches durch die jeweilige FG in besonderer Weise illustriert werden konnte. Gleichwohl handelt es sich bei den acht definierten Themen um Handlungsfelder, die für alle Beispielregionen von (mitunter großer) Bedeutung sind. Zugleich sind die Handlungsfelder inhaltlich miteinander verknüpft und zum Teil voneinander abhängig. So spielen zum Beispiel die Querschnittsdimensionen „Mobilität“ und „ehrenamtliches Engagement“ in den Handlungsfeldern aller FG eine wichtige, bisweilen sogar elementare Rolle. Außerhalb des jeweiligen Themenzuschnitts sind den FG daher häufig auch fruchtbare Aussagen und Erkenntnisse in Bezug auf die anderen Handlungsfelder zu entnehmen.

⁶ Vogl, 2019, S. 695; Kruse, 2014, S. 199

Ablauf

Die Vorbereitung der FG begann im August 2023, ihre Durchführung erfolgte Ende November im selben Jahr. Von Dezember 2023 bis März 2024 fand die Transkription und Analyse der erhobenen Daten und das Verfassen des Endberichts statt. Das methodische Vorgehen gliederte sich in folgende Arbeitsschritte:

- Bestimmung von Regionen und Schwerpunktthemen der FG
- Planung und Vorbereitung der FG-Diskussionen inklusive Auswahl und Rekrutierung der Teilnehmenden der FG
- Durchführung der FG-Diskussionen
- Transkription des FG-Materials
- Entwicklung eines Kodierleitfadens und Kodierung sowie die Datenanalyse
- Erstellung des vorliegenden Ergebnisbericht

In Kapitel 2.1 werden im Anschluss die im Rahmen des Projekts bearbeiteten zentralen Fragestellungen vorgestellt. Der Prozess der Festlegung von Themen sowie die Auswahl geeigneter Regionen (Schritt 1) werden im folgenden Kapitel 2.2 aufgezeigt. Kapitel 2.3 geht schließlich auf die Planung, Durchführung und Auswertung der FG-Diskussionen ein.

2.1. Erkenntnisinteresse und zentrale Fragestellungen

Die FG erfassen die Perspektiven von Akteuren, die durch ihr Engagement essentielle Beiträge zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse leisten. Dabei waren jeweils verschiedene Ebenen vertreten, also z. B. das Engagement in einem konkret örtlich gebundenen Projekt, die Koordinationsfunktion für einzelne Projekte oder auch alle Projekte in übergreifende Strukturen, wie Landkreis und Land oder auch Netzwerke. Ziel war es zum einen zu eruieren, wie sich diese Akteure in Bezug auf die Zielsetzung der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse verorten und auf welche Weise sie ihren Beitrag hierzu leisten. Hierbei ist die Erfassung von Praxisbeispielen und Erfolgsfaktoren für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse auf kommunaler und regionaler Ebene von zentralem Interesse. Zum anderen ging es darum, auf der Bedarfsebene zu erfahren, wie die Akteure die Rahmenbedingungen von Förderung einschätzen bzw. welche Anpassungsbedarfe sie artikulieren.

Vor dem skizzierten Hintergrund wurden folgende zentrale Fragestellungen entwickelt:

- Welche Konzepte und Maßnahmen finden in den Untersuchungsregionen Anwendung?
- Welche (neuen) Perspektiven eröffnet die (Bundes-)Förderung der jeweiligen Region für die regionale Entwicklung in dem jeweiligen Handlungsbereich?
- Inwiefern wurde durch Netzwerke die kommunale und regionale Handlungsfähigkeit gestärkt?
- Welche (ggf. zusätzlichen) Unterstützungsbedarfe sind aus Sicht der lokalen Akteure in den Kommunen und Regionen vor Ort für die Zukunft notwendig?
- Wie können vorhandene Unterstützungs- und Förderangebote insbesondere der Bundesebene verbessert werden?

Inhaltlich sind sowohl investive Förderungen (z. B. Ausbau von Breitband) als auch die nicht-investiven Maßnahmen (Vernetzung, Kompetenzaufbau etc.) von Relevanz.

2.2. Fallauswahl

Der erste zentrale Schritt zur Umsetzung des Projektes bestand in der Festlegung von Themen und Regionen für die FG. Die Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen lässt sich aus unterschiedlichen Perspektiven betrachten und wird von verschiedenen Merkmalen bestimmt. In den FG sollten ausgewählte Themenzuschnitte bzw. Wirkungsfelder innerhalb übergreifender Themenbereiche jeweils anhand einer Region behandelt werden. Nachfolgend werden die ausgewählten Themen vorgestellt und das Vorgehen bei der Auswahl der Regionen für die FG erläutert.

Auswahl der Themen

Sieben der insgesamt acht Themen der FG folgen den durch die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ (s.o.) behandelten Themenkomplexen und beziehen sich auf die Indikatorenschwerpunkte aus der sogenannten „zweiten Säule“ des GL-Berichts. Die Themen wurden unmittelbar zu Beginn des Projekts in einem gemeinsamen Abstimmungsprozess mit dem Auftraggeber (AG) definiert. Nachfolgend wird die Bedeutung jedes FG-Themas für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse sowie jeweils ihre mögliche thematische Untergliederung erläutert.

Digitale Teilhabe: Die Digitalisierung bietet insbesondere für strukturschwache Räume Chancen für wirtschaftliche und soziale Entwicklung, abhängig davon, in welchem Maße eine leistungsfähige digitale Infrastruktur existiert. Zu diesem Themenfeld gehören die (1) Entwicklung digitaler Lösungen für innovative Angebotsformen im dünnbesiedelten Raum (u.a. Lieferdienste, Telemedizin, autonomes Fahren), die (2) Ermöglichung des Zuzugs Erwerbstätiger durch Mobile Office, (3) Inklusion & Digitalisierung bzw. digitale Teilhabe für alle, sowie (4) das Thema Bildungschancen.

Mobilität und ÖPNV: Die Sicherung der Mobilität für die Bevölkerung und die Entwicklung nachhaltiger Mobilitätsangebote für alle sind eng mit den Themen Engagement, soziale Teilhabe und Gesundheit verzahnt. Zu diesem Themenfeld gehört die (1) Entwicklung ausreichender ÖPNV-Angebote, die (2) Schaffung nachhaltiger Mobilitätsangebote, (3) bürgerschaftlich verantwortete Mobilitätsalternativen, sowie die (4) Verzahnung von Mobilität und Tourismus (Rad- und Wanderwege etc.).

Klima und Umwelt: Eine intakte Umwelt ist die Voraussetzung für Wohlbefinden, Lebensqualität sowie Leistungsfähigkeit. Die Folgen des Klimawandels können in den verschiedenen Regionen ein ernstes Hindernis für gleichwertige Lebensverhältnisse werden. Zu diesem Themenfeld gehören (1) Maßnahmen gegen Lärm-, Luft-, und Grundwasserverschmutzung, der (2) Schutz landschaftlicher und biologischer Vielfalt, (3) Klimaanpassungsmaßnahmen für Extremwetterereignisse, (4) Maßnahmen zur Reduktion der Treibhausgasemissionen, sowie (5) erneuerbare Energien.

Fachkräfte und Integration: Fachkräftemangel ist heute auch in strukturschwachen Regionen ein drängendes Thema. Qualifizierte Arbeitskräfte sind eine Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung und der demographische Wandel führt zunehmend die Notwendigkeit der Integration ausländischer Fachkräfte vor Augen. Zu diesem Themenfeld gehören die (1) berufliche Bildung inkl. überbetrieblicher Berufsbildungsstätten, die (2) Ausbildung und Gewinnung von Fachkräften im Handwerk/mittelständischen Unternehmen, die (3) Arbeitsmarktintegration zugewanderter Personen, die (4) Verhinderung von Abwanderung durch Steigerung der Attraktivität von Standorten, sowie die (5) Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Behinderung.

Strukturwandel und Strukturstärkung: Deutschlands Braunkohleregionen sind in besonderem Ausmaß vom Strukturwandel betroffen. In Hinblick auf den Kohleausstieg bis 2038 sind große Anstrengungen nötig, um in den Regionen (Lausitzer, Mitteldeutsches u. Rheinisches Revier) wirtschaftliche und soziale Zukunftsperspektiven zu sichern. Zu diesem Themenfeld gehören die (1) aktive Gestaltung des Übergangs ins postfossile Zeitalter, die (2) Schaffung von Räumen mit hoher Lebensqualität, (3) Strukturstärkungsmaßnahmen, die (4) Entwicklung neuer Arbeitsplätze, sowie der (5) Identitätswandel der Regionen.

Gesundheit und Pflege: Die Situation der Daseinsvorsorge im Bereich Gesundheit wird von der Bevölkerung besonders stark wahrgenommen. Sie steht generell in unmittelbarem Zusammenhang mit der Perspektive auf das eigene körperliche Wohlbefinden bzw. das der Familie und berührt damit sehr persönliche und emotionale Ebenen. Hinsichtlich der Versorgungssituation bestehen insbesondere große Herausforderungen in dünn besiedelten Räumen. Zu diesem Themenfeld gehören die (1) Erreichbarkeit und Verlässlichkeit von Versorgungsstrukturen, (2) Schnittstellen zwischen privater Unterstützung und Pflege, das (3) freiwillige Engagement, (4) öffentliche Strukturen und Angebote der gewerblichen Wirtschaft, sowie die (5) Telemedizin und E-Health.

Engagement, Ehrenamt und gesellschaftlicher Zusammenhalt: Engagement und Ehrenamt (und damit die Mitgestaltung durch Bürgerinnen und Bürger) spielen eine wichtige Rolle im Umgang mit aktuellen Herausforderungen und tragen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zur langfristigen Stärkung der Demokratie bei. Zu diesem Themenfeld gehören die (1) Ehrenämter im Blaulichtsegment und (2) in der Kommunalpolitik, das (3) freiwillige Engagement in Vereinen, Initiativen und Organisationen, die (4) Infrastrukturen für das Ehrenamt (Mehrgenerationenhäuser, Engagement-Zentralen und Netzwerke) sowie die (5) Demokratieförderung.

Nahversorgung und kulturelle Teilhabe: Nahversorgung und kulturelle Teilhabe schaffen Verankerung in der Region. Regionale Kultur und regionales Warenangebot (bzw. deren Konsum) stehen in enger Beziehung zur Ausbildung und Ausübung regionaler Identität. Kulturelle Angebote decken dabei nicht nur Grundbedürfnisse, sondern stärken auch das soziale Gefüge und die kulturelle Vielfalt. Sie ermöglichen politische Teilhabe, persönliche Entfaltung und soziale Interaktion. Zu diesem Themenfeld gehören: (1) Modelle zur Sicherstellung der Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs, (2) regionales Produktangebot zur Stärkung der regionalen Identität, (3) Sicherung und Schaffung kultureller Angebote, sozialer Teilhabe und Lebensqualität.

Tabelle 1: Auswahl Regionen

Fokusgruppe/ Thema	Region	Bundes- land	Lage	Siedlungsstruktureller Kreistyp (nach BBSR)	GRW Status
Digitale Teilhabe	Saarland	Saarland	West	Saarbrücken städtischer Kreis, aber Saarland ansonsten eher ländliche Kreise	teilw. C/D
Mobilität und ÖPNV	Nordfriesland	Schleswig- Holstein	Nord	dünn besiedelter ländlicher Kreis	D
Klima und Umwelt	Schwarzwald/ Regierungsbezirk Freiburg (Freiburg; LK Emmendingen, Ortenaukreis; Breisgau- Hochschwarzwald; Lörrach; Waldshut; Schwarzwald-Baar- Kreis)	Baden- Württemberg	Süd	kreisfreie Großstadt, städtischer Kreis, ländlicher Kreis mit Verdichtungsansätzen	/
Fachkräfte und Integration	Regierungsbezirk Schwaben (Aichach- Friedberg, Augsburg, Dillingen a.d. Donau, Donau-Ries, Günzburg, Kaufbeuren, Kempten (Allgäu), Lindau (Bodensee), Memmingen, Neu- Ulm, Oberallgäu, Ostallgäu, Unterallgäu)	Bayern	Süd	kreisfreie Großstadt; ländlicher Kreis mit Verdichtungsansätzen; dünn besiedelter ländlicher Kreis; städtischer Kreis	/
Strukturwandel und -stärkung	Mitteldeutsches- Revier⁷ (Halle (Saale); LK Anhalt-Bitterfeld, Burgenlandkreis, Mansfeld-Südharz, Saalekreis)	Sachsen- Anhalt	Ost	kreisfreie Großstadt; ländlicher Kreis mit Verdichtungsansätzen; dünn besiedelter ländlicher Kreis	C
Gesundheit und Pflege	Landkreis Vorpommern- Greifswald	Mecklen- burg- Vorpommern	Ost	dünn besiedelter ländlicher Kreis	C (Grenz)
Engagement, Ehrenamt & ge- sellschaftlicher Zusammenhalt	Dortmund	Nordrhein- Westfalen	West	kreisfreie Großstadt	C/D
Nahversorgung und kulturelle Teilhabe	Emsland	Nieder- sachsen	Nord	dünn besiedelter ländlicher Kreis	/

Auswahl der Regionen

Bei der Auswahl der Regionen wurden folgende Kriterien berücksichtigt:

- Die Untersuchungsregionen unterscheiden sich angesichts der regionalen Vielfalt in Deutschland in Bezug auf die Flächengröße, Bevölkerungsstruktur sowie (förder-)strukturelle Merkmale.
- Die Abgrenzung der Untersuchungsregionen orientiert sich am jeweiligen thematischen Schwerpunkt. Die Regionen müssen daher nicht zwingend administrativen Grenzen folgen.
- Mindestens eine Region ist grenzüberschreitend auszurichten.
- Im Sinne einer maximalen strukturellen Varianz decken die Untersuchungsregionen möglichst unterschiedliche Merkmalskombinationen ab. Zu den relevanten Merkmalen zählen der Raumtyp (z.B. Großstadt, urbane Region, ländlicher Raum mit Verdichtungsansätzen, dünn besiedelte Landkreise) sowie Ost-, Nord-, Süd- und Westdeutschland
- Ein Schwerpunkt ist dabei auf strukturschwache Regionen zu legen, deren wirtschaftliche und soziale Entwicklung von besonderem Interesse für die Politik für gleichwertige Lebensverhältnisse des Bundes ist.

Die Auswahl der FG-Regionen deckt diese Kriterien entsprechend ab (siehe Tabelle 1). Folgend werden zunächst grundlegende Informationen zu den im Rahmen der Auswahl verwendeten Kriterien und Merkmale erläutert. Im Anschluss folgen weitere Angaben zu den einzelnen ausgewählten Regionen.

Förderstrukturelle Merkmale

Den Orientierungsrahmen für die Auswahl der acht Regionen geben die im Rahmen der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) für den Zeitraum 2022–2027 ausgewiesenen Fördergebiete, welche die Gebietskulisse für das Gesamtdeutsche Fördersystem für strukturschwache Regionen darstellt.⁸ Fünf der ausgewählten Regionen sind GRW-Fördergebiet (C, D, C + Grenzzuschlag, C/D, teilweise C/D). Zwei der ausgewählten Regionen umfassen Fördergebiete (Vorpommern-Greifswald; Burgenlandkreis und Saalekreis, ohne Stadt Halle) des GRW-Sonderprogramms „Beschleunigung der Transformation in den ostdeutschen Raffineriestandorten und Häfen“. Neben GRW-Fördergebieten wurden auch drei Regionen (Emsland, Regierungsbezirk Schwaben und der Schwarzwald) ausgewählt, die nicht als GRW-Fördergebiete ausgewiesen sind. Dadurch sind auch die Erfahrungen von Akteurinnen und Akteuren aus Regionen vertreten, die vergleichsweise geringere Herausforderungen in Bezug auf ihre regionale Wirtschaftsstruktur zu bewältigen haben. Deren Perspektive kann ebenfalls relevant sein für eine zukünftige Weiterentwicklung der Förderpolitik des Bundes.

Administrativ-räumliche Abgrenzungen

Die Bestimmung der Regionen geht flexibel mit der gemeindegrenzen Abgrenzung und der auf Landkreisebene dargestellten GRW-Förderkulisse um, da einige der für die thematische

⁷ In der FG waren Teilnehmende aus Sachsen-Anhalt vertreten. Das Mitteldeutsche Revier umfasst neben den in Sachsen-Anhalt gelegenen Teilräumen auch Teile von Sachsen und Thüringen (vgl. BBSR, 2022, S. 12).

⁸ Koordinierungsrahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) ab 1. Januar 2024, Anhang 6 (BMWK, 2024a)

Auswahl der Regionen relevanten Förderprogramme interkommunale, nur Teile von Landkreisen oder auch landkreisübergreifende sowie grenzüberschreitende Zusammenschlüsse adressieren⁹ und diese unterschiedlichen administrativ-räumlichen Zuschnitte auch in die Auswahl der Regionen für die FG einbezogen werden sollen. Dazu gehören ein kompletter Regierungsbezirk (Schwaben) ebenso wie der Teil eines solchen Bezirkes (Schwarzwald), ein großes urbanes Zentrum mit Umland (Dortmund), ein Bundesland (Saarland), einzelne Landkreise (Emsland, Vorpommern-Greifswald, Nordfriesland) sowie im - Fall des Mitteldeutschen Reviers – ein Landkreis-übergreifendes Gebiet.

Berücksichtigung von Grenzregionen

Die Gesamtauswahl sollte auch grenzüberschreitende Projekte, Fragestellungen oder Herausforderungen beinhalten, um Erkenntnisse zur Förderthematik in Grenzregionen bzw. in Grenznähe gewinnen zu können. Die Grenzthematik spielt z.B. in der Region Vorpommern-Greifswald für das Handlungsfeld „Gesundheit und Pflege“ eine bedeutende Rolle; unter anderem bei der Koordination der Notfallmedizin. Ein weiterer Aspekt in Grenzregionen ist der Zuzug von Menschen aus dem Nachbarland und dessen (mögliche) Auswirkungen auf die Dynamik auf dem Arbeitsmarkt sowie die daraus entstehenden Nachfrage bzw. Anforderungen bezüglich kommunaler Infrastruktur.

Siedlungsgeographie

Die siedlungsgeographische Einordnung der Landkreise greift auf die Raumbewertung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt, und Raumforschung (BBSR) zurück; ein wesentlicher Indikator ist dabei die Bevölkerungsdichte. Das BBSR differenziert in die siedlungsstrukturellen Typen „kreisfreie Großstädte“, „städtische Kreise“, „ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen“ und „dünn besiedelte ländliche Kreise“. Die Auswahl berücksichtigt alle siedlungsstrukturellen Typen.¹⁰

Geographische Lage

Für die Repräsentation der Vielfalt der Lebensverhältnisse in den unterschiedlichen Teilen Deutschlands wurde darauf geachtet, dass die Auswahl der Regionen alle Himmelsrichtungen und die Mitte Deutschlands in ausgewogener Anzahl berücksichtigt. Zur Kategorie „Nord“ sind dabei die Bundesländer Niedersachsen und Schleswig-Holstein sowie die Stadtstaaten Bremen und Hamburg zusammengefasst. Mecklenburg-Vorpommern, ist hier der Kategorie „Ost“ zugeordnet, zu der auch die Länder Berlin, Brandenburg, Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt zählen. Zur Kategorie „West“ gehören Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, das Saarland und Hessen und zur Kategorie „Süd“ Bayern und Baden-Württemberg.

Raumwirksame Fördermaßnahmen

In Ergänzung zu den zuvor beschriebenen Kriterien sollten insbesondere raumwirksame Fördermaßnahmen bei der Gebietsauswahl berücksichtigt werden. Hierzu leitete der AG eine Ressortabfrage ein, bei der die Fachressorts um Vorschläge für geeignete Regionen und Projekte sowie Nennung dortiger Förderprogramme gebeten wurden. Die Rückmeldungen der Ressorts flossen in die Entscheidung ein.

⁹ Vgl. z.B. Definition und Verständnis des Begriffes „Region“ in den Programmen WIR!, RUBIN, REGION.innovativ und T!Raum (BMBF, o.J.)

¹⁰ BBSR, 2021a

Regionen und thematischer Zuschnitt der Fokusgruppen

Im Folgenden werden die im Ergebnis ausgewählten Regionen vorgestellt, in denen die teilnehmenden Stakeholder für die FG angesprochen und rekrutiert wurden. In Kurzdarstellung werden die wesentlichen Kriterien und Aspekte vorgestellt, die insbesondere für die Wahl der jeweiligen Region ausschlaggebend waren. Dabei wird insbesondere auf die Erfüllung der Auswahlkriterien Bezug genommen.

Saarland: Fokusgruppe „Digitale Teilhabe“

Teile des Saarlands sind als GRW-Fördergebiet „C“ und „D“ ausgewiesen, der vorherrschende Kreistyp ist der „städtische Kreis“, wobei die Region überwiegend ländlich geprägt ist.¹¹ Die Förderlandkarte des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV) weist mehrere Projekte im Saarland aus. Raumwirksame Förderprogramme im Saarland sind z.B. mFUND/Modernitätsfonds (BMDV), in Bezug auf das Thema „Strukturwandel und -stärkung“ das Programm „WIR! – Wandel durch Innovation in der Region“ und „REGION.innovativ“ und bzgl. des Themas „Engagement, Ehrenamt & gesellschaftlicher Zusammenhalt“: „Demokratie leben!“. Das Bundesland betreibt eigene Fördermaßnahmen (z.B. „DigitalStarter“, „Digitale Teilhabe sichern“) und ist Teil des „DigitalPakt Alter“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend – BMFSFJ). Im Rahmen des Programms „Digital Jetzt“ (Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, BMWK) werden im Saarland Projekte gefördert.

Schwarzwald/Regierungsbezirk Freiburg: Fokusgruppe Klima und Umwelt

Die Region „Schwarzwald“ beinhaltet die Kreistypen „kreisfreie Großstadt“ und „städtischer Kreis“¹² und ist kein GRW-Fördergebiet. Die Region Freiburg und Umgebung gehört zu den „First Movern“ im Klimaschutz und nimmt mittlerweile einen Vorbild-Charakter ein: Es gibt z.T. bereits sehr ambitionierte Klimaschutzpläne (z.B. Freiburg¹³, Denzlingen¹⁴), Themen wie nachhaltige Energie- und Wohnformen sind bereits seit Jahren prioritär gesetzt: z.B. wurde Freiburg als „Deutschlands nachhaltigste Großstadt 2012“ ausgezeichnet. Auch sind in der Region zahlreiche Unternehmen aus dem Bereich Umwelt/Klima ansässig. Bereits 2018 gab es in der Stadt Freiburg eine Online-Beteiligung zum Klimaschutzkonzept 2018¹⁵ und die Region Freiburg führte 2022 einen „Klima-Bürger:innenrat“¹⁶ durch. Mit der Weiterentwicklung des Nationalparks Schwarzwald konnte das für gleichwertige Lebensverhältnisse relevante Thema des Erhalts der biologischen Vielfalt berücksichtigt werden. Auch das Beispiel der aus einer Bürgerinitiative hervorgegangen „Elektrizitätswerke Schönau“ (EWS), die als eG organisiert sind, oder auch die kontrovers geführte Debatte um das Parkhaus Feldberg machten die Region für das Thema „Klima und Umwelt“ interessant.

Regierungsbezirk Schwaben: Fokusgruppe Fachkräfte und Integration

Der Regierungsbezirk Schwaben beinhaltet die Kreistypen „kreisfreie Großstadt“, „städtischer Kreis“, „ländlicher Kreis mit Verdichtungsansätzen“ und „dünn besiedelter ländlicher Kreis“¹⁷ und ist kein GRW-Fördergebiet. Raumwirksame Bundesförderprogramme in der Region sind

¹¹ BBSR, 2021b

¹² BBSR, 2021b

¹³ Stadt Freiburg im Breisgau, 2019

¹⁴ Landesministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft & Landesministerium für Finanzen Baden-Württemberg, 2023

¹⁵ Stadt Freiburg im Breisgau, 2018

¹⁶ AllWeDo e.V., 2022

¹⁷ BBSR, 2021b

u.a. die Richtlinie zur Unterstützung von Unternehmen bei der betrieblichen Integration von Geflüchteten durch Willkommenslotsen (BMWK)¹⁸. Auch Maßnahmen des Förderprogramms „Integration durch Qualifizierung (IQ)“¹⁹ (Coaching der Initiative Neue Qualität der Arbeit oder das IQ-Netzwerk Bayern) werden in der Region umgesetzt.

In Bayern wurden auf unterschiedlichen Ebenen diverse Strukturen geschaffen, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Dazu zählt auch die Einrichtung der bayernweit tätigen Zentralen Stelle für die Einwanderung von Fachkräften im Jahr 2020, die gemäß Zuständigkeitsverordnung Ausländerrecht²⁰ als zentrale Behörde für die Durchführung des beschleunigten Fachkräfteverfahrens gilt. Beim Regierungsbezirk Schwaben handelt es sich um eine zentral gelegene, insgesamt - wenngleich nicht flächendeckend - wirtschaftsstarke Region mit Bedarf an Arbeitskräften: Laut aktueller Prognosen werden in Schwaben im Jahr 2035 rund 74.000 Arbeitskräfte fehlen. Die Arbeitskräftelücke vergrößert sich damit von heute knapp 55.000 um weitere ca. 19.000 Personen.²¹

Mitteldeutsches Revier Sachsen-Anhalt: Fokusgruppe Strukturwandel und Strukturstärkung

Das Mitteldeutsche Revier in Sachsen-Anhalt beinhaltet die Kreistypen „kreisfreie Großstadt“, „ländlicher Kreis mit Verdichtungsansätzen“ und „dünn besiedelter ländlicher Kreis“²² und ist GRW-Fördergebiet „C“. Der Burgenlandkreis und der Saalekreis sind Teil des GRW-Sonderprogramms „Beschleunigung der Transformation in den ostdeutschen Raffineriestandorten und Häfen“. Seitens des BMWK wird ab 2024 – das „Ausbildungscluster 4.0 in den Braunkohleregionen“ gefördert. Raumwirksame Förderprogramme sind z.B. WIR!, RUBIN - Regionale unternehmerische Bündnisse für Innovation; Kommunale Modellvorhaben zur Umsetzung der ökologischen Nachhaltigkeitsziele in Strukturwandelregionen (KoMoNa).

Der mit dem Braunkohleausstieg verbundene Strukturwandel hat weitreichende Auswirkungen auf das Mitteldeutsche Revier und dessen Neugestaltung. Die Transformation wirkt sich umfänglich auf das Zusammenleben in der Region, z.B. hinsichtlich Wirtschaft und Innovation, Klima und Umwelt, Bildung und Fachkräftesicherung aus.²³ Zur Steigerung und Aufrechterhaltung der Attraktivität des Reviers für Unternehmen wie aber auch für die Bürgerinnen und Bürger arbeitet die Region an zukunftsfähigen Lösungen, u.a. unterstützt durch Förderung. Im Bereich Bioökonomie/ Kreislaufwirtschaft existieren mehrere Bündnisse, wie z.B. WIR! Biobasierte Innovationen aus Zeit und Mitteldeutschland (BioZ), RUBIN-Projekt zum Aufbau von Wertschöpfungsketten für technische Biokunststoffe in Mitteldeutschland (RUBIO), GOHLEM - Initiative für Lehm- und Kreislaufwirtschaft.

Landkreis Vorpommern-Greifswald: Fokusgruppe Gesundheit und Pflege

Der Landkreis Vorpommern-Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern besteht aus dünn besiedelten ländlichen Kreisen²⁴ und ist GRW-Fördergebiet „C mit Grenzzuschlag“. Der

¹⁸ BMWK, 2024b

¹⁹ Das Förderprogramm IQ wird durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und die Europäische Union über den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF Plus) gefördert und vom BAMF administriert. Umsetzungspartner sind das Bundesministerium für Bildung und Forschung und die Bundesagentur für Arbeit (BA). Siehe dazu auch <https://www.netzwerk-iq.de/>.

²⁰ ZustVAusIR, 2023, §4, Abs. 1, S.1

²¹ Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, 2023

²² BBSR, 2021b

²³ Agora Energiewende, 2016; Kropp et al., 2019; Kropp & Seibert, 2023; Sander et al., 2021; Senius & Höffken, 2020; Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt, 2021

²⁴ BBSR, 2021b

Landkreis ist Fördergebiet des GRW-Sonderprogramms „Beschleunigung der Transformation in den ostdeutschen Raffineriestandorten und Häfen“. Raumwirksame Förderprogramme sind z.B. LandRettung – Zukunftsfeste notfallmedizinische Neuausrichtung eines Landkreises, (bzgl. „Digitale Teilhabe“: „DigitalPakt Alter“, „Künstliche Intelligenz für ein gutes Altern“), (bzgl. „Strukturwandel und -stärkung“: WIR!, T!Raum – TransferRäume für die Zukunft von Regionen). Der LK Vorpommern-Greifswald bot für die FG die Option zur Beschäftigung mit der Grenzthematik. Die Region an der deutsch-polnischen Grenze ist strukturschwach und in weiten Teilen dünn besiedelt. Der Flächencharakter führt zu langen Wegen bei der gesundheitlichen Versorgung bzw. entsprechenden Dienstleistungen.²⁵ Die Bevölkerung zeigt ein (im bundesweiten Vergleich) hohes Durchschnittsalter sowie einen hohen Altenquotient.²⁶ Im Umgang mit den Herausforderungen des demographischen Wandels und in der Erprobung von Lösungsansätzen und Förderung ist die Region seit Jahren erfahren.²⁷ Insbesondere durch den Handlungsbedarf infolge der Demographie weisen mehrere Ressorts Förderprogramme und Projekte für Greifswald aus.

Dortmund und Umland: Fokusgruppe Engagement, Ehrenamt und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Dortmund repräsentiert den Kreistyp „kreisfreie Großstadt“²⁸ und beinhaltet GRW-Fördergebiete „C und D“. Raumwirksame Förderprogramme sind z.B. „Zukunftswerkstatt Kommune“, Mehrgenerationenhäuser, „Demokratie leben! Teilbereich: Partnerschaften für Demokratie, Menschen stärken Menschen“. Auch die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) bietet Projektförderung in der Region an. Dortmund ist eine vom Strukturwandel massiv betroffene Großstadt und bietet infolge jahrzehntelanger Erfahrung im Umgang mit Förderstrukturen umfangreiche Beispiele für gelingenden Strukturwandel.²⁹ Die Stadt ist (im bundesweiten Vergleich) stark von Arbeitslosigkeit³⁰, Kinderarmut³¹ und sozialer Spaltung³² betroffen und verfügt zugleich über eine sehr aktive Zivilgesellschaft³³ und eine ausgeprägte Demokratieförderung, verschiedene Glaubensgemeinschaften und kirchliche Akteure³⁴. Es bestehen traditionelle, wie auch neue Strukturen von Ehrenamt und Engagement.

Emsland: Fokusgruppe Nahversorgung und kulturelle Teilhabe

Das Emsland in Niedersachsen repräsentiert den Kreistyp „dünn besiedelter ländlicher Kreis“³⁵ und ist kein GRW-Fördergebiet. Raumwirksame Förderprogramme sind z.B. das Projekt "Wissensverbund regionale Kultur" (WrK) des Bundesprogramms für ländliche Entwicklung (BULE) und bzgl. „Digitaler Teilhabe“ das Bundesförderprogramm Breitband. Die dünn besiedelte Region liegt im Nordwesten der Republik in Grenzlage zu den Niederlanden. Das

²⁵ van den Berg et al., 2021

²⁶ Das Durchschnittsalter im LK Vorpommern-Greifswald lag im Jahr 2022 mit 47,16 Jahren (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, 2023) über dem Bundesdurchschnitt von 44,08 Jahren. Der Altenquotient (Anteil der Einwohner 65 Jahre und älter je 100 Einwohner im erwerbsfähigen Alter) liegt in Vorpommern-Greifswald bei 44,7 und im Bundesdurchschnitt mit einem Wert von 37,70 deutlich niedriger (BBSR, 2024; Destatis, 2024).

²⁷ So hat die Region bereits in der Wahlperiode 2011-2016 die Enquetekommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ eingesetzt (Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 2016).

²⁸ BBSR, 2021b

²⁹ Goch, 2021

³⁰ BA, 2024

³¹ Funcke & Menne, 2023

³² Helbig & Salomo, 2021

³³ Dortmunder Statistik, 2021, S.3

³⁴ Staubach et al., 2008, S.16

³⁵ BBSR, 2021b

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) förderte hier soziale Dorfentwicklung (BULE) und das Emsland hat Erfahrung als Partner im Verbundprojekt (BMEL/ Deutscher Landkreistag (DLT)) „Hauptamt stärkt Ehrenamt“. Verschiedene Förderprogramme zur Unterstützung der Nahversorgung im ländlichen Raum sind präsent. Seit den 1970er Jahren findet ein systematischer Aufbau der Breitenkultur in der Fläche zur Stärkung der regionalen Identität statt.³⁶

Nordfriesland: Fokusgruppe Mobilität und ÖPNV

Der Landkreis Nordfriesland ist ein dünn besiedelter ländlicher Kreis³⁷ und GRW-Fördergebiet D. Die Sicherstellung der Mobilität zur gesellschaftlichen Teilhabe, zur Teilhabe am Arbeitsmarkt und zur Erreichbarkeit von sozialer Infrastruktur, Gesundheitseinrichtungen und Versorgungseinrichtungen stellt hier eine Herausforderung dar. Um zentrale Orte, in denen sich die Einrichtungen konzentrieren, zu erreichen, sind mit dem Pkw Fahrzeiten von ca. 25 Minuten nötig, mit dem öffentlichen Nahverkehr 50 Minuten und mehr.³⁸

Diese Herausforderungen werden im Landkreis Nordfriesland in insgesamt sechs Kooperationsräumen in unterschiedlicher Weise angegangen. Nach einem vom BMEL geförderten Pilotvorhaben „Kooperationsraum Mittleres Eiderstedt“ entstanden im Rahmen des Modellvorhabens Land(auf)Schwung von BULE weitere fünf Kooperationsräume im Kreis, in denen Daseinsvorsorge und Mobilität im Zusammenhang mit lokalen Akteuren entwickelt wurden.³⁹ Ein weiteres innovatives Modell zur Sicherung der Mobilität stellen die „Dörpsmobile“, elektromobiles Carsharing im ländlichen Raum, dar. Dörpsmobile werden über den europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) gefördert und auf Gemeindeebene umgesetzt. Neben diesen von Akteursnetzwerken unter Einbindung von ehrenamtlichem Engagement umgesetzten Mobilitätsinnovationen, hat auch der Nahverkehrsträger alternative Bedienformen entwickelt und sein Angebot um Rufbusse und ein Nachttaxi erweitert.⁴⁰

Der Landkreis Nordfriesland gehört außerdem zur grenzüberschreitenden „Region Sønderjylland-Schleswig“. Dieser grenzregionale Zusammenschluss befasst sich intensiv mit dem Thema Mobilität, auch und gerade mit der Arbeitnehmermobilität sowie den damit zusammenhängenden arbeits-, sozial- und steuerrechtlichen Fragen.⁴¹

2.3. Planung, Durchführung und Auswertung der Fokusgruppendifkussionen

Im Anschluss an die Festlegung der Themen und Regionen der FG erfolgte die gezielte Ansprache und Rekrutierung möglicher Teilnehmender, die Ausarbeitung des Gesprächsleitfadens, die Planung des zeitlichen und örtlichen Rahmens der Gespräche. Auf die Durchführung der FG folgte die Transkription, die Entwicklung des Kodierleitfadens, die Kodierung und Analyse der Daten. Diese Arbeitsschritte werden in diesem Kapitel genauer erläutert.

³⁶ Kegler, 2021, S.17-19; Grave, 2014, S.45

³⁷ BBSR, 2021b

³⁸ Deutschlandatlas, o.J.

³⁹ Kreis Nordfriesland, o.J.a

⁴⁰ Rufbus Nordfriesland, o.J.; Kreis Nordfriesland, o.J.b

⁴¹ Pendlerinfo, o.J.

Fokusgruppen - Methode

FG sind moderierte Kleingruppen, in denen sich ca. sechs bis zwölf Teilnehmenden für ein bis zwei Stunden oder auch länger austauschen.⁴² Die Diskussion erfolgt Leitfaden gestützt zu einem bestimmten Thema und wird von einer Moderation angeregt und begleitet. Zur Fokussierung dienen ein Informationsinput und ein im Vorfeld aus offenen Fragen konzipierter Leitfaden. Der Informationsinput und die Leitfragen für die Diskussion geben den Anstoß für eine intensive und fokussierte Auseinandersetzung mit dem Thema und unterstützen eine Gruppendynamik des freien Austausches, an dem alle sich beteiligen.

Die Methode ermöglicht durch die Gruppengröße einen intensiven Austausch in Diskussionsatmosphäre. Die Auswahl der Beteiligten richtet sich nach dem Thema und berücksichtigt dabei, dass Personen mit unterschiedlichen Perspektiven zusammenkommen, die aber einen gemeinsamen thematischen Bezug haben und dadurch leicht in die Diskussion kommen. Dieser thematische Bezug kann je nach Thema der FG der Erfahrungshorizont, eine Altersgruppe, Lebenssituation, Geschlecht und anderes sein. Im Falle der FG für die Untersuchung und Weiterentwicklung der Gleichwertigkeitspolitik bilden der thematische und regionale Zuschnitt der FG, wie auch die Rolle der Teilnehmenden als im jeweiligen Themenfeld aktiv engagierte Akteure und Stakeholder die gemeinsame Basis.

Auswahl der Teilnehmenden

Bei der Auswahl und Rekrutierung der Teilnehmenden der FG fanden unterschiedliche Faktoren Berücksichtigung. Ein wichtiges Kriterium stellte das aktive Engagement und die entsprechenden Erfahrungen der Teilnehmenden im Themenfeld sowie mit der Beantragung und Verausgabung von Fördermitteln dar, die auf die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im jeweiligen Themenbereich abzielen. Hierbei wurde der Schwerpunkt auf Bundesförderprogramme gelegt. Da für das Erkenntnisinteresse jegliche Förderungen zur Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen von Relevanz sind, wurden bei der Rekrutierung der Teilnehmenden aber auch Fördermittel anderer Ebenen mitberücksichtigt. Als potenzielle Teilnehmende qualifizierten sich auch Vertretende von Leuchtturmprojekten im jeweiligen Themenfeld. Es wurde zudem darauf geachtet, dass die Teilnehmenden einer FG trotz des gemeinsamen thematischen Hintergrundes verschiedene Blickwinkel in die Diskussion miteinbrachten. Eingeladen wurden sowohl Akteure aus dem öffentlichen Dienst als auch von Vereinen oder Privatunternehmen. Dabei wurde auf eine gemischte Zusammensetzung hinsichtlich der Geschlechter und des Alters geachtet. Diese variierte in den einzelnen Gruppen je nach Thematik und auch der zeitlichen Verfügbarkeit der angefragten Personen.⁴³

Bei der Recherche und Rekrutierung der Teilnehmenden der FG wurde nach dem Multiplikatorenansatz vorgegangen. Der AG sowie die weiteren Bundesressorts vermittelten dafür die weiterführenden Kontakte. Um allen Teilnehmenden der FG genügend Raum für das Ausführen ihrer Perspektiven zu geben und in der Diskussion eine Gruppendynamik entstehen zu lassen, wurde die Rekrutierung von ungefähr acht Personen angestrebt und eine Diskussionsdauer von 120 Minuten festgelegt. Die tatsächliche Anzahl der Teilnehmenden belief sich pro FG auf sechs bis neun Personen.

⁴² Vgl. z.B. Bohnsack, 2005; Smithson, 2007; Schulz, 2012; Dürrenberger et al., 1999.

⁴³ Informationen zur Zusammensetzung der FG finden sich im A: Besetzung der Fokusgruppen.

Entwicklung des Diskussionsleitfadens

Um sicherzustellen, dass die Gruppengespräche zu verallgemeinerbaren Erkenntnissen führten, wurden zur Vorbereitung der FG teilstandardisierte Leitfäden⁴⁴ erarbeitet. Diese legten die Richtung und den Strukturierungsgrad der Diskussionen fest. Die Entwicklung der Leitfäden und der genauen Fragestellungen orientiert sich an dem methodischen Vorgehen nach Helfferich⁴⁵ und der sogenannten SPSS-Methode, wobei in vier Schritten vorgegangen wird:

1. Sammeln: Entlang der ausgewählten Schwerpunktthemen bzw. Oberkategorien werden Fragen gesammelt
2. Prüfen: Die Eignung der Fragen wird geprüft – ungeeignete Fragen (geschlossene Fragen, wertende und suggestive Fragen) werden gestrichen
3. Sortieren: Fragen werden sortiert – nach Chronologie, Thema oder nach weiteren Dimensionen
4. Subsummieren: Jedes Fragenbündel erhält eine umspannende Erzählaufforderung bzw. einen Input. Darunter bzw. danach werden weitere Fragen bzw. konkretere Nachfragen eingeordnet

Der Ablauf der FG folgte einem vorgegebenen Schema: Nach einer Vorstellungsrunde leitete die Moderation die Teilnehmenden anhand grob strukturierter Themenblöcke mit offenen Fragen durch die Diskussion. Die themenspezifischen Fragen wurden in den Leitfäden der einzelnen FG jeweils angepasst. Um die Dynamik der Diskussion nicht zu beeinträchtigen, wurde der Gesprächsleitfaden während der FG flexibel angewandt.

Zwei eigens für die einzelnen FG produzierte Videos setzten inhaltlich unterschiedlich gelagerte Gesprächsstimuli: In einem Beitrag wurden Zahlen und Fakten zur Thematik vorgestellt, im anderen gab es einen Impuls durch eine Expertin oder einen Experten.⁴⁶ Die beiden Videos wurden den Teilnehmenden als Teil des FG-Konzepts zu einem jeweils festgelegten Zeitpunkt als Informationsinput und Gesprächsanreiz vorgeführt, an den der jeweils darauffolgende Diskussionsteil inhaltlich anknüpfte.

Auswertung der Daten

Die FG wurden vollständig auf Video aufgenommen und die Audiospur mit Hilfe der Software amberscript automatisch verschriftlicht (transkribiert). Vor der Auswertung wurden die automatisch erstellten Texte qualifiziert, d.h. geprüft und manuell korrigiert. Im Anschluss wurden die Daten zum Schutz der Persönlichkeitsrechte der Teilnehmenden pseudonymisiert. Auswertung und Analyse erfolgten auf Basis der qualitativen Datenanalyse nach Kuckartz⁴⁷ unter Verwendung der Software MAXQDA.

Für die Auswertung des transkribierten Datenmaterials wurde auf Basis des Leitfadens sowie einer ersten inhaltlichen Sichtung der Interviews ein Codesystem⁴⁸ entwickelt und mit dem AG abgestimmt. In einem ersten Schritt wurden in Anlehnung an die Forschungsfragen Hauptkategorien für die Kodierung festgelegt (siehe Kapitel 2.1). Folgende Kategorien wurden festgelegt:

⁴⁴ Siehe allgemeiner Gesprächsleitfaden, B: Gesprächsleitfaden.

⁴⁵ Helfferich, 2011, S. 182-189

⁴⁶ Die Entwicklung des Ablaufs erfolgte unter Berücksichtigung des Phasenmodells von Lamnek, das unterschiedliche Gesprächsdynamiken berücksichtigt (Lamnek, 2005, S. 130-56).

⁴⁷ Kuckartz & Rädiker, 2022

⁴⁸ Der Kodierleitfaden wurde unter Berücksichtigung der Ausführungen von Kuckartz und Rädiker (2022, S. 53-69) entwickelt.

- Gelungene Projekte und Maßnahmen in der Region in Hinblick auf die Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen im Themengebiet
- Humankapital, Fachkräfte, Kompetenzen und Wissen
- Regionale Bindung und Heimat: Ausbau oder die Entstehung von Netzwerken zur Stärkung der kommunalen und regionalen Handlungsfähigkeit
- Infrastrukturen zur Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen im Themenbereich
- Herausforderungen in Bezug auf die Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen im Themenbereich
- Förderpolitik: Generelle Äußerungen, Unterstützungsbedarfe, Verbesserungspotenziale bestehender Unterstützungs- und Förderangebote
- Kommunikation und Interaktion zwischen Bund, Ländern und Regionen
- Chancen und Zukunftsvisionen: entstandene Visionen/Perspektiven für die Entwicklung in den Regionen

Zur feineren Ausdifferenzierung der Kategorien wurden diese um untergeordnete Kodes („Subkodes“) ergänzt.⁴⁹ Für die Kodierung wurde ein Regelwerk erstellt und ein Team in der Anwendung dieser Kodierregeln geschult. Anschließend wurden den Teammitgliedern jeweils Datenblöcke zur Kodierung zugeteilt. Zur Überprüfung der Kodedefinitionen wurde das Codesystem an den Daten getestet und bei Bedarf angepasst, bspw. im Hinblick auf die Kodedefinitionen weiter geschärft. Im Laufe des Kodierprozesses wurden Passung und ggf. zu ergänzende Kodes in Memos verfasst. Um die Reliabilität im Kodierprozess sicherzustellen, überprüften die Kodiererinnen zudem gegenseitig die von ihnen kodierte Textsegmente. Abweichungen in den Kodierungen wurden im Anschluss im Team analysiert.⁵⁰ Durch den skizzierten iterativen Prozess wurde das Codesystem mit dem Fortschreiten der Datenanalyse weiter ausdifferenziert und erweitert.

Die Analyse erfolgte schließlich gegliedert nach den übergeordneten Hauptkategorien (s.o.). Eine weitere Orientierung boten dabei die aus dem Material abgeleiteten Unterkategorien der „Subkodes“ (siehe Anhang C: Codesystem). Die mithilfe der Subkodes geschaffene weitere Strukturierung der FG-Inhalte und die ihnen zugeordneten Redebeiträge bzw. Zitate bildeten somit die (Daten-) Grundlage für die analytisch abgeleiteten Aussagen und Befunde, wie sie im Folgenden dargestellt werden.

Die Bildung von Unterkategorien (Sub-Kodes, Sub-Sub-Kodes etc.) stellte ein wichtiges methodisches Instrument im Arbeitsprozess der Auswertung dar. Die untenstehende Ergebnisdarstellung löst sich jedoch von dieser systematischen Struktur. Sie zielt auf einen demgegenüber inhaltlich logischen Aufbau und damit auf einen für die Leserschaft möglichst nachvollziehbaren und fließenden thematischen Erzählstrang ab. So findet sich die Nomenklatur der Kodebezeichnungen z.B. nicht 1:1 in den Kapitel- und Unter-Kapitel-Überschriften des Berichts wieder und nicht alle in der Übersicht (siehe Anhang C: Codesystem) dargestellten Subkodes finden im Rahmen des Berichts explizit textliche Erwähnung; obgleich ihre Inhalte durchaus in der Darstellung präsent sind.

⁴⁹ Siehe Anhang C: Codesystem für detaillierte Informationen zu den Kodes und Kategorien.

⁵⁰ Zur Intercoder-Übereinstimmung siehe Kuckartz & Rädiker, 2022, S. 239-250

3. Ergebnisse der thematischen Fallbeispiele

In diesem Kapitel werden die qualitativen Ergebnisse zu den Themen, die im Fokus der acht Gruppengespräche standen, präsentiert. Da jedes Thema mit einer bestimmten Region verbunden ist, gibt das Kapitel auch Einblick in die Strukturen und Herausforderungen der jeweiligen Regionen.

Die Erkenntnisse dazu, was bezogen auf das Thema in den jeweiligen Regionen gut oder auch weniger gut funktioniert, bilden die Grundlage für die folgenden Kapitel, für die ein themen- und regionenübergreifender Analyseansatz kennzeichnend ist.

Der Darstellung der themenbezogenen Ergebnisse der acht FG werden jeweils Informationen zu den Teilnehmenden und der daraus resultierenden besonderen Perspektiven vorangestellt. Dann folgt dem Leitfaden der FG entsprechend zunächst die Darstellung von gelungenen Projekten, Erfolgen und Innovationen aus Sicht der Teilnehmenden. Die orts- und themenspezifischen Aspekte werden dann mit einer Analyse des Zusammenwirkens relevanter Akteure vor Ort vertieft. Daran anschließend werden jeweils die besonderen Herausforderungen für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Hinblick auf das Thema und die Region dargestellt. Dabei werden sowohl Umsetzungsbarrieren und Hindernisse als auch mögliche Strategien zur Bewältigung beschrieben.

Zur Darstellung der acht themen- und regionsspezifischen Unterkapitel werden nicht alle kodierten Segmente herangezogen, sondern nur diejenigen, die zu folgenden Codes gehören:

- Erfolge, Innovationen und Gelingensfaktoren in der Region
- Regionale Bindung und Heimat
- Herausforderungen in Bezug auf die Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen
- Chancen und Zukunftsvisionen

Diese Kodetitel bilden auch die Zwischenüberschriften der Kapitel.

3.1. Digitale Teilhabe im Saarland

Die Digitalisierung durchdringt alle Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft und gilt als Grundlage für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands.⁵¹ Für strukturschwache ländliche Regionen eröffnen sich durch die Digitalisierung besondere Entwicklungschancen. Diese liegen vor allem in der Steigerung der Attraktivität als Wohn- und Arbeitsort.⁵² Aufgrund der ortsungebundenen Nutzungsmöglichkeiten ergeben sich neue Wirtschafts- und Arbeitsmöglichkeiten – so können Standortnachteile zumindest zum Teil kompensiert werden.⁵³ Auch weiche Standortfaktoren, wie ein lebendiges Vereinsleben werden durch digitale Anwendungen im ländlichen Raum wirkungsvoll unterstützt.⁵⁴ In wichtigen Daseinsvorsorgebereichen, wie der Mobilität und der gesundheitlichen Versorgung, können Telematik und autonomes Fahren dazu beitragen, den Fachkräftemangel auszugleichen.

Wesentlich für das Gelingen der digitalen Transformation ist Akzeptanz gegenüber der Digitalisierung und digitalen Innovationen und ein Kompetenzaufbau in Bevölkerung,

⁵¹ BMWK, 2022

⁵² Statista, 2024

⁵³ BMEL 2023a; BMEL, 2023b; BMEL, 2023c

⁵⁴ Schubert et al., 2023

Unternehmen und Institutionen. Laut D21-Digital-Index 2023/2024 wird die deutsche Gesellschaft zwar digitaler, allerdings stehen die Menschen der Digitalisierung auch skeptischer gegenüber. Die Resilienz, definiert als Fähigkeit mit dem digitalen Wandel Schritt halten zu können, sinkt. Vor allem diejenigen, die nicht über digitale Basiskompetenzen verfügen, und das sind bis zu 50% der Gesellschaft, drohen abgehängt zu werden.⁵⁵

In diesen allgemeinen Rahmen der positiven Erwartungen und Herausforderungen fügt sich die Situation im Saarland ein. Die Digitalisierung im Saarland hat in den letzten Jahren eine bedeutende Entwicklung durchlaufen und spielt eine immer größere Rolle in Wirtschaft, Verwaltung und im Alltagsleben der Bürgerinnen und Bürger. Von der Förderung digitaler Innovationen bis zur Implementierung digitaler Lösungen in öffentlichen und privaten Bereichen verfolgten saarländische Akteure konsequent den Weg in Richtung einer digitalisierten Zukunft. Um gleichwertige Lebensverhältnisse zu fördern, ist es daher von entscheidender Bedeutung, sicherzustellen, dass die über 990.000 Bürgerinnen und Bürger im Saarland die Möglichkeit haben, an der digitalen Welt teilzunehmen. Mit einem Durchschnittsalter von 46,3 Jahren hat das Saarland die älteste Bevölkerung in Westdeutschland.⁵⁶ Nach dem Achten Altersbericht⁵⁷ ist es erforderlich, besonders die Älteren bei der Implementierung digitaler Maßnahmen zu berücksichtigen. Dies erfordert vor allem Investitionen in die Infrastruktur und die Förderung digitaler Bildung.

Informationen zu den spezifischen Perspektiven der Teilnehmenden

An dieser Herausforderung setzen einige Projekte an, die in der FG vertreten waren. Sie fördern Kompetenzen und Akzeptanz durch Beratungs- und Bildungsangebote für verschiedene Zielgruppen im Saarland. Dieser Perspektive lässt sich auch die Verwaltungsdigitalisierung zuordnen. Hierbei stand vor allem das Bemühen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf dem Weg zur Digitalisierung mitzunehmen und sie zu befähigen, im Mittelpunkt. Verwaltungsdigitalisierung birgt aber auch Chancen auf eine effizientere Aufgabenbewältigung. Diese Perspektive nimmt auch bei Projekten zur Digitalisierung im Unternehmenskontext und zur Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft breiten Raum ein. Sie haben das Ziel, die Chancen, die die Digitalisierung für die regionale Wirtschaft bietet, zu entwickeln. Die Grundlage für die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft wird durch den Ausbau der technischen Infrastruktur gelegt. Auch diese Perspektive war in der FG vertreten. Mit Ausnahme eines Projektes, das einen Landkreis vernetzt, spielten Anwendungsperspektiven zum Einsatz digitaler Lösungen in der Daseinsvorsorge, wie sie oben angerissen worden sind, keine Rolle.

Erfolge, Innovationen und Gelingensfaktoren

Voraussetzung für den Aufbau und die Nutzung der digitalen Anwendungen ist der Breitbandausbau. In dieser Beziehung hat das Saarland in den vergangenen Jahren große Fortschritte gemacht. Ermöglicht durch eine Bundesförderung gibt es seit 2019 im Saarland eine flächendeckende Versorgung mit 50m/Bit pro Sekunde. Dieses Netz bildet die Grundlage für weitere Schritte.⁵⁸ Zum Ausbau des Mobilfunknetzes äußerten sich die Teilnehmenden nicht, doch auch der neue Mobilfunkstandard 5G, ist fast flächendeckend umgesetzt.

⁵⁵ Initiative D21, 2024

⁵⁶ Berner et al., 2020

⁵⁷ BMFSFJ, 2020

⁵⁸ A02, Pos. 4, 17, 169

Als Erfolg kann auch der Auf- und Ausbau der digitalen Infrastruktur an Schulen gelten, der mit dem „DigitalPakt Schule“ aus Bundesmitteln gefördert wird.⁵⁹

Laut Digitalindex 2023/2024 stellt die Förderung der digitalen Resilienz eine besondere Gelingensbedingung für die Digitalisierung dar. Aus ihr resultiert, wie kompetent Menschen digitale Tools im Alltag und im Berufsleben nutzen können. Durch die digitale Transformation der Gesellschaft kann sich niemand auf Dauer der Anforderung entziehen, digitale Kompetenzen aufzubauen. Ein Grundverständnis und Grundkompetenzen werden in Zukunft noch notwendiger sein als heute schon, um am wirtschaftlichen und sozialen Leben teilhaben zu können.⁶⁰ Entsprechend vielfältig sind die Zielgruppen, die im Saarland mit Bildungs- und Akzeptanz-Initiativen adressiert werden: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ihrem beruflichen Kontext⁶¹ sowie Lehrpersonen, die in der Schule die Grundlage dafür legen, dass sich junge Menschen sicher im digitalen Raum bewegen können,⁶² genauso wie die allgemeine Bevölkerung. Die ältere Generation wird dabei von den Teilnehmenden in dieser Hinsicht nicht als besonders herausgehobene Zielgruppe beschrieben.⁶³ Sie sei „wesentlich digitaler (...), als man immer denkt“.⁶⁴ Auf Akzeptanz und Grundkenntnisse in der Bevölkerung ist auch die Verwaltung angewiesen, wenn sie zunehmend Dienstleistungen digital erbringt. Die Teilnehmenden sahen das Saarland auf einem guten Weg zur digitalen Verwaltung.⁶⁵

Als zielführende Ansatzpunkte für die Vermittlung haben sich nach Meinung der Teilnehmenden nicht-digitale Zugänge erwiesen, wie etwa Beratungsgespräche und Flyer.⁶⁶ Diese sollten nicht nur angeboten werden, sondern es braucht auch aufsuchende Strukturen⁶⁷, durch die Bedarfe vor Ort und die persönlichen Interessen der Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner kennengelernt werden können. Daran kann das Werben anknüpfen. Die unmittelbare Erfahrung, dass Softwareanwendungen ohne großen Aufwand Lösungen bringen und sogar Spaß machen, überwindet die mentalen Hürden, die vom Besuch von Kursen abgehalten haben.⁶⁸

Auch bei der Digitalisierung der Verwaltung hat es sich als hilfreich erwiesen, an der Basis, im Arbeitsumfeld anzusetzen, die Kommunen aufzusuchen und den Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwaltungsmitarbeitern den Nutzen und die Effizienzgewinne von digitalen Lösungen anhand der konkreten, von diesen selbst geäußerten Bedarfen, darzustellen.⁶⁹

Als weiterer Aspekt des Themenfeldes wurde auch das Innovationspotenzial durch Digitalisierung angesprochen. Dieses wird vor allem durch die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft unterstützt.⁷⁰

⁵⁹ A07, Pos. 94; siehe auch: Ministerium für Bildung und Kultur Saarland, o.J.

⁶⁰ Initiative D21, 2024, S. 31

⁶¹ A06, Pos. 12; A04, Pos. 21

⁶² A07, Pos. 14

⁶³ A04, Pos. 23; A05 Pos. 44; A07, Pos. 69

⁶⁴ A04, Pos. 23

⁶⁵ A04, Pos. 8, 21, 164

⁶⁶ A05, Pos. 44; A07, Pos. 52

⁶⁷ A01, Pos. 35; A05, Pos. 44

⁶⁸ A06, Pos. 99

⁶⁹ A02, Pos. 27

⁷⁰ A03, Pos. 29, 33, 76

Regionale Akteurslandschaft und Vernetzung

Die geringe Größe des Saarlands, das das kleinste Flächenland Deutschlands ist, bietet aus Sicht der Teilnehmenden günstige Voraussetzungen, um die digitale Teilhabe in der Region voranzubringen. Die Beteiligten der FG betonen, die geographische Nähe habe die Austauschmöglichkeiten und Netzwerkbildung in den unterschiedlichen Handlungsfeldern vereinfacht. So konnten aufgrund der vergleichsweise kleinen Anzahl an Kommunen alle 52 Gemeinden des Saarlands dem Breitbandkompetenzzentrum angeschlossen werden, was für das Einwerben von Fördermitteln und auch die Umsetzung der Breitbandanbindung ein großer Vorteil ist. Verschiedene Netzwerke bestehen auch im Unternehmensbereich⁷¹ und darüber hinaus. So ist aus einem Austausch von einigen Familienunternehmen ein Projekt entstanden, das Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft und öffentlicher Verwaltung miteinander vernetzt und den Austausch zu Digitalisierung, Zukunftstechnologien und Cyber- und IT-Sicherheit vorantreibt.⁷² Netzwerkpartner sowie Unterstützer werden darüber hinaus auch bei Vereinen und im ehrenamtlichen Bereich gewonnen. Man kennt und unterstützt einander. Geschäftliche bzw. dienstliche und persönliche Kontakte überschneiden sich und werden für das Anliegen, die Digitalisierung im Saarland voranzutreiben, genutzt. Dass persönliche Kontakte zu Entscheidungsträgern wesentlich zum Erfolg von Projekten beitragen, wird hingegen ambivalent eingeschätzt: Es „funktioniert“, ist aber eigentlich auch ein „Fehler im System“.⁷³

Die große Stärke des Saarlands – funktionierende Netzwerke und gegenseitige Unterstützung könnten noch systematischer genutzt werden, um Synergieeffekte zu erzeugen.⁷⁴

Herausforderungen in Bezug auf die Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen

Für die Verwaltungsmodernisierung stellt die Heterogenität der Gemeinden eine besondere Herausforderung dar. Gerade weil Akzeptanz für Digitalisierung am leichtesten erreicht werden kann, wenn die Situation in den Kommunen vor Ort genau erfasst wird und sehr individuell auf die verschiedenen Bedarfe eingegangen wird.⁷⁵ Für die ganz unterschiedlichen technischen und personellen Voraussetzungen können keine maßgeschneiderten Lösungen gefunden werden, sondern es wird ein standardisiertes Vorgehen mit Standardkomponenten entwickelt und in allen Kommunen umgesetzt werden. Dabei spielen nicht nur Effizienzgründe eine Rolle. Auch der Fachkräftemangel, der aufgrund des demographischen Wandels noch verstärkt wird, zwingt zu einer solchen Standardisierung, denn nur so können sich in Zukunft die Kommunen untereinander aushelfen.⁷⁶

Der Lösungsweg der Standardisierung wurde von den Teilnehmenden in Bezug auf die Digitalisierung der Verwaltung diskutiert. In der Praxis handelt es sich um die Entwicklung oder Auswahl von Softwarekomponenten, die in der Verwaltung einheitlich implementiert werden sollten. Die Entwicklung neuer Lösungen für die verschiedensten Herausforderungen, die sich in Zukunft in Bezug auf die digitale Teilhabe stellen werden, kann hingegen nicht durch Standardisierung erreicht werden. Innovativität, die durch die Vernetzung der verschiedenen

⁷¹ A01, Pos. 2

⁷² A03, Pos. 6

⁷³ A04, Pos. 172; A07, Pos. 174

⁷⁴ A07, Pos. 56

⁷⁵ A02, Pos. 27

⁷⁶ A04, Pos. 25

Akteure und den Austausch untereinander Impulse erhält, bleibt dabei ein Gelingensfaktor (vgl. Kap. 3.1: Regionale Akteurslandschaft und Vernetzung).

Prozesse müssen aber nicht nur standardisiert werden, sondern zum Teil auch neu entwickelt, sofern alte Routinen nicht effizient sind oder dem Datenaustausch und der Transparenz entgegenstehen. Insgesamt stellt sich damit ein Kulturwandel in der Verwaltung als weitere zentrale Herausforderung dar.⁷⁷

Die Digitalisierung der Verwaltung ist zwar grundsätzlich nutzerfreundlich, damit dies aber auch von allen Bevölkerungsgruppen so wahrgenommen und genutzt wird, braucht es weitere Anstrengungen, um auch die nicht technikaffinen Menschen zu gewinnen. Dazu kann eine partizipative Entwicklung von Anwendungen beitragen.⁷⁸ Es besteht die Sorge, dass es zu einer digitalen Spaltung der Gesellschaft kommen könnte. Diese beruht nicht nur auf der Akzeptanz digitaler Anwendungen, sondern liegt auch an der sozialen Lage und den finanziellen Möglichkeiten.⁷⁹ Insbesondere im ländlichen Raum entspricht die Ausstattung der Haushalte mit digitalen Endgeräten nicht den Möglichkeiten, die mit dem flächendeckenden Glasfaserausbau verbunden sind.⁸⁰

Für technische Entwicklungen der nächsten Jahre, die nicht vorauszusehen sind, ist ein ausgebautes Glasfasernetz Grundlage und Notwendigkeit zugleich. Im Jahr 2021 hatte das Saarland im Deutschlandvergleich eine überdurchschnittliche Ausstattung bei der 50 Mbit/s Anbindung und eine nur knapp unterdurchschnittliche Ausstattung im Bereich der 100 Mbit/s und 1000 Mbit/s Anbindung.⁸¹ Hinderlich für den Netzausbau ist nach Meinung der Teilnehmenden die schwierige Bau- und Planungskapazität, die den stetigen Ausbau verzögert. Die Ausbaugeschwindigkeit der technischen Infrastruktur werde durch eingeschränkte Baukapazitäten gedrosselt.⁸² Auch dies ist eine Herausforderung, die die Digitalisierung im Saarland hemmt und letztlich damit die Chancen mindert, die eine schnelle und umfassende Digitalisierung für kleine und große Unternehmen, Einwohnerinnen und Einwohner, zivilgesellschaftliche Organisationen sowie Kommunen und Land bietet.

3.2. Mobilität und ÖPNV in Nordfriesland

Das Thema „Mobilität und ÖPNV“ wurde durch Teilnehmende des Landkreises Nordfriesland erörtert. Die Region ist als D-Fördergebiet im Rahmen der GRW klassifiziert. Nordfriesland ist der nördlichste Landkreis Deutschlands und in Grenzlage zu Dänemark. Er zeichnet sich auch durch seinen langen Küstenabschnitt zur Nordsee sowie durch die zahlreichen Inseln und Halligen aus, die wiederum besondere Anforderungen an die Versorgung mit Mobilitätsangeboten stellen.

Für dünn besiedelte ländliche Kreise stellt die Sicherstellung der Mobilität zur gesellschaftlichen Teilhabe, Teilhabe am Arbeitsmarkt und Erreichbarkeit sozialer Infrastruktur, Gesundheits- und Versorgungseinrichtungen eine Herausforderung dar.⁸³ Die öffentliche Daseinsvorsorge in diesem Handlungsfeld kann aufgrund der geringen Nachfrage

⁷⁷ A04, Pos. 130, A07, Pos. 126

⁷⁸ A03, Pos. 183; A04, Pos. 164, 166

⁷⁹ A03, Pos. 186; A04, Pos. 185

⁸⁰ A06, Pos. 132

⁸¹ BMVI, 2021, S. 11

⁸² A02, Pos. 169, 188

⁸³ Klaas & Kaas Elias, 2021

nicht kostendeckend umgesetzt werden. Entsprechend ausgedünnt ist das Angebot vor Ort.⁸⁴ In vielen Fällen sind Haltestellen des ÖPNV zu Fuß nur schlecht erreichbar und der Weg zur Haltestelle nimmt dann deutlich mehr als 15 Minuten in Anspruch.⁸⁵ Hinzu kommt, dass in dünn besiedelten Gemeinden häufig nur wenige Verbindungen des öffentlichen Personennahverkehrs zum nächsten Mittel- oder Oberzentrum zur Verfügung stehen.⁸⁶

Somit bilden in ländlichen Regionen aktuell vor allem private Pkws die Basis der Mobilität: Hier werden bis zu 70 Prozent aller Wege mit dem Auto zurückgelegt, während der öffentliche Verkehr nur 5 % und Fahrten mit dem Rad 7 % der zurückgelegten Wege ausmachen. Entsprechend besitzen dort 90 % der Haushalte ein Auto, bei 35 % sind es sogar zwei oder mehr Autos. Dagegen verfügt nur knapp ein Prozent der Haushalte über eine Carsharing-Mitgliedschaft (Bundesdurchschnitt: 5 %).⁸⁷

Informationen zu den spezifischen Perspektiven der Teilnehmenden

Die Teilnehmenden der FG berichteten insbesondere von Erfahrungen mit alternativen Mobilitätsangeboten (Carsharing/Rufbus). Außerdem wurde über die Beratung von Kommunen im Handlungsfeld der Mobilität berichtet. In der FG wurden vor allem Projekte für Car- und Bike-Sharing-Angebote im ländlichen Raum, die per App genutzt werden können, diskutiert. Diese wurden aus Perspektive der Projektinitiative und Nutzung auf Gemeindeebene, der kommunalen Projektkoordination und -planung sowie des Fördermanagements auf Landkreisebene betrachtet. Die Perspektiven zum ÖPNV konzentrierten sich stark auf das On-Demand Angebot eines Rufbusses. Im Hinblick auf bauliche Infrastrukturen wurde (nur) das Radverkehrsnetzes thematisiert.

Erfolge, Innovationen und Gelingensfaktoren

Wenn die Teilnehmenden der FG auf Erfolge in der Sicherung der Mobilität zur Teilhabe verweisen, so geht es vor allem um Haushalte mit einem niedrigen Einkommen, die sich kein Zweitauto leisten können⁸⁸, oder marginalisierte Gruppen, wie beispielsweise Geflüchtete, die nicht über ein eigenes Auto verfügen. Trotz dieser einschränkenden Einordnung weist der Landkreis Nordfriesland eindrucksvolle Erfolge bei der Sicherung der Mobilität zur Teilhabe auf.

Zu den Erfolgen in der Region gehören verschiedene kommunal organisierte Car-Sharing-Systeme. Beispielhaft dafür steht das „Dörpsmobil⁸⁹“. Es wird als Good-Practice überregional nachgeahmt und wurde schon auf Bundes- wie auch auf europäischer Ebene prämiert. Diese Dorfautos werden von Vereinen, also ehrenamtlich, betrieben. Schon das erste Dörpsmobil, das im Jahr 2014 geplant und 2016 in Betrieb genommen wurde, war ein E-Auto, denn die Initiatoren sahen einen Standortvorteil: in der Region gibt es durch die Windenergie-Anlagen Ökostrom im Überfluss.⁹⁰

Auch der Rufbus, gilt bei den Teilnehmenden als positives Beispiel dafür, wie mit einer alternativen Bedienform Mobilität in der ländlichen Region gesichert wird. Rufbusse gibt es in

⁸⁴ Detlefs, 2023

⁸⁵ Thünen-Institut Forschungsbereich ländliche Räume, 2024

⁸⁶ Gipp et al., 2020

⁸⁷ Infas et al., 2018, S. 35, 47

⁸⁸ G01, Pos. 16; G03, Pos. 46

⁸⁹ Siehe: www.doerpsmobil-sh.de

⁹⁰ G01, Pos. 08

vielen Regionen Deutschlands. Nordfriesland hat dieses Modell im Jahr 2014 in Sachsen-Anhalt, wo es Rufbusse seit 2008 gibt, entdeckt und übernommen.⁹¹ Der Rufbus verkehrt seit 2018 wie andere Linienbusse nach Fahrplan zwischen festen Haltestellen. Er fährt jedoch nur Haltepunkte an, die auch angefordert wurden. Dadurch ist er in der Regel schneller, flexibler und damit auch nachhaltiger als ein Linienbus. Der Rufbus wird in Nordfriesland in Ergänzung des ÖPNVs eingesetzt, um Verbindungen zwischen kleinen Gemeinden sowie zu abgelegenen Ortschaften und größeren Städten mit Umsteigemöglichkeiten zu Bus und Bahn zu schaffen. Die Weiterentwicklung des Rufbusses, der „Lüttbus“, ist flexibel im Bedienegebiet unterwegs und kann bequem per App oder Telefon gebucht werden. Dadurch dass auch virtuelle Haltestellen eingebunden sind, sind die Entfernungen zu den Haltepunkten erheblich reduziert worden. Das kommt den individuellen Mobilitätsbedürfnissen entgegen. Diese Bedienform wurde in der FG als „ganz zentraler Baustein“ des öffentlichen Verkehrs in der ländlichen Region angesehen.⁹²

Ein weiteres Element der Sicherung der Mobilität ist der Ausbau des Radverkehrs. Hierbei greifen die Aufstellung eines Radverkehrskonzeptes und der daran anschließende bedarfsorientierte Ausbau der Infrastruktur für Fahrräder sowie E-Bike-Sharing, das ganz niedrigschwellig das Ausprobieren dieser umweltfreundlichen und flexiblen Fortbewegungsart erlaubt, ineinander.⁹³

Mobilitätsangebote überzeugen, wenn sie möglichst einfach und unkompliziert, nutzerfreundlich und kostengünstig sind. Dies geht mit niedrigschwelligen, unverbindlichen Einstiegsmöglichkeiten einher, wie auch weitgehender Flexibilität für die Nutzenden. Das Sicherstellen früher Projekterfolge (durch intensives Engagement der Beteiligten) ist Basis für das Vertrauen in die Maßnahme und schließlich den langfristigen Erfolg eines Projekts.

Der Erfolg von Angeboten, die eine Alternative zum privaten Pkw oder dem regulären ÖPNV bieten, wird gesteigert, wenn diese Angebote digital vermittelt werden. In dieser Beziehung hat in den letzten Jahren eine Modernisierung eingesetzt. Für Nutzerinnen und Nutzer ist die bequeme Buchung per App, die auch kurzfristig möglich ist, offenbar ein entscheidender Faktor für die Akzeptanz von Car- und Bike-Sharing oder auch dem Rufbus geworden.⁹⁴ Für ältere Menschen trifft das vermutlich nicht im gleichen Maße zu, wie für Angehörige jüngerer Altersgruppen. Doch auch bei den Seniorinnen und Senioren hat die Nutzung digitaler Angebote und die digitalen Kompetenzen zugenommen. Mittlerweile sind 67 Prozent der über 60-Jährigen Onliner.⁹⁵ Dabei gilt: je höher das Alter und je niedriger der Bildungsstand desto geringer ist die Quote der Internetnutzer.⁹⁶

Zum Erfolg neuer Mobilitätsangebote trägt nach Berichten aus der Praxis durch die Teilnehmenden auch bei, wenn die Projektträger aktiv und persönlich auf die potenziellen Nutzerinnen und Nutzer zugehen und sie die Möglichkeit erhalten, das Angebot auszuprobieren.⁹⁷

⁹¹ G03, Pos. 44. Auf die konkreten Gelingensfaktoren für Mobilitätsprojekte in der Region im Folgenden noch eingegangen.

⁹² G03, Pos. 50

⁹³ Vgl. Kreis Nordfriesland, 2023, S.4, 46

⁹⁴ G01, Pos. 14; G02, Pos. 24, 28, 34, 36

⁹⁵ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1100764/umfrage/internetnutzung-von-senioren/>

⁹⁶ Huxhold & Otte, 2019. Der Effekt des gesteigerten Erfolgs von Angeboten über deren digitalen Vermittlung wird in Alterskohorten jenseits der 75 Jahre folglich vermutlich geringer ausfallen. Die Teilnehmenden der FG haben zur Bewerbung des Angebots unter älteren Personen gezielt auch Altenheime besucht (G03, Pos. 93).

⁹⁷ G02, Pos. 38; G03, Pos. 93; G05, Pos. 110

Als Gelingensfaktoren für die Umsetzung von Mobilitätsprojekten stellten sich insbesondere die Beteiligung der Gemeinde und ehrenamtliches Engagement heraus. Die Beteiligung der Gemeinde wirkt sich in vielerlei Hinsicht positiv aus: Sie schafft Vertrauen in das Projekt und erleichtert damit die Gewinnung von Ehrenamtlichen über den Initiativkreis hinaus. Ein wesentlicher Beitrag wird in der Initiative und in der Unterstützung durch die kommunale Verwaltung, insbesondere durch Bürgermeisterinnen und Bürgermeister gesehen. Hier geht es um die finanzielle Unterstützung ehrenamtlich organisierter Projekte und Initiativen, sowie um fachliche, personelle und strukturelle Unterstützung. Dies umfasst vereinfachte Antragsverfahren, die Übernahme rechtlicher Verantwortung (z.B. Versicherung, Steuer), fachliche Kompetenzen bei Planungsbelangen (Linienführung, Haltestationen etc.), Information (Statistiken zu Nachfragestrukturen, Pkw-Besitz usw.) oder die Bereitstellung von Flächen oder Infrastrukturen der öffentlichen Hand.⁹⁸

Einen wichtigen Beitrag zum Erfolg leisten die Trägerschaft und Organisation von Mobilitätsangeboten durch ehrenamtliche Vereine und deren Mitglieder. Oft sind es engagierte Bürgerinnen und Bürger, die die Idee für ein Projekt (mit)entwickeln. Entsprechend nachdrücklich setzen sie sich für ihre Projekte ein. Dieser persönliche Einsatz ist eine effektive Werbung für die Projekte. Selbst da, wo man sich, wie beim Rufbus, für Lösungen entscheidet, die nicht ehrenamtlich, sondern professionell betrieben werden, bleibt ehrenamtliches Engagement aufgrund der Überzeugungsarbeit, die die Engagierten leisten, ein Erfolgsfaktor.⁹⁹

Dass Ideen nicht Ideen bleiben, sondern auch umgesetzt werden können, ist zum großen Teil dem Förderscouting zu verdanken. Die Stabsstelle Förderscouting der Kommunen in Nordfriesland gibt es seit 2019. Die überwiegend kleinen Ortschaften in Nordfriesland sind bei Vorhaben auf Förderung angewiesen. Zugleich fehlt es den meist ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen, Bürgermeister, Gemeinderätinnen und Gemeinderäten an Kapazitäten, um Ausschreibungen von Förderprogrammen zu durchforsten. Die Förderprofis der Stabsstelle nehmen Projektideen und Förderbedarfe der Gemeinden auf, suchen passende Fördermöglichkeiten und unterstützen bei der Projektentwicklung und Antragstellung. Sie achten darauf, dass die Projekte zum Bedarf vor Ort passen: „...wir brauchen kein Geld für Dinge, die wir nicht brauchen“¹⁰⁰. Das Förderscouting für Gemeinden ist ein Erfolgsmodell, das sich rasant entwickelt hat. Es hat sich nicht nur in anderen schleswig-holsteinischen Kreisen verbreitet, sondern wird mittlerweile auch in ähnlicher Weise in Rheinland-Pfalz unter dem Namen „Struktur-Lotsen“ umgesetzt. Die guten Erfahrungen mit dem professionellen Fördermanagement haben auch dazu geführt, dass auf Ebene der Kommunen, Koordinatorinnen und Koordinatoren eingesetzt wurden, die Bedarfe ermitteln und in Kooperation mit den Fördermittelscouts Projekteskizzen erarbeiten.¹⁰¹ Im Rahmen des Bundesprogramms „Region gestalten/ Heimat 2.0“ ist die persönliche Beratungstätigkeit durch den Aufbau einer Förderscouting-Wissensplattform ergänzt worden.¹⁰²

Alle in der FG vertretenen Projekte bauen auf Partizipation. Die Beteiligung der Bevölkerung ist Grundlage für die Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Sie bezieht sich zwar auch auf die Entwicklung einzelner Mobilitäts-Projekte, geht aber darüber hinaus und umfasst ein gemeinsames Nachdenken darüber, was Lebensqualität vor Ort bedeutet. Auf dieser

⁹⁸ G01, Pos. 12, 22, 84, 133

⁹⁹ G01, Pos. 18, 20; G03, Pos. 46, 93, 134

¹⁰⁰ G04, Pos. 62

¹⁰¹ G04, Pos. 64, 66

¹⁰² Boieck et al., 2021

Grundlage bilden sich verschiedene Zielstellungen aus, die schließlich in einzelne Projekte münden. Hauptamtliche, die solche Prozesse unterstützen (z.B. Förderscouts oder das mobileteam, die zentrale Beratungs- und Vernetzungsstelle in Sachen Mobilität für Gemeinden, Städte und Kreise in Schleswig-Holstein), fügen sich in diesen partizipativen Ansatz ein, indem sie nicht mit fertigen Konzepten arbeiten, sondern sich direkt vor Ort informieren und so Bedarfe aus erster Hand erfahren und Routinen kennenlernen.¹⁰³

Als grundlegende Struktur, in der Ideen zur Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse in verschiedenen Handlungsbereichen entwickelt werden, sind seit 2014 insgesamt fünf sogenannte Kooperationsräume im Landkreis etabliert worden.¹⁰⁴ Dadurch wird die interkommunale Kooperation zur Stärkung der Daseinsvorsorge gefördert, die neue Handlungsmöglichkeiten für die Kommunen eröffnet. Sie umfasst nicht nur die Zusammenarbeit der Verwaltung über Gemeindegrenzen hinweg, sondern auch die Integration von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und innovativen Einzelakteuren.¹⁰⁵

Regionale Netzwerke und freiwilliges Engagement

Regionale Akteursnetzwerke und Kooperationen wirken sich positiv auf die Entwicklung der Mobilitätsangebote in der Region aus. So haben sich mehrere nordfriesische Gemeinden zu einem gemeinsamen Kooperationsraum zusammengetan und z.B. im Rahmen eines Bundeswettbewerbs digital unterstützte Mobilitätsangebote ausgearbeitet.¹⁰⁶ Ein anderes Beispiel ist die Bildung einer „Arbeitsgemeinschaft Mobilität“, deren neun Mitgliedsgemeinden gemeinsam Strategien zur regionalen Mobilität entwickeln¹⁰⁷; daraus hervorgegangen ist unter anderem ein gemeinsamer Rufbus. Auch das „Dörpsmobil“ ist als eine Gemeindeübergreifende Initiative organisiert, in der verschiedene Initiativen und Personen aus der Region kooperieren, sich austauschen und abstimmen, um gemeinsam das Mobilitätsangebot für die Menschen in der Region zu verbessern.¹⁰⁸

Insbesondere praktische Projekterfahrungen bieten geeignete Anlässe und Motivation für den regionalen Wissenstransfer und -austausch. Fachlicher Erfahrungsaustausch und Vernetzung finden z.B. im Rahmen regionaler (Fach-)Veranstaltungen (Mobilitätskongress¹⁰⁹) und über entsprechende Wissensplattformen¹¹⁰ statt, welche die Ideen und Erfahrungen der Kommunen, z.T. auch konkrete Leitfäden etc. für andere Kommunen zugänglich machen; beispielhaft genannt wurde hier die „Akademie für die ländlichen Räume“¹¹¹. Insbesondere bei Infrastruktur-Projekten (z. B. Ausbau von Radwege-Netzen) müssen die Kommunen der Region Planungsvorhaben untereinander abstimmen und Erfahrungen (auch Fachbereiche übergreifend) austauschen.¹¹²

Der Beitrag von ehrenamtlichem und zivilgesellschaftlichem Engagement zu den aus der Region vorgestellten Mobilitätsprojekten wird als grundlegend und unverzichtbar deklariert. Häufig gehen innovative Ideen und Pilotprojekte auf im freizeitleichen oder ehrenamtlichen

¹⁰³ G01, Pos. 08, 34; G05, Pos. 74; G06, Pos. 78

¹⁰⁴ vgl. auch Kreis Nordfriesland & pakora.net, 2021

¹⁰⁵ G02, Pos. 34; G03, Pos. 46, 126; G04, Pos. 62; G06, Pos. 112

¹⁰⁶ G02, Pos. 24; G06, Pos. 112

¹⁰⁷ G03, Pos. 46

¹⁰⁸ G02, Pos. 34; G05, Pos. 74

¹⁰⁹ G05, Pos. 110

¹¹⁰ G04, Pos. 98

¹¹¹ Siehe auch: www.alr-sh.de

¹¹² G05, Pos. 101

Kontext geleistete Vorarbeit zurück.¹¹³ Die Engagierten spielen zudem eine große Rolle bei der Bewerbung von Angeboten und helfen dabei, diese durch Mundpropaganda und Netzwerkarbeit in Kommune und Region bekannt zu machen. In der Regel sind z.B. kommunale Car-Sharing-Angebote finanziell nicht tragbar und können nur bei umfänglicher Unterstützung durch Ehrenamtliche aufgebaut und aufrechterhalten werden.¹¹⁴

Insbesondere hinsichtlich der übergeordneten Planung und Koordination von Mobilitätsinfrastruktur stellen sich allerdings auch die Grenzen ehrenamtlichen Engagements heraus: Kommunale bzw. regionale Mobilitätskonzepte (inkl. effektiver Einbindung z.B. ehrenamtlich gestützter Angebote wie Bürgerbusse oder kommunales Car-Sharing) können nur durch hauptamtliches Fachpersonal aufgestellt und betreut werden, die Kompetenzen hinsichtlich z.B. rechtlicher Rahmenbedingungen sowie administrativer Zuständigkeiten und Prozesse innehaben. Dort wo eine größere Zahl verschiedener ehrenamtlicher Initiativen und Aktivitäten in der Region bzw. Kommunen bestehen, bedarf es überdies aber auch einer hauptamtlichen Koordination, um ein effektives Zusammenwirken dieser zu fördern bzw. ein gegenseitiges Behindern ehrenamtlicher Bemühungen zu verhindern.¹¹⁵

Herausforderungen in Bezug auf die Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen

Ungleiche Lebensverhältnisse im Bereich der Mobilität äußern sich in einer schlechten Anbindung kleiner Ortschaften und Ortsteile an den öffentlichen Verkehr, in einer geringen Taktfrequenz bei Bus und Bahn, zum Teil verbunden mit ungünstigen Zeiten für Fahrten zur Arbeit, Freizeit, Einkauf, so dass das Mobilitätsangebot wiederum nicht ausreichend ist, um Ausstattungsdefizite z.B. bei Einkaufsmöglichkeiten, medizinischer Versorgung, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen durch Mobilität auszugleichen.¹¹⁶ Hinzu kommt eine vergleichsweise geringe Haltestellendichte mit langen Wegstrecken zur nächstgelegenen Haltestelle, was insbesondere für Mobilitätseingeschränkte Personen eine Herausforderung und Belastung darstellt.¹¹⁷

Eine spezifische Herausforderung im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen und demographischen Entwicklung stellt die Situation von Geflüchteten dar, die ggf. keinen Pkw und zum Teil wenig Geld für Mobilität zur Verfügung haben.¹¹⁸

Allgemein stehen der Umsetzung von Mobilitätsmaßnahmen zum Teil übergeordnete verkehrsrechtliche Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung entgegen, wie z.B. Geschwindigkeitsbeschränkungen für E-Bikes auf Radwegen oder Vorgaben bei der Fahrbahngestaltung von Straßen, die für die Pkw-Nutzung mehr Platz als für Fuß- und Radwege oder ÖPNV-Haltestellen vorsehen.¹¹⁹ So fehle es für eine gelingende Verkehrswende u.a. an einer entsprechenden Leitlinie für Mobilität auf Bundesebene, die umweltfreundliche Sharing- und Rufbus-Angebote, Fahrradverkehr und ÖPNV in den Vordergrund stellt und entsprechend finanziell fördert¹²⁰. Grundsätzlich stellt die Finanzierung eine große Herausforderung dar, alternative Mobilitätsangebote langfristig aufrecht zu erhalten, d.h. auch

¹¹³ G01, Pos. 133, 137

¹¹⁴ G01, Pos. 18; G03, Pos. 93

¹¹⁵ G03, Pos. 134, 153; G04, Pos. 131, 139

¹¹⁶ G01, Pos. 8, 104; G03, Pos. 46

¹¹⁷ G03, Pos. 48

¹¹⁸ G03, Pos. 46; G06, Pos. 76

¹¹⁹ G01, Pos. 116, 123, 164

¹²⁰ G05, Pos. 172

dauerhaft entsprechende Personalstellen zu schaffen, die für die Organisation zuständig sind.¹²¹ Ohnehin sei mangelnder Erfolg in Frühphasen von Maßnahmen ein langfristig hinderlicher Faktor, welchem durch entsprechenden Personaleinsatz und Engagement bei der Organisation entgegengewirkt werden müsse. Ein von der Bevölkerung wahrgenommener Misserfolg führe oft dazu, dass Angebote nicht wieder weiter genutzt und erst recht nicht weiterempfohlen werden.¹²²

Für den Misserfolg von Maßnahmen wurden unter anderem die mangelnde Kooperation und Abstimmung unterschiedlicher Fachabteilungen innerhalb der Kommune, aber auch zwischen benachbarten Kommunen verantwortlich gemacht.¹²³ Als Beispiel wurde hier ein Radwegenetz genannt, das an der Gemeindegrenze abrupt endet, weil keine Einigung auf einen Anschluss an die Nachbargemeinde erzielt wurde.¹²⁴ Eine besondere Chance für eine Etablierung nachhaltiger Mobilität auch in den ländlichen Regionen Schleswig-Holsteins (zu denen der Kreis Nordfriesland zählt), bietet in diesem Zusammenhang das „mobiliteam by NAH.SH“¹²⁵. Das mobiliteam bringt Akteure miteinander ins Gespräch und legt so den Grundstein dafür, dass gemeinsam gute und sinnvoll aufeinander abgestimmte Lösungen gefunden werden.

Einige der von den Teilnehmenden formulierten Ansätze und Ideen zur Bewältigung von Herausforderungen adressieren die Kommunen. Potenzial wird vor allem in Personalstellen gesehen, z.B. für ein kommunales oder auch regionales Mobilitätsmanagement, das für das Thema Mobilität verantwortlich ist. In seine Zuständigkeit fallen Datenaufbereitung, Kommunikation, Kooperation, Fördermittelakquise, Finanzierungs- und Projektplanung.¹²⁶ Bei aller Wertschätzung des Beitrags und der Leistung durch das Ehrenamt, wird grundsätzlich die professionelle Verantwortung z.B. der Verkehrsbetriebe für Mobilitätsangebote befürwortet.¹²⁷

Chancen und Zukunftsvisionen

Für die Zukunft wünschten sich die Teilnehmenden, dass Mobilität verstärkt unter Klimaschutzaspekten entwickelt werden solle. Ein Leitbild, das dem Klimaschutz Priorität einräumt, solle sich, in entsprechenden Gesetzesregelungen und Förderungen für die Regionen widerspiegeln und sich auch in der Langzeitfinanzierung von klimafreundlichen Mobilitätsprojekten niederschlagen.¹²⁸ Damit geht auch der Wunsch nach „Flächengerechtigkeit“ einher, wonach Verkehrsinfrastruktur nicht primär mit Blick auf den motorisierten Individualverkehr ausgerichtet wird, sondern gleichermaßen auch Flächen für Rad-Infrastruktur (inkl. Radschnellwege/E-Fahrräder), Sharing-Angebote und ÖPNV beinhaltet.¹²⁹

Potenzial wird auch im ganzheitlichen Ansatz der Konzeption von Mobilität gesehen.¹³⁰ Dabei geht es einerseits um breite und aufeinander abgestimmte Angebote und die Infrastruktur verschiedener Mobilitätsformen, die sich gegenseitig ergänzen oder einander auffangen können. Andererseits geht es aber auch um Akteurs- und Standort-übergreifende

¹²¹ G04, Pos. 192-195

¹²² G02, Pos. 106

¹²³ G05, Pos. 99

¹²⁴ G06, Pos. 112

¹²⁵ G04, Pos. 98

¹²⁶ G04, Pos. 98; G03, Pos. 134; G05, Pos. 85, 176-178

¹²⁷ G02, Pos. 212

¹²⁸ G01, Pos. 214

¹²⁹ G02, Pos. 168

¹³⁰ G05, Pos. 210; G02, Pos. 212

Kooperationen, gegenseitiges Lernen. Aber auch das Engagement der kommunalen Verwaltung für Mobilitätsprojekte¹³¹, auch in Kooperation mit benachbarten Kommunen und mit der Bereitschaft zu Kompromissen und gegenseitiger Abstimmung stellt einen wichtigen Aspekt dar.

Für die Car-Sharing-Modelle und den Ruf- bzw. Lüttbus gibt es bereits konkrete Vorhaben zur Skalierung bzw. Ausweitung auf andere Standorte und Regionen.¹³² Eine gute Grundlage ist hierbei, dass beide Projekte u.a. in Form eines Leitfadens gut dokumentiert und aufbereitet sind und diese Informationen über eine Datenbank breit verfügbar gemacht werden.¹³³ Dem Wissensmanagement der Erfahrungen zu Prozessen und Strukturen, Statistiken und Daten wird eine zentrale Rolle zugewiesen, um positive Ansätze auf andere Standorte übertragen zu können. Dabei geht es auch um die Sammlung und das Verfügbar-Machen der Berichte und Sekundärdaten von Mobilitätsstudien.

Eine Ausweitung von Angeboten vor Ort bzw. in der Region zieht allerdings auch einen zunehmenden Organisations- und Arbeitsaufwand nach sich, welcher ab einer bestimmten Größenordnung nicht mehr durch die Kapazitäten und Organisationsfähigkeiten ehrenamtlicher Strukturen geleistet werden kann. Entsprechende Personalstellen bedürfen daher der Finanzierung, welche unter anderem auch in Form von Förderung durch Landes- und Bundesmitteln erfolgen sollte.¹³⁴

3.3. Klima und Umwelt im Schwarzwald

Eine intakte Natur, insbesondere Wald- und Wassergebiete mit einem hohen Freizeit- und Erholungswert sind wichtige Faktoren für die positive Bewertung der Lebensqualität in einer Region. Sie können bis zu einem gewissen Grad auch Nachteile strukturschwacher Regionen ausgleichen.¹³⁵ Auch Klimaschutz und -anpassung spielen eine entscheidende Rolle, um die langfristige Gesundheit und Resilienz dieser Ökosysteme zu gewährleisten und die Lebensqualität der Bewohner zu sichern.

In der Region Schwarzwald vereinen sich Klima- und Umweltschutz zu entscheidenden Komponenten für ein ausgewogenes und lebenswertes Umfeld. Der namensgebende Wald steht mit seiner Ausdehnung von 150km¹³⁶ für ein besonderes Naturerleben und einen daran anknüpfenden Tourismus¹³⁷, z.B. im Nationalpark Schwarzwald, der auch die lokale Wirtschaft stärkt. Es ergeben sich aber auch besondere Anforderungen. So ist der Wald unübersehbar durch die Dürreperioden und die damit verbundenen Borkenkäferplage der vergangenen Jahre geschädigt.¹³⁸ Waldumbau und Hochwasserschutz sind entscheidend, um die Lebensqualität der Menschen in der Region zu erhalten.

Neben der Bewahrung der natürlichen Umwelt ist der Kampf gegen den Klimawandel zu einem zentralen Anliegen in Baden-Württemberg geworden. Besonders die Region Schwarzwald

¹³¹ G02, Pos. 212

¹³² G03, Pos. 126, 191

¹³³ G02, Pos. 204; G04, Pos. 98

¹³⁴ G03, Pos. 126

¹³⁵ Büttner & Ebertz, 2007

¹³⁶ Infodienst Landwirtschaft - Ernährung - Ländlicher Raum, o.J.

¹³⁷ So wurden beispielsweise im Jahr 2022 21 506 036 Übernachtungen touristischer Art im gesamten Schwarzwaldgebiet verzeichnet (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, o.J.).

¹³⁸ FVA, 2023

wird als eine Vorreiterregion im Bereich des Klima- und Umweltschutzes angesehen.¹³⁹ Das Land hat sich beispielsweise in seinem Klimaschutzgesetz zum Ziel gesetzt, bis spätestens 2040 Klimaneutralität mit Netto-Null-Emissionen zu erreichen.¹⁴⁰ Initiativen wie der "Klimaschutzpakt Baden-Württemberg", der 2015 von der Landesregierung und kommunalen Landesverbänden ins Leben gerufen wurde und in 2023/24 bereits die vierte Fortschreibung des Paktes erfährt¹⁴¹, sind wesentliche Schritte dieses Vorhabens. Bislang sind 550 Kommunen dem Klimaschutzpakt beigetreten, wobei die Kommunalverwaltung eine Vorbildfunktion übernehmen soll¹⁴². Zudem wurden zahlreiche Kommunen in der Schwarzwald Region im Rahmen des „European Energy Awards“ 2023 ausgezeichnet.¹⁴³

Der Ausbau erneuerbarer Energien ist dabei außerdem ein wesentliches Element. Organisationen und zivilgesellschaftliches Engagement wie die EWS, die erste Energiegenossenschaft Deutschlands mit Ökostrom¹⁴⁴, spielen eine bedeutende Rolle. Auch die Landesregierung hat eine Task Force zur Beschleunigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien ins Leben gerufen. Zwischen 2013 und 2018 wurden so beispielsweise 350 neue Windkraftanlagen errichtet.¹⁴⁵ Zudem haben sich in der Umgebung des Hochschulstandorts Freiburg mehrere innovative Unternehmen im Bereich "Nachhaltigkeit und Klima" etabliert, die mit ihren Ideen und Produkten zur Förderung erneuerbarer Energien und zum Klimaschutz beitragen.

Informationen zu den spezifischen Perspektiven der Teilnehmenden

Die Teilnehmenden der FG vertraten insbesondere Perspektiven der öffentlichen Verwaltung und zivilgesellschaftlicher Organisationen. Darüber hinaus nahm eine Person aus der Wissenschaft teil, die sich im Rahmen eines Forschungsprojektes mit Klimaanpassungsprozessen in kleinen Gemeinden befasste. Die Teilnehmenden aus dem öffentlichen Sektor beschäftigen sich auf Gemeinde- bzw. Kreisebene mit Klimaschutzmanagement als auch dem Waldschutz aus forstwirtschaftlicher Sicht. Das Engagement der teilnehmenden Vertreterinnen und Vertreter von Vereinen konzentriert sich auf die Schaffung erneuerbaren Energien auf lokaler und regionaler Ebene sowie auf den Umwelt- und Naturschutz. Im Mittelpunkt des FG-Gesprächs standen die Themen Klimaanpassung und Klimaschutz, die auch eine besondere Rolle in der Förderpolitik spielen. Auch das Thema erneuerbare Energien wurde intensiver diskutiert. Der Erholungswert der Natur und der Erhalt der Umwelt mit ihrem Artenreichtum sowie der Umweltschutz, wurden in der FG nur am Rande angesprochen.¹⁴⁶ Die Perspektive von im Themenfeld aktiven Unternehmen fehlte in der FG.

Erfolge, Innovationen und Gelingensfaktoren

Die bereits genannte Vorreiterrolle des Schwarzwaldes spiegelt sich insbesondere in erfolgreichen Maßnahmen und Projekten wider, die die Teilnehmenden der FG vor allem in den Bereichen kommunale Wärmeplanung, regenerative Energien, sowie

¹³⁹ Die Region gilt vor allem wegen ihrer ambitionierten Klimaschutzpläne, innovativen nachhaltigen Projekte und einer Vielzahl von Umweltunternehmen und sozialen Bewegungen (Graichen, 2003) als eine der führenden im Bereich des Klima- und Umweltschutzes. Siehe dazu auch die Online-Beteiligung zum Klimaschutzkonzept 2018 (Stadt Freiburg im Breisgau, 2018) und den "Klima-Bürgerinnen und Bürgerrat" von 2022 (AllWeDo e.V., 2022).

¹⁴⁰ KlimaG BW, 2023, § 10, Abs. 1, S.1

¹⁴¹ Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg, 2023

¹⁴² Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg, 2024

¹⁴³ vgl. European Energy Award, o.J.

¹⁴⁴ EWS, o.J.

¹⁴⁵ Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg, o.J.

¹⁴⁶ D05, Pos. 34, 36, 253

Klimaschutzmanagement verorten. Diese werden durch Innovationen in den genannten Bereichen und zusätzlich vor allem in der Datenerfassung ergänzt.

Die kommunale Wärmeplanung zeichnet sich dabei besonders durch die Entwicklung und Implementierung eines interkommunalen Wärmeplans aus, der als effektives Instrument zur koordinierten Planung der Wärmeerzeugung und -nutzung dient.¹⁴⁷ Diese Maßnahme ermöglicht eine nachhaltige und effiziente Nutzung von Ressourcen im Wärmebereich.

Weitere Erfolge werden besonders im Bereich der Strom- und Energieerzeugung genannt, unter anderem sei dabei die Wasserkraft schon weit erschlossen.¹⁴⁸ Ein genereller Ausbau erneuerbarer Energien, einschließlich Photovoltaik (PV) und Windkraft, ist in der Region zu beobachten.¹⁴⁹ Die Nutzung von PV zur Energiegewinnung steht dabei immer wieder im Fokus der Diskussion und gilt als besonders bedeutsam. Hier werden vor allem Initiativen zur Förderung von Energiegerechtigkeit durch Balkon-PV-Anlagen¹⁵⁰, auch für Mietshäuser aufgeführt. Für die dezentrale Energieversorgung werden außerdem 3D-Modelle von Häusern innovativ genutzt, um die Planung von PV-Anlagen zu optimieren. Bereits in den 90er Jahren wurden hier auch die ersten Bürger-Solaranlagen in der Region errichtet¹⁵¹, und es entstehen fortlaufend Ideen für neue Energiegemeinschaften und alternative Netzwerke¹⁵². In der Diskussion wird insgesamt viel Wert auf die Bedürfnisse der Endnutzerinnen und Endnutzer gelegt. Im Bereich der Wärmeversorgung erfolgt vor allem die Umsetzung von Nahwärmeprojekten¹⁵³ in verschiedenen Teilen der Region. In diesem Bereich ist außerdem der Einsatz von Wärmebildkameras für Privathäuser und anschließende Beratungen zur Verbesserung der Wärmeisolierung als innovativer Ansatz zu nennen.¹⁵⁴

Weiterhin sehen es einige Teilnehmende für den Erfolg einer Maßnahme von entscheidender Bedeutung an, eine umfassende Datenbasis zu erstellen. Diese beinhaltet die Erhebung von Informationen zum Klimawandel in der Region sowie zu Themen wie Wärmedämmung und Energieversorgung. Hierbei sind sowohl Instrumente zur Datenerhebung für Vulnerabilitätsanalysen¹⁵⁵ als auch die bereits erwähnten 3D-Modelle von Häusern, Wärmebildkameras und Solarkataster¹⁵⁶ wichtige Hilfsmittel zur Datenerfassung und Analyse. Des Weiteren wird der „European Energy Award“¹⁵⁷ als funktionierende Maßnahme betont, die als organisationsübergreifendes Kontrollelement wirke.

Darüber hinaus wird die Existenz von Klimaschutzmanagement auf kommunaler Ebene als erfolgreiche Maßnahme betrachtet, da sie das Thema des Klimaschutzes fest in den Gemeinden verankert. Die Präsenz und Aktivitäten von Klimaschutzmanagerinnen und Klimaschutzmanagern werden als äußerst positiv bewertet, da sie die Umsetzung und Koordination von Klimaschutzmaßnahmen vor Ort vorantreiben und vereinfachen¹⁵⁸. Zusätzlich

¹⁴⁷ D01, Pos.13; D02, Pos.19

¹⁴⁸ D01, Pos.13

¹⁴⁹ D03, Pos.50; D01, Pos. 198

¹⁵⁰ D03, Pos. 50, 52; D07, Pos.58, 98, 135

¹⁵¹ D06, Pos.70

¹⁵² D03, Pos. 88

¹⁵³ D07, Pos. 58, 60, 64, 66

¹⁵⁴ D02, Pos. 23; D07, Pos. 192

¹⁵⁵ D02, Pos. 165, 167; D04, Pos. 164

¹⁵⁶ D02, Pos. 167

¹⁵⁷ D01, Pos. 128; D02, Pos. 19, 239

¹⁵⁸ D02, Pos. 19, 190; D03, Pos. 56

spielt dabei die interkommunale Vernetzung eine große Rolle, wobei dieser Punkt im Rahmen des regionalen Wissensaustausches noch einmal ausführlicher erläutert wird.

Spezifische Gelingensfaktoren lassen sich nicht eindeutig identifizieren jedoch werden unter anderem die Nutzung des lokalen Kontextes und der vorhandenen Strukturen¹⁵⁹ als Faktoren für erfolgreiche Projekte genannt.

Regionale Akteurslandschaft und Kooperationen

Die regionale Identität spielt im Kontext von Klima und Umwelt, insbesondere im Bereich des Engagements, eine bedeutende Rolle. Dabei werden vor allem zwei Aspekte der regionalen Identität betont: erstens eine starke Naturverbundenheit der Menschen in der Region, die ein differenziertes Verständnis für das Problem des Klimawandels mit sich bringt¹⁶⁰. Die Teilnehmenden betonen dabei u.a., dass sie die Natur als Lebensgrundlage betrachten¹⁶¹, die bewahrt werden soll, was bei ihnen zu einer entsprechenden Mobilisierung führe. Zudem wird eine emotionale Verbundenheit beschrieben, die den persönlichen Bezug verdeutlicht, wobei das Thema Baum- und Waldsterben als besonders emotional geladenes Thema hervorgehoben wird¹⁶². Zweitens wird auch der zeitliche Aspekt betont, indem die lange Tradition des Engagements in der Region hervorgehoben wird¹⁶³ und sie unter anderem sogar als „Vorreiter“ in diesem Bereich bezeichnet wird¹⁶⁴.

Das zivilgesellschaftliche Engagement ist dementsprechend von großer Bedeutung. In der Region gibt es dabei generell eine Vielzahl von bürgerschaftlichen Initiativen. Besonders betonen die Teilnehmenden dabei das Engagement für das Verständnis und die Akzeptanz von Maßnahmen zum Klimaschutz, zur Klimaanpassung und Energiewende. Insbesondere in den letzten Jahren habe sich das Bewusstsein für diese Themen verstärkt, auch dank des Engagements der jüngeren Generationen und der Zusammenarbeit mit bestehenden zivilgesellschaftlichen Organisationen.¹⁶⁵ Die Teilnehmenden beschreiben ein breites „Engagement an der Basis“¹⁶⁶ im Bereich Klima in der Region. Darüber hinaus spielt das Engagement im Bereich der landwirtschaftlichen Nutzung der Region eine wichtige Rolle, wobei schon früh auch eigene Lösungsansätze im Sinne einer Energiewende entwickelt wurden.¹⁶⁷

Im Themenbereich der FG spielen auch regionalen Kooperationen eine wichtige Rolle. Die Teilnehmenden betonen mehrfach den klaren Bedarf an Kooperationen, insbesondere auf interkommunaler Ebene, um den Austausch von Wissen und bereits funktionierenden Methoden zu ermöglichen.¹⁶⁸ Besonderer Bedarf bestehe zusätzlich allerdings an länderübergreifenden Kooperationen¹⁶⁹, sowohl auf Bundesebene, als auch international, da Klimaschutz ein Netzwerkthema sei, welches nicht alleine bewältigt werden könne, sondern

¹⁵⁹ D04, Pos. 29

¹⁶⁰ D04, Pos. 25, 27; D06, Pos. 70

¹⁶¹ D05, Pos. 110; D06, Pos. 70

¹⁶² D05, Pos. 110

¹⁶³ D03, Pos. 50; D04, Pos. 25

¹⁶⁴ D01, Pos. 13

¹⁶⁵ D04, Pos. 75; D06, Pos. 82

¹⁶⁶ D07, Pos. 242

¹⁶⁷ D06, Pos. 70

¹⁶⁸ D01, Pos. 119; D02, Pos. 124; D04, Pos. 203; D05, Pos. 122

¹⁶⁹ D01, Pos. 119

ganzheitlich gedacht werden müsse. Es dürfe nicht nur um den lokalen Umweltschutz gehen, sondern auch um den Klimaschutz auf nationaler und vor allem globaler Ebene¹⁷⁰.

Bestehende Kooperationen befinden sich vor allem auf überkommunaler aber regionaler Ebene. Dazu zählt die Entwicklung eines interkommunalen Wärmeplans¹⁷¹ und Kooperationen verschiedener Akteursgruppen im Bereich PV¹⁷², sowie ein Netzwerk zur Ausbildung von Klimaschutzmanagerinnen und Klimaschutzmanagern.¹⁷³

Herausforderungen in Bezug auf die Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen

Ungleiche Lebensverhältnisse haben insbesondere schwerwiegende Konsequenzen im Zusammenhang mit den Folgen des Klimawandels. Ein besonders gravierendes Thema in der Region sind dabei die Waldschäden¹⁷⁴, die unter anderem auf beeinträchtigte Grundwasserbestände und das geschwächte Immunsystem der Bäume zurückzuführen sind¹⁷⁵. Hier fehlen u.a. Maßnahmen, um diesen schwerwiegenden Problemen entgegenzuwirken¹⁷⁶, was dazu führt, dass Ökosysteme irreversiblen Schaden nehmen und Vermögen verloren geht¹⁷⁷. Die Ungleichheit zeigt sich auch zwischen den Kommunen der Region z.B. in Bezug auf die Förderung. Kommunen mit begrenzten personellen Ressourcen seien dabei oft nicht in der Lage, Förderanträge zu stellen und können daher Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen nicht im gleichen Maße angehen.¹⁷⁸

Die Herausforderungen in Bezug auf die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse lassen sich in gesetzliche, zivilgesellschaftliche und wohnpolitische Umsetzungsbarrieren sowie Herausforderungen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen und demographischen Entwicklung unterteilen. Diese beziehen sich in großen Teilen vor allem auf die Endnutzerinnen und Endnutzer.

Im Bereich der demographischen Entwicklung besteht die Herausforderung vor allem in einem Generationskonflikt. Ältere Generationen seien oft nicht mehr bereit, Sanierungsmaßnahmen anzugehen, da sie glauben, dass sich dies für sie selbst nicht mehr lohnen würde.¹⁷⁹ Gleichzeitig führt die Landflucht in der Region dazu, dass immer mehr Einfamilienhäuser ausschließlich von älteren Generationen bewohnt werden.¹⁸⁰

Auf wirtschaftlicher Ebene stehen vor allem die finanziellen Herausforderungen für Bewohnerinnen und Bewohner im Vordergrund. Isolierungsmaßnahmen und dezentrale nachhaltige Energieerzeugung seien für Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer oft eine große finanzielle Hürde.¹⁸¹ Bei Mietwohnungen führen diese Kosten oft zu Mieterhöhungen¹⁸². Zentral betonen die Teilnehmenden hier aber auch, dass es schwierig sei Klimaschutz mit

¹⁷⁰ D02, Pos. 243; D07, Pos.98

¹⁷¹ D01, Pos. 13

¹⁷² D01, Pos. 13

¹⁷³ D03, Pos. 56

¹⁷⁴ D05, Pos. 34

¹⁷⁵ D05, Pos. 36

¹⁷⁶ D05, Pos. 36

¹⁷⁷ D05, Pos. 110

¹⁷⁸ D04, Pos. 130

¹⁷⁹ D03, Pos. 204; D06, Pos. 214

¹⁸⁰ D03, Pos. 210; D07, Pos. 216

¹⁸¹ D01, Pos. 84; D06, Pos. 214

¹⁸² D01, Pos. 84; D06, Pos. 93

wirtschaftlichem Denken in Einklang zu bringen.¹⁸³ Insbesondere die Begrenzung durch Schuldenbremsen auf Bundesebene¹⁸⁴ wird deshalb als problematisch betrachtet, da das Ausbleiben von Investitionen zu möglicherweise größeren finanziellen Schwierigkeiten in der Zukunft führen kann.

Weitere Umsetzungsbarrieren umfassen insbesondere gesetzliche Hürden. Diese treten spezifisch im Zusammenhang mit Sanierung, Wärmedämmung und Stromerzeugung auf - sowohl für Eigentum als auch für Mietshäuser (z.B. Wohnungseigentümergebot).¹⁸⁵ Auch die Regulierungen bezüglich dezentraler Stromnetze und Energy Sharing, sowie EU-Richtlinien in diesem Bereich stellen Barrieren dar.¹⁸⁶ Weitere Probleme im Bereich alternativer Energien entstehen durch die Ungleichzeitigkeit von Energieerzeugung und -verbrauch sowie durch Schwierigkeiten bei der Speicherung von Energie.¹⁸⁷ Darüber hinaus mangle es laut der Teilnehmenden nach wie vor oft an Bewusstsein in der Zivilgesellschaft¹⁸⁸, aber auch spezifisch bei Waldbesitzerinnen und Waldbesitzern¹⁸⁹, Verhaltensmuster zu ändern. Außerdem besteht ein Widerspruch zwischen dem Bedarf an neuem Wohnraum und den Zielen des Klimaschutzes, da Bautätigkeiten oft mit hohen Emissionen einhergehen, während der Wohnraum in urbanen Gebieten knapp ist.¹⁹⁰

Als Folgen gesellschaftlicher Entwicklung werden vor allem auch soziale Aspekte betont, und dem Thema eine besondere "Sprengkraft" zugeschrieben, insbesondere auch durch Kontroversen bezüglich Protestformen und der Legitimität von Protesten.¹⁹¹ Dabei wird betont, dass das Thema "sozial verträglich" gedacht werden¹⁹² müsse, da sonst die Gesellschaft auseinandergehen könne. Es sei hier also besonders wichtig, auch Energiegerechtigkeit mitzudenken.

Als zentraler Mislingensfaktor wird vor allem das Fehlen konkreter Verantwortlichkeiten genannt und kritisiert, dass Klimaschutz keine kommunale Pflichtaufgabe ist.¹⁹³

Um die genannten Herausforderungen zu bewältigen, werden verschiedene Lösungsvorschläge in verschiedenen Bereichen genannt. Die Teilnehmenden diskutierten vor allem darüber, Gesetze und rechtliche Rahmenbedingungen anzupassen. Dabei geht es darum, Klimaschutz in Fachplanungsgesetzen zu verankern¹⁹⁴ und/oder Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe zu etablieren¹⁹⁵. Es werden auch alternative Gesetzesentwürfe diskutiert, wie z.B. die Aufteilung der Kosten für Energiegewinnung¹⁹⁶ oder staatliche Maßnahmen zur

¹⁸³ D01, Pos. 198, 200; D07, Pos. 242

¹⁸⁴ D01, Pos. 198

¹⁸⁵ D01, Pos. 84; D06, Pos. 93

¹⁸⁶ D01, Pos. 86; D03, Pos. 92; D06, Pos. 93

¹⁸⁷ D02, Pos. 19

¹⁸⁸ D07, Pos. 97, 98

¹⁸⁹ D05, Pos. 42

¹⁹⁰ D03, Pos. 208, 210

¹⁹¹ D04, Pos. 75; D02, Pos. 237

¹⁹² D03, Pos. 226; D02, Pos. 256

¹⁹³ D01, Pos. 128; D02, Pos. 162; D03, Pos. 255

¹⁹⁴ D04, Pos. 130

¹⁹⁵ D01, Pos. 119, 128; D03, Pos. 255

¹⁹⁶ D02, Pos. 256; D03, Pos. 206; D06, Pos. 214

Umgestaltung von Gebäudestrukturen und -eigentum¹⁹⁷. Auch wird betont, dass mehr Pflichten ergänzend zu Anreizstrukturen in diesem Bereich benötigt werden.¹⁹⁸

Darüber hinaus wird, wie bereits erwähnt, oft die Bedeutung von Klimaschutz als Netzwerkthema betont, das in alle Bereiche und Kommunen getragen werden muss. Hierbei liegt der Fokus besonders auf dem Austausch über funktionierende Maßnahmen.¹⁹⁹ Außerdem wird vorgeschlagen, dass das Thema Netzwerkarbeit auch die Einbeziehung weiterer Fachdisziplinen, darunter Ingenieurwesen und Informatik²⁰⁰, umfassen müsse. In diesem Zusammenhang wird auch die Notwendigkeit hervorgehoben, Digitalisierung und Klimaschutz zusammenzuführen, zum Beispiel durch intelligente Grids oder auch Online-Kurse durch Energieberaterinnen und Energieberater.²⁰¹ Eine weitere Maßnahme in diesem Bereich besteht darin, Bundes- oder Landesinstanzen als zentrale, standardisierte Instrumente zur Datenerhebung für Vulnerabilitätsanalysen einzurichten, um die Datengrundlage für Klimawandelanpassungsmaßnahmen zu verbessern.²⁰²

Weitere Maßnahmen zur Bewältigung der Herausforderungen betreffen die Bereiche Biodiversität sowie Wärme und Energie. Zur Steigerung der Biodiversität in der Waldwirtschaft stellen die Teilnehmenden vor allem Maßnahmen wie die Förderung von Mischwäldern anstelle von Monokulturen und die verpflichtende Wahl standortangepasster Baumarten heraus.²⁰³ Öffentlichkeitsarbeit²⁰⁴ wird dabei als besonders wichtig erachtet, um ein neues Denken, vor allem auch unter Waldbesitzerinnen und Waldbesitzern zu fördern und die Öffentlichkeit über die Bedeutung von Wäldern mit hoher Biodiversität für den Klimaschutz aufzuklären. Wie an anderen Stellen bereits erwähnt, werden im Bereich Energie vor allem die Installation alternativer Energiemodelle und Energienetze als Lösungsvorschläge genannt. Im Bereich der Wärme nennen die Teilnehmenden in urbanen Räumen Wärmenetze und in ländlichen Regionen Wärmepumpen und Solarthermieanlagen als Lösungsansätze.²⁰⁵

Chancen und Zukunftsvisionen

Konkrete Maßnahmen zur Bewältigung von Herausforderungen auf Ebene der Bürgerinnen und Bürger umfassen zum Beispiel das Schaffen von Wohnraumangeboten für Seniorinnen und Senioren, um große Häuser für Familien verfügbar zu machen, die dann in den Klimaschutz investieren können.²⁰⁶ Es wird auch die Umnutzung und Sanierung von Wohnraum anstelle von Neubauten diskutiert, um hohe Emissionen zu vermeiden.²⁰⁷ Ein weiterer Vorschlag sieht die partielle Verstaatlichung von Gebäuden vor, indem ein Teil des Eigentums an den Staat übertragen wird. Dadurch könnte die Gebäudestruktur einen gesellschaftlichen Mehrwert zur Energieerzeugung (beispielsweise durch PV-Anlagen) bieten.²⁰⁸ Im ländlichen

¹⁹⁷ D01, Pos. 89, 212

¹⁹⁸ D03, Pos. 103, 108, 112; D07, Pos. 107

¹⁹⁹ D01, Pos. 119

²⁰⁰ D02, Pos. 239

²⁰¹ D02, Pos. 21, 124

²⁰² D02, Pos. 162; D04, Pos. 164

²⁰³ D05, Pos. 34, 38, 40, 110, 253

²⁰⁴ D05, Pos. 42

²⁰⁵ D01, Pos. 15

²⁰⁶ D06, Pos. 224

²⁰⁷ D03, Pos. 108

²⁰⁸ D01, Pos. 89, 212

Raum wird der Ausbau der ÖPNV-Struktur vorgeschlagen, um Individualverkehr zu reduzieren und die Region attraktiver für junge Leute zu gestalten.²⁰⁹

Darüber hinaus wird die Bereitstellung von Beratung für Bürgerinnen und Bürger bezüglich PV-Anlagen und alternativer Stromerzeugung als wichtig erachtet, mit dem Schwerpunkt darauf, die Bürgerschaft aktiv in den Klimaschutz einzubeziehen.²¹⁰ In diesem Kontext wird das Konzept des "Prosumers"²¹¹ erörtert, dass Personen gleichzeitig als Produzentinnen und Produzenten als auch als Verbraucherinnen und Verbraucher von Energie betrachtet.

Ein besonders wichtiger Aspekt, den die Teilnehmenden bzgl. der Themen ihrer FG hervorheben, ist die Dringlichkeit der Situation. So sei es besonders entscheidend Maßnahmen so schnell wie möglich zu ergreifen, da die Probleme andernfalls nur noch schlimmer werden.²¹² Ebenso sei es, wie bereits erwähnt, von großer Bedeutung, dass alle Menschen mitgenommen werden und keine soziale Spaltung entstehe. Ein weiterer zentraler Punkt ist der Anspruch, dass jeder Bürger, unabhängig von seiner Wohnortgemeinde, das Recht hat, in einer intakten Umwelt zu leben. Kommunen, die bisher noch keine Maßnahmen ergriffen haben, sollten dazu ermutigt werden, aktiv zu werden.²¹³

Zwar wird Bürgerbeteiligung auch als äußerst wichtig erachtet²¹⁴, dabei läge der Fokus allerdings nicht unbedingt auf der Konzeption und Ideenfindung, sondern eher auf der Umsetzung²¹⁵. Allerdings sei durch gezielte Beteiligung sicherzustellen, dass auch Personen erreicht werden, die sich normalerweise weniger beteiligen würden.²¹⁶

3.4. Fachkräfte und Integration im Regierungsbezirk Schwaben

Das FG-Gespräch zum Thema „Fachkräfte und Integration“ wurde mit Teilnehmenden aus dem Regierungsbezirk Schwaben (Bayern) durchgeführt. Die Teilnehmenden kamen sowohl aus der kreisfreien Stadt Augsburg, also aus dem urbanen Raum, als auch aus ländlicheren Gebieten. Der Schwerpunkt des Gesprächs lag auf der Integration ausländischer Fachkräfte sowie Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt.

Beim Regierungsbezirk Schwaben handelt sich um eine zentral gelegene, insgesamt wengleich nicht flächendeckend wirtschaftsstarke Region mit Bedarf an Arbeitskräften. Die Wirtschaft des Regierungsbezirkes ist von kleinen und mittleren Unternehmen geprägt und weist eine diversifizierte sowie robuste Wirtschaftsstruktur auf. Stärkster Wirtschaftszweig ist das produzierende Gewerbe.²¹⁷ Laut der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) wies der Regierungsbezirk Schwaben im Januar 2024 mit 3,4 % die niedrigste Arbeitslosenquote Bayerns auf. Zum Vergleich: In Deutschland lag die Quote bei 6,1 %. Laut aktueller Prognosen werden in Schwaben im Jahr 2035 rund 74.000 Arbeitskräfte fehlen. Die Arbeitskräftelücke vergrößert sich damit von heute knapp 55.000 um weitere ca. 19.000 Personen.²¹⁸ Die Fachkräftestrategie der Bundesregierung sieht für die Sicherung von Fachkräften zur

²⁰⁹ D03, Pos. 218, 220

²¹⁰ D02, Pos. 23; D06, Pos. 170; D07, Pos. 249

²¹¹ D06, Pos. 214; D02, Pos. 256

²¹² D01, Pos. 200

²¹³ D04, Pos. 254

²¹⁴ D06, Pos. 170

²¹⁵ D01, Pos. 185

²¹⁶ D04, Pos. 29

²¹⁷ IHK Schwaben, 2023

²¹⁸ vbw, 2023

Ergänzung inländischer Potenziale die Einwanderung von Fachkräften aus dem Ausland vor, und will das Potenzial Geflüchteter besser nutzen, in dem diese gezielt in den Arbeitsmarkt integriert werden.²¹⁹ Im Regierungsbezirk Schwaben hatten 2021 13,8 Prozent der Bevölkerung eine nicht-deutsche Staatsbürgerschaft.²²⁰ Dieser Bevölkerungsanteil stellt eine relevante Größe für die Entwicklung, Erschließung oder Sicherung (potenzieller) Fachkräfte dar.

Informationen zu den spezifischen Perspektiven der Teilnehmenden

Die Teilnehmenden vertraten Perspektiven von Behörden, Unternehmen, Bildungseinrichtungen, ehrenamtlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die Anwesenden sind in unterschiedlichem Maße und zu unterschiedlichen Zeitpunkten in den Integrationsprozess von Fachkräften involviert. Das reicht von der Beratung und Orientierung im Hinblick auf allgemeine Integrationsfragen oder zur Anerkennung von Berufsabschlüssen, hin zur Weiterqualifikation in Berufen im Bereich Gesundheit, Soziales und Pflege, sowie zur Eingliederung in Unternehmen sowie dem Vorantreiben des Abbaus von Barrieren für die Arbeitstätigkeit von Menschen mit Behinderungen.

Erfolge, Innovationen und Gelingensfaktoren

Bei der Herstellung von Gleichwertigkeit im Hinblick auf die Arbeitsmarktintegration ausländischer Fachkräfte sind insbesondere der Prozess der Anerkennung ausländischer Abschlüsse und ggfs. entsprechende Weiterqualifikationen von Relevanz. Die Teilnehmenden weisen darauf hin, dass sich die EU-Richtlinie zur Berufsankennung sehr positiv auf den schnellen Zugang von Fachkräften aus dem EU-Ausland zum Arbeitsmarkt bzw. die Besetzung offener Stellen auswirkt. Bei einigen Abschlüssen – bspw. in der Krankenpflege – erfolgt eine automatische Anerkennung der Abschlüsse. Das reduziert den Beratungsbedarf der hiervon betroffenen Fachkräfte deutlich.²²¹

Bei der Qualifizierung oder auch Nach- und Weiterqualifizierung von ausländischen Arbeitssuchenden besteht die Herausforderung, dass in vielen Berufsfeldern für eine verhältnismäßig geringe Anzahl an Teilnehmenden passgenaue Schulungen benötigt werden. Kleinere Anbieter, die eine entsprechende Qualifizierung erbringen könnten, müssen entsprechende Zertifizierungsprozesse durchlaufen, die aufwändig und teuer sind.²²² Nur wenn der Qualifizierungsbedarf für eine Tätigkeit in der Pflege²²³ besteht, gibt es in der Region meist ausreichende Möglichkeiten diesen auszugleichen. Hier haben sich Qualifizierungsstrukturen etabliert, die dem mengenmäßigen Bedarf an Pflegekräften entsprechen. Für eine weitere deutliche Beschleunigung des Integrationsprozesses in diesem Berufsfeld sorgt das in Bayern 2018 neugeschaffene Landesamt für Pflege. Dort werden zuvor auf unterschiedliche Stellen verteilte Aufgaben zum Thema Pflege gebündelt. Die in diesem Zuge vorgenommene Digitalisierung von Schritten des Anerkennungsverfahrens stellt eine große Erleichterung dar. Menschen mit Migrationserfahrung erhalten „schnell und relativ unbürokratisch“²²⁴ einen Bescheid darüber, welche Kenntnisse ihnen für die Berufsausübung ggfs. noch fehlen.²²⁵

²¹⁹ BMAS, 2022, S. 3, 25-30

²²⁰ vbw, 2024

²²¹ B08, Pos. 28

²²² B08, Pos. 194

²²³ B08, Pos. 28

²²⁴ B09, Pos. 18

²²⁵ B09, Pos. 18, 20; 103; siehe auch: <https://www.lfp.bayern.de/>

Berufsbegleitende Weiterbildungen zur Fachkraft stellen vor allem für Personen, die einen beruflichen Quereinstieg wählen, eine attraktive Möglichkeit dar. Für diese Option gibt es in der Region gute Beispiele, bspw. bei Kindertageseinrichtungen.²²⁶

Die Gewinnung ausländischer Fachkräfte und deren erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt hängt aber nicht nur von der Vereinfachung des Anerkennungsverfahrens und passenden Weiterbildungsmöglichkeiten ab. Gelingensfaktoren in der Region sind auch Informationen zu Integrationsangeboten²²⁷, eine individuelle Berufsberatung verbunden mit der Empfehlung angemessener Maßnahmen²²⁸, kreativere Wege bei der Akquise von Auszubildenden²²⁹, der berufsorientierte Spracherwerb²³⁰ oder spezifische Angebote für Frauen²³¹. Im Fall von Menschen mit Fluchterfahrung ist zudem eine angemessene psychotherapeutische Versorgung in der Region relevant.²³² Im Regierungsbezirk gibt es Orte mit einem vielfältigen Angebot, an dem sowohl Haupt- und Ehrenamtliche, Behörden als auch Unternehmen mitwirken. Je ländlicher das Gebiet, desto häufiger leisten Ehrenamtliche die Integrationsarbeit.

Eine inzwischen bundesweit verfügbare Innovation aus der Region, ist eine mehrsprachige digitale Plattform²³³ in der für den Integrationsprozess relevante Informationen gebündelt bereitgestellt und aktualisiert werden können. Dazu zählen Öffnungszeiten von Behörden oder Angebote von Ehrenamtlichen. Durch die einfachere Verfügbarkeit sollen zugewanderte Menschen unabhängig von ihrem Wohnort und Grad der Vernetzung gleichberechtigt informiert und angesprochen werden. Ausländische Fachkräfte könnten so Informationen zu potenziellen Wohnorten finden. Gleichzeitig sollen die verfügbaren Ressourcen von Kommunen oder Ehrenamtlichen besser genutzt werden. In einer Gemeinde geleistete Übersetzungen zu bestimmten Interessensgebieten sind so für andere Orten verfügbar. Auch Lösungsansätze werden so einfacher bekannt und multiplizierbar. In der Praxis können Akteure aus dem Integrationsbereich ihre häufig begrenzte Zeit effizienter einsetzen oder ihre Angebote besser aufeinander abstimmen.

Erfolge bei der beruflichen Integration von Menschen mit Behinderungen zeigen sich in der Region insbesondere durch eine gezielte Beratung und das konzentrierte Zusammenwirken von Interessensvertretungen auf unterschiedlichen Ebenen, wie bspw. von Schwerbehindertenvertretungen und Inklusionsämtern. Auf diesem Wege konnten in der Region Arbeitsumfelder barrierefrei(er) gestaltet oder über technische Hilfsmittel individuelle Maßnahmen umgesetzt und Fachkräfte so anhaltend beruflich integriert werden.²³⁴

Regionale Akteurslandschaft

In der Stadt Augsburg gibt es ein dichtes Netzwerk engagierter Akteure.²³⁵ Dazu zählen Vereine, ehrenamtliche Arbeitskreise, hauptamtliche Integrationslotsinnen und -lotsen, Arbeitgeberverbände und Interessennetzwerke. Regionale Betriebe zeigen sich aus Sicht der

²²⁶ B09, Pos. 14, 16, 219

²²⁷ z.B. B05, Pos. 77

²²⁸ z.B. B03, Pos. 149

²²⁹ z.B. B01, Pos. 40

²³⁰ z.B. B01, Pos. 40

²³¹ z.B. B05, 183; B03, 185

²³² B03, Pos. 64

²³³ Siehe auch: <https://integreat-app.de/>

²³⁴ B06, Pos. 75; B07, 74, 141

²³⁵ B03, Pos. 60; B05, Pos. 77

Teilnehmenden offen für die Anstellung und Ausbildung von Geflüchteten, insbesondere kleinere Handwerksbetriebe. Auch einige größere Betriebe verfügen über jahrzehntelange Erfahrung in der Akquise ausländischer Fachkräfte.²³⁶ Es gibt im Themenfeld engagierte Institutionen und Einzelpersonen, die über sehr viel Kontakte und Wissen verfügen.²³⁷ Auf besonders gut vernetzte Organisationen wird von Behörden inzwischen selbst proaktiv verwiesen.²³⁸

Zu Austausch und Kooperation tragen sowohl gewachsene Kontakte zwischen einzelnen Mitarbeitenden und Engagierten als auch regionale Netzwerke²³⁹ bei, die mitunter über Bundesförderprogramme eine finanzielle Unterstützung erhalten. Ein Beispiel ist das Netzwerk MigraNet plus²⁴⁰. Es handelt sich dabei um einen Zusammenschluss bayerischer Teilvorhaben innerhalb des bundesweiten Förderprogramms „IQ“ (siehe Kapitel 2.2), das seit 2005 relevante Einrichtungen, Institutionen, Unternehmen und Organisationen vernetzt, um die Arbeitsmarktintegration von Erwachsenen ausländischer Herkunft in Bayern dauerhaft zu verbessern.

Herausforderungen in Bezug auf die Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen

Herausforderungen in Bezug auf die Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen in diesem Themenbereich lassen sich laut der Teilnehmenden der FG vor allem im Prozess der Integration ausländischer Fachkräfte identifizieren. Die Integration in den Arbeitsmarkt kann neben der Vermittlung in eine Arbeitsstelle eine Vielzahl von Einzelschritten umfassen, die den Spracherwerb, die Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen, weitere Qualifizierungsschritte sowie Maßnahmen zur Gestaltung der Lebenssituation, wie Wohnungssuche und Kinderbetreuung, aber auch die Bewältigung von Traumata und anderes mehr umfassen.²⁴¹ Die Langwierigkeit und Unübersichtlichkeit der Prozesse, in deren Rahmen bspw. Arbeitserlaubnisse erteilt, Anerkennungsprüfungen durchgeführt und Qualifizierungsmaßnahmen bewilligt oder aufgenommen werden, stellen dabei eine besondere Herausforderung dar.²⁴² In diesen komplexen Prozess der Integration ausländischer Fachkräfte sind eine Vielzahl von Akteuren involviert. Haben diese nur ihren eigenen Verantwortungsbereich im Blick, entstehen weitere Hürden und Verzögerungen.²⁴³ Aufgrund der Komplexität der einzelnen Verfahrensschritte ist eine umfassende Beratung der (angehenden) ausländischen Fachkräfte²⁴⁴ aber auch von Unternehmen²⁴⁵ nötig. Ohne Unterstützung sei der Integrationsprozess „unschaffbar, unleistbar“²⁴⁶.

Die Fachkräfte, die insbesondere im öffentlichen Dienst für die umfassende Beratung und Koordination der Prozesse²⁴⁷ nötig wären, sind aber nicht immer vorhanden. Das wird als einer

²³⁶ B01, Pos. 38

²³⁷ B08, Pos. 26; B03, 62, 149, 156; B05, Pos. 77; B06, Pos. 168

²³⁸ B08, Pos. 26

²³⁹ B05, Pos. 7

²⁴⁰ Siehe auch: <https://www.migranet.org/>

²⁴¹ B03, Pos. 58, 64, 92, 185; B09, Pos. 103, 189

²⁴² B01, Pos. 111; B02, Pos. 50, 125; B03, Pos. 92; B08, Pos. 101, 122

²⁴³ u.a. B03, Pos. 58, 64, 185; B09, Pos. 103, 189

²⁴⁴ B08, Pos. 24, 101, 108, 153

²⁴⁵ B01, Pos. 111, 181

²⁴⁶ B08, Pos. 153

²⁴⁷ B08, Pos. 108, 122

der Hauptgründe für die langwierige Integration in den Arbeitsmarkt angesehen.²⁴⁸ In der Praxis erscheint die behördliche Arbeitsweise den Teilnehmenden der FG nicht nur sehr uneinheitlich bzgl. der Ausschöpfung der Ermessensspielräume, sondern zum Teil auch als unproduktiv oder begrenzt kompetent.²⁴⁹ Vermisst wird in vielen Fällen auch eine ermöglichende Mentalität in Behörden.²⁵⁰ Zum Teil werden im individuellen Fall unpassende Maßnahmen empfohlen, z.B. ein verpflichtendes Basis-Bewerbungstraining für eine hochqualifizierte Person, die bereits über entsprechende Kenntnisse verfügt.²⁵¹ Das ist nicht nur ein ineffizienter Ressourceneinsatz, sondern ggfs. auch demotivierend für die teilnehmende Person (siehe auch die Ausführungen in Kapitel 5.1. zur detaillierteren Veranschaulichung).

Eine besondere Herausforderung in den ländlichen Regionen von Schwaben stellen die ungenügende Verkehrsanbindung dar. Arbeitnehmerinnen und -nehmer, die auf den ÖPNV angewiesen sind, können sich z.B. aufgrund der ungünstigen oder unregelmäßigen Taktung des ÖPNV nicht zum Schichtbeginn am Arbeitsplatz einfinden²⁵². Auszubildende in der Pflege sind auf ein Auto für ihre verpflichtenden Außeneinsätze angewiesen sind.²⁵³ Eine schlechte ÖPNV-Anbindung kann auch für die Teilnahme an Sprachkursen oder die Erreichbarkeit von Einrichtungen der Kinderbetreuung problematisch sein.²⁵⁴ In Einzelfällen werden zwar alternative Fortbewegungsmittel eingesetzt – bspw. indem ein Unternehmen im Schichtbetrieb Fahrräder für die Mitarbeitenden zur Verfügung stellt²⁵⁵ – jedoch handelt es sich dabei nicht um langfristig tragbare Lösungen.

Zur Bewältigung der skizzierten Herausforderungen, werden in der Region unterschiedliche Ideen und Maßnahmen umgesetzt. Teilweise werden strukturelle Veränderungen vorgenommen, für die es auch Förderungen von Landes-, Bundes- oder EU-Ebene gibt.²⁵⁶ Im Fall ausländischer Fachkräfte aus Nicht-EU-Ländern²⁵⁷ und/oder mit Fluchthintergrund ist es in vielen Fällen dem beharrlichen Insistieren einzelner Akteure, oft Ehrenamtlichen, zu verdanken, dass eine Arbeitsaufnahme erfolgen kann. Das bedeutet, dass es in der Region kompetente Personen gibt, die wissen, wie und wo sich passende Informationen, Angebote, Maßnahmen oder Strukturen finden oder wer die „richtigen“ Ansprechpersonen für welches Anliegen sind. Da die gut vernetzten Integrationsakteure höchst unterschiedlich im Regierungsbezirk verteilt sind, haben (angehende) ausländische Fachkräfte keinen gleichwertigen Zugang zu deren Expertise. Auch die Art der Akteure unterscheidet sich stark: mancherorts gibt es fast nur Ehrenamtliche, anderorts etablierte Netzwerke.²⁵⁸ Eine mehrsprachige, digitale Plattform, wie oben erwähnt (siehe Abschnitt „Erfolge, Innovationen und Gelingensfaktoren“), kann einen Beitrag dazu leisten, den Zugang zu Informationen gleichberechtigter zu gestalten. Der ungleiche Zugang zu kompetenten Beratungspersonen kann dadurch jedoch nur begrenzt ausgeglichen werden.

²⁴⁸ B03, Pos. 97; B07, Pos. 121

²⁴⁹ B01, Pos. 208, 216

²⁵⁰ B01, Pos. 111, 181; B08, Pos. 194

²⁵¹ B03, Pos. 193; B08, Pos. 194

²⁵² B04, Pos. 198

²⁵³ B04, Pos. 171

²⁵⁴ B03, Pos. 185

²⁵⁵ B02, Pos. 203

²⁵⁶ Siehe z.B. das bereits erwähnte IQ-Programm

²⁵⁷ Die Publikation von Pour, 2024, vermittelt einen Eindruck über aktuell existierende Hemmnisse für die Arbeitsmarktintegration von Fachkräften aus Nicht-EU-Ländern.

²⁵⁸ B03, Pos. 60; B05, Pos. 77

Die diversen haupt- oder ehrenamtlichen Integrationsakteure sind oft überlastet. Ehrenamtliche gleichen wahrgenommene Defizite aus: So schaffen sie beispielsweise passende Angebote für Frauen, die weniger im Fokus stehen und entsprechend seltener eine Arbeit aufnehmen.²⁵⁹ Im ländlichen Raum sind die Defizite größer. Dort übernehmen Ehrenamtliche häufig Aufgaben, die in Städten in der Verantwortung von Hauptamtlichen liegen.²⁶⁰ Auch ihnen fehlen aber oft Informationen zur Beantwortung der zahlreichen Fragen, die sich im Rahmen des Integrationsprozesses stellen²⁶¹. Als besonders entlastend wird daher die Schaffung von Institutionen empfunden, die über spezialisiertes Wissen zu einzelnen Integrationsschritten oder Zielgruppen verfügen und in ihrem Verantwortungsbereich über Handlungsmacht verfügen. Ein Beispiel ist das oben erwähnte Landesamt für Pflege, über das Anerkennungsverfahren vereinfacht werden könnten. Ein anderes Beispiel ist der vom BMFSFJ geförderte Jugendmigrationsdienst (JMD)²⁶². Im Rahmen der Beratungs- und Bildungsangebote des JMD werden junge Personen (12-27 Jahre) mit Migrationshintergrund in ihrer schulischen und beruflichen Entwicklung begleitet. Laut der Teilnehmenden der FG entlastet der JMD andere Engagierte indem er Möglichkeiten schafft und/oder findet, um junge angehende Fachkräfte gezielt bei ihrer Arbeitsmarktintegration zu unterstützen.²⁶³ Die Reduktion des JMD-Angebotes an einigen Orten im Regierungsbezirk Schwaben stellt aus Sicht der Engagierten einen großen Verlust dar.²⁶⁴

Bei der Integration ausländischer Fachkräfte bringen sich regionale Unternehmen in vielfacher Weise ein.²⁶⁵ Zum Teil gehen sie sogar über betriebliche Maßnahmen hinaus und setzen sich im Rahmen von Initiativen, aktiv für das Bleiberecht arbeitender Person aus dem Ausland ein. Teilnehmende der FG führen jedoch aus, dass dieses Engagement nicht ausreichend wertgeschätzt oder genutzt wird. Die Unternehmen haben einen hohen Bedarf an Arbeitskräften und haben die Bereitschaft und Strukturen für die Integration, scheitern aber häufig an der Langwierigkeit und Komplexität des Prozesses.²⁶⁶

Die Herausforderungen bei der Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen in Hinblick auf Integration von Fachkräften mit Behinderungen sind ebenfalls groß. Debatten über Barrierefreiheit reduzieren sich häufig auf die Installation von Rampen oder behindertengerechten Toiletten, wodurch viele andere körperliche und kognitive Beeinträchtigungen übergangen werden. Obwohl Arbeitsplätze speziell für bestimmten Fachkräfte angepasst werden, sollte Barrierefreiheit in vielfältiger Form bei jedem Neu- und Umbau von Gebäuden mitgeplant werden, um bereits von Anfang an inklusivere Arbeitsplätze zu schaffen.²⁶⁷ Generell ist für eine umfassende Integration von Fachkräften mit Beeinträchtigungen jedoch ein Perspektivwechsel nötig: Anstatt sich auf Defizite zu konzentrieren, sollten Fähigkeiten und Potenziale wahrgenommen und genutzt werden. Es besteht die Hoffnung, dass die jüngere Generation, die sich aufgeschlossener zeigt, den Wandel zu mehr Integration in den Unternehmen vollzieht.²⁶⁸ Noch sind es vor allem

²⁵⁹ B03, Pos. 143. Im Hinblick auf die Arbeitsaufnahme gibt es große Unterschiede zwischen geflüchteten Frauen und Männern: Nach sechs Jahren in Deutschland haben 67% aller Männer, jedoch nur 23 % aller Frauen eine Arbeit (IAB, 2022, S. 2-3).

²⁶⁰ B03, Pos. 56

²⁶¹ B05, Pos. 77

²⁶² Siehe auch: <https://www.jugendmigrationsdienste.de/>

²⁶³ B01, Pos. 147; B03, Pos. 143, 149

²⁶⁴ B03, Pos. 143

²⁶⁵ B01, Pos. 3, 40, 181; B02, Pos. 54, 105, 118, 161

²⁶⁶ B01, Pos. 181; B02, Pos. 54,

²⁶⁷ B06, Pos. 168

²⁶⁸ B05, Pos. 79; B07, Pos. 195

behördliche Institution (Inklusionsämter, Zentrum Bayern Familie und Soziales) oder Strukturen, auf die ein Rechtsanspruch besteht (Schwerbehindertenvertretungen), die effektiv und anhaltend die Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen am Arbeitsleben in der Region fördern.

Chancen und Zukunftsvisionen

Chancen für die Herstellung von Gleichwertigkeit im Hinblick auf die Integration von Fachkräften aus dem Ausland liegen insbesondere in der Abstimmung einzelner Integrationsschritte aufeinander, so wie der ganzheitlichen Betrachtung des Integrationsprozesses in dem auch die weiteren Rahmenbedingungen für die Arbeitsaufnahme mitgedacht werden. Die Vereinfachung von behördlichen Verfahren, der schnelle Zugang zu Sprachkursen und eine spezialisiertere Beratung kann den Integrationsprozess weiter beschleunigen. Dazu bedarf es ausreichend Personal mit den entsprechenden Kompetenzen. Die umfassendere Einbindung von Unternehmen in die unterschiedlichen Integrationschritte birgt besonders großes Potenzial.²⁶⁹

3.5. Strukturwandel und Strukturstärkung im Mitteldeutschen Revier in Sachsen-Anhalt

Die im Hinblick auf den Kohleausstieg bis 2038 nötigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umstrukturierungen stellen die Bergbauregionen in Deutschland vor große Herausforderungen.²⁷⁰ Die Bundesregierung unterstützt die vom Kohleausstieg betroffenen Regionen durch Begleit- und Unterstützungsmaßnahmen bei der Bewältigung des Strukturwandels.²⁷¹ Zu den drei verbliebenen deutschen Kohlerevieren gehört neben dem Rheinischen Revier in Nordrhein-Westfalen, das Lausitzer Revier in Brandenburg und Sachsen und das Mitteldeutsche Revier in Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen.²⁷² Das Mitteldeutsche Revier ist mit einer Fläche von 9.864 km² das zweitgrößte Revier.²⁷³ 2018 waren im Revier 3.560 Personen direkt in der Braunkohleindustrie beschäftigt.²⁷⁴ Das bisherige im Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen (StStG) dargestellte Leitbild zum Mitteldeutschen Revier sieht vor, die Region zu einem internationalen Vorbild für eine erfolgreiche Industrietransformation und für eine nachhaltige Industriegesellschaft zu machen. Dabei soll die Entwicklung einer kohlendioxid-neutralen Energieversorgung und die Entstehung zirkulärer Wirtschaftsprozesse Motor für neue Wertschöpfungspotenziale und Industriearbeitsplätze sein.²⁷⁵ Das FG-Gespräch zur Thematik „Strukturwandel und -stärkung“ als Faktor zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse fand mit Teilnehmenden aus dem Mitteldeutschen Revier in Sachsen-Anhalt statt. Das Mitteldeutsche Revier in Sachsen-Anhalt umfasst 86 Gemeinden, in denen ca. 890.000 Person (41% der Bevölkerung des Bundeslandes) leben und der Anteil der Revierfläche am Bundesland beträgt 29%.²⁷⁶

²⁶⁹ Siehe Kapitel 5.1 für weitere Ausführungen zu diesem Punkt.

²⁷⁰ BMWi, 2021, S. 95-96

²⁷¹ StStG vom 8. August 2020; siehe auch BMWi, 2021, S. 95-98

²⁷² BBSR, 2022, S. 12

²⁷³ BBSR, 2022, S. 16

²⁷⁴ Kropp et al., 2019, S. 7

²⁷⁵ Anlage 2 zu § 1 Absatz 3, StStG. Auf der Internetseite <https://strukturwandel.sachsen-anhalt.de/> informiert das Land Sachsen-Anhalt über Strategien und aktuellen Entwicklungen im Hinblick auf den Strukturwandelprozess.

²⁷⁶ BBSR, 2022, S. 16-17

Informationen zu den spezifischen Perspektiven der Teilnehmenden

Die Teilnehmenden der FG haben unterschiedliche Bezüge zu den Themen Strukturwandel und Strukturstärkung. Sie sind unternehmerisch oder gewerkschaftlich im Revier aktiv, gestalten als Vertreterinnen und Vertreter von Landesämtern diverse Strukturwandel -bzw. Regionalentwicklungsprozesse, organisieren Ideenwettbewerbe zur Zukunft der Region oder sind über Vereinsstrukturen im Bereich bürgerschaftliches Engagement aktiv. Einige Teilnehmende entwickeln und beraten Unternehmen, die in innovativen Wirtschaftsfeldern angesiedelt sind, wie der Kreislaufwirtschaft oder der Bioökonomie. Die Mehrzahl der am Gespräch teilnehmenden Personen sind in regionalen Bündnissen aktiv: Dazu zählt das zivilgesellschaftliche Bündnis „Strukturwandeln“²⁷⁷, welches sich für die aktive Mitgestaltung der ortsansässigen Bevölkerung am Wandlungsprozess einsetzt sowie unternehmerische Bündnisse zur Förderung spezifischer Wirtschaftsbereiche. Der Fokus des Gesprächs lag auf den Potenzialen der Region und Herausforderungen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen und demographischen Entwicklung von ländlichen Gebieten. Die Potenziale der Region wurden durch zahlreiche Beispiele hervorgehoben. Perspektiven aus dem Bildungsbereich waren in der FG nicht vertreten, es wurde von den Teilnehmenden jedoch auf die zentrale Rolle von Bildungsakteuren im Strukturwandel hingewiesen²⁷⁸.

Erfolge, Innovationen und Gelingensfaktoren

Die Region steht im Zeichen des Strukturwandels und konnte in den letzten Jahren bereits Fortschritte bei der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse erzielen. Ein entscheidender Gelingensfaktor dafür liegt in der Nutzung der diversen Potenziale der Region, die auch das Voranbringen von Innovationen ermöglichen. Diese Potenziale zeigen sich bspw. in der Vielzahl ansässiger produzierender Unternehmen, die gemeinsam die Möglichkeit für die Entwicklung regionaler Kreislaufwirtschaften bieten.²⁷⁹ Die fruchtbaren, lehmhaltigen Böden, die starke Chemieindustrie und die etablierte Lebensmittelindustrie bieten ideale Voraussetzungen für nachhaltiges und kooperatives Arbeiten.²⁸⁰ Durch gezielte Zusammenarbeit könnten so Ressourcen effizient genutzt oder Abfall reduziert werden. Diese Synergien könnten dabei nicht nur zur ökologischen Nachhaltigkeit beitragen, sondern auch die Wirtschaftsstruktur der Region, unter anderem durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze stärken.²⁸¹

Im Mitteldeutschen Revier wurden bereits einige erfolgreiche Projekte umgesetzt, die einen vielversprechenden Weg in eine lebenswerte Zukunft weisen. Mehrfach betont wird die gelungene Projektgestaltung und Umsetzung des Wettbewerbs Revierpionier.²⁸² Die niedrigschwellige Ausgestaltung des Wettbewerbs wird als geeigneter Weg zur Umsetzung von Projekten dieser Art beschrieben.²⁸³ So können einfach und schnell kleine Impulse vor Ort geschaffen werden. Genannt werden Beispiele wie ein Naschgarten, mehrere MINT-Projekte in Grundschulen oder Workshops mit dem Thema Lehmbau 2.0.²⁸⁴ Auch die erfolgreiche Kooperation verschiedener wirtschaftlicher, zivilgesellschaftlicher und politischer Akteure bei

²⁷⁷ <https://struktur-wandeln.de/>

²⁷⁸ H02, Pos. 87, 89, 100, 139

²⁷⁹ H04, Pos. 40, 42; H06, Pos. 36, 38, 123

²⁸⁰ H04, Pos. 8, 42; H06, Pos. 36

²⁸¹ H03, Pos. 135; H05, Pos. 30; H06, Pos. 12; H07, Pos. 148

²⁸² H01, Pos. 52, 54, 91; H02, Pos. 54; siehe auch <https://strukturwandel.sachsen-anhalt.de/zukunft-mitgestalten/revierpionier>

²⁸³ H01, Pos. 109

²⁸⁴ H01, Pos. 91; H02, Pos. 54

der Gestaltung des Wettbewerbs wird als ein wesentlicher Faktor für das Gelingen des Projekts beschrieben.²⁸⁵

Die Innovationskraft der Region wird aufgrund der spezifischen Tätigkeitsbereiche einiger Teilnehmender besonders anhand der Entwicklung und Vermarktung von Bio-Polymeren veranschaulicht. Das innovative Produkt wird lokal produziert und trägt so zur Stärkung der regionalen Wirtschaft bei. Die Produktion kann dabei auf die über 100-Jahre alte Tradition der Kunststoff-Herstellung in der Region zurückgreifen und auf diese aufbauen.²⁸⁶ Teil der Vermarktungsstrategie ist dabei auch ein international angelegter Kongress, sowie die Gewinnung von Partnerinnen und Partnern im Ausland, um die Internationalisierung des Produkts voran zu treiben.²⁸⁷ Weiterhin wurde auch die Idee zum Aufbau eines Biopolymer-Innovationszentrums in der Region vorgetragen.²⁸⁸

Über die Umwandlung von ehemals für den Tagebau genutzten Flächen in Naherholungsgebiete sollen nicht nur touristische Ausflugsziele entstehen, sondern der Standort insgesamt aufgewertet werden.²⁸⁹

Die aufgezeigten Erfolge verdeutlichen, welche Maßnahmen zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Regionen im Strukturwandel unternommen werden können. Durch die Verbindung von regionalen Ressourcen und lokalen Initiativen mit kooperativem Handeln und internationalen Standards konnten in der Beispielregion nachhaltige und zukunftsweisende Ideen und Innovationen vorangetrieben werden.

Regionale Bindung und Heimat

In ihren Beiträgen betonen die Teilnehmenden der FG, dass die industrielle und kulturelle Tradition der Region einen bedeutenden Beitrag zur regionalen Identität leistet²⁹⁰. Dabei wird insbesondere die industrielle Tradition der Chemieindustrie und des Braunkohlebergbaus, sowie der traditionelle Massivlehmbau und, damit verbunden, die lehmhaltigen Böden der Region und die Landwirtschaft thematisiert.²⁹¹ Aus dem Gespräch geht hervor, dass das Mitteldeutsche Revier den größten historischen Bestand an Massivlehmbauten in Europa hat und diese traditionelle Bauweise Grundlage und Potenzial für eine nachhaltige Bauweise bietet.²⁹² Nicht nur die Tradition des Massivlehmbaus wird als einzigartige Chance der Region beschrieben. Auch die bereits erläuterten Pläne zur Renaturierung der Tagebauten wurden als deutschlandweit einmaliges Potenzial dargestellt, das sich auch im Facettenreichtum der Region widerspiegelt.²⁹³ So wird neben den Gegensätzen Natur vs. Industrie auch die Gegensätze von Stadt vs. Land als ein Potenzial der Region verstanden.²⁹⁴

Ein weiterer Aspekt, der im Zusammenhang mit regionaler Identität und Heimat diskutiert wurde, ist die Frage der Rückkehr und des Generationenwechsels. Trotz des Strukturwandels gibt es eine spürbare Verbundenheit der Bevölkerung mit ihrer Heimatregion, die sich in der

²⁸⁵ H02, Pos. 54.

²⁸⁶ H08, Pos. 18, 20, 22, 24

²⁸⁷ H07, Pos. 26, 28, 94

²⁸⁸ H07, Pos. 86

²⁸⁹ H02, Pos. 100; H05, Pos. 34

²⁹⁰ H02, Pos. 54

²⁹¹ H04, Pos. 42; H07, Pos. 188; H08, Pos. 22

²⁹² H04, Pos. 8

²⁹³ H05, Pos. 30

²⁹⁴ H01, Pos. 194; H05, Pos. 30

Bereitschaft zur Rückkehr oder zum Verbleib vor Ort zeigt.²⁹⁵ Diese Eigenschaften der Region prägen nicht nur das Selbstverständnis (auch der Bevölkerung), sondern bieten auch Chancen für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Entwicklung. Die Bedeutung von Ehrenamtlichen wird im FG-Gespräch als besonders hoch eingeschätzt.²⁹⁶ Die Vielzahl an Vereinsstrukturen, die am Strukturwandel beteiligt sind, sowie der hohe Beitrag, den Ehrenamtliche leisten, tragen maßgeblich zur Stabilisierung und Stärkung der sozialen Infrastruktur bei.²⁹⁷ Auch die Aktivitäten von Betriebsräten und Gewerkschaften im Braunkohletagebau werden als wichtige Beiträge zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Region hervorgehoben.²⁹⁸

Insgesamt verdeutlichen die Inhalte der FG die Rolle von regionaler Identität für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Die Verankerung in der Tradition, das Potenzial für Innovationen und Transformation sowie die Zusammenarbeit mit der Bevölkerung und Ehrenamtlichen bilden aus Sicht der Teilnehmenden eine wichtige Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung und ein positives Zukunftsbild der Region.²⁹⁹

Herausforderungen in Bezug auf die Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen

Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Regionen im Strukturwandel ist mit einer Vielzahl von Herausforderungen verbunden. Im Gespräch wird besonders stark das (historische) Image der Region betont, das von Umweltverschmutzung, wirtschaftlicher Abhängigkeit und einem veralteten Industriebild sowie einem Mangel an Zukunftsperspektiven geprägt ist.³⁰⁰ Eine Aufwertung der Außenwirkung der Region könnte dabei unterstützen, die Attraktivität als Lebens- und Wirtschaftsstandort zu steigern, denn die zuvor skizzierte Sichtweise erschwert nicht nur die Ansiedlung neuer Unternehmen und Fachkräfte, sondern beeinflusst auch das Selbstverständnis der lokalen Bevölkerung und ihr Vertrauen in die Zukunft der Region.³⁰¹ Dafür müssten die beschriebenen Potenziale der Region nicht nur stärker genutzt und gefördert werden, sondern insbesondere besser nach außen hin kommuniziert werden.³⁰²

Die aufgezeigten Problematiken haben auch Einfluss auf die demographische Struktur im ländlichen Raum, wo die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner rückläufig ist und vor allem junge Personen und Fachkräfte abwandern.³⁰³ Mangelnde Infrastrukturen wie Bahnhöfe und öffentliche Verkehrsmittel, aber auch fehlende Begegnungsorte für Jugendliche tragen zur Abwanderung aus dem ländlichen Raum in die Großstädte bei.³⁰⁴ Um dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken, wird die Schaffung neuer attraktiver Arbeitsplätze mit besseren Löhnen für geringqualifizierte und eingewanderte Menschen thematisiert³⁰⁵, aber auch für neue Wohn-

²⁹⁵ H03, Pos. 135; H04, Pos. 83; H05, Pos. 65; H08, Pos. 77

²⁹⁶ H01, Pos. 52; H02, Pos. 54; H05, Pos. 190

²⁹⁷ u.a. H01, Pos. 91; H05, Pos. 30

²⁹⁸ H03, Pos. 56

²⁹⁹ H01, Pos. 52, 194; H02, Pos. 54, 193; H04, Pos. 191; H05, Pos. 190; H06, Pos. 189

³⁰⁰ H04, Pos. 48; H05, Pos. 30

³⁰¹ H05, Pos. 67

³⁰² H02, Pos. 139; H06, Pos. 69; H07, Pos. 94

³⁰³ H03, Pos. 63; H05, Pos. 65

³⁰⁴ H03, Pos. 74; H05, Pos. 65; H08, Pos. 75

³⁰⁵ H03, Pos. 135, 192; H04, Pos. 83; H05, Pos. 67; H08, Pos. 75, 77

und Arbeitskonzepte wie z.B. mobiles Arbeiten, Zeit-Wohnräume oder genossenschaftlichen Ideen plädiert³⁰⁶.

Auch die Transformationsprozesse in der Braunkohleindustrie aufgrund des beschlossenen Kohleausstiegs bis 2038 stellen die Region vor neue Herausforderungen. Hier sollten ein vermehrter Austausch und eine stärkere Kooperation mit Mitarbeitenden und Gewerkschaften der Industrie erfolgen. Besonders da für die älteren Mitarbeitenden nach der Wende bereits der zweite Umbruch der Industrie bevorsteht.³⁰⁷

Für die Umsetzung der Transformationsprozesse wird eine stärkere Zusammenarbeit wirtschaftlicher und akademischer Akteure gefordert.³⁰⁸ Dies bietet sich auch aufgrund der Dichte an Hochschulen und Universitäten der Region an. Dabei sollen auch neue (Aus-)Bildungsangebote in Schulen und Berufsschulen mitgedacht und entwickelt werden.³⁰⁹ Im Verlauf des FG-Gesprächs wurden dazu beispielhafte, aber konkrete Vorschläge mit Bezug zu bestimmten Themen entwickelt: So wurde die Ergänzung des Lehrplans, Projektwochen in Bildungseinrichtungen zum Thema Polymere und die Entwicklung von neuen Berufsbildern, wie zum Beispiel dem der Lehmbauerin bzw. des Lehmbauers angesprochen.³¹⁰ So könnten auch neue attraktive Arbeitsplätze mit einem starken regionalen Bezug geschaffen werden. Dabei wird beschrieben, dass besonders die Transformation der (regionalen) Bildungslandschaft als zu behäbig wahrgenommen wird.³¹¹

Kleine Impulse durch die Umsetzung von Projekten vor Ort und die damit verbundene Bürgerbeteiligung und ehrenamtliches Engagement spielen ebenfalls eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der aufgezeigten Herausforderungen, denn der Strukturwandel „beginnt im Kopf“³¹². So können die Ideen der Transformation in die Gesellschaft hineingetragen und verankert werden.

Chancen und Zukunftsvisionen

Aus dem FG-Gespräch ging hervor, dass die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Regionen im Strukturwandel vielschichtige Herausforderungen mit sich bringt, die über die wirtschaftliche Dimension hinaus vor allem gesellschaftliche Aspekte umfassen.³¹³ Um diesen Herausforderungen zu begegnen, sind Innovationen und Entwicklungen erforderlich, die die Potenziale der Region nutzen und kommunizieren und die Industrien stärken, sowie die Bürgerbeteiligung fördern und dafür niedrigschwellige Angebote schaffen.³¹⁴ Durch eine ganzheitliche Herangehensweise und die Zusammenarbeit aller beteiligten Akteure kann die Region aus Sicht der Teilnehmenden den Strukturwandel erfolgreich ausgestalten und langfristig lebenswerte Perspektiven für ihre Bewohnerinnen und Bewohner schaffen.

³⁰⁶ H02, Pos. 72; H06, Pos. 71; H08, Pos. 77

³⁰⁷ H03, Pos. 56, 58

³⁰⁸ H02, Pos. 54; H03, Pos. 56

³⁰⁹ H02, Pos. 87, 89

³¹⁰ H02, Pos. 89

³¹¹ H02, Pos. 87

³¹² H04, Pos. 191

³¹³ siehe die obigen Ausführungen in diesem Kapitel als auch H04, Pos. 94, 98

³¹⁴ H01, Pos. 52; H02, Pos. 54, 89; H04, Pos. 98; H06, Pos. 189

3.6. Gesundheit und Pflege im Landkreis Vorpommern-Greifswald

Das Thema „Gesundheit und Pflege“ wurde durch Teilnehmende aus dem Landkreis Vorpommern-Greifswald erörtert. Der Landkreis liegt an der Grenze zur polnischen Wojewodschaft Westpommern. Zum Landkreis gehört auch die Insel Usedom, die aufgrund ihrer schlechten Erreichbarkeit, eine besondere Herausforderung bei der Versorgung medizinischer Notfälle darstellt.

Der Landkreis Vorpommern-Greifswald ist von der Fläche her der drittgrößte Landkreis Deutschlands, zugleich ist er besonders dünn besiedelt. Nicht einmal 60 Einwohnerinnen und Einwohner kommen rechnerisch auf einen Quadratkilometer.³¹⁵ Die weiten Fahrtwege, die damit verbunden sind, stellen eine Hypothek für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Bezug auf die Gesundheitsversorgung dar, denn medizinische Infrastrukturen, wie Kliniken und Arztpraxen sind nur mit einem vergleichsweise hohen Aufwand zu erreichen. Der Kostendruck im Gesundheitswesen, der zu Klinikschließungen und Zentralisierung führt, verschärft diese Lage zusätzlich.

Gesetzliche Vorgaben etwa zu Fahrtzeiten von Rettungswagen zum Einsatzort, werden mit Mühe eingehalten. Weitere ebenso relevante Dinge wie z.B. die Transportzeiten in das nächstgelegene Krankenhaus, stellen aber weiterhin Belastungen der Notfallpatientinnen und Patienten dar. Dass es in ländlichen Gebieten eine höhere Sterblichkeit durch Herzinfarkte und Schlaganfälle gibt als im übrigen Bundesgebiet, liegt allerdings einer neuen Studie zufolge nicht an der Notfallrettung, sondern daran, dass verhältnismäßig wenig Präventionsangebote und Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge existieren und dass diese für Patientinnen und Patienten abseits der Städte schlecht zu erreichen sind.³¹⁶

Informationen zu den spezifischen Perspektiven der Teilnehmenden

In der FG waren die Perspektiven der Notfallrettung, der haus- und fachärztlichen Versorgung, der Gesundheitsvorsorge und Prävention sowie der Pflege und Pflegeberatung vertreten.

Es nahmen Vertreterinnen und Vertreter der Klinik für Notfallmedizin und dem Institut für Community Medicine der Universität Greifswald, von freien Trägern, sowie der Sozialplanung und der öffentlichen Rettungsstelle des Landkreises teil. Das Ärztenetzwerk „Haffnet“ wurde durch einen Gesundheitsökonom vertreten. Unmittelbare Einsichten in die Praxis von Ärztinnen und Ärzten, Angehörigen pflegerischer und therapeutischer Berufe fehlten hingegen in der FG ebenso wie eine Perspektive auf ehrenamtliches Engagement im Umfeld von Pflege. Sogenannte „Sorgende Gemeinschaften“ gelten aber als wichtige Ergänzung professioneller Pflegeleistungen, um die Pflege in den dünn besiedelten Regionen Mecklenburg-Vorpommerns aufrecht erhalten zu können.³¹⁷

Erfolge, Innovationen und Gelingensfaktoren

Die Teilnehmenden der FG berichteten über ihre Projekte, die sie als Erfolge ansehen, im Bemühen, im dünnbesiedelten strukturschwachen Raum des Landkreises Vorpommern-Greifswald, medizinische und pflegerische Strukturen zu erhalten und die Qualität der Gesundheitsversorgung zu sichern. Zu den Erfolgen gehört die Etablierung einer grenzüberschreitenden Notfallrettung: Bei lebensbedrohlichen Ereignissen, wie z.B. einem

³¹⁵ destatis, 2023; Stabsstelle integrierte Sozialplanung des Landkreises Vorpommern-Greifswald, 2017

³¹⁶ Ebeling, M. et al., 2024, S. 3

³¹⁷ Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 2016, S. 151

Herzinfarkt oder einem Schlaganfall zählt jede Minute. Je früher die Patientinnen und Patienten medizinisch betreut werden, desto besser. Aus diesem Grunde ist es wichtig, dass auch die Krankenhäuser auf der polnischen Seite der Grenze in die Notfallrettung einbezogen werden können. Um dies zu realisieren ist unter anderem auch eine kommunikative Schulung des Personals notwendig. Diese wird in einem Projekt umgesetzt, indem deutsche und polnische Rettungswagenteams lernen, wie sie sich zuverlässig über die wichtigsten Daten und Fakten der Fälle verständigen können.³¹⁸

Um die medizinische Versorgung jenseits der Notfallrettung abzusichern, haben sich im „Haffnet“ zwischen 50 und 60 Ärztinnen und Ärzte zusammengeschlossen. Ziel ist es, in Kooperation mit den im Landkreis ansässigen Kliniken die Schnittstellen zwischen stationärer und ambulanter Betreuung, zwischen Haus- und Fachärzten sowie zwischen Ärzten und Apotheken, besser zu gestalten. So werden die vorhandenen Strukturen bedarfsgerecht ausgelastet. Außerdem kooperiert das Ärztenetzwerk auch mit Kostenträgern und kann so günstigere Bedingungen für die Versorgung mit Medikamenten und Hilfsmitteln verhandeln, was den Patientinnen und Patienten zu Gute kommt.³¹⁹

Zu den Erfolgen hinsichtlich der bedarfsgerechten Auslastung vorhandener Strukturen gehört auch die Einführung von AGnES. Diese Abkürzung steht für „Arztentlastende Gemeinde-nahe E-Health gestützte Systemische Intervention“. Bei AGnES berät und betreut speziell ausgebildetes Fachpersonal auf hausärztliche Anweisung Patientinnen und Patienten und überwacht Therapien. Die AGnES-Fachkräfte übernehmen vor allem Hausbesuche bei mobilitätseingeschränkten Personen mit chronischen Krankheiten. So können sich Hausärztinnen und Hausärzte lange Wege sparen und sich auf Aufgaben konzentrieren, die zwingend in ärztlicher Hand liegen müssen.³²⁰

Für den Bereich der Prävention und Gesundheitsförderung ist die Einrichtung einer Gesundheitskonferenz - also eines umfassenden Gesundheitsnetzwerks - durch das Gesundheitsamt des Landkreises von großer Bedeutung. Es hat sich nach Aussage der Teilnehmenden bewährt, auf diese Weise den fachlichen Austausch sowie die Vernetzung zwischen den unterschiedlichen Akteuren zu fördern.³²¹ Auf dieser Basis hat sich z.B. ein konkretes Kooperationsprojekt entwickelt, das Kinder aus Familien unterstützt, die durch Sucht oder psychische Erkrankungen belastet sind.³²²

Für den Bereich der Pflege wurden die Pflegestützpunkte als eine erfolgreiche Struktur zur Beratung und Sicherstellung von Pflege im ländlichen Raum vorgestellt. Diese örtlichen Auskunfts- und Beratungsstellen wurden seit 2008 im Rahmen des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes auf Initiative der Bundesländer eingeführt. Diese beraten zu den gesetzlichen Ansprüchen, den bürokratischen Anforderungen von Pflegekassen sowie zur Organisation häuslicher Pflege im Rahmen der regional vorhandenen Anbieterstrukturen.³²³

Als eine übergreifende Innovation ist die Nutzung digitaler Möglichkeiten zu nennen. Sie kommen z.B. im Rettungswesen zum Einsatz, wo die Rettungswagen telemedizinisch ausgestattet sind, damit, sofern kein Notarzt physisch anwesend sein muss, ein Tele-Notarzt die Fahrt begleiten kann. Auch bei AGnES werden telemedizinische Anwendungen genutzt.

³¹⁸ F02, Pos. 18

³¹⁹ F04, Pos 40, 42, 46

³²⁰ F05, Pos. 60; vgl. Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 2016, S. 127-128

³²¹ F03, Pos. 52, vgl. auch Geuter et al., 2024

³²² F03, Pos. 54

³²³ Michell-Auli et al., 2010; Döhner et. al., 2011

So hat die medizinische Fachkraft bei einem Hausbesuch die Möglichkeit, sich mit der Praxis zu verbinden, um im Zweifel Rücksprache mit dem Arzt halten zu können und trägt alle Ergebnisse auch direkt in eine E-Akte ein. Das Ärztenetzwerk hat ein Tele-Dermatologie-Projekt implementiert³²⁴ und Kinderkliniken werden telemedizinisch miteinander vernetzt.³²⁵ In den beiden zuletzt genannten Projekten sichert das digitale Netzwerk die Verfügbarkeit spezifischer Expertise, die sonst in den Kliniken und Arztpraxen im ländlichen Raum nicht darstellbar wäre.

Ein weiterer wichtiger Innovationspfad wird durch Kooperation und Vernetzung gekennzeichnet. Insbesondere die Kooperation mit der Wissenschaft sorgt für weitere innovative Impulse. Sie bringt nicht nur neue Ideen ein, die mit Praxispartnerinnen und -partnern erprobt werden, sondern hat auch die Kapazitäten, um komplexe Drittmittelanträge stellen zu können. Nur in solchen Projekten aber können Lösungen unabhängig von Zuständigkeits- und Abrechnungsregularien in der Praxis entwickelt und getestet werden.³²⁶

Dass in der Region so viele innovative Projekte umgesetzt werden, die sehr häufig Telemedizin und Kooperation miteinander verbinden, ist nach Ansicht der Teilnehmenden auch dem Innovationsdruck geschuldet, der daraus resultiert, dass die realen Strukturen der Gesundheitsversorgung abgebaut werden, z.B. durch Klinik- oder Praxisschließungen.³²⁷

Zusammenhalt und Vernetzung in der Region

Die Teilnehmenden beschrieben ihre Region als einen „riesengroßen Landkreis“ in dem weite Fahrwege zurückgelegt werden müssen, um kleine Dörfer, Weiler und Einzelgehöfte zu erreichen.³²⁸ Dem aus den demographischen und siedlungsgeographischen Rahmenbedingungen sowie dem Kostendruck im Gesundheitswesen resultierten Innovationsdruck, steht ein enger Zusammenhalt der Region, bzw. der Akteure in der Region gegenüber. „Aus einem gewissen regionalen Verbundenheitsgedanken heraus“³²⁹ werden gemeinsam innovative Projekte umgesetzt, die zuträgliche Bedingungen vor Ort sichern sollen.

Diese Vernetzungs- und Kooperationsbereitschaft geht auch über den Landkreis Vorpommern-Greifswald hinaus. Auch die polnische Seite wird als sehr offen für Kooperationsprojekte geschildert.³³⁰ Auch mit dem angrenzenden, vor ähnlichen Herausforderungen stehenden Nordbrandenburg gibt es Kooperationsprojekte.³³¹

Herausforderungen in Bezug auf die Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen

Die Pflege steht in den ländlichen Gebieten des Landkreises Vorpommern Greifswald aufgrund des demographischen Wandels vor großen Herausforderungen. Der schon heute

³²⁴ F04, Pos.98

³²⁵ F05, Pos 99

³²⁶ F01, Pos. 102, 166, 168, 175; F03, Pos. 183; F04, Pos. 175; F05, Pos. 58, 174

³²⁷ F04, Pos. 98; F05, Pos. 99

³²⁸ F03 Pos 185, 188, 245- 247, F06 Pos 191, F07 Pos 91-92,

³²⁹ F04, Pos. 98

³³⁰ F02, Pos. 129; F03, Pos. 126, 128

³³¹ F05, Pos 99; für weitere Informationen zum Regionalen Telepädiatrischen Netzwerk in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg siehe <https://rtp-net.med.uni-greifswald.de/>

recht hohe Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung³³² wird in Zukunft weiterwachsen. Das bedeutet, dass mehr Menschen als heute aufgrund ihres hohen Alters und der damit häufig verbundenen Multimorbidität pflegebedürftig sein werden.³³³ Noch wird ein großer Teil der häuslichen Pflege von Angehörigen übernommen. Von den Teilnehmenden der FG werden aber bereits heute Lücken in den familiären Versorgungsstrukturen insbesondere im ländlichen Raum wahrgenommen. Hinzu kommt, dass auch die professionellen Hilfestrukturen im ländlichen Raum weniger entwickelt sind als in den Städten.³³⁴ Auf diese Situation reagieren Anbieter und Beratungseinrichtungen, indem sie eine Art Gatekeeper-Funktion einnehmen, d.h. sie bewerten, die Situation und verteilen die vorhandenen Ressourcen nach der wahrgenommenen Dringlichkeit.³³⁵

Außerdem wird versucht, Anbieter professioneller Pflegedienstleistungen im ländlichen Raum zu etablieren. Dieses Vorhaben wird nicht einfach zu realisieren sein, da die langen Fahrwege unwirtschaftlich sind.³³⁶ Außerdem verstärkt der demographische Wandel zugleich den existierenden Fachkräftemangel in der Pflege.³³⁷

Die Digitalisierung bietet große Chancen zur Bewältigung der Herausforderungen, die sich unter den besonderen siedlungsgeographischen und demographischen Bedingungen des Landkreises bei der Sicherung der medizinischen und pflegerischen Versorgung der Bevölkerung stellen. Viele innovative Lösungen integrieren bereits telemedizinische Anwendungen. Die Tools der Zukunft werden aber aller Voraussicht nach erheblich größere Datenmengen verarbeiten. In dieser Beziehung ist den Teilnehmenden der FG die Abhängigkeit vom Ausbau der digitalen Infrastruktur schmerzlich bewusst. Ohne Glasfaseranschluss und flächendeckende 5G-Verfügbarkeit wird beispielsweise die mobile Nutzung bildgebender Diagnostik Zukunftsmusik bleiben.³³⁸

Weitere Herausforderungen, die den Innovationspfad der Digitalisierung von Gesundheitsdienstleistungen betreffen, bestehen im Datenschutz. Es existiert noch kein erprobtes Vorgehen, wie die technischen und inhaltlichen Anforderungen an Datenmengen und -qualität mit den Richtlinien des Datenschutzrechtes praxistauglich in Einklang zu bringen sind.³³⁹ Auch dass gegenwärtig noch mit verschiedenen Systemen beim Datenaustausch in der Telemedizin gearbeitet wird beschneidet unnötig die Möglichkeiten. Die Teilnehmenden sehen hierbei die Standardisierung als einen wünschenswerten Lösungsweg an. Zumindest bei der Schaffung von gemeinsamen Standards für die Schnittstellen der IT-Infrastruktur sollte der Bund eine Steuerungsfunktion übernehmen.³⁴⁰

Eine weitere Herausforderung stellt der Kostendruck im Gesundheitswesen dar. Dieser ist nicht spezifisch für ländliche Regionen, wie den Landkreis Vorpommern-Greifswald, wird aber aufgrund der ohnehin schon angespannten Lage der Gesundheitsinfrastrukturen stark wahrgenommen. In der FG wurde dazu z.B. geschildert, wie in einem Kooperationsprojekt die psychische Resilienz von Kindern und Jugendlichen gestärkt wird. Sensibilisierung von

³³² Der Altenquotient im Landkreis Vorpommern-Greifswald liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt (siehe dazu die Ausführungen im Kapitel „Auswahl der Regionen“ (S. 15).

³³³ F06, Pos. 73

³³⁴ F06, Pos. 75, 151; F07, Pos. 13

³³⁵ F06, Pos. 193; F07, Pos. 92

³³⁶ F06, Pos. 79, 191; F03, Pos. 245, 247; F04, Pos. 246

³³⁷ F06, Pos. 73

³³⁸ F04, Pos. 229

³³⁹ F04, Pos. 108

³⁴⁰ F04, Pos. 240

pädagogischen Fachkräften trägt dazu bei, dass psychische Probleme frühzeitig erkannt werden und ihnen mit einfachen, niedrighschwelligten Maßnahmen begegnet werden kann, Das entlastet Therapeutinnen und Therapeuten sowie die Kliniken. Zugleich nehmen die Teilnehmenden aber auch wahr, dass für die Kinder und Jugendlichen, die mehr und professionellere Hilfe bräuchten, nicht genug Plätze gibt. Es bleibt trotz eines erfolgreichen Projekts das unguete Gefühl, durch das Präventionsprojekt einen Bedarf geweckt zu haben, der nicht gedeckt werden kann.³⁴¹

Chancen und Zukunftsvisionen

Chancen und Zukunftsvisionen verbinden die Teilnehmenden der FG vor allem mit der Nutzung künstlicher Intelligenz (KI). Als mögliche Einsatzfelder wurden genannt: die Übernahme bürokratischer Aufgaben, wie z.B. der Dokumentation, die Tourenplanung im Pflegedienst oder auch die Beratung, bei der KI gestützt Informationen bereitgestellt werden könnten. Die begrenzten personellen Ressourcen, könnten dann für die schwierigeren Fragen oder andere Aufgaben eingesetzt werden.³⁴²

Eine andere Zukunftsvision setzt an der schlechten Erreichbarkeit der Patientinnen und Patienten an. Gewissermaßen als Weiterentwicklung des Einsatzes von Hubschraubern statt Rettungswagen³⁴³ stellt sich die Frage, kann die Drohnen-Technologie preisgünstige und schnelle Zugänge schaffen?

Eine weitere Zukunftsidee, die in die Diskussion der FG eingebracht wurde, war der Vorschlag, die 112 als umfassende Auskunftsnummer im Gesundheitswesen auszugestalten, denn schon jetzt kommen unter dieser Nummer zahlreiche Anfragen an, die sich nicht auf Notfälle beziehen.³⁴⁴

3.7. Engagement, Ehrenamt und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Dortmund

Dortmund ist eine typische Ruhrgebietsstadt, die in der Zeit der Industrialisierung schnell zu einer Großstadt heranwuchs. Der Arbeitskräftebedarf von Kohleförderung und Stahlproduktion wurde durch Zuwanderung in mehreren Wellen gedeckt - im 19. Jahrhundert vor allem aus Polen und den östlichen Reichteilen, nach dem zweiten Weltkrieg Flüchtlinge aus dem Osten und ab 1955 „Gastarbeiter“ aus dem Süden Europas und aus der Türkei.³⁴⁵ Heute zählt Dortmund etwa 600.000 Einwohnerinnen und Einwohner,

Schon ab Ende der 1950er Jahre setzte eine latente Krise der Montanindustrie ein, die das Fundament der Dortmunder Wirtschaft bildete. Heimische Kohle und Stahl büßten im internationalen Vergleich an Wettbewerbsfähigkeit ein.

1987 schloss die letzte Zeche und in der Stahlindustrie waren fortan nur noch 1200 Menschen beschäftigt.³⁴⁶ Heute gilt der tiefgreifende Strukturwandel hin zu einem Wissenschafts- und Technikstandort als weitgehend geglückt, auch wenn die Arbeitslosenquote im bundesweiten

³⁴¹ F03, Pos. 56

³⁴² F01, Pos 300; F02, Pos. 134, 295, 297; F04, Pos. 29, 303; F06, Pos. 296, 299

³⁴³ F01, Pos. 30

³⁴⁴ F01, Pos. 211

³⁴⁵ <https://www.dortmund.de/themen/dortmund-historisch/stadtgeschichte/20.-jahrhundert-heute/strukturkrise-und-strukturwandel/>, <https://menschen-im-bergbau.de/themen/migration/herkunft-und-anwerbung/>

³⁴⁶ <https://www.thyssenkrupp-steel.com/de/newsroom/pressemitteilungen/die-hoesch-ag-am-standort-dortmund-thyssenkrupp-steel.html>

Vergleich mit 10 Prozent relativ hoch ist.³⁴⁷ Schätzungsweise 500 bis 600 Menschen sind in Dortmund obdachlos.³⁴⁸ Fast 40 Prozent der Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund.³⁴⁹

Aufgrund der besonderen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen sind die Anforderungen an unterstützende Maßnahmen in der Stadt groß. In diesem Zusammenhang spielt freiwilliges Engagement im sozialen Bereich eine wichtige Rolle, um gleichwertige Lebensverhältnisse zu sichern.

Informationen zu den spezifischen Perspektiven der Teilnehmenden

Soziales Engagement wendet sich häufig Gruppen zu, die aus den unterschiedlichsten Gründen am Rand der Gesellschaft stehen, unter schlechteren Bedingungen als der Durchschnitt leben und im Alltag auf vielerlei Hürden stoßen. Die Zielgruppen der Organisationen, die in der FG vertreten waren, sind entsprechend vielfältig: Kinder und Jugendliche, Eltern, Menschen mit Migrationsgeschichte, Sexarbeitende, Betroffene von Menschenhandel, Seniorinnen und Senioren, Wohnungs- und Obdachlose.³⁵⁰ An der FG nahmen ausschließlich Menschen teil, die sich im sozialen Bereich engagieren. Andere Engagementbereiche wurden nicht berücksichtigt

In der FG fehlten Vertreterinnen und Vertreter die ein echtes Ehrenamt innehaben, also ein unbezahltes Wahlamt in der Lokalpolitik, ein Schöffenamtsamt oder auch eine freiwillige Tätigkeit in der Katastrophenhilfe ausüben. Somit können nur Aussagen zum freiwilligen oder auch bürgerschaftlichen Engagement getroffen werden. Wenn trotzdem in Zitaten vom Ehrenamt oder ehrenamtlichem Engagement die Rede ist, so liegt das am allgemeinen Sprachgebrauch, der die Differenzierung zwischen Ehrenamt und Engagement nicht kennt.

Erfolge, Innovationen und Gelingensfaktoren

Als Erfolg bewerten die Teilnehmenden den Aufbau der Freiwilligenagentur, als einer Engagement-vermittelnden und unterstützenden Infrastruktur. Besonders hervorgehoben wird das rechtliche Konstrukt: Die Freiwilligenagentur, die 2002 gegründet wurde, wird von einem Verein getragen, in dem alle relevanten Verbände und Organisationen sowie die Stadt Dortmund vertreten sind. So sind alle beteiligt, und die Freiwilligenagentur hat zu keinem der Akteurinnen und Akteure eine nähere Beziehung als zu anderen. Das ist wichtig, weil alle auf die Funktion der Freiwilligenagentur zurückgreifen: Menschen werden in geeignete Engagements vermittelt, und umgekehrt Engagement-Interessierten wird ein breites Spektrum an Möglichkeiten für ein Engagement vorgestellt.³⁵¹

Auch die Anerkennungskultur ist in Dortmund gut entwickelt. Die Stadt stellt den Trägern ein Gesamtbudget von 70.000 € zur Verfügung. Formell gefasst ist die Anerkennung über die Verleihung der Ehrenamtsnadel für besonders engagierte Menschen und über die Ausstellung von Nachweisen über die im Ehrenamt erworbenen Kompetenzen. Diese werden vor allem von jungen Menschen geschätzt.³⁵²

Mit besonderem Stolz wurde in der FG davon berichtet, wie sich große Vereine aus kleinen Anfängen in der Selbsthilfe entwickelt haben. Mittlerweile sind das Mütterzentrum und das

³⁴⁷ Dortmunder Statistik, o.J.

³⁴⁸ Stadt Dortmund Sozialamt, 2022, S.9

³⁴⁹ <https://www.dortmund.de/rathaus/verwaltung/sozialamt/gefluechtete-in-dortmund/>

³⁵⁰ C01, Pos. 16; C02, Pos. 13; C03, Pos. 15, 70; C04, Pos. 8, 35; C05, Pos. 51, 53

³⁵¹ C06, Pos. 41

³⁵² C06, Pos. 45, 47, 49

Westfalia Bildungszentrum zu Trägern herangewachsen, die öffentliche Aufgaben übernehmen und hauptamtliche Geschäftsführerinnen und Ehrenamtskoordinatorinnen beschäftigen.³⁵³ Ein wichtiger Faktor für dieses Wachstum stellt die Ausweitung des Portfolios dar. Neben die ursprüngliche Aufgabe, für die sich die Selbsthilfeinitiativen zusammengefunden hatten, traten im Laufe der Zeit weitere – zum Teil, weil sich aus dem Wunsch zu helfen eine natürliche Ausweitung der Aufgaben ergeben hatte. Eine Rolle spielt aber auch der Druck, Vorhandenes finanziell abzusichern, über zusätzlichen Aufgaben, für die Förderung beantragt werden kann. Wer solche Gelegenheiten nicht offensiv angeht, ist nach Meinung einer der Teilnehmenden schnell in der Gefahr, seine Tätigkeit einstellen zu müssen.³⁵⁴

Anpassungsfähigkeit an soziale Bedarfslagen zeichnet weitere Beispiele des sozialen Engagements aus. So hat sich die Mitternachtsmission, die 1908 zur Rettung von Prostituierten gegründet wurde inzwischen zur Beratungsstelle für Sexarbeitende und Betroffene von Zwangsprostitution gewandelt.³⁵⁵

In der Geschichte der Wohnungslosenhilfe um das „Gasthaus“ wiederum zeigt sich der kontinuierliche Ausbau eines Angebots der von der Gründung mit acht Ehrenamtlichen und minimalen Öffnungszeiten 1995/96 bis zu einer großen Organisation mit über 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern führt, die 125 000 Essensausgaben, 30 000 Kleiderwechsel, 12 000 Patientenbehandlungen, 5 000 Beratungen, im reinen Ehrenamt bewältigen.³⁵⁶

Auch die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können als Infrastruktur begriffen werden³⁵⁷, denn sie schaffen einen Rahmen, in dem sich die Freiwilligen mit ihrem Engagement auf das konzentrieren können, was ihnen besonders am Herzen liegt.³⁵⁸ Hauptamtliche gibt es vor allem in Organisationen, unter deren Dach sich viele freiwillig engagieren, dazu gehören die Organisationen der freien Wohlfahrtspflege (z.B. Diakonisches Werk, Caritas, Rotes Kreuz, AWO usw.) sowie in Infrastruktureinrichtungen des Engagements, wie Freiwilligenagenturen oder Ehrenamtszentralen und Mehrgenerationenhäusern. Dem Selbstverständnis der Hauptamtlichen zufolge besteht kein hierarchisches Verhältnis zwischen Hauptamt und Ehrenamt im Sinne von Leitungsaufgaben und qualifizierten Tätigkeiten auf Seiten der Hauptamtlichen und Hilfstätigkeiten, die die Ehrenamtlichen leisten.³⁵⁹ Kernaufgabe von Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren ist die Vermittlung von Interessierten in Aufgaben, die dem persönlichen Profil und der Motivation entsprechen.³⁶⁰

Nicht alle Menschen, die sich sozial engagieren wollen, nehmen eine solche Vermittlung in Anspruch. Wie in anderen Engagementbereichen auch kann das soziale Engagement aus einer bereits bestehenden Verbindung zu Organisationen oder Einrichtungen erwachsen, ohne dass ein Vermittlungsgespräch stattgefunden hat. Zum Tätigkeitsprofil von hauptamtlichen Koordinatorinnen und Koordinatoren gehört außerdem, Weiterbildungsangebote zu machen, wobei für manche Tätigkeiten die Qualifizierung der Ehrenamtlichen formalen Vorgaben entsprechen muss³⁶¹. Des Weiteren organisieren Hauptamtliche

³⁵³ C01, Pos. 84, 86; C05, Pos 91

³⁵⁴ C01, Pos. 158

³⁵⁵ C03, Pos.80

³⁵⁶ C02, Pos.59

³⁵⁷ Einschränkung muss betont werden, dass an der FG nur Hauptamtliche teilgenommen haben. Der Befund wird aber auch von weiteren Studien gestützt, vgl. z.B. Schumacher, 2015.

³⁵⁸ C02, Pos. 13

³⁵⁹ C02, Pos. 94

³⁶⁰ C04, Pos. 35; C05, Pos. 11; C06, Pos. 10; C07, Pos. 6, 19, 95

³⁶¹ C07, Pos. 104

insbesondere für Menschen, die in Ihrem Engagement psychisch belastende Situationen erleben, regelmäßige Austauschmöglichkeiten oder sogar Supervision.³⁶² Auch die Vermittlung von Wertschätzung und Anerkennung liegt in den Händen der Hauptamtlichen.³⁶³

Selbsthilfe als Teil regionaler Identität und regionale Netzwerke

Aus der Perspektive der Hauptamtlichen im sozialen Engagement gehört es zur regionalen Identität in Dortmund, dass die Stadt arm ist und immer wieder neue Zuwanderungswellen durchlebt hat.³⁶⁴ Aus dieser Geschichte gewinnt das soziale Engagement in der Region eine besondere Kraft zur Selbstbehauptung unter schwierigen Bedingungen und zur Unterstützung der nachfolgenden Generation, die vor ähnlichen Herausforderungen steht³⁶⁵, wie bspw. beim Westphalia Bildungswerk, das aus einer Nachhilfeinitiative von Migrantinnen und Migranten der ersten Generation entstanden ist und das bisher über 10.000 Kindern und Jugendlichen den Weg durch die Schule geebnet hat und mittlerweile auch anerkannter Träger für Integrationskurse ist.³⁶⁶

Die Organisationen des freiwilligen Engagements sind in regionale Netzwerke eingebunden. Diese organisationellen Verbindungen, die mit persönlichen Beziehungen verwoben sind, stellen eine wichtige Ressource dar, um Gelder auf Gemeinde- oder Kreisebene akquirieren zu können. Durch den Kontakt mit Netzwerkpartnern entwickeln sich auch Kooperationen, die Synergieeffekte im Freiwilligenmanagement möglich machen.³⁶⁷

Herausforderungen in Bezug auf die Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen

Projekte des sozialen Engagements stehen, wie andere Projekte auch, vor der Herausforderung, die Arbeit dauerhaft zu finanzieren. Förderprogramme sind dafür wegen der Förderlogik nicht ausreichend, denn sie tragen nur zur Finanzierung einzelner Projekte bei. Nach Ende dieser Projektförderung gelingt es kaum, Geschäftsmodelle zu entwickeln, die die Arbeit dauerhaft tragen. In besonderem Maße gilt das für die Projekte des sozialen Engagements, denn die Zielgruppen des sozialen Engagements, die eher arm und randständig sind, können, wenn überhaupt, nur in geringem Maße zur Finanzierung der Leistungen beitragen. Das finanzielle Fundament des sozialen Engagements bilden daher Spenden.³⁶⁸ Die Suche nach zusätzlichen Geldquellen, z.B. nach neuen Förderprogrammen, für ähnliche Projekte, Zuschüsse zu Investitionen oder als Basis zur Finanzierung der professionellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, gehört zum vielfältigen Aufgabenspektrum der Hauptamtlichen.³⁶⁹

Die schwierige finanzielle Situation erschwert es auch, Fachkräfte zu gewinnen und zu halten. Die Löhne, die gezahlt werden können, sind niedrig, die Aufgaben hingegen groß. Weil Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sozialer Organisationen oft aus dem freiwilligen Engagement kommen und den Aufgaben und Zielen persönlich verbunden sind, gelingt es trotzdem, Stellen

³⁶² C02, Pos. 62, 63, 94; C03, Pos. 103

³⁶³ C02, Pos. 63; C04, Pos. 39; C06, Pos. 41

³⁶⁴ Pieper et al., 2023

³⁶⁵ C03, Pos. 80; C06, Pos. 214

³⁶⁶ C05, Pos. 51, 52, 53

³⁶⁷ C01, Pos. 160; C02, Pos. 125; C05, Pos. 57; C06, Pos. 41; C07, Pos. 134

³⁶⁸ Schubert et al., 2023, S.41; Die Finanzierung der Mitternachtsmission erfolgt hauptsächlich durch Spenden. Vgl. <https://mitternachtsmission.de/wp-content/uploads/2017/12/daten.pdf> und <https://wbzev.de/spende/> (Westfalia).

³⁶⁹ C07 Pos.104

zu besetzen. Die Sorge unter den Teilnehmenden der FG ist aber groß, dass die unsichere Finanzierung, die keine langfristige Absicherung der Arbeitsplätze bietet, letztlich dazu führt, dass in Zeiten des Fachkräftemangels Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu Unternehmen abwandern, weil die Arbeitsbedingungen dort attraktiver sind und mehr Sicherheit versprechen.³⁷⁰

Der Fachkräftemangel steht u.a. in Zusammenhang mit dem demographischen Wandel, der auch auf andere Weise eine besondere Herausforderung für das freiwillige Engagement im sozialen Bereich darstellt. Schon jetzt füllen Ehrenamtliche Lücken in der staatlichen Daseinsvorsorge. Wenn sich durch den demographischen Wandel die Situation z.B. in der Pflege noch verschärfen wird, werden die Grenzen dessen, was freiwilliges Engagement leisten kann, schnell erreicht sein.³⁷¹

Chancen und Zukunftsvisionen

Entwicklungsmöglichkeiten sahen die Teilnehmenden der FG vor allem darin, neue Zielgruppen zu integrieren bzw. stärker als bisher ins Engagement einbinden zu können. Als Zielgruppen wurden Kinder und Jugendliche genannt, die in Kooperation mit den Bildungsinstitutionen angesprochen werden könnten.³⁷²

Besondere Chancen für und durch das Engagement haben sich in den letzten Jahren für Migrantinnen und Migranten ergeben. Als prägende Zeit wurde das Jahr 2015 erlebt, als auch in Dortmund Tausende von Geflüchteten unkompliziert und schnell Hilfe auf freiwilliger Basis erhielten. Diese erfahrene Unterstützung führt bei vielen dazu, dass sie „etwas zurückgeben“ möchten, sich also selber engagieren. Diese Wirkung wird als starker Zuwachs des Engagements erlebt. Es wird berichtet, dass sich die Zahl der engagierten Migrantinnen und Migranten seit 2015 mehr als verdreifacht habe.³⁷³ Mit der Integrationsleistung des Engagements verknüpft ist auch die Hoffnung, dass die Mehrheitsgesellschaft noch stärker entdeckt, dass mit der Aufnahme von Geflüchteten nicht nur Herausforderungen, sondern auch eine Bereicherung verbunden ist.³⁷⁴

3.8. Nahversorgung und kulturelle Teilhabe im Emsland

Nahversorgung und kulturelle Teilhabe sind in ländlichen Gebieten von großer Bedeutung und eng miteinander verbunden. Sie decken nicht nur Grundbedürfnisse, sondern stärken auch das soziale Gefüge und die kulturelle Vielfalt. Die Anzahl der Lebensmittelgeschäfte ist seit 1990 in ländlichen Gebieten rückläufig, was die Herausforderungen für die Bewohner verschärft. Dementsprechend, gilt in ländlichen Räumen etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung als nicht nahversorgt (d. h. sie wohnt weiter als 1000m vom nächsten Lebensmittelgeschäft entfernt)³⁷⁵. Die Nähe zu Nahversorgungseinrichtungen fungiert zudem

³⁷⁰ C05 Pos. 162

³⁷¹ C06, Pos. 147

³⁷² C06, Pos. 223

³⁷³ C06, Pos. 214; Im Deutschen Freiwilligensurvey (2019) werden ebenfalls die positiven Effekte des Engagements hervorgehoben, allerdings bleibt die Engagementquote von Migrantinnen und Migranten hinter der von Menschen ohne Migrationserfahrung zurück. Am schwächsten ausgeprägt ist sie bei Geflüchteten. Ein wichtiger Faktor für die Aufnahme eines Engagements scheint in dieser Gruppe die Aufenthaltsdauer zu sein. Je länger Geflüchtete im Land leben, desto häufiger engagieren sie sich (Simonson et al., 2021. S. 76-78).

³⁷⁴ C06, Pos. 108

³⁷⁵ Küpper & Seel, 2022, S. 56

als sozialer Treffpunkt, besonders für Menschen mit eingeschränkter Mobilität und ist daher ein wichtiges soziales Bindeglied.

Ebenso tragen kulturelle Aktivitäten und regionale Kulturarbeit dazu bei, soziale Bindungen zu stärken und Bewohnerinnen und Bewohner zu ermächtigen, ihre Lebensumfelder gemeinschaftlich zu gestalten. Ein gemeinsames Merkmal in ländlichen Räumen ist oft ein Mangel an öffentlich geförderten kulturellen Betrieben.³⁷⁶ Kulturelle Teilhabe in ländlichen Räumen ist häufig geprägt von einer vielfältigen Akteurslandschaft, die vor allem durch ehrenamtliche und zivilgesellschaftliche Organisationen gekennzeichnet ist. In dieser Landschaft mangelt es oft an Sichtbarkeit der Angebote und Aktivitäten, da den Engagierten Zeit und Ressourcen fehlen, um sich zu vermarkten, Strukturen zu professionalisieren und vor allem, um sich zu vernetzen und gemeinsam größere und langfristige Vorhaben für ihre Region zu planen.³⁷⁷

Das Themengebiet „Nahversorgung und kulturelle Teilhabe“ wurde mit Teilnehmenden aus der Region Emsland diskutiert. Das Emsland in Niedersachsen ist ein dünn besiedelter ländlicher Kreis³⁷⁸ und kein GRW-Fördergebiet. Das Emsland investiert seit den 70er Jahren systematisch in die Breitenkultur zur Stärkung der regionalen Identität. Im bundesweiten Vergleich jedoch liegen die Ausgaben für Kultur in Niedersachsen zurück.³⁷⁹ Die Teilnehmenden stammten sowohl aus städtischen Zentren wie Lingen und Meppen als auch aus ländlicheren Gebieten mit kleineren Gemeinden. In ihren Redebeiträgen thematisierten die Teilnehmenden der FG einige Aspekte und Inhalte, die über den thematischen Fokus der Nahversorgung und kulturellen Teilhabe hinausgehen.

Informationen zu den spezifischen Perspektiven der Teilnehmenden

Die Erfahrungen und Perspektiven der teilnehmenden Akteure im Bereich Nahversorgung und kulturelle Teilhabe umfassten verschiedene Arten der Gemeindeverwaltung und Kreisentwicklung sowie Einrichtungen für Jugendpflege und Schulsozialarbeit. Zusätzlich waren auch museale Einrichtungen, zivilgesellschaftliche Organisationen, kulturelle Vereine und ein Bio-Lieferdienst vertreten. Obwohl die Diskussion über verschiedene Nahversorgungsmodelle in der FG breit gefächert war, fehlten Teilnehmende aus der klassischen lokalen Nahversorgung, wie etwa Dorfläden oder größere Discounter. Zusätzlich bleibt die Kirchenarbeit für die kulturelle Teilhabe in einigen ländlichen Gebieten von großer Bedeutung³⁸⁰, dennoch war auch diese Perspektive nicht vertreten.

Erfolge, Innovationen und Gelingensfaktoren in der Region

Es gibt bereits zahlreiche erfolgreiche Initiativen im Emsland, die sich mit der Nahversorgung und kulturellen Teilhabe befassen. Dabei sind die regionale Verbundenheit und die Gelingensfaktoren eng miteinander verknüpft, weshalb sie im Folgenden teilweise gemeinsam dargestellt werden.

Konkrete Erfolge, die oftmals durch regionale Innovationen geprägt sind, umfassen verschiedene Themengebiete. Zu Maßnahmen zur Verbesserung der Nahversorgung vor allem im Bereich der Lebensmittelversorgung zählen beispielsweise regionale biologische

³⁷⁶ Darian et al., 2022, S. 15

³⁷⁷ Darian et al., 2022, S. 15

³⁷⁸ BBSR, 2021b

³⁷⁹ Destatis, 2022, S.25

³⁸⁰ Zimmermann et al., 2022, S. 39

Lieferservices³⁸¹, sowie 24/7 Läden ohne oder mit wenig Personal³⁸², Gemeindegutscheine zur Erhaltung der Kaufkraft vor Ort³⁸³, die Vergesellschaftung von Dorfläden³⁸⁴ zur Selbstorganisation der Nahversorgung und die Integration eines Dorfladens in ein Museumsdorf³⁸⁵ als innovative Verbindung von Kultur und Nahversorgung. Des Weiteren ist die Existenz eines landesweiten Programmes zur Förderung von Dorfläden mit nachhaltigem Konzept zu nennen.³⁸⁶

Im Bereich der sozialen Daseinsvorsorge werden bestehende Pflegeheime und stationäre Pflegeeinrichtungen betont, die eine wohnortnahe Versorgung gewährleisten sollen.³⁸⁷ Ein weiterer, von den Teilnehmenden benannter Erfolg, liegt in der Zentralisierung von Pflegestützpunkten und Seniorenstützpunkten auf Landkreisebene.³⁸⁸

Auch im kulturellen Bereich gibt es bestehende Erfolge wie die örtlichen Kulturvereine³⁸⁹ sowie innovative Ansätze zur Identitätswahrung, wie etwa Gemeinschaftsspiele über das Emsland, Schulbildung und Unterrichtsmaterialien für Plattdeutsch³⁹⁰ und Filme mit lokalen Akteuren zu Menschenrechten³⁹¹. Zudem erfolgt die Neunutzung alter industrieller Gebäude durch kulturelle und museale Veranstaltungen³⁹², was eine Verbindung der regionalen und historischen Identität mit innovativen kulturellen Ansätzen darstellt. Besonders hervorzuheben sind dabei Kulturprojekte zur Förderung jugendlicher Kreativität³⁹³ beispielsweise durch Graffiti-Kunst³⁹⁴, eigene Jugendprojekte und Schreib- und Musikwerkstätten und andere Workshops³⁹⁵. Außerdem wird der Erfolg der Jugendtreffs mit festen Öffnungszeiten³⁹⁶, sowie Jugendfreizeitangebote³⁹⁷ betont, wobei diese allerdings hauptsächlich nur mit finanzieller Unterstützung durch Förderung ermöglicht werden können.

In der Verbindung mit Fördermaßnahmen werden auch weitere Erfolge konkret benannt, insbesondere im Rahmen des „EmslandDorfPlanes“⁴³⁹⁸, welcher eine innovative partizipative Dorfplanung unter Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht hat³⁹⁹. Ebenfalls erwähnenswert ist der Erfolg im Breitbandausbau, der die digitale Infrastruktur in der Region klar verbessert hat.⁴⁰⁰ Des Weiteren werden im Emsland auch eigene Förderkulissen

³⁸¹ E06, Pos. 14, 20, 22, 109; E09, Pos. 29

³⁸² E04, Pos. 94; E09, Pos. 92

³⁸³ E03, Pos. 102; E07, Pos. 96, 98, 100

³⁸⁴ E04, Pos. 36

³⁸⁵ E05, Pos. 104

³⁸⁶ E04, Pos. 192, 194

³⁸⁷ E02, Pos. 58, 60

³⁸⁸ E02, Pos. 64

³⁸⁹ E09, Pos. 54

³⁹⁰ E01, Pos. 76

³⁹¹ E03, Pos. 87

³⁹² E01, Pos. 81; E05, Pos. 85

³⁹³ E01, Pos. 79

³⁹⁴ E01, Pos. 81; E02, Pos. 131; E08, Pos. 129

³⁹⁵ E02, Pos. 164

³⁹⁶ E08, Pos. 68, 70

³⁹⁷ E08, Pos. 127, 129

³⁹⁸ E04, Pos. 32, 139; E07, Pos. 50; E09, Pos. 52, 151, 215

³⁹⁹ E04, Pos. 32, vgl. auch Landkreis Emsland, 2018

⁴⁰⁰ E04, Pos. 154, 156, 158; E09, Pos. 159, 161

ausgebaut⁴⁰¹, die insbesondere im Bereich der ärztlichen Grundversorgung und Forschung wirken⁴⁰².

Auch die Themengebiete Mobilität und Digitalisierung spielen im Emsland eine entscheidende Rolle. Innovationen in diesen Bereichen werden jedoch nicht flächendeckend genutzt, sondern finden vor allem in einzelnen Projekten und Teilregionen Impulse. Im Bereich der Mobilität wurden im Zusammenhang mit dem „EmslandDorfPlan“ (s.o.) beispielsweise Projekte wie die Mitfahrbank⁴⁰³ als innovatives Mobilitätsangebot für ländliche Strukturen eingeführt. Ebenso verbindet ein Fahrradprojekt die soziale Teilhabe älterer Menschen mit neuen Mobilitätsangeboten.⁴⁰⁴ Im Bereich der Digitalisierung ist eine besonders erfolgreiche Initiative die Entwicklung einer Dorfapp, welche lokale Angebote bündelt und durch die Dorfgemeinschaft geführt wird.⁴⁰⁵ Des Weiteren wird KI zunehmend für Marketing, Geschäftsführung und ehrenamtliche Tätigkeiten genutzt, was von den Beteiligten als Effizienzsteigerung betrachtet wird.⁴⁰⁶

Als Gelingensfaktoren für diese Innovationen und Erfolge werden wiederholt Aspekte der regionalen Identität hervorgehoben. Die Dorfgemeinschaft und die Identifikation mit den Dorfstrukturen spielen hierbei eine entscheidende Rolle. Wie bereits erwähnt trägt insbesondere die Vergesellschaftung von Dorfläden dazu bei, eine größere Verantwortlichkeit zu schaffen und die Nahversorgung zu stärken. Ebenso wird die digitale Dorfapp, die von der Dorfgemeinschaft ehrenamtlich gepflegt wird, als ein Erfolgsfaktor angesehen, der nicht nur Dorfgemeinschaft fördert, sondern auch von ihr erhalten wird. Dabei wird besonders auf die „emsländische Mentalität“⁴⁰⁷ verwiesen, auf die später noch näher eingegangen wird.

Das Bewahren von Tradition, kulturellem Erbe und Identität ist auch abhängig davon, das emsländische Familien in der Region bleiben. Insofern gehört zu den Gelingensfaktoren auch die starke Nutzung von Anreizstrukturen. Insbesondere im Bereich der Pflege und sozialen Daseinsvorsorge werden Anreize geschaffen, um die Niederlassung entsprechender Einrichtungen zu fördern.⁴⁰⁸ Auf der anderen Seite werden Anreizstrukturen für junge Familien, wie beispielsweise günstiges Bauland und ausreichende Kindergartenplätze, geschaffen.⁴⁰⁹

Regionale Bindung, Identität und Engagement für die Region

Wie bereits erwähnt nimmt die regionale Identität im Emsland eine besondere Rolle ein. Der soziale Zusammenhalt und die gegenseitige Unterstützung innerhalb von Gemeinschaften vor Ort spielen insbesondere innerhalb der Dorfgemeinschaften eine entscheidende Rolle. Es manifestiert sich besonders in gegenseitiger nachbarlicher Unterstützung.⁴¹⁰ Die spezifische emsländische Identität wird oft betont⁴¹¹, wobei das Bild des „emsländischen Bumerangs“⁴¹² als Symbol für das Verlassen der Region zum Studieren und dann zurückzukehren, bezeichnend

⁴⁰¹ E03, Pos. 163; E04, Pos. 192, 194

⁴⁰² E09, Pos. 190

⁴⁰³ E09, Pos. 54

⁴⁰⁴ E02, Pos. 120, 122

⁴⁰⁵ E04, Pos. 216; E09, Pos. 215

⁴⁰⁶ z.B. E06, Pos. 218

⁴⁰⁷ E09, Pos. 190

⁴⁰⁸ E02, Pos. 60

⁴⁰⁹ E02, Pos. 66

⁴¹⁰ E02, Pos. 66

⁴¹¹ z.B. E05, Pos. 83; E06, Pos. 16

⁴¹² E07, Pos. 10

ist und besonders die Bedeutung des Sprechens von Plattdeutsch⁴¹³ häufig hervorgehoben wird. Auch die bereits erwähnte „emsländische Mentalität“ wird von den Teilnehmenden betont. Die Haltung „wenn uns keiner hilft, machen wir es halt selber“ bildet dabei auch die Grundlage für die Entwicklung eigener Fördermaßnahmen, sollten für das entsprechende Vorhaben keine passende Landes- oder Bundesförderung verfügbar sein.⁴¹⁴ Die Teilnehmenden eint der Stolz auf die Selbstermächtigung zum Handeln und darauf, dass ihre Heimatverbundenheit so stark ist, dass sie stets Wege finden, Projekte zu entwickeln und umzusetzen.

Besonders Dorfgemeinschaften bilden, wie bereits erwähnt, einen zentralen Bestandteil der regionalen Identität.⁴¹⁵ Der Zusammenhalt und die Gemeinschaftsbildung basieren dabei auf einem starken Verantwortungsgefühl.⁴¹⁶ Die regionale Bindung steht auch in Zusammenhang mit Strukturen wie "Tante-Emma-Läden". Diese rufen nostalgische Gefühle an „die gute alte Zeit“ hervor, in der auch in den kleinen Dörfern des Emslandes die Nahversorgung im Ort noch selbstverständlich war. Dorfläden haben neben ihrer Nahversorgungsfunktion auch eine soziale Funktion. Sie sind Orte der sozialen Interaktion und des Austausches. Der Beitrag, den Dorfladen-Projekte zur regionalen Bindung leisten, wird noch dadurch unterstützt, dass sie auf die aktive Unterstützung und ehrenamtliches Engagement angewiesen sind.⁴¹⁷ Insbesondere in den Bereichen der sozialen Daseinsvorsorge und der kulturellen Teilhabe bestehen außerdem formale Akteursnetzwerke, wie beispielsweise Kooperationen mit Pflegeunternehmen⁴¹⁸, Familienzentren als Zusammenschluss mehrerer Kindergärten⁴¹⁹ und Kooperationen von Jugendzentren für die Durchführung von Kulturprojekten⁴²⁰. Diese Vernetzung wird generell, wenn erst einmal entstanden als sehr fest und zuverlässig und damit auch als regionale Stärke eingeschätzt.⁴²¹

Der Beitrag des ehrenamtlichen und zivilgesellschaftlichen Engagements wird dabei als äußerst bedeutsam eingeschätzt und seine Wichtigkeit oft hervorgehoben.⁴²² Für die Teilnehmenden wäre vieles ohne das Ehrenamt undenkbar und dieses gilt als unverzichtbar. Insbesondere im Bereich der kulturellen Teilhabe wird der Beitrag des Ehrenamts betont, sei es in Kunstschulen⁴²³ oder musealen Einrichtungen⁴²⁴, aber auch in der sozialen Daseinsvorsorge, wie der Versorgung älterer Menschen⁴²⁵, der Jugendarbeit⁴²⁶ und in Sporteinrichtungen⁴²⁷, spielt es eine große Rolle.

Allerdings werden auch einige Grenzen des Ehrenamts identifiziert. Insbesondere werden die fehlende Professionalität und mangelnde Strukturen, die das Ehrenamt unterstützen können, als herausfordernd wahrgenommen. Dies spielt insbesondere im Bereich von Museen und

⁴¹³ E01, Pos. 76; E02, Pos. 72

⁴¹⁴ E09, Pos. 190

⁴¹⁵ E04, Pos. 34

⁴¹⁶ E04, Pos. 36

⁴¹⁷ E05, Pos. 104; E07, Pos. 50; E09, Pos. 54, 92, 114

⁴¹⁸ E02, Pos. 58, 60

⁴¹⁹ E02, Pos. 66

⁴²⁰ E01, Pos. 79

⁴²¹ E03, Pos. 200; E04, Pos. 225

⁴²² z.B. E02, Pos. 113; E07, Pos. 40, 212; E09, Pos. 114

⁴²³ E07, Pos. 42

⁴²⁴ E05, Pos. 85

⁴²⁵ E02, Pos. 120, 122

⁴²⁶ E03, Pos. 89; E08, Pos. 127

⁴²⁷ E06, Pos. 223

Heimatgeschichte eine große Rolle, da das Ehrenamt in der kulturellen Teilhabe stark davon abhängig ist, dass erfahrene Personen dieses anleiten.⁴²⁸ Es mangelt auch an Anleitungen für das Ehrenamt zur Beantragung von Förderanträgen⁴²⁹, und es wird die Notwendigkeit der Unterstützung durch das Hauptamt betont⁴³⁰. Weitere Herausforderungen sind zeitliche Grenzen, bedingt durch fehlende zeitliche Ressourcen der Ehrenamtlichen, oft aufgrund von Hauptamtstätigkeiten, die es ihnen beispielsweise nicht ermöglichen, Jugendliche tagsüber zu betreuen.⁴³¹ Dies deutet auch auf das Fehlen hauptamtlicher Strukturen hin.⁴³² Demographische Herausforderungen wie Mitgliederschwund⁴³³ und eine alternde Bevölkerung, die nicht mehr ehrenamtlich tätig sein kann⁴³⁴, werden ebenfalls als wichtige Probleme genannt. Auch monetäre Probleme und Probleme bei der Entlohnung sind eine Herausforderung. So fehlt es beispielsweise an finanziellen Mitteln für Aufwandsentschädigungen im Ehrenamt⁴³⁵, wobei sich die jüngeren Generationen eher eine Entlohnung wünschen⁴³⁶.

Herausforderungen in Bezug auf die Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen

Trotz der bisher beschriebenen positiven Aspekte der Region bestehen teilweise ungleiche Lebensverhältnisse. Konkrete Konsequenzen dieser lassen sich insbesondere in den Bereichen Lebensmittelversorgung, soziale und medizinische Daseinsvorsorge sowie im Zugang zu Informationen beobachten.

Im Bereich der Lebensmittelversorgung betrifft dies vor allem den Zugang zu Lebensmitteln in ländlichen und dörflichen Gebieten.⁴³⁷ Oft besteht die Sorge vor dem Wegbrechen der Nahversorgung, wenn der einzige Dorfladen schließt, insbesondere im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel.⁴³⁸ Außerdem berichten Teilnehmende von der Übernahme eigenständiger Dorfläden durch Discounter⁴³⁹, welche aufgrund ihrer großen Fläche ein breites Einzugsgebiet abdecken. Allerdings sind diese aufgrund ihrer ungünstigen Lage für viele Bewohner schwer erreichbar und stellen somit eine Herausforderung dar.⁴⁴⁰

Auch im Bereich der sozialen und medizinischen Daseinsvorsorge gibt es oft Probleme mit der Erreichbarkeit. Obwohl es genügend Kitas und Kitaplätze gibt, sind insbesondere Kitas in Nebenorten ohne Auto schwer zu erreichen.⁴⁴¹ Ähnliche Herausforderungen bestehen auch bei anderen sozialen Einrichtungen, die oft nur in den Hauptorten, nicht aber in den kleineren Gemeinden zu finden sind.⁴⁴² Darüber hinaus stellt der Ärztemangel, insbesondere in der Fachmedizin, ein weiteres großes Problem dar, welches durch die Überfüllung der Arztpraxen

⁴²⁸ E03, Pos. 163; E05, Pos. 83, 85, 117; E06, Pos. 218

⁴²⁹ E04, Pos. 178

⁴³⁰ E02, Pos. 227

⁴³¹ E08, Pos. 70, 127

⁴³² E02, Pos. 184; E07, Pos. 40; E08, Pos. 68

⁴³³ E08, Pos. 48

⁴³⁴ E01, Pos. 118

⁴³⁵ E05, Pos. 83, 117; E09, Pos. 114

⁴³⁶ E01, Pos. 118

⁴³⁷ E06, Pos. 14

⁴³⁸ E04, Pos. 34; E09, Pos. 54, 92

⁴³⁹ E04, Pos. 94; E09, Pos. 54, 92

⁴⁴⁰ E02, Pos. 111

⁴⁴¹ E02, Pos. 58

⁴⁴² E02, Pos. 58

in größeren Städten ergänzt wird.⁴⁴³ Auch das Sportangebot ist begrenzt⁴⁴⁴, und einige Gegenden erfordern eine lange Anfahrt zu Studienorten⁴⁴⁵.

Trotz umfangreicher ehrenamtlicher (s.o.) Initiative und den dadurch geschaffenen kulturellen Angeboten stellt die Sicherstellung kultureller Teilhabe, nicht zuletzt aufgrund der dünnen Besiedlung und eingeschränkten ÖPNV-Angebots im Emsland eine Herausforderung dar. Die Teilnehmer der FG berichteten in diesem Zusammenhang, dass das kulturelle Angebot im Umkreis von 50 km in der Regel sehr begrenzt ist⁴⁴⁶, was zu einem Mangel an kultureller Teilhabe führt.

Ein weiterer Aspekt ungleicher Lebensverhältnisse liegt im Zugang zu Informationen. Dies betrifft im Zuge der zunehmenden Digitalisierung der Informationskanäle insbesondere ältere Menschen.⁴⁴⁷ Hier fehlt sowohl der Zugang zu Computern, als auch digitale Bildung.⁴⁴⁸ Gleichzeitig berichten Lokalzeitungen oft nicht mehr über kleinere Veranstaltungen im ländlichen Bereich⁴⁴⁹, was die soziale und kulturelle Teilhabe erschwert.

Die Herausforderungen in Bezug auf die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse lassen sich in allgemeine Umsetzungsbarrieren sowie Herausforderungen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen und demographischen Entwicklung unterteilen.

Herausforderungen im Zusammenhang mit der demographischen Entwicklung beziehen sich im Thema Nahversorgung und kulturelle Teilhabe im Emsland insbesondere auf die alternde Gesellschaft, was sich in verschiedenen Themengebieten wie dem Wegfall von Dorfläden⁴⁵⁰, Landärzten⁴⁵¹ und dem Ehrenamt⁴⁵² deutlich zeigt. Darüber hinaus wird von einem Generationenwechsel mit neuen Herangehensweisen gesprochen. So zeigen junge aufstrebende Ärzte und Ärztinnen beispielsweise wenig Interesse an einem 24/7-Job⁴⁵³, und junge Ehrenamtliche fordern höhere Vergütungen⁴⁵⁴. Zudem verändert sich das Pflegeverhalten aufgrund des demographischen Wandels, da früher mehrere Generationen in einem Haushalt lebten, was heute weniger der Fall ist.⁴⁵⁵ Es mangelt auch an der Besetzung von Positionen in den Dörfern, da für viele Ämter keine Zuständigkeit besteht.⁴⁵⁶

In Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung ergeben sich insbesondere im Bereich der Lebensmittelversorgung Herausforderungen, wie steigende Preise für Lebensmittel⁴⁵⁷, was kleine Läden vor Probleme stellt, sich gegen Discounter wirtschaftlich durchzusetzen. Auch für

⁴⁴³ E02, Pos. 62

⁴⁴⁴ E02, Pos. 120

⁴⁴⁵ E02, Pos. 111

⁴⁴⁶ E02, Pos. 197

⁴⁴⁷ E01, Pos. 202; E02, Pos. 205

⁴⁴⁸ E01, Pos. 202; E02, Pos. 205

⁴⁴⁹ E02, Pos. 209

⁴⁵⁰ E04, Pos. 34

⁴⁵¹ E02, Pos. 62

⁴⁵² E01, Pos. 118; E08, Pos. 48; E05, Pos. 83

⁴⁵³ E02, Pos. 62

⁴⁵⁴ E01, Pos. 118

⁴⁵⁵ E02, Pos. 120

⁴⁵⁶ E02, Pos. 124; E05, Pos. 83; E08, Pos. 68

⁴⁵⁷ E04, Pos. 94

die Bezahlung des Personals ist dies eine große Herausforderung.⁴⁵⁸ Weiterhin besteht für die Vergütung im Ehrenamt kaum finanzieller Spielraum.⁴⁵⁹

Weitere Umsetzungsbarrieren für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse sind die bereits erwähnten Probleme bezüglich der Digitalisierung, die den Informationsfluss erschweren. Auch die Mobilität ist eine Herausforderung, zum Beispiel aufgrund unzureichender oder ungeeigneter Mobilitätsangebote.⁴⁶⁰ Beispielsweise wird die erwähnte Mitfahrbank nicht ausreichend genutzt und die Kosten für den Einsatz von Bussen, um zu Kitas zu gelangen, können nicht allein von den Bewohnerinnen und Bewohnern getragen werden. Außerdem bestehen Probleme durch fehlende Mobilitätsangebote für ältere Menschen.

Weitere Probleme bestehen in der unzureichenden Verfügbarkeit von Waren und Dienstleistungen sowie durch das Fehlen professioneller Anbieter (soziale Träger von Jugendarbeit) in der Region, um eine bessere Jugendkulturarbeit zu leisten. Eine spezifische Herausforderung in der Jugendarbeit besteht außerdem darin, dass diese nicht als kommunale Pflichtaufgabe verankert ist und daher als freiwillige Aufgabe auf kommunaler Ebene oft vernachlässigt wird.⁴⁶¹

Um die genannten Herausforderungen zu bewältigen, wurden verschiedene Lösungsvorschläge entwickelt, von denen einige bereits erfolgreich umgesetzt wurden und daher im ersten Abschnitt unter den Erfolgen genannt wurden.

Ein zentraler Lösungsansatz liegt in der Einführung neuer Nahversorgungsmodelle, wie bereits aufgeführt. Dies wird außerdem durch die Idee ergänzt, Dorfläden zu schaffen, die sich auf das Notwendigste konzentrieren, aber ihr Angebot durch kulturelle Veranstaltungen oder andere Formen der Daseinsvorsorge ergänzen.⁴⁶² Dabei betonen die Teilnehmenden die Wichtigkeit, neue Denkweisen für Nahversorgungsmodelle zu entwickeln und Nahversorgung in ländlichen Regionen vor allem als Begegnungsraum zu konzipieren.⁴⁶³

Darüber hinaus werden neue Mobilitätsangebote vorgeschlagen, wie zum Beispiel das bereits oben dargestellte ehrenamtliche Fahrradprojekt für ältere Bewohnerinnen und Bewohner.⁴⁶⁴ Wie bereits mehrfach erwähnt ist es ebenfalls von Bedeutung, Strukturen und Professionalität für das Ehrenamt zu etablieren und die Vergütung für ehrenamtliche Tätigkeiten zu verbessern. Dabei können auch gesetzliche Maßnahmen eine Rolle spielen, um die Leistungen des Ehrenamts angemessen anzuerkennen und zu honorieren. Gesetzliche Maßnahmen könnten auch dazu beitragen, die Jugendarbeit als verpflichtende Aufgabe zu etablieren, sowie auch langfristige Förderungen zu schaffen.⁴⁶⁵

Infrastrukturen und Begegnungsräume

Im Themenbereich Nahversorgung und kulturelle Teilhabe wurde von den Teilnehmenden vor allem immer wieder das Thema Begegnungsräume als wichtiger Teil von Nahversorgung und kultureller Teilhabe aufgegriffen. Die Schaffung von Begegnungsräumen stellt für das Themengebiet einen wichtigen Aspekt dar, der besonders in einer digitalisierten Welt an

⁴⁵⁸ E04, Pos. 94

⁴⁵⁹ E02, Pos. 113

⁴⁶⁰ E02, Pos. 58; E09, Pos. 54

⁴⁶¹ E08, Pos. 68, 222

⁴⁶² E01, Pos. 110; E09, Pos. 105, 220

⁴⁶³ E09, Pos. 220

⁴⁶⁴ E02, Pos. 122

⁴⁶⁵ z.B. E02, Pos. 131; 167; E08, Pos. 222

Bedeutung gewinnt.⁴⁶⁶ Es geht dabei nicht nur um die bloße Bereitstellung von Räumen, sondern vielmehr um die Förderung „echter Begegnungen“⁴⁶⁷ und sozialer Teilhabe in der Gemeinschaft. Diese Begegnungsräume dienen sowohl im kulturellen Kontext als auch in der Nahversorgung als Orte des Austauschs und der Interaktion.⁴⁶⁸ Besonders für Jugendliche in ländlichen Gebieten sind solche Begegnungsräume von großer Bedeutung. Sie bieten den Jugendlichen Raum⁴⁶⁹ und ermöglichen es ihnen, nicht allein zu Hause zu sein, wenn ihre Eltern arbeiten⁴⁷⁰. Zudem können solche Räume dazu dienen, Jugendliche an Kultur heranzuführen und ihre Kreativität zu fördern.⁴⁷¹ Des Weiteren ist es wichtig, die Nahversorgung und Begegnungsräume miteinander zu verknüpfen. Die Nahversorgung fungiert dabei nicht nur als Ort der reinen Lebensmittelbeschaffung, sondern auch als Raum für den Austausch von Informationen und sozialen Kontakten. Diese Verbindung kann auf verschiedenen Ebenen erfolgen, sei es durch die Einrichtung von Museumsdorfläden oder -cafés⁴⁷², die Organisation kultureller Veranstaltungen in Lebensmittelläden⁴⁷³ oder die Schaffung von Begegnungsräumen im Zusammenhang mit der Alterspflege, wie beispielsweise Seniorencafés⁴⁷⁴.

Chancen und Zukunftsvisionen

Weitere wichtige Aspekte im Hinblick auf die Erreichung von gleichwertigen Lebensverhältnissen im Emsland, die von den Teilnehmenden dieser FG genannt wurden, betreffen vor allem die Nachhaltigkeit von Projekten, das Angebot dezentraler ländlicher Strukturen und die Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner.

Die Teilnehmenden betonen dabei die Wichtigkeit, lokale bestehende Projekte dauerhaft zu unterstützen, sowie Dorfgemeinschaften, die bereits Projekte durchführen, zu fördern.⁴⁷⁵ Insbesondere das Ehrenamt solle dabei langfristig gefördert werden.⁴⁷⁶ Es wird außerdem darauf hingewiesen, dass elementare Strukturen der Nahversorgung und Daseinsvorsorge bestehen bleiben müssen⁴⁷⁷, obgleich sich die Teilnehmenden neue Formen für diese vorstellen können. Dabei wünschen sich die Teilnehmenden ein vielfältiges kulturelles und soziales Angebot, um den individuellen Lebensstil der Bewohnerinnen und Bewohner zu erhalten.⁴⁷⁸ Auch hier wird insbesondere die Unterstützung des Ehrenamts betont.⁴⁷⁹ In Bezug auf Partizipation und Bürgerbeteiligung wird vor allem die Bedeutung der lokalen Bedarfe hervorgehoben. Es sei dabei besonders wichtig, dass die Bewohnerinnen und Bewohner aktiv an der Gestaltung der Zukunft der Nahversorgung beteiligt werden und ihre Ideen einbringen können.⁴⁸⁰ Projekte sollten somit nicht „übergestülpt“⁴⁸¹ werden, sondern auf den Ideen und

⁴⁶⁶ E02, Pos. 205; E05, Pos. 204

⁴⁶⁷ E05, Pos. 204

⁴⁶⁸ E01, Pos. 110; E04, Pos. 36, 94; E05, Pos. 104; E09, Pos. 92

⁴⁶⁹ E02, Pos. 131; E08, Pos. 68

⁴⁷⁰ E08, Pos. 127

⁴⁷¹ E01, Pos. 81; E02, Pos. 164

⁴⁷² E01, Pos. 110; E05, Pos. 104

⁴⁷³ E09, Pos. 220

⁴⁷⁴ E09, Pos. 105

⁴⁷⁵ E03, Pos. 226; E04, Pos. 225

⁴⁷⁶ E02, Pos. 227

⁴⁷⁷ E07, Pos. 221

⁴⁷⁸ E01, Pos. 229; E06, Pos. 223

⁴⁷⁹ E06, Pos. 223

⁴⁸⁰ E04, Pos. 32; E09, Pos. 52, 220

⁴⁸¹ E05, Pos. 224

Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohner basieren. Darüber hinaus sollte auch die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gefördert werden, wie beispielsweise bereits durch das Zukunftspaket erfolgt, wo Kinder und Jugendliche Projekte für Kinder und Jugendliche entwickelten.⁴⁸²

⁴⁸² E02, Pos. 131

4. Ergebnisse zu Fragen der Förderpolitik

Die Erfahrungen der regionalen Stakeholder mit der Förderpolitik insbesondere des Bundes wurden in allen FG explizit erfragt und zur Diskussion gestellt. Dabei sollte es vorwiegend um Bundesförderung gehen und die eingeladenen Stakeholder konnten eigene Erfahrungen mit verschiedenen Bundesförderungen einbringen. Erwartungsgemäß differenzieren die Stakeholder in ihrer konkreten Arbeit weniger danach, woher eine Förderung kommt, sondern danach, wie die Antrags- und Förderbedingungen sich darstellen. Eine große Zahl von Förderprogrammen wird außerdem in Kombination von Landes- und Bundesförderung realisiert, insbesondere die für die Regionalentwicklung zentrale GRW-Förderung. Insofern lassen sich aus den FG nur bedingt spezifische Aussagen über die Bundesförderung und ihre konkrete Umsetzung vor Ort ableiten. Gleichwohl zeigen sich themen- und regionenübergreifende Gemeinsamkeiten bei der Diskussion der eigenen Erfahrungen mit Fördermitteln. Aus den Diskussionen ergaben sich auch praxisnahe und innovative Vorschläge für die konkrete Ausgestaltung von Förderungen, um diese noch stärker den Bedarfen der Regionen anzupassen.

4.1. Allgemeine Erfahrungen mit der Bundesförderung

Die im Zuge der FG thematisierten Projekte und Förderprogramme stellen per se einen Ausschnitt der Förderlandschaft dar, die vielfältige Bandbreite der Förderung durch Bund und Länder wird hierdurch dennoch sehr eindrücklich illustriert. Die FG berichteten bezüglich der Bundesförderung namentlich von Projekten aus den Programmen des „WrK“, „Smart-City“ des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB), „das Zukunftspaket“ und „Mehrgenerationenhaus“ des BMFSFJ, „Ländliche Entwicklung“ und „Klimagerechtes Waldmanagement“ des BMEL, die „Houses of Resources“ und „Integrationskurse“ des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BMI/BAMF), das „IQ-Förderprogramm“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS), „WIR!“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), „KI für alle“ des BMWK, der „Digitalpakt Schule“ und die „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ des BMBF, „digitale Engel“ des BMFSFJ, der „Digitalkompass“ des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV), „Mittelstand Digital“ des BMWK, der „Glasfaserausbau“, gefördert durch das BMDV und die „Stadtgefährten“, eine Förderung der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM).

Bundesförderung bietet neben der reinen (Co-)Finanzierung von Projekten als Drittmittel Spielräume für Modellprojekte, d. h. zum Experimentieren und Ausprobieren.⁴⁸³ Die Aussicht auf Bundesfördermittel und die damit ggf. einhergehenden finanziellen Spielräume, sind zum Teil auch Anreiz und Motivation, um (ggf. neue) Kooperationspartner für die Projektdurchführung zu gewinnen.⁴⁸⁴ Zudem trägt der Rahmen übergeordneter Bundesförderprogramme (zum Teil via Programm-eigener Treffen und Aktivitäten) zur Netzwerkbildung (z.B. WrK⁴⁸⁵) bei⁴⁸⁶, bietet zudem aber auch Möglichkeiten, die Erfahrungen der geförderten Projekte zentral zusammenzuführen, aufzubereiten und im Sinne eines Wissens- und Erfahrungstransfers wiederum anderen Projekten bzw. Regionen zugänglich zu

⁴⁸³ E04, Pos. 139

⁴⁸⁴ D05, Pos. 110

⁴⁸⁵ vgl. www.region-gestalten.bund.de/Region/DE/vorhaben/regionale-kultur/_node.html

⁴⁸⁶ E01, Pos. 150

machen, wobei dieser Informations-Rückfluss aus aktueller Sicht noch deutlich häufiger und umfangreicher erfolgen kann.⁴⁸⁷

Über die Förderung von Modellvorhaben, Innovationen oder Anschubfinanzierung innerhalb von Projekten hinausgehend, ist allerdings auch die strukturelle Förderung in Form substantieller (Co-)Finanzierung von Einrichtungen, wie z.B. der „Mehrgenerationenhäuser“ oder Projekten und Einrichtungen der Jugendarbeit von Bedeutung, welche ohne Bundesmittel schlichtweg nicht existieren könnten.⁴⁸⁸

Eine Strukturförderung in Themen- und Handlungsfeldern, die – wie im Falle der sozialen Daseinsvorsorge – in einem übergeordneten Bundesinteresse liegen, erscheint z.B. auch in Zusammenhang mit Technologie- und Forschungsförderung sinnvoll. Entsprechend ist Bundesförderung wichtig und zweckdienlich, wenn sie z.B. Einrichtungen von bundesweiter Relevanz bzw. bundesweit relevante (Zukunfts-)Themen wie z.B. Biotechnologie (Beispiel „Biopolymer-Innovationscenter“) betrifft. Eine derartige Strukturförderung durch den Bund treibt demnach nicht nur vor Ort Innovation voran, sondern leistet zugleich einen Beitrag zur Innovationsfähigkeit der Bundesrepublik in einer Zukunftstechnologie⁴⁸⁹; meist handelt es sich auch hierbei um Vorhaben, die ohne Förderung durch Bund und/oder Land (selbst im Kooperations-Verbund) kaum von lokalen Akteuren gestemmt werden könnten.

Trotz des Schwerpunktes bei der Bundesförderung wurden auch verschiedene Aspekte der Förderung durch die Länder anhand von Beispielen verschiedener Landesministerien der Ressorts Wirtschaft, Bildung, Umwelt, Landwirtschaft, Familie/Soziales und Inneres illustriert. Landesförderprogramme können in Synergie bzw. kombiniert mit z.B. Bundesmitteln verschiedenerelei Mehrwerte schaffen. So kann die gleichzeitige Förderung durch Landesprogramme (z.B. Glasfaserausbau im Saarland) die Entwicklungs- und Wirkungspotentiale von Projekten quasi „verdoppeln“ und sowohl einen stärkeren Impact ermöglichen, als auch innerhalb eines Projekts eine Finanzierung auf verschiedenen Ebenen bzw. verschiedener Akteurs- und Zielgruppen ermöglichen und zu einer breiteren Wirksamkeit beitragen. Zudem kann andersherum eine Bundesförderung im Sinne einer Aufstockung von Projekt-Mitteln, etwaige Finanzierungslücken im Projekt schließen, falls die Landesförderung hierfür zu gering ausfällt.⁴⁹⁰ Auch können Landesmittel dazu dienen, mit Bundesförderung geförderte Projekte als Anschlussfinanzierung durch Landesmittel weiter zu unterstützen.⁴⁹¹

„Das Land hatte auch nochmal ergänzt mit einem eigenen Förderprogramm. Die Länder können ja auch, wenn sie die finanziellen Möglichkeiten haben, eigene Förderprogramme machen. Das Saarland hatte hier insbesondere für den Geschäftskundenbereich ein eigenes Programm aufgelegt, das auch angenommen wurde. Und von daher haben sich diese Programme jetzt einmal bund- und einmal landesseitig sehr, sehr gut ergänzt.“⁴⁹²

Die Ebene des Bundeslandes ermöglicht durch den kleineren räumlichen Zuschnitt, wie aber auch durch die Kenntnisse der landesspezifischen Standortpotentiale und Bedürfnislagen eine passgenauere Ausrichtung von Programmen und kann diese mitunter besser auf die strukturellen Bedingungen im Land bzw. in den Kommunen des Landes zuschneiden als

⁴⁸⁷ D04, Pos. 181; E04, Pos. 152

⁴⁸⁸ B03, Pos. 143; C04, Pos. 149; E08, Pos. 68

⁴⁸⁹ H07, Pos. 86

⁴⁹⁰ A02, Pos. 72; A03, Pos. 38, Pos. 76; A06, Pos. 132; B03, Pos. 143; C04, Pos. 72; F03, Pos. 254

⁴⁹¹ G01, Pos. 84; G04, Pos. 182; H01, Pos. 109

⁴⁹² A02, Pos. 72

Bundesprogramme dies mit ihrem räumlich breiteren Zuschnitt können. So kann Landesförderung spezifischer agieren und damit Zielgruppen und Zielsetzungen von Projekten adressieren, die von der Bundesförderung häufig nicht adressiert werden⁴⁹³, wie z. B. auch Netzwerke und Kooperationen, die primär auf Landes-, weniger auf Bundesebene von Bedeutung sind (Bsp. „Innovation Hub“, Saarland⁴⁹⁴).

„Also Landesförderprogramme, die es jetzt im Saarland gibt im Infrastrukturbereich sind bewusst sehr, sehr einfach gehalten, weil man muss ja immer sehen, die Antragsteller sind bei uns 52 Kommunen, sechs Landkreise, aber auch Firmen sind ja Antragsteller jetzt hier... für Infrastrukturmaßnahmen und oftmals sind die möglichen Antragsteller von der Ressource her gar nicht in der Lage so einen komplizierten Antrag zu stellen.“⁴⁹⁵

„Und dann gibt es dann Gott sei Dank solche Förderprogramme wie eben das Arten-Sofort-Programme, was Verbände in die Lage versetzt, auch etwas zu tun von kleineren Budget 5.000 €, aber auch mit 400.000 €, wo sie 100 Prozent Förderung bekommen.“⁴⁹⁶

4.2. Der Förderprozess und seine Phasen

Innerhalb der Förderungslogik gibt es drei Phasen: die Phase des Bewilligungsverfahrens, die konkreten Projektlaufzeiten; sowie das Ende von Projekten und Diskurse bezüglich Verstetigung und Folgeprojekten. In den FG-Diskussionen wurden dabei themen- und regionenübergreifend ähnliche Probleme benannt.

Antragsstellung, Bewilligungsverfahren und Fördermittelausgabe

Antragstellung, Bewilligungsverfahren und schließlich die Ausreichung von Fördermitteln sind für die Akteure vor Ort eine Herausforderung. Forschungsanträge werden als besonders arbeitsaufwendig empfunden und prägen den Arbeitsalltag.⁴⁹⁷ Dazu kommt das Warten auf Rückmeldungen der Fördermittelgebenden, bevor mit der Umsetzung der Maßnahmen begonnen werden kann.⁴⁹⁸ Diese Wartezeit ist oft lang und führt dazu, dass die Handlungsfähigkeit der Projektträger eingeschränkt ist.⁴⁹⁹ Dabei kommt es auch vor, dass einzelne Maßnahmen keine Rückmeldung erhalten, was zu Unsicherheit darüber führt, ob sie überhaupt bewilligt werden.⁵⁰⁰ Die langwierigen Wartezeiten zur Bewilligung, bevor mit einem Projekt begonnen werden kann, lassen, gekoppelt mit kurzen Projektlaufzeiten, nur begrenzt Zeit für die tatsächliche Umsetzung der Projekte.⁵⁰¹ Lange Zeiträume bis zur Bewilligung stellen dabei sowohl für zivilgesellschaftliches Engagement als auch für amtliches Engagement auf kommunaler Ebene eine Herausforderung dar. Die lange Wartezeit bis zur Zusage kann dazu führen, dass potenzielle Beteiligte besonders im Bereich des ehrenamtlichen Engagements abspringen.⁵⁰²

⁴⁹³ A02, Pos. 111, 136, 138; G04, Pos. 52; H05, Pos. 117

⁴⁹⁴ A03, Pos. 29

⁴⁹⁵ A02, Pos. 111

⁴⁹⁶ H05, Pos. 117

⁴⁹⁷ A03, Pos. 107

⁴⁹⁸ A05, Pos. 46; C04, Pos. 176

⁴⁹⁹ A05, Pos. 116

⁵⁰⁰ A05, Pos. 116

⁵⁰¹ A04, Pos. 149; E02, Pos. 131

⁵⁰² D06, Pos. 139

Während die Wartezeiten auf Bewilligung oder auch nur auf die Beantwortung von Rückfragen sehr lang sind,⁵⁰³ stehen für die Antragstellung oft sehr kurze Zeitfenster zur Verfügung⁵⁰⁴. Dies erfordert eine schnelle Konzeptentwicklung und erschwert die Planung erheblich. Die Kurzfristigkeit in der Bekanntgabe von Förderprogrammen stellt gekoppelt mit den ausführlichen und teilweise komplexen Antragsanforderungen eine zusätzliche Herausforderung dar⁵⁰⁵, insbesondere für Kommunen mit begrenzten zeitlichen und personellen Kapazitäten⁵⁰⁶. Als Erleichterung für die Umsetzung wird wahrgenommen, wenn Preise oder Fördergelder direkt oder in zeitlicher Nähe oder auch in Form von Vorschüssen⁵⁰⁷ zur Verfügung gestellt werden.

Projektlaufzeiten/ Dauer und Zeitrahmen von Förderprojekten

Kurze Projektlaufzeiten sind ein bleibendes Hindernis bei der Projektförderung, weil hier die Schwierigkeit besteht, die Maßnahmen in kurzer Zeit angemessen umzusetzen.⁵⁰⁸ Die Auswirkungen von Projekten sind oft erst nach längerer Zeit erkennbar, da sie komplexe Prozesse initiieren, deren Entfaltung einen längeren zeitlichen Rahmen erfordert.⁵⁰⁹ Dies gilt besonders, wenn zunächst gesellschaftliche Akzeptanz für Neuerungen aufgebaut werden muss, wenn lang bewährter Strukturen und Praktiken verändert werden sollen⁵¹⁰, aber auch, wenn die Kompetenzen von Personal für die Umsetzung von Innovationen erst aufgebaut werden müssen⁵¹¹. Die zeitliche Begrenzung der Projekte führt in ländlichen Räumen zu zusätzlichen Umsetzungshürden, wenn Dienstleister nicht verfügbar sind oder lange Wartezeiten bestehen.

„Denn jetzt wollen wir es denen schmackhaft machen, nutzt doch alle das Car- und Bikesharing, müssen gleichzeitig so transparent sein, zu sagen, das ist durchfinanziert bis Ende des nächsten Jahres, was danach kommt, können wir jetzt noch nicht versichern. Und das ist natürlich dann eine Hemmschwelle für die Leute zu sagen, ich habe jetzt ein Carsharing im Ort, das ist zehn Minuten von mir entfernt, ich verkaufe meinen Zweitwagen.“⁵¹²

Die Gleichzeitigkeit von laufenden Projekten und Neuanträgen stellt eine weitere Herausforderung dar.⁵¹³ Die Unsicherheit über die Förderdauer und die Notwendigkeit eines Folgeprojekts führen dabei zu Unklarheiten und Schwierigkeiten bei der Planung.⁵¹⁴ Besonders intensive, aber kurze Projektlaufzeiten werden z.B. im Kontext der Kinder- und Jugendförderung nach der Corona-Pandemie benannt⁵¹⁵. Im Ergebnis streben geförderte Projekte tendenziell nach Verstetigung.⁵¹⁶

⁵⁰³ B08, Pos. 139; D05, Pos. 235

⁵⁰⁴ E07, Pos. 175; G01, Pos. 155

⁵⁰⁵ E07, Pos. 175; E08, Pos. 127

⁵⁰⁶ D03, Pos. 56; G01, Pos. 155

⁵⁰⁷ H01, Pos. 182; H08, Pos. 180

⁵⁰⁸ A04, Pos. 119; A07, Pos. 103; A07, Pos. 118; D06, Pos. 139; E08, Pos. 129; F03, Pos. 162; G03, Pos. 148

⁵⁰⁹ A04, Pos. 119; B07, Pos. 141; E02, Pos. 164

⁵¹⁰ G05, Pos. 198

⁵¹¹ A07, Pos. 103

⁵¹² G02, Pos. 160

⁵¹³ A07, Pos. 118; D01, Pos. 147

⁵¹⁴ C05, Pos. 150

⁵¹⁵ E02, Pos. 164

⁵¹⁶ A07, Pos. 54; F01, Pos. 147; F02, Pos. 141; F05, Pos. 58; G05, Pos. 184; H03, Pos. 166

Wenn bundesgesetzliche Vorgaben bestehen, hängen Projektlaufzeiten davon ab, was sich aber nicht immer in den Förderzeiträumen spiegelt. Beispielsweise regelt das Kohleausstiegsgesetz⁵¹⁷ deutschlandweit das Ende der Kohleverstromung und spezifiziert Ziele für den Strukturwandel bis 2038, die Projektlaufzeiten sind allerdings oft bedeutend kürzer, was die langfristige Umsetzung der Ziele beeinträchtigen kann⁵¹⁸. In diesem Zusammenhang wird vielfach die Wahrnehmung artikuliert, dass Projekte an politische Ziele und somit an Amtszeiten gebunden sind, was als nicht zukunftsorientiert wahrgenommen wird.⁵¹⁹

Es gibt jedoch auch positive Beispiele, bei denen kurze Projektlaufzeiten erfolgreich sind. Hierbei wird kurzfristige Sichtbarkeit erreicht und es werden kleine und mittlere Impulse gesetzt. Dies trifft insbesondere auf Projekte im Bereich zivilgesellschaftlichen Engagements im Rahmen des Strukturwandels⁵²⁰ sowie auf kurze Innovationsprojekte für mittelständische Unternehmen in der digitalen Teilhabe⁵²¹ zu. Und nicht immer ist die Höhe der Fördersumme entscheidend für die Wirkung.

„Und manchmal ist eine kleinere Förderung vielleicht auch eine dauerhaftere und nicht: ich nehme jetzt diesen Sack Geld, schmeiß ihn rein, er muss innerhalb kürzester Zeit ausgegeben werden, und dann sind wir wieder weg.“⁵²²

Projektende, Nachhaltigkeit und Verstetigung

Zentrales Problem aller Projektförderungen ist ihre grundsätzliche zeitliche Befristung im Gegensatz zu einer institutionellen Förderung. Der Wunsch nach Institutionalisierung und dauerhafter Finanzierung von Personalstellen bei aus Sicht der Stakeholder erfolgreichen Projekten zieht sich durch die Diskussionen, unabhängig vom Themenbereich.⁵²³ Sehr häufig wird der Wunsch nach einer dauerhaften Finanzierung von Projekten durch Fördermaßnahmen⁵²⁴ bzw. Anschlussförderung geäußert. Das Ziel erfolgreicher Projekte muss aus Sicht der Stakeholder oftmals sein, sie als Regelangebote in die Regelförderung zu überführen. Da hierfür aber zumeist Landeszuständigkeit gegeben ist, bringt jede Bundesförderung Frustrationspotential mit sich, weil selbst bei großem Erfolg eine Weiterführung und Überführung in eine dauerhafte Landesfinanzierung nicht garantiert ist.

„Also der Nach... der Punkt der Nachhaltigkeit, der muss genauso verankert werden wie der Punkt der Dokumentation des Projektes. Das muss wirklich ein Budget-Bestandteil sein, wo sich einer hinsetzt und genau überlegt, mit wem kann ich nach dem Projektende weiterarbeiten? Welche Optionen gibt es?“⁵²⁵

„Aber wie so häufig bei Projekten, es steht und fällt mit der Projektlaufzeit, und dann ist die Frage, wie kann man so etwas verdauern?“⁵²⁶

⁵¹⁷ Kohleausstiegsgesetz (vgl. BGBl. I Nr.37, 2020, S. 1818- 1867)

⁵¹⁸ H01, Pos. 109; H04, Pos. 170

⁵¹⁹ A04, Pos.119

⁵²⁰ H01, Pos. 109

⁵²¹ A03, Pos. 76

⁵²² E07, Pos. 148

⁵²³ A02, Pos. 157; H03, Pos. 166; H05, Pos. 190.

⁵²⁴ A07, Pos. 155; G01, Pos. 158; G04, Pos. 128

⁵²⁵ H07, Pos. 146

⁵²⁶ A07, Pos. 54

Allgemein wächst der (mögliche) Impact von Projekten mit zunehmendem Projektbudget⁵²⁷, wie auch mit der Länge des Förderzeitraums, der den Projekten entsprechend mehr Entwicklungsmöglichkeiten bietet. Allerdings können große Fördersummen auch Probleme hinsichtlich der Finanzierung eines möglichen Eigenanteils bereiten. Je kürzer der Projektförderzeitraum, desto größer die Gefahr, Angebote und Maßnahmen aufzubauen, die dann nach Wegfall der Förderung nicht weiterbetrieben werden (können) und nur noch Förderruinen zurücklassen.⁵²⁸

Besonders frustrierend ist dabei, dass gut eingearbeitete Fachkräfte, die Vernetzungsstrukturen aufgebaut haben, bei Förderende ihre Tätigkeit einstellen und damit oftmals die erreichten Erfolge vor Ort zunichte gemacht werden. Manche Stakeholder können partiell ausgleichen durch Spendengelder, andere entscheiden sich, auf Bundesförderung zu verzichten, um flexibler zu agieren. Ein beliebter Ausweg ist auch, erfolgreiche Aktivitäten fortzuführen, aber durch ein entsprechendes Wording Förderfähigkeit herzustellen und die Arbeit als neu oder innovativ darzustellen oder in anderer Weise an die jeweiligen Ausschreibungsbedingungen verbal anzupassen. Am Ende jedoch soll aus Sicht der Stakeholder die Überführung notwendiger Aufgaben in den Regelbetrieb stehen, und damit ist Bundesförderung prinzipiell überfordert:

„Wenn wir, wenn wir tatsächlich in den Regelbetrieb von Angeboten gehen wollen, egal ob es Mobilität oder Bildung ist, da müssen wir in die Finanzierung, da muss es auch um nachhaltige Finanzierungsinstrumente gehen und nicht einfach nur wieder nach der nächsten Förderrichtlinie gucken und gucken, dass man sich über zehn Jahre entlanghangelt. Das ist also, so arbeite ich persönlich nicht und so würde ich nie eine Kommune beraten. Ach, dann machen wir noch das Förderprogramm und das und hier, das bringt halt einfach gar nichts. In vielen Bereichen besteht ein dringender Bedarf nach Verstetigung oder Dauerhaftigkeit von Fördermaßnahmen sowie nach der Entwicklung von Folgeprojekten.“⁵²⁹

Der Wunsch nach Verstetigung wird in allen FG benannt und steht klar im Zentrum der gesamten Äußerungen zur Bundesförderung.⁵³⁰ Am deutlichsten zeigt sich das am Projektende. Einige Projekte (insbesondere mit hohen Fördersummen) enden dabei in einem abrupten Abbruch.⁵³¹ Gleichzeitig besteht in vielen laufenden Projekten Unsicherheit hinsichtlich ihrer zukünftigen Entwicklung.⁵³² Die mögliche Fortführung von Projekten spielt daher bei den Antragstellenden von Anfang an eine Rolle.⁵³³ Trotz einer hohen Nachfrage können dann aber Angebote häufig nach Projektende nicht aufrechterhalten werden.⁵³⁴ Vor diesem Hintergrund wird die bestehende Förderstruktur z.T. kritisch gesehen und der Wunsch nach weniger intensiver, mittelfristiger Dauerfinanzierung geäußert, die nach der Impulssetzung durch die Projektförderung einsetzt und Folgeprojekte befördern könnte.⁵³⁵

⁵²⁷ H05, Pos. 117

⁵²⁸ A07, Pos. 103; C01, Pos. 98, 100; E02, Pos. 131, 164, 167; G01, Pos. 158

⁵²⁹ G04, Pos. 182

⁵³⁰ A04, Pos. 74; A07, Pos. 54; C01, Pos. 177; C04, Pos. 150; E07, Pos. 148; F01, Pos. 147; F02, Pos. 141; G05, Pos. 184; H01, Pos.91; H05, Pos. 141

⁵³¹ E02, Pos. 131, 164; H05, Pos. 141

⁵³² E01, Pos. 150; E08, Pos. 129; G02, Pos. 160; H01, Pos. 109; H07, Pos. 26

⁵³³ A05, Pos. 80; H04, Pos. 170; H07, Pos. 146.

⁵³⁴ E02, Pos.131; E08, Pos. 129; H01, Pos. 91

⁵³⁵ A07, Pos. 103; E02, Pos. 131, 167; H01, Pos. 109

„Jeder für sich hat jetzt ein Konzept, wie er weitermachen könnte in diesem Konsortium. Und das muss der Bundesregierung übergeben werden und dann sieht die Bundesregierung: Moment, okay, das... das geht ja automatisch weiter, weil die wissen ja alle was sie ab dem Jahr vier tun wollen und können und sollten. Das wäre eine Möglichkeit. Also soweit zu denken, bis ins Ergebnis hinein, im Ergebnis bereits den Neuanfang zu implementieren. Soweit muss man das denken.“⁵³⁶

In der Projektförderung ist der Nachweis der Nachhaltigkeit in der Regel gefordert, und die Verantwortung hierfür liegt bei den Fördermittelempfangenden. Die nachhaltige Projektwirkung kann aber – als auf die Zukunft bezogene Erwartung – nicht immer so umgesetzt werden wie geplant.⁵³⁷ Der geforderte Nachweis von Nachhaltigkeit wird zwar erbracht, aber ist u.U. nicht realisierbar:

„Also wenn man, wenn man eine 100 Prozent Förderung, wie jetzt bei diesem Projekt gibt, ist man sich ja irgendwie dessen bewusst, dass es da wenig bis gar nichts gibt, weil sonst komme ich ja nicht auf die Idee eine hundertprozentige Förderung aufzulegen. [...] ich gebe mich nicht damit zufrieden, dass du nur einen Satz schreibst, ‚das ist nachhaltig‘, sondern du musst es nachweisen, dass du an dem und dem Punkt was Nachhaltiges geschaffen hast, dass eben dann auch eine weitergehende finanzielle Zuschussgebung gewährleistet ist, die nicht zu 100 Prozent sein muss, aber die für einen gewissen Zeitraum oder, wie auch immer, abgestimmt, das nicht dann Schluss ist, weil dann entsteht dieser Effekt: Das ist einmal knallig bunt, und im nächsten Jahr ist wieder alles bei null, weil all das Tolle, was man geschaffen hat, auf Dauer nicht finanzierbar ist [...].“⁵³⁸

Empfohlen wird deshalb, bevorzugt Projekte zu fördern, deren Konzept bereits die Verstetigung von Maßnahmen bzw. Angeboten als Projektgegenstand beinhaltet.⁵³⁹ Die Projektförderung erscheint besonders unangebracht, wenn eigentlich Daueraufgaben zu lösen sind⁵⁴⁰, wird aber, wenn anders Mittel nicht zu beschaffen sind, dennoch in Anspruch genommen. Gewünscht wird deshalb vielfach eine strategisch ausgerichtete, langfristige Förderung und nicht nur das Anstoßen von Projekten mit Impulscharakter.⁵⁴¹

4.3. Rahmenbedingungen der Bundesförderung – die Wahrnehmung in den Regionen

Positive Gestaltung von Förderbedingungen

Insgesamt werden die Chancen, die sich den Regionen durch Bundesförderung erschließen, vielfach positiv gewürdigt.⁵⁴²

In den FG wurde quer über alle Regionen positiv hervorgehoben, dass die Bundesförderung geeignet ist, Experimentierräume zu schaffen und Freiräume zu eröffnen⁵⁴³:

⁵³⁶ H07, Pos. 160

⁵³⁷ A02, Pos. 111; H02, Pos. 144; H05, Pos. 141; H07, Pos. 146, 157, 158

⁵³⁸ E02, Pos. 167

⁵³⁹ H02, Pos. 137; H05, Pos. 141

⁵⁴⁰ C01, Pos. 151; G04, Pos. 182; H03, Pos. 166

⁵⁴¹ F01, Pos. 147; F02, Pos. 141; H02, Pos. 176; H04, Pos. 162

⁵⁴² C01, Pos. 159-160; E04, Pos. 192-194

⁵⁴³ E04, Pos. 136, 137, 139; H02, Pos. 156; H06, Pos. 172

„Es ist im Moment tatsächlich auch die große Gelegenheit auszuloten, was funktioniert und da hat uns die Bundesförderung Spielräume eröffnet, die sonst eben nicht dagewesen wäre.“⁵⁴⁴

„[...] dass dieses Bundesprogramm ländliche Entwicklung dann Möglichkeiten gibt, auch mal Dinge auszuprobieren. Das ist nicht so eng gefasst und das führt dann zum Erfolg, den wir mit dem EmslandDorfPlan gehabt haben. Das ist ein ungewöhnliches Projekt, das ist honoriert worden, dass wir, dass wir das letztendlich so umsetzen können, und daher ist oft, oder würde ich sagen, dass Förderung generell mehr Dinge möglich machen sollte und nicht ein zu enges Korsett liefern sollte.“⁵⁴⁵

Hierbei wird die Möglichkeit hervorgehoben, durch niederschwellige Förderanträge den Start von Innovationsprojekten überhaupt erst zu ermöglichen.⁵⁴⁶ Gerade die Impulskraft kleiner Förderprojekte ermöglicht Spielraum zum Experimentieren, so dass zum Teil auch kurze Projekte Zeichen und sichtbare Impulse setzen und ein Thema in den Fokus bringen. Diese Aufmerksamkeit kann dann Grundlage und Ausgangspunkt für weitere, größere Projektideen bzw. Projekte sein.⁵⁴⁷ Förderung ermöglicht es dabei, Angebote für Zielgruppen (z. B. Jugendliche, Seniorinnen und Senioren, Menschen mit Migrations- oder Fluchthintergrund) zu schaffen, für die sonst keine tragfähige Finanzierung möglich ist.⁵⁴⁸

Je mehr Spielraum bei der Verwendung von Fördergeldern besteht, desto eher können diese situationsangemessen eingesetzt werden und somit eine zielgerichtete und große Wirksamkeit entfalten. Zum Beispiel ermöglicht eine Institutionen-unabhängige Förderung, spezifische Zielgruppen zu erreichen, ohne den Weg über Institutionen oder Organisationen zu gehen (z.B. Jugendprojekte unabhängig von Vereinen)⁵⁴⁹. Förderprogramme bieten Projekten und Einrichtungen zudem die Möglichkeit, zeitweise und flexibel Finanzierungslücken in Projekten zu stopfen bzw. zu überbrücken; dies ist eine Möglichkeit, zeitlich begrenzte oder auch kurzfristige Fördermaßnahmen sinnvoll zu nutzen, die für einen Aufbau längerfristiger Projekte unzureichend erscheinen⁵⁵⁰.

Als weiterer positiver Faktor der Bundesförderung wird das Entstehen von Netzwerken hervorgehoben. Diese wirken über die Förderperiode hinaus weiter, z.B. als Verstetigung langanhaltender Partnerschaften durch Projektkoordination.⁵⁵¹ Gerade die Förderung von Projektkonsortien bietet Anreize zur Interdisziplinarität und trisektoraler Kooperation. Die Kooperation in einem – ggf. bereits durch die Förderbedingungen vorausgesetzten – interdisziplinären Projektkonsortium fördert den Wissenszuwachs unter den Projektmitgliedern und führt zum fruchtbaren Wissenstransfer zwischen Privatwirtschaft, Hochschulen und öffentlicher Verwaltung und damit zu neuartigen Projektideen.

„Das heißt in Innovationsprojekten, mit einem niederschweligen kleinen Förderantrag haben wir über unseren Fördermittelgeber ein bisschen Spielgeld erhalten, um erste Ideen, einen Startschuss geben zu können, wenn gewisse Prinzipien vorliegen. Und die Prinzipien beziehen sich darauf, dass mindestens drei Unternehmen, gerne auch ein

⁵⁴⁴ G02, Pos. 160

⁵⁴⁵ E04, Pos. 139

⁵⁴⁶ A03, Pos. 33

⁵⁴⁷ H01, Pos. 109; H02, Pos. 156; H06, Pos. 123

⁵⁴⁸ E02, Pos. 133; E08, Pos. 68

⁵⁴⁹ E01, Pos. 81

⁵⁵⁰ D01, Pos. 119

⁵⁵¹ E02, Pos. 131; E05, Pos. 187

*Startup, ein junges Unternehmen ebenfalls auch mit dem... mit der öffentlichen Verwaltung oder einer öffentlichen Einrichtung plus ein Transferinstitut. Und dieses Transferinstitut kann eine Hochschule sein, kann aber auch natürlich ein Forschungszentrum sein. Und so durch den interdisziplinären Austausch wirklich neue Projektideen, die auch schon zu großen Projektideen herangewachsen sind, halt fördern.*⁵⁵²

Für Unternehmen stellt die staatliche Förderung einen besonderen Anreiz zur Mitwirkung an experimentellen Projekten und innovativen Kooperationen (z.B. mit Kommunen und Hochschulen) dar. Aus zunächst experimentellen Modellprojekten gehen nicht selten später konkrete interdisziplinäre Umsetzungsprojekte hervor.⁵⁵³ Beinhaltet die Förderung bauliche Maßnahmen (Infrastruktur) kann diese langfristig und selbstverstärkend Anreize für das Engagement Dritter (z.B. Unternehmen) bieten, die langfristig ggf. diese Infrastruktur nutzen können und zum Teil auch bereit sind, einen Beitrag zur Aufrechterhaltung dieser zu leisten⁵⁵⁴. Geförderte Projekte bzw. Strukturen können einen Anstoß zu dauerhaft fortgeführten Angeboten geben.⁵⁵⁵ Dies gilt auch für die (Co-)Finanzierung technischer Infrastrukturen, wie barrierefreier Gebäude (z.B. Lehrräume) und sogar für individuelle, personenbezogene Förderung (z.B. technische Unterstützung/Hörgerät etc.)⁵⁵⁶.

Verbesserte Vernetzung als Resultat der Bundesförderung spielt aber nicht nur im Wechselspiel zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung eine Rolle. Die Netzwerkarbeit mit anderen Projekten oder Kommunen in anderen Regionen ist ebenfalls eine wichtige Folge der Förderung und bringt neue Ideen und Projekte hervor. Meist geschieht dies mit angrenzenden Kommunen oder Kommunen in anderen Bundesländern.⁵⁵⁷ Auch von Austausch mit Nachbarländern wurde berichtet. Hier sei besonders auf Projekte der Teilnehmende der FG Gesundheit und Pflege und auf das bereits abgeschlossene Projekt "Mehrschichtige Ansätze zur grenzüberschreitenden Kommunikation und Kooperation in der Notfallmedizin" (GeKoM) verwiesen, ein Projekt zur Kommunikation im deutsch-polnischen Grenzgebiet. Die Zusammenarbeit der beiden Länder im Projekt wurde erfolgreich umgesetzt und stieß auf besonders viel Interesse.⁵⁵⁸ Aber auch Netzwerktreffen, Konferenzen und Seminare sind Orte des Austauschs⁵⁵⁹.

*„Und man muss das Rad ja nicht immer neu erfinden, man kann sich austauschen und da war eben der Austausch da, und das war einfach super. Und deshalb. Also ich durfte eben da, also ich habe wirklich nur profitiert, weil ich da eben sehr viele Leute kennengelernt habe, sehr viele neue Ansätze und Impulse mitgekriegt habe, die wir dann auch sozusagen weitergegeben haben im Landkreis.“*⁵⁶⁰

Kooperative Projekte und Austausch mit anderen (in welcher Form auch immer) können also positive Auswirkungen im Projekt haben und hilfreiche Entwicklungsmöglichkeiten bieten. Oftmals kann dabei von erfolgreich umgesetzten Projekten anderer Kommunen gelernt und

⁵⁵² A03, Pos. 33

⁵⁵³ A03, Pos. 89

⁵⁵⁴ H08, Pos. 96

⁵⁵⁵ A02, Pos. 17; E02, Pos. 167

⁵⁵⁶ B06, Pos. 75

⁵⁵⁷ A05, Pos. 116; F03, Pos. 126; G03, Pos. 126; G04, Pos. 64; G06, Pos. 112

⁵⁵⁸ Siehe www.gekom-projekt.com; F02, Pos. 18, 22, 129

⁵⁵⁹ F04, Pos. 130; H03, Pos. 135

⁵⁶⁰ E01, Pos. 152

übertragen werden. Der interkommunale Austausch bietet so Potenzial für die Umsetzung von Standards.⁵⁶¹

Hinderungsfaktoren: Unübersichtlichkeit und Aufwand

Die Komplexität von Bundes- und Landesförderprogrammen wurde in den FG vielfach diskutiert. Kritisiert wurden insbesondere die Ausgestaltung der Förderrichtlinien und der zu ihrer Umsetzung notwendige Verwaltungs- und Personalaufwand.

Die unübersichtliche Fördermittellandschaft wird als zentrales Problem wahrgenommen.⁵⁶² Beklagt wird u.a., dass die Vorschriften je nach Fördergeber variieren.⁵⁶³ Dies stellt eine Hürde dar, da Antragstellende sich in den unterschiedlichen Anforderungen zurechtfinden und ihre Projekte entsprechend anpassen müssen. Es erfordert ein spezifisches Know-how, um Projekte förderfähig zu machen und sie an die jeweiligen Richtlinien anzupassen, denn nicht immer passen die Förderanforderungen zu den eigentlichen Zielen der Projekte und nicht immer sind sinnvolle Projekte auch, wie gefordert, innovativ.⁵⁶⁴

„Ich habe oftmals den Eindruck, es wird Förderprogramm aufgelegt und dann wundert man sich in Berlin ja, warum geht das Geld nicht weg?“⁵⁶⁵

„Das ist ja das, was ich vorhin sagte, dass viele Förderprogramme auch am Reißbrett entstehen, und dann haben die einen gewissen Förderzweck. Da sind nur gewisse Maßnahmen förderfähig und es ist letztendlich alles dann sehr, sehr stark reglementiert.“⁵⁶⁶

Entweder werden dann nicht umsetzbare oder praxisferne, aber innovative Maßnahmen erdacht oder bestehende Angebote mit innovativen Ansätzen versehen, um eine Weiterförderung zu ermöglichen.⁵⁶⁷ Besonders bei kleinteiligen Förderungen, selbst mit hundertprozentigem Bundesanteil, seien die strengen Vorgaben kontraproduktiv und stellten eine hohe Hemmschwelle für potenzielle Antragstellende dar.⁵⁶⁸ Unternehmen, insbesondere Startups und kleine und mittelständische Unternehmen sind durch den bürokratischen Aufwand überfordert, oder die Förderung ist auf Kommunen ausgerichtet.⁵⁶⁹

„Es gibt natürlich auch die Möglichkeit Anträge gemeinsam mit Unternehmen zu schreiben, einen Forschungsantrag. Da ist der Aufwand für die Unternehmen immer sehr groß. Also, ich hatte auch mal... einmal einen Fall, wo das Unternehmen irgendwie gesagt: "Nein, die Bürokratie ist uns eigentlich zu groß. Wir haben keine Lust mehr auf das Projekt." Und ich hatte auch einmal Unternehmen angefragt für innovatives Projekt im Bereich Produktion, die meinten: "Nee, also den Fördertopf nehmen wir nicht, weil da haben wir nur schlechte Erfahrungen gemacht.“⁵⁷⁰

⁵⁶¹ D02, Pos. 124; E01, Pos. 152

⁵⁶² F05, Pos. 171-174; F03, Pos. 160

⁵⁶³ A03, Pos. 107; G0, Pos. 153

⁵⁶⁴ B08, Pos. 135; F02, Pos. 132; E04, Pos. 139, 174

⁵⁶⁵ D05, Pos. 228

⁵⁶⁶ E04, Pos. 174

⁵⁶⁷ A04, Pos. 74; C01, Pos. 158; E04, Pos. 137; H02, Pos. 131; H04, Pos. 153; H08, Pos. 152, 154

⁵⁶⁸ H05, Pos. 117

⁵⁶⁹ A03, Pos. 114; H03, Pos. 124, 126, 128; H01, Pos. 174; H05, Pos. 190; H06, Pos. 123

⁵⁷⁰ A03, Pos. 107

Benötigt werden nicht allein finanzielle Eigenmittel, sondern auch Personal für die Durchführung von Projekten, schon in und letztlich vor der Antragsphase, um sich über die Förderlandschaft, ihre Möglichkeiten, Konditionen, Akteurskonstellationen und Projektförderstrategien zu informieren, Anträge zu schreiben, zu koordinieren, zu betreuen. Dies zieht Ressourcen von anderen Tätigkeitsfeldern ab und ist eine Belastung für die Antragstellenden.⁵⁷¹ Insbesondere kleinere Institutionen haben Schwierigkeiten, mit dem Verwaltungsaufwand umzugehen. Oft verfügen sie nicht über die entsprechenden Personal- und zeitlichen Kapazitäten und die notwendigen Kenntnisse, was zu ungleichen Förderchancen führt.⁵⁷² Größere Betriebe können – anders als kleinere und kulturelle Einrichtungen – private Dienstleister zur Antragstellung beauftragen.⁵⁷³

Unklare Formulierungen in den Richtlinien erhöhen nicht nur den Verwaltungsaufwand, sondern führen auch zu Ängsten vor möglichen Haftungsfragen bei möglicherweise unkorrekter Mittelverwendung.⁵⁷⁴ In vielen Fällen wirkt nicht nur die Beantragung der Förderung, sondern der anschließende Aufwand zum Nachweis der Mittelverwendung entsprechend einer komplexen Verwaltungslogik mit zahlreichen Nachforderungen überfordernd⁵⁷⁵ und die Fördermittelverwaltung als veraltet und nicht zeitgemäß⁵⁷⁶. Selbst eigens eingerichtete Netzwerkstellen oder Fördermittel-Koordinatoren erweisen sich durch die übermäßigen Anforderungen als überfordert.⁵⁷⁷

„Das war für mich der klare Hinweis, also, es ging von der Realität der kleinen Kultureinrichtung, also Kommune ist es ja schon schwierig, aber eine kleine Kultureinrichtung, die ist dann zum Teil mit diesem bürokratischen Aufwand überfordert und wünscht sich dann: Vertrau uns, gib uns das Geld, wir machen ein gutes Projekt daraus und wir rechnen das auch sauber ab. Aber diese ganzen Hürden, die da so aufgetürmt werden, die braucht man vielleicht nicht oder weniger.“⁵⁷⁸

Der hohe Verwaltungsaufwand bei Antragstellung und Abrechnung erfordert aus Sicht der Fördermittelempfänger mithin einen oftmals übermäßigen personellen und zeitlichen Aufwand, zumal ja auch nicht bewilligte Maßnahmen Ressourcen verbrauchen, die dann nicht für die Projektarbeit zur Verfügung stehen. Der Aufwand scheint daher oftmals in keinem vernünftigen Verhältnis zum Nutzen zu stehen, was die Förderung unattraktiv macht und die Bereitschaft zur Antragstellung mindert. Vielfach wird deshalb beklagt, dass Aufwand und Nutzen bei der Bundesförderung nicht in einem sinnvollen Verhältnis stehen.⁵⁷⁹

„Ich finde es nicht einfach, die Projekte zu kriegen. Und vor allen Dingen finde ich den Aufwand in, ich sage mal, diese Arbeitszeit, die man da verwendet, in Relation zu was letztendlich rauskommt, nicht immer gerechtfertigt.“⁵⁸⁰

⁵⁷¹ D01, Pos. 150

⁵⁷² D03, Pos. 56; E04, Pos. 137.

⁵⁷³ D04, Pos. 164; D05, Pos. 158; G04, Pos.153; H04, Pos. 153; H08, Pos. 152, 154

⁵⁷⁴ A07, Pos. 103; B08, Pos. 135, 137

⁵⁷⁵ E04, Pos. 143; H02, Pos. 156; H04, Pos. 15; 3H08, Pos. 152, 154

⁵⁷⁶ A04, Pos. 125

⁵⁷⁷ H02, Pos. 165

⁵⁷⁸ E05, Pos. 144

⁵⁷⁹ A02, Pos.111; A03, Pos.107; A04, Pos.112; A05, Pos.116; D01, Pos. 17; D03, Pos. 152; E05, Pos. 144; F05, Pos. 99

⁵⁸⁰ F05, Pos. 176, 177

Da die Tätigkeit in geförderten Projekten keine sicheren Dauerarbeitsplätze ermöglicht, führt sie zu einer erhöhten Fluktuation und Personalmangel. Es fehlt sowohl Personal zur Umsetzung der Projekte als auch zur Antragstellung.⁵⁸¹ Ebenfalls mangelt es in einzelnen Fällen an örtlichen externen Dienstleistern, um Konzepte umzusetzen.⁵⁸² Für die nachhaltige Entwicklung der Projekte ist Fachkräftemangel ein großes Problem, denn nach Projektende kann das Personal nicht weiter beschäftigt werden, besonders wenn Eigenmittel zur Überbrückung von Zeiträumen bis zum Beginn der nächsten Förderung fehlen.⁵⁸³ Auch der Umweg über ehrenamtliches Personal bietet keinen Ausweg, da zur Gewinnung und Begleitung des Ehrenamts hauptamtliches Personal notwendig ist.⁵⁸⁴

Schließlich sind auch die finanziellen Herausforderungen zur Umsetzung von Bundesförderung groß. Oftmals fehlen die notwendigen Eigenmittel für den geforderten Eigenanteil zur Vorfinanzierung oder die erforderliche Anfangsfinanzierung. Selbst bei einer Förderquote von 90 % sind kleine Gemeinden mit dem Eigenanteil überfordert.⁵⁸⁵ Die Erfordernis, private Investitionen mit einzubeziehen, erhöht nicht nur den Aufwand, sondern verhindert in einigen Fällen auch eine Antragstellung oder lässt diese scheitern.⁵⁸⁶ Auch erschwert die Unabhängigkeit der Projektlaufzeiten von den Haushaltsjahren der Organisationen den Umgang mit Finanzmitteln zusätzlich.⁵⁸⁷ Die rigide Mittelvergabe kann dazu führen, dass nicht ausgegebene Mittel im Folgejahr gekürzt werden, was die Planungssicherheit beeinträchtigt.⁵⁸⁸ Außerdem ist es schwierig, die Projektausgaben zu planen, da Projekte oft bereits ein Jahr im Voraus definiert werden müssen, ohne genaue Kenntnis darüber zu haben, welche Technologie zum Zeitpunkt der Umsetzung verfügbar sein wird.⁵⁸⁹ Im Ergebnis wird in einigen Fällen auf Fördermittel lieber verzichtet und die Umsetzung in kleinerem Rahmen durchgeführt.⁵⁹⁰

4.4. Vorschläge zur besseren Gestaltung der Förderbedingungen

Vereinfachung des Förderprozesses

„Wenn ich im Prinzip – wir sind jetzt 25 Mitarbeiter bei uns – einen Mitarbeiter habe, der sich nur um das Thema Fördermanagement kümmert, dann funktioniert das irgendwann. Aber dann steht im Prinzip Aufwand und Nutzen in keinem Verhältnis mehr. Ich glaube, wir müssen auch bei dem Thema Fördermittel und wofür bekomme ich Fördermittel, von diesem starren System weggehen, einfach hin zu einem agilen System. Ich gebe dir jetzt einen Betrag X. Wir setzen uns in drei Monaten nochmal zusammen, dann gucken wir, was hast du mit den Mitteln erreicht, und dann überlegen wir uns, wie gehen wir weiter? Agil, wie man das im Prinzip auch in der Softwareentwicklung macht. Aber hier ist im Prinzip ein festes Ziel. Wird das Ziel erreicht? Ja oder nein? Und alle Schritte dazwischen spielen keine Rolle. Und ich glaube, wir müssen da einfach weg. Wir müssen ja neue...“

⁵⁸¹ A01, Pos. 123; A05, Pos. 116; D01, Pos. 13; F04, Pos. 178; H02, Pos. 156

⁵⁸² G03, Pos. 148

⁵⁸³ A03, Pos. 107; F02, Pos. 275; F05, Pos. 272; H07, Pos. 148, 149;

⁵⁸⁴ A06, Pos. 132

⁵⁸⁵ B08, Pos. 194; E05, Pos. 144; H06, Pos. 123; H04, Pos. 149; H08, Pos. 150

⁵⁸⁶ A07, Pos. 150; A04, Pos. 151; F03, Pos. 262; H01, Pos. 182

⁵⁸⁷ F03, Pos. 185

⁵⁸⁸ F03, Pos. 160, 162; F04, Pos. 161; F05, Pos. 263

⁵⁸⁹ A07, Pos. 118

⁵⁹⁰ E07, Pos. 148

*neue Ideen denken was das Thema Fördermanagement angeht. Und wir müssen den Aufwand runterschrauben. Der Aufwand ist einfach viel zu hoch.*⁵⁹¹

Angesichts der geschilderten Probleme wird wiederholt der Wunsch nach einfachen, verständlichen Förderrichtlinien, Entbürokratisierung und Vereinfachung der Verwaltungsprozesse bei der Förderung geäußert, denn dieser schrecke potenzielle Antragstellende zur Zeit von der Beantragung von Fördermitteln ab.⁵⁹² Mehrstufige Verfahren werden geschätzt, weil der Erstantrag dann sehr niedrigschwellig ist.⁵⁹³ Daneben entwickeln die FG zwei grundsätzliche Richtungen zur Vereinfachung der Förderung: einerseits die Einrichtung von Koordinationsstellen und andererseits eine Flexibilisierung der Förderung.

So wird vorgeschlagen, serviceorientierte Koordinierungsstellen zur professionellen Prozessbegleitung einzurichten, eventuell auch mit Unterstützung von Dienstleistern,⁵⁹⁴ die Antragstellung zu zentralisieren,⁵⁹⁵ eine Stiftungsstruktur zu etablieren⁵⁹⁶ oder eine zentrale Anlaufstelle für (auch kommunale) Unternehmen zu schaffen.⁵⁹⁷ Genannt wird auch der Wunsch nach Ansprechpartnern auf Bundesebene sowie auf regionaler Ebene, die auch während der Förderphase unterstützend tätig sind.⁵⁹⁸ Auch könnten Informationskanäle und Öffentlichkeitsarbeit solcher Stellen verbessert werden.⁵⁹⁹

*„Ich denke schon also, je mehr Service in dem Bereich geboten wird, umso besser, desto besser und einfacher werden Fördermittel auch abgerufen.“*⁶⁰⁰

Beklagt wird auch, dass die engen Vorgaben von Förderrichtlinien die Projekte in ihren Möglichkeiten zu stark einschränken.⁶⁰¹ Vor allem aber erfordert die Antragstellung und Abrechnung eigene, qualifizierte Personalressourcen – diese verfügbar zu machen, sollte auch Teil der Förderung sein, sei es durch Beratungsleistungen seitens des Bundes oder der Projektträger oder in Form einer Finanzierung fachkundiger Expertinnen und Experten vor Ort.

*„[...] oftmals sind die möglichen Antragsteller von der Ressource her gar nicht in der Lage so einen komplizierten Antrag zu stellen. Weil das endet ja nicht mit der Antragstellung. Sie müssen ja... irgendwann wird ja dann diese Leistung gefördert und Sie müssen dann ja auch mit dem Bund abrechnen. Das... das ist ja ein längerer Prozess, so ein Förderprozess, wenn dann gebaut ist und am Schluss muss abgerechnet werden. Und deshalb muss ich die Antragsteller, zum Beispiel die Kommune und dann die Landkreise auch in die Lage versetzen, hier so einen Antrag bis zum Schluss abzuwickeln. Und da finden wir es halt einfach auch aus Sicht der Kommune immer gut, wenn der Bund dann auch eine Unterstützungsleistung mit fördert.“*⁶⁰²

⁵⁹¹ A04, Pos. 112

⁵⁹² A03, Pos. 114; A07, Pos. 118; E05, Pos. 144; F01, Pos. 175; G05, Pos. 136; H02, Pos. 129, 165

⁵⁹³ A03, Pos. 137, 138

⁵⁹⁴ A03, Pos.114; A07, Pos.158; D01, Pos.16; D02, Pos. 162; E01, Pos. 150; H04, Pos. 162; H07, Pos. 163

⁵⁹⁵ E09, Pos. 141

⁵⁹⁶ H02, Pos. 176

⁵⁹⁷ A01, Pos. 162; D02, Pos. 160

⁵⁹⁸ D01, Pos. 16; D05, Pos. 228, 235

⁵⁹⁹ D03, Pos. 227; D05, Pos. 143; D07, Pos. 58

⁶⁰⁰ D02, Pos. 162

⁶⁰¹ B08, Pos. 132

⁶⁰² A02, Pos. 111

Viele Vorschläge zur Flexibilisierung der Förderung werden gemacht.⁶⁰³

„Wir brauchen mehr Flexibilität. [...] Also, es gibt weniger Möglichkeiten, Geld, was übrig ist, ins nächste Jahr zu verschieben. Die Regeln werden strenger, dass man, wenn man angefordert, das Geld nicht ausgeben kann, dass es im nächsten Jahr gekürzt wird. Und wir brauchen aber für Projekte mehr Flexibilität. Flexibilität, dass man Personalmittel in Investitionen oder Sachmittel umwandeln kann und auch zurück, weil Projekte eben nicht immer genauso laufen. [...] Wir arbeiten ja nicht im Labor, sondern wir arbeiten im richtigen Leben. Und das heißt, dass sich, das sich dann auch mal was ändert. Das heißt, wir brauchen längere Laufzeiten und mehr Flexibilität bei der Mittelvergabe.“⁶⁰⁴

Positiv wahrgenommen wird die Möglichkeit, in gestuften Prozessen und aufeinander aufbauenden Förderbausteinen aus einem ersten Antrag nach und nach größere Projekte zu entwickeln.⁶⁰⁵ Auch vollständig vom Bund organisierte Mikroförderungen oder Preisgeld-Verfahren ohne aufwändige Abrechnung werden als Alternative genannt.⁶⁰⁶

„Könnte ich mir total gut vorstellen, dass es so auf Bundesebene dann einfach auch mal für solche Bündnisse, wie wir das sind, Gelder gibt, die man dann niederschwellig verteilen kann. Und wir sprechen bei Start-ups und Ideen tatsächlich für 20-30.000 €. Da können die eine Menge mit machen, sparen sich eine Menge Aufwand und Ärger und würden unsere Innovationsräume extrem beleben nur und aufwerten.“⁶⁰⁷

„Ich habe das schon bei der bei der Bundeswaldprämie erlebt, das war ganz niederschwellig. Eigentlich mussten die Leute nur über ihren Berufsgenossenschaftsbescheid die Waldfläche eingeben, online das melden und dann haben die 100 € bekommen.“⁶⁰⁸

Die Förderfähigkeit kleiner Maßnahmen und niederschwellige Vergabemöglichkeiten ermöglichen Zuwendungen oder die Finanzierung von Veranstaltungen, über die dann ehrenamtlich Engagierten eine Anerkennung für ihr Engagement entgegengebracht werden kann.

„Die Förderung der Anerkennungskultur. Wir reden alle davon, dass Engagement notwendig ist und dass das schön ist, wenn sich Menschen engagiert. Aber ich bin der Meinung, dass man auch was dafür tun muss, und wir haben das Glück, dass wir in Dortmund einen Förderungsfond von der Politik zur Verfügung gestellt bekommen haben, wo eben Träger ganz niederschwellig Gelder für Feste, für Dankeschön-Pakete für Qualifizierung, beantragen können.“⁶⁰⁹

Flexibilität wird auch hinsichtlich der finanziellen Förderbedingungen oft vorgeschlagen. Entsprechend häufig sind Vorschläge zur Erhöhung oder Streichung des Bundesanteils und zu größerer Flexibilität bei der Mittelverwendung.⁶¹⁰ Dazu gehören auch verschiedene

⁶⁰³ A07, Pos. 118; F05, Pos. 315

⁶⁰⁴ F04, Pos. 164; F05, Pos. 263, 265

⁶⁰⁵ A03, Pos. 114, 138; A04, Pos. 145; G01, Pos. 137

⁶⁰⁶ H02, Pos. 165; H06, Pos. 123

⁶⁰⁷ H06, Pos. 123

⁶⁰⁸ D05, Pos. 145

⁶⁰⁹ C06, Pos. 41

⁶¹⁰ A02, Pos. 142; C04, Pos. 163; F05, Pos. 263, 265

Vorschläge zur Erhöhung der Planungssicherheit, vor allem zu Projektende,⁶¹¹ z.B. durch eine Fortsetzung der Förderung mit geringeren Förderquoten nach Projektende für weiterlaufende Maßnahmen.⁶¹²

Vertrauen und Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Regionen

An vielen Stellen wird verstärktes Vertrauen seitens des Bundes eingefordert, dass die Regionen die Zuwendungen gewissenhaft einsetzen.⁶¹³ Um wirklich innovativ zu sein, bräuchten die Beschäftigten auch Freiheit bei der Umsetzung.⁶¹⁴ Es wird ein Mangel an Vertrauen beklagt – Geldmittel sollten als Investition betrachtet werden, nicht als bloße Zuwendungen, denn letztlich gehe es um die Schaffung von gesellschaftlichem Mehrwert, Innovation und Zusammenhalt.⁶¹⁵ Demgegenüber wiesen viele Förderprogramme eine Defizitorientierung auf.⁶¹⁶

Ein weiterer vielfach diskutierter Punkt ist die Partizipation. Es müsse ein Raum geschaffen werden, um die zivilgesellschaftliche Perspektive einzubeziehen,⁶¹⁷ Förderprogramme interdisziplinär zu gestalten⁶¹⁸ und Experimente zu ermöglichen⁶¹⁹. Es wird empfohlen, betroffene Interessengruppen von Beginn an in die Erarbeitung von Ausschreibungen und den Entscheidungsprozess einzubeziehen, um ihnen strategische Mitwirkungsmöglichkeiten zu bieten.⁶²⁰ Ein Anreiz für eine effiziente Verteilung der Mittel könnte darin bestehen, den Gemeinden die Autonomie zu gewähren, die Gelder eigenverantwortlich zu verteilen, da sie am besten darüber informiert sind, wo die Potenziale liegen, die gefördert werden müssen.⁶²¹

Partizipation und die geforderte Verankerung von Bundesförderungen in der Gesellschaft und bei den Beteiligten vor Ort sind wichtige Erfolgsfaktoren für die Förderung.⁶²²

„[...] ich wünsche mir mehr Beteiligung, das haben wir hier alles gesehen. Es reicht nicht nur Innovation und Geld zu geben, sondern wir müssen einfach das Ganze in die Gesellschaft reintragen und dort verankern. Das heißt, wir müssen wirklich partizipative Formate schaffen, Freiräume schaffen, Risiken zulassen und eingehen dürfen und wirklich mitmachen lassen. Also, ich glaube, wir kriegen keine Strukturwandel hin, der irgendwie von oben so durchdekliniert wird, sondern das muss von unten über die Gesellschaft und die zivile Bevölkerung, über die Akteure laufen. Die müssen ihren Part sehen und Bock drauf haben zu machen. Anders kriegen wir es nicht. [...] Wir brauchen mehr Freiräume für unsere Akteure, die wir haben, die genau wissen, was gemacht werden muss, um ihre Lebenssituation positiv zu beeinflussen.“⁶²³

⁶¹¹ G01, Pos. 158; H05, Pos. 141

⁶¹² E02, Pos. 167; H07, Pos. 146

⁶¹³ E05, Pos. 144; E09, Pos. 141; H08, Pos. 180

⁶¹⁴ A04, Pos. 125

⁶¹⁵ A07, Pos. 155, 158; H01, Pos. 174; H02, Pos. 139, 176; H06, Pos. 172; H08, Pos. 175

⁶¹⁶ H02, Pos. 139

⁶¹⁷ H02, Pos. 129

⁶¹⁸ D01, Pos. 257

⁶¹⁹ E04, Pos. 139; H02, Pos. 156

⁶²⁰ A03, Pos. 171

⁶²¹ H02, Pos. 130, 131; H05, Pos. 178

⁶²² E02, Pos. 131

⁶²³ H05, Pos. 190; H06, Pos. 189

Partizipation wird auch durch eine offene und transparente Kommunikation mit dem Projektträger und den zuständigen Personen im Ministerium befördert.⁶²⁴ Dazu gehört auch die Offenheit für ggf. notwendige Aufstockung von Geldern.⁶²⁵

Es scheint aber, dass im Spannungsfeld zwischen Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik/Verwaltung der Beitrag der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft nicht angemessen in die Förderlogik integriert ist.⁶²⁶

„Ja, die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bereich Nahversorgung und kulturelle Teilhabe kann nur gelingen, wenn man nicht über die Menschen spricht, sondern mit den Menschen spricht. Es gelingt nur, wenn man Partizipation ganz großschreibt und tatsächlich genau hinhört: Was ist eigentlich vor Ort mit den Menschen, die dort leben, die es betrifft? Was haben sie für Vorstellungen, was haben sie für Ideen, für Visionen? Nur dann gelingt es, weil, wenn es Projekte sind, die sozusagen übergestülpt werden, gelingt es nicht.“⁶²⁷

Die föderale Struktur stellt für das Wirken von Bundesförderung auf Landes- und regionaler Ebene eine Herausforderung dar. Im Hinblick auf gesetzliche Rahmenbedingungen wurden zahlreiche, oftmals sehr konkrete Vorschläge zu möglichen Gesetzesänderungen bzw. neuen Gesetzen und Richtlinien angeregt.⁶²⁸ Gerade im Bereich des Klimaschutzes werden vielfältige Maßnahmen durch Förderungen vor Ort bestritten, aber es bedarf gesetzlicher Regelungen auf Bundesebene, die dann in den Kommunen umgesetzt werden.⁶²⁹ Aus Sicht der Akteure sollte daher bei der Bundes-Gesetzgebung stärker mitgedacht werden, dass dafür auch Instrumente als Grundlagen der Umsetzung auf kommunaler Ebene installiert werden müssen.⁶³⁰

„[...] ich finde es wichtig, dass alle Kommunen verpflichtet werden, die Aufgaben im Klimaschutz und Klimaanpassungsrichtung durchzuführen, wahrzunehmen, entsprechend personell ausgestattet werden vom Bund oder den Ländern, wie auch immer das geregelt wird, egal, und dass es eine Selbstverständlichkeit ist und dieser Mainstreaming das auch entsprechend die fachlichen Gesetze oder Fachplanungen, auch das vorschreiben. Das ist auf jeden Fall ein sinnvoller Ansatz, also im Sinne der Gleichwertigkeit, dass alle gleich verpflichtet werden, aber auch in die Lage versetzt werden diese Pflicht zu erfüllen.“⁶³¹

Ähnliches gilt für IT-Strukturen⁶³², Mobilität und Gesundheit⁶³³. Das Thema der Kommunikation und Wissensweitergabe zwischen Bund und Regionen spielt in allen FG eine Rolle. Gemeint ist damit, nicht nur die direkt interagierenden Partnerinnen und Partner, beispielsweise Projektträger und Kommune oder Kommune und Land an einen Tisch zu bringen, sondern sich „vertikal“ durch alle Ebenen auszutauschen⁶³⁴. Es wird angemahnt, dass eine

⁶²⁴ A01, Pos. 140; A03, Pos. 136

⁶²⁵ C06, Pos.132; C07, Pos.134; E04, Pos. 154, 156

⁶²⁶ A03, Pos. 183; D07, Pos. 58; C04, Pos. 130

⁶²⁷ E05, Pos. 224

⁶²⁸ z.B. B04, Pos. 171, 173, 175; C04, Pos. 196; F03, Pos. 52; G01, Pos. 116

⁶²⁹ D01, Pos. 84, 86; D03, Pos. 56, 255; D04, Pos. 130; D06, Pos. 93

⁶³⁰ D03, Pos. 56, 255

⁶³¹ D03, Pos. 255, E08, Pos. 222

⁶³² F04, Pos. 240

⁶³³ F03, Pos. 14; G02, Pos. 168

⁶³⁴ A03, Pos. 175; G04, Pos. 192

Rückmeldung von geförderten Projekten an den Bund nicht Teil der Förderkommunikation ist oder sogar manchmal gar nicht gewünscht wird.⁶³⁵

„Was mich so ein bisschen aber in diesen ganzen Bundesförderungen stört, ist, dass es nur in eine Richtung geht, also dass vor allem Kommunen gefördert werden und dort Projekte umgesetzt werden, aber für mich gibt es keinen Rückfluss dieses Wissens, was in solchen Projekten oder in solchen Förderungen generiert werden wieder an die Bundesebene. Also das sei es über Forschungsprojekte, sei es über ganz normale kommunale Projekte, das dort ja wahnsinnig viel Wissen aggregiert wird, aber das dann selten dann wirklich so hochfließt, beispielsweise in legislative Prozesse.“⁶³⁶

„[...] müssen wir die Welten öffnen. Das jede Ebene ich meine, dass es bei der Landesebene stellenweise schon so, dass die Landesebene mit der Kommunalebene redet, dass der Bund mit Ländern, dass der Bund mit Kommunen redet. Nur dann kriegen wir ein Feedback und nur dann kriegen wir was verändert. Zur Zeit ist es einfach so, man kennt eventuell irgendjemand im Ministerium und dann über diese persönliche Schiene gewisse Veränderungen herbeiführen.“⁶³⁷

Allgemein wird – insbesondere in den begleitenden Gesprächen vor und nach den FG – als positiv angesprochen, dass der Bund sich durch dieses Format über die tatsächliche Situation in den Regionen informiert. Innerhalb der FG wird daraus der Vorschlag entwickelt, auch auf Bundesebene regionale Ansprechpartnerinnen und -partner zu etablieren, die über die konkrete Situation vor Ort Bescheid wissen.⁶³⁸

„Also ich hab mir gerade nochmal Gedanken gemacht zu der Frage, was könnte denn der Bund tun? Also eine Sache finde ich ganz toll, dass er sowas wie diese Veranstaltung macht, ja dass er sich rückmelden lässt: ‚Wie sieht es denn bei euch aus?‘, weil teilweise die Probleme tatsächlich so verschiedenartig liegen und ich würde mir jetzt beispielsweise, ich könnte mir so vorstellen, wenn wir beispielsweise einen Ansprechpartner hätten, einen Bundes-Ansprechpartner für die Region Schwarzwald oder für bestimmte Themen, ja, dass ich so ein bisschen das Gefühl bekomme, ja, da ist noch jemand, der auch ein Auge mit drauf hat und der ist vor Ort, also der versteht mich hier und meine Probleme.“⁶³⁹

Als eine mögliche Form der Rückmeldung erscheint ein Format wie die durchgeführten FG sinnvoll.⁶⁴⁰ Zudem befördert es die fachübergreifende Vernetzung – auch die regionalen Akteure sind sich hier zum Teil zum ersten Mal persönlich begegnet – und sofort in einen kreativen Austausch eingestiegen.

⁶³⁵ A03, Pos. 175, 177, 179

⁶³⁶ D04, Pos. 181

⁶³⁷ A04, Pos. 172

⁶³⁸ D05, Pos. 235

⁶³⁹ D05, Pos. 228

⁶⁴⁰ D05, Pos. 228

5. Menschen und Regionen

Im Zentrum der FG standen die Erfahrungen, die Menschen in den betrachteten Regionen mit der Politik zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse machen. Die Menschen in den Regionen können über ihr Handeln auf die Herstellung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse einwirken und sind in der Ausgestaltung ihrer Lebensverhältnisse von den Rahmenbedingungen in der Region abhängig. Anders als in Kapitel 3, in dem auf die einzelnen ausgewählten Fallbeispiele eingegangen wird, wird in Kapitel 5 das Handeln der Menschen Themen und Regionen übergreifend analysiert.

Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse wird zu einem guten Teil durch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Regionen bestimmt. Das spiegelt sich auch in der Politik zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse des Bundes, die in weiten Teilen auf die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur abzielt (z.B. GRW) wider. Das Kapitel 5.1 behandelt daher Menschen in der Erwerbstätigkeit. Der Fokus liegt dabei auf der Sicherung und Akquise von Fachkräften bzw. dem Erhalt und der Schaffung von Wissen und Kompetenzen in den Regionen. Die „wirtschaftlich nutzbaren Fähigkeiten, Kenntnisse und Verhaltensweisen der Erwerbsbevölkerung in einer Volkswirtschaft“ werden als Humankapital bezeichnet⁶⁴¹.

Neben dem Humankapital, spielt aber auch das soziale Kapital eine wichtige Rolle für die Lebensverhältnisse in den Regionen. Der Begriff bezieht sich auf die sozialen Beziehungen, Netzwerke und Verbindungen zwischen Menschen in einer Gemeinschaft oder Gesellschaft. Es umfasst Vertrauen, Kooperation, gemeinsame Normen und soziale Unterstützung.⁶⁴² Soziales Kapital kann dazu beitragen, soziale Probleme zu lösen, wirtschaftliche Aktivitäten zu fördern und die Lebensqualität der Menschen zu verbessern. Insgesamt sind sowohl Humankapital als auch soziales Kapital wichtige Ressourcen für die Entwicklung und das Wohlergehen von Gemeinschaften und Regionen.

Im Kapitel 5.2. wird daher der Beitrag des sozialen Kapitals für die Regionalentwicklung analysiert. Hierbei stehen Menschen im Fokus, die über Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement aktiv auf die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse einwirken. Zivilgesellschaftliches Engagement gilt als wichtiges Phänomen, in dem die strukturelle und verhaltensbezogene Dimension sozialen Kapitals fassbar werden (Partizipation an zivilgesellschaftlichen Netzwerken).⁶⁴³ Ein weiteres Unterkapitel widmet sich dem Zusammenhang von Begegnungsräumen und sozialem Kapital.

5.1. Menschen in der Erwerbstätigkeit

Die demographische Alterung Deutschlands führt zu einem sinkenden Arbeitskräftepotenzial.⁶⁴⁴ Ohne Zuwanderung und bei unveränderter Erwerbsquote würde das Erwerbspersonenpotenzial bis 2035 um 7,18 Millionen und bis 2060 sogar um 16,11 Millionen sinken.⁶⁴⁵ Im Jahr 2020 bekundeten mehr als die Hälfte der Unternehmen, derzeit Fachkräfteengpässe zu haben (55 %) und/oder im nächsten Jahr Fachkräfteengpässe in ihrem Unternehmen zu erwarten (54 %).⁶⁴⁶ Auch wenn sich der zunehmende Fachkräftemangel

⁶⁴¹ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), 2016

⁶⁴² Vgl. Braun, 2002; v. d. Knesebeck, 2020

⁶⁴³ v. d. Knesebeck, 2020

⁶⁴⁴ IAB, 2021; siehe auch Kapitel 3.4

⁶⁴⁵ IAB, 2021, S. 3

⁶⁴⁶ Mayer & Clemens, 2021, S. 10-12

beinahe in ganz Deutschland beobachten lässt, sehen sich strukturschwache und stärker vom demographischen Wandel betroffene Regionen hier größeren Herausforderungen ausgesetzt.⁶⁴⁷ Ihre Entwicklungschancen sind stärker gefährdet, auch weil sie mit attraktiven urbanen Zentren konkurrieren.⁶⁴⁸ Der Fachkräftemangel drückt sich nicht nur regional, sondern auch in den verschiedenen Branchen in höchst unterschiedlichem Maße aus: Engpässe zeigen sich besonders in einigen technischen Berufen sowie im Gesundheits- und Pflegebereich.⁶⁴⁹

Fachkräfte sind ein entscheidender Motor für wirtschaftliches Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Der Prozess der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung von Regionen wird getragen durch Menschen mit ihren Qualifikationen und Fähigkeiten. Regionen oder Länder mit einem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften können Schwierigkeiten haben, wirtschaftlichen Fortschritt zu erzielen oder den aktuellen Status quo zu halten. Fachkräfte sind aber auch für den Erhalt und die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse jenseits ökonomischer Dimensionen von Bedeutung: Fehlen bspw. Pflegefachkräfte, kann die gleichwertige Versorgung der Bevölkerungsteile mit Pflegebedarf nicht sichergestellt werden. Zur Sicherung von Fachkräften im demographischen Wandel ist aus aktueller Sicht der Politik gleichwertiger Lebensverhältnisse u.a. die Steigerung der Attraktivität von Standorten als Lebensmittelpunkt, u.a. durch ein familiengerechtes Umfeld, von großer Bedeutung.⁶⁵⁰

Ausdruck von Fachkräftemangel in den unterschiedlichen Themenbereichen der Fokusgruppen

Die Problematik des Fachkräftemangels wurde in allen FG thematisiert. In welcher Form wird in Folge dargestellt. In der FG „Digitale Teilhabe“ wurde auf die angemessene Aus- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern eingegangen. Zum einen, da viele Lehrkräfte selbst nach wie vor über zu wenig digitale Bildung verfügen, aber auch da sie die idealen Multiplikatoren für die Weitergabe von Wissen und Fähigkeiten in diesem Themenfeld sind.⁶⁵¹ In der FG „Klima und Umwelt“ fehlt es, beide Themen umfassend, im öffentlichen sowie privaten Sektor als auch in zivilgesellschaftliche Organisationen an Fachpersonal. Da der Klimaschutz keine kommunale Pflichtaufgabe ist, werden die dortigen ohnehin oft begrenzten personellen Ressourcen häufig nicht in diesem Themenbereich eingesetzt.⁶⁵² In einigen Kommunen wird das Klimaschutzmanagement während eines begrenzten Zeitraums über Projektförderungen angestoßen bzw. abgedeckt.⁶⁵³ Es mangelt aber nicht nur am nötigen Fachpersonal zur Umsetzung von Klima- und Umweltschutz, sondern auch an Personen, die in ihren Regionen Akteure, die Förderungen erhalten, längerfristig beraten und begleiten können.⁶⁵⁴ Laut der Ergebnisse aus der FG „Mobilität und ÖPNV“ verfügt das Personal in den Kommunen selten über die Kapazitäten, um sich tiefgehend mit Mobilitätsfragen oder Förderungen zu befassen⁶⁵⁵, obwohl es sich hier – im Gegensatz zum Klima- und Umweltschutz – um eine kommunale Pflichtaufgabe handelt. Werden Mobilitätskonzepte, z.B.

⁶⁴⁷ Sauer & Wollmershäuser, 2021, S. 4

⁶⁴⁸ BMI, BMEL, BMFSFJ, 2019, S. 14

⁶⁴⁹ Mayer, 2021, S. 3-4

⁶⁵⁰ BMI, BMEL, BMFSFJ, 2019, S. 40

⁶⁵¹ A07, Pos. 94, 192

⁶⁵² D01, Pos. 119

⁶⁵³ D06, Pos. 139

⁶⁵⁴ D05, Pos. 141

⁶⁵⁵ G05, Pos. 85, 136

aufgrund der Bewilligung von Fördermitteln und/oder erfolgreicher Kooperation entwickelt, muss es aber auch entsprechendes Fachpersonal für die Planung und Umsetzung von Vorhaben geben. Mangelnde personelle Kapazitäten in Planungsbüros und Baufirmen können wiederum dazu führen, dass trotz umfangreichen Fördermitteln geplante Gestaltungskonzepte nicht umgesetzt werden und Förderzusagen in Folge dessen auslaufen.⁶⁵⁶

Der Personalmangel in Kultureinrichtungen (FG „Nahversorgung und kulturelle Teilhabe“) ist vor allem auf begrenzten finanziellen Ressourcen zurückzuführen. Vorhandenes Personal verwendet häufig viel Arbeit auf die Verwaltung von Fördermitteln, so dass sich die Zeit für praktische Kulturarbeit weiter reduziert.⁶⁵⁷ Letzteres trifft auch auf Akteure aus dem Bereich Gesundheit und Pflege zu.⁶⁵⁸ Der bestehende Personalmangel spitzt sich durch die Überalterung weiter zu: es gibt wenig Nachwuchskräfte, gleichzeitig nimmt die Nachfrage nach Gesundheits- und Pflegedienstleistungen aber weiter zu.⁶⁵⁹ Aufgrund mangelnder attraktiver Rahmenbedingungen kann das Personal zudem oft nicht langfristig gehalten werden.⁶⁶⁰ Der letzte Aspekt trifft auch auf Fachpersonal im Bereich „Ehrenamt, Engagement und gesellschaftlicher Zusammenhalt zu“: Stellen in diesen Bereichen sind oft nur mit zeitlich begrenzten Arbeitsverträgen, wie auch geringen Entgelten ausgestattet (siehe dazu auch Kapitel 5.2 zum Ehrenamt). In der FG „Strukturwandel und -stärkung“ wurde vor allem der Fachkräftebedarf in Industriezweigen thematisiert, die sich aus dem Innovationsbedarf im Rahmen der Transformation der Region ergeben. Es fehlt an ausgebildeten Fachkräften wie auch neuen Auszubildenden.⁶⁶¹ Gleiches trifft auf den Regierungsbezirk Schwaben (FG „Fachkräfte und Integration“) zu. Der Bedarf an Fachkräften und Auszubildenden erstreckt sich über verschiedene Branchen, vor allem aber auch auf den sozialen Bereich und Handwerksbetriebe.⁶⁶² Laut den Teilnehmenden der FG gibt es seitens vieler Unternehmen Offenheit für die Beschäftigung ausländischer Fachkräfte oder für die Ausbildung von Menschen mit Migrations- oder Fluchthintergrund, sowie auch die Nachfrage seitens dieser Personengruppen nach Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten in der Region.⁶⁶³ Dieses Potenzial wird aktuell aber noch zu wenig genutzt (siehe auch Kapitel 3.4).

Dem Fachkräftemangel kann auf unterschiedlichem Wege begegnet werden: Zum einen können bereits ausgebildete Fachkräfte angeworben werden. Das kann sowohl über qualifizierte Zuwanderung geschehen⁶⁶⁴ als auch über die Aktivierung heimischer Fachkräfte. Das ungenutzte Reservoir an inländischen Fachkräften umfasst u.a. Teilzeitarbeitende, Erwerbslose, Menschen mit Migrationserfahrungen oder Behinderungen⁶⁶⁵ sowie Rentnerinnen und Rentner.⁶⁶⁶ Auf Herausforderung in diesem Zusammenhang wird im Kapitel „Wege zur Fachkräftegewinnung: Entwicklung von Humankapital“ (S. 90) eingegangen. Zum anderen können in den in den FG thematisierten Bereichen (u.a. Gesundheit, Mobilität, Umwelt/Klima, Kultur, Nahversorgung, Industrie) benötigte Kompetenzen über die Entwicklung

⁶⁵⁶ G03, 148; G04, 153

⁶⁵⁷ E05, Pos. 144

⁶⁵⁸ F05, Pos. 177

⁶⁵⁹ F05, Pos. 73, 115

⁶⁶⁰ F03, Pos. 143

⁶⁶¹ H07, Pos. 84, 86

⁶⁶² B01, 38; B04, Pos. 30, 34

⁶⁶³ B01; Pos. 38, 181; B04, Pos. 30

⁶⁶⁴ Siehe bspw. Burstedde et al., 2021; Bundesregierung, 2021, S. 19, 102-103

⁶⁶⁵ Über 50 % der als arbeitslos gemeldeten Menschen mit Schwerbehinderung haben einen Berufs- oder Hochschulabschluss (BA, 2023, S. 40).

⁶⁶⁶ Siehe bspw. BA, 2023

neuen Humankapitals ausgebaut werden. Das kann über die Schaffung passender Ausbildungs- und Weiterbildungsoptionen gelingen (siehe Kapitel „Auf- und Ausbau passender Ausbildungsmöglichkeiten zur gezielten Befähigung spezifischer Zielgruppen“, S. 91). Bzgl. der in den FG zur Debatte stehenden Fähigkeiten und Wissensformen muss folgender Umstand beachtet werden: Für die Ausübung bestimmter Tätigkeiten bedarf es des Nachweises von Zertifikaten, wie bspw. in der Krankenpflege. Andere Kompetenzen, wie etwa im Bereich Digitalisierung, spielen für die Weiterentwicklung von Berufen und Sektoren zwar eine wichtige Rolle, ein Nachweis über diese Fähigkeiten ist aber (noch) nicht obligatorisch. In Zeiten des Fachkräftemangels ist der Anreiz für die Aneignung von Fähigkeiten, die nicht zwingend nachgewiesen werden müssen, reduziert:

„Da wir momentan Lehrerinnenmangel haben, braucht man das [ein Zertifikat, über das digitalisierungsbezogene Kompetenzen nachgewiesen werden können] nicht mehr heutzutage unbedingt, sondern dann wäre es sozusagen die Frage eines persönlichen Profils“⁶⁶⁷.

Am Ende des gesamten Kapitels („Ungleicher Aufbau und Erhalt von Wissen und Kompetenzen“) wird abschließend auf Aspekte der ungleichen regionalen Verteilung von Humankapital eingegangen.

Wege zur Fachkräftegewinnung: Entwicklung von Humankapital⁶⁶⁸

Die Ausgangssituation für die Schaffung von Wissen und die Gewinnung von Fachkräften hängen stark von der Branche und den in der jeweiligen Region vorherrschenden Rahmenbedingungen ab. Trotz der unterschiedlichen Arbeitskontexte der Teilnehmenden der FG, bergen einige der von ihnen genutzten Maßnahmen und Ideen zur Entwicklung von Humankapital Potenzial für andere Themenbereiche gleichwertiger Lebensverhältnisse. Diese Lösungsansätze werden in diesem Unterkapitel beschrieben. Zunächst wird auf die Ausbildung von Kompetenzen im sprachlichen und interkulturellen Bereich eingegangen, da diese über mehrere FG hinweg thematisiert wurden. Mögliche Lösungswege für den Aufbau von Wissensbeständen und Kompetenzen über Aus- und Weiterbildung werden anhand von Ergebnissen aus den FG „Digitale Teilhabe“ und „Klima und Umwelt“ aufgezeigt.

Sprachkenntnisse und interkulturelle Kompetenzen ausbauen

Über die Themen mehrerer FG hinweg, wiesen die Teilnehmenden auf den Bedarf von Fachkräften mit diversen Sprachkenntnissen und/oder interkulturelle Kompetenzen hin⁶⁶⁹: Für die Integration ausländischer Fachkräfte ist die Vermittlung von Sprachkenntnissen eine grundlegende Voraussetzung. Gleiches gilt für die Aus- oder Weiterbildung und Beratung von Personen mit nicht ausreichendem Deutschkenntnissen (angehende Fachkräfte). In der FG „Gesundheit und Pflege“ wurde zudem auch aufgezeigt, wie wichtig Fremdsprachenkenntnisse und interkulturelle Kompetenzen im Bereich Gesundheit sind. Aufgrund der Nähe zur polnischen Grenze benötigen medizinische Fachkräfte bei Notfalleinsätzen häufig Fremdsprachenkenntnisse zur angemessenen Versorgung von Patientinnen und Patienten. Gleichmaßen hat das Personal aus dem Gesundheitsbereich

⁶⁶⁷ A07, Pos. 54

⁶⁶⁸ Unter Humankapital wird in diesem Text das Leistungspotenzial von Arbeitskräften verstanden. Es umfasst an die Personen gebundenes Wissen und Fähigkeiten. Für die Entwicklung von Humankapital werden Ressourcen eingesetzt (Training, Ausbildung etc.). Humankapital in Form von Fachkräften stellt im Wettbewerb zwischen Regionen einen zentralen Standort- und Produktionsfaktor dar (Dankwart & David, 2011, S. 6-7).

⁶⁶⁹ B01, 38, 40; B03, 191; B05, 87; C03, 76; C05, 117; F02, Pos. 318,

aufgrund des Fachkräftemangel in diesem Sektor wenig Zeit für die zeitintensive Sprachkurse. Aus diesem Grund kooperieren Bildungseinrichtungen und Rettungsdienste aus der Region, um die Durchführung von Sprach- und Simulationstrainings in deutsch-polnischen Tandems zu ermöglichen. Innerhalb dieser müssen die medizinischen Fachkräfte gemeinsam eine Einsatzsituation abwickeln und erhalten ein Zertifikat für das durchgeführte Training.⁶⁷⁰ Dieser Lösungsansatz für die Kommunikation mit fremdsprachigen Patientinnen und Patienten könnte auch auf andere Versorgungsbereiche angepasst oder ausgeweitet werden.⁶⁷¹ Eine Verstetigung dieser Form des Erlernens von Kommunikationsskills findet bereits über die Integration des Trainings in einzelne Ausbildungsgänge medizinischer Fachkräfte auf deutscher und polnischer Seite statt.⁶⁷²

Auf- und Ausbau passender Ausbildungsmöglichkeiten zur gezielten Befähigung spezifischer Zielgruppen

Digitalisierungsbezogene Kompetenzen stellen in vielen Berufsfeldern eine immer stärker nachgefragte Kompetenz von Fachkräften dar, sind darüber hinaus aber auch für die allgemeine gleichwertige gesellschaftliche Teilhabe – jenseits der Arbeitswelt relevant. Der Schlüssel für die Gewinnung von Lernwilligen liegt für die Teilnehmenden der FG „Digitale Teilhabe“ im Angebot attraktiver Aus- und Weiterbildungsoptionen, die auf die Rahmenbedingungen und Bedürfnisse der jeweiligen Zielgruppe zugeschnitten sind, wie im Folgenden dargestellt wird. Bei der Entwicklung von Ausbildungs- und/oder Weiterbildungsmöglichkeiten zu digitalen Kompetenzen mussten zunächst Debatten geführt werden, welche Kompetenzen der Zielgruppe genau vermittelt werden sollen. Als Beispiel dient hier die Ausbildung von Lehrkräften. Digitalisierungsbezogene Kompetenzen benötigt diese Zielgruppe sowohl, um ihren Beruf umfassend ausüben zu können, aber auch weil sie selbst wichtige Wissensmultiplikatoren sind. In diesem Zusammenhang geht der Bedarf an digitalisierungsbezogenen Fähigkeiten weit über Bedienkompetenzen von Medien hinaus. So kommt dem kompetenten Umgang mit Medien, wie bspw. die Fähigkeit zu Bewertung von Inhalten, ebenfalls eine wichtige Rolle zu⁶⁷³. Hierzu zählt auch die Aneignung eines angemessenen Umgangs mit Desinformation.⁶⁷⁴ Bei der Entwicklung der Bildungsangebote kommt außerdem erschwerend hinzu, dass aufgrund der rasanten technologischen Veränderungen aktuelle Entwicklungen besonders schnell Eingang in die zu vermittelnde Ausbildungsinhalte finden müssen⁶⁷⁵. Jenseits der eben skizzierten, an den Bedarfen der Zielgruppe orientierten Ausgestaltung von Bildungsangeboten, müssen auch die Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit die jeweilige Zielgruppe von Aus- und Weiterbildungsangeboten, diese Angebote auch wahrnehmen kann und möchte. Im gewählten Beispiel müssen digitalisierungsbezogene Fortbildungen entweder zukünftig verpflichtender Teil von Ausbildung und/oder Studium im Bildungsbereich sein⁶⁷⁶ oder attraktiv(er) gestaltet werden⁶⁷⁷. Um die Nachfrage nach optionalen Bildungsformaten zu steigern, sollten diese zur

⁶⁷⁰ F02, Pos. 18, 20. Für weitere Informationen zum beschriebenen Projekt, siehe <https://www.gekom-projekt.com/nachhaltigkeit-1-1>

⁶⁷¹ F02, Pos. 318

⁶⁷² F02, Pos. 22

⁶⁷³ A07, Pos. 58

⁶⁷⁴ Bezüglich des Bedarfs eines umfassenden Verständnisses von Desinformation siehe bspw. die Förderung verschiedener Forschungsvorhaben durch die Bundesregierung zum Thema IT-Sicherheit (BMBF, 2024). Zur Entwicklung digitalisierungsbezogener Kompetenzen bei Lehramtsstudierenden siehe u.a. Johnson et al., 2023.

⁶⁷⁵ A07, Pos. 94

⁶⁷⁶ A07, Pos. 52

⁶⁷⁷ A07, Pos. 54

Erreichung unterschiedlicher Zielgruppen individuell zusammenstellbar sein.⁶⁷⁸ Unabhängig davon, in welcher Form die entsprechende Nachfrage an Aus- oder Weiterbildungen generiert wird, muss zunächst aber ein ausreichendes Angebot an den entsprechenden Formaten geschaffen werden.⁶⁷⁹

Aufgrund der Komplexität, weitreichenden Auswirkungen und der rasanten Weiterentwicklung im Themenbereich Digitalisierung wird der angemessene Auf- und Ausbau von digitalisierungsbezogenen Wissensbeständen und Kompetenzen an Schülerinnen und Schüler vermutlich aber kaum allein über Lehrkräfte im Regelschulbetrieb stemmbar sein. Aufgrund der Breite der Thematik der Digitalisierung und der unterschiedlichen Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzern digitaler Tools und Wissensbestände, werden aus Sicht eines Teilnehmenden der FG Bildungslandschaften benötigt:

„[...] Es gibt nicht das eine Angebot, das alle Bedürfnisse erfüllt und befriedigt. Wir haben berufliche Bildung, wir haben eine allgemeine Bildung, wir haben eine Vielfalt der Angebotsformen, wir haben eine Vielfalt der Lerntypen. Bildungslandschaften ermöglichen unterschiedliche Zugänge auf unterschiedlichen Niveaus, mit unterschiedlicher Intensität in unterschiedlichen Kontexten. Und nur so kann man die Sache gemeinsam voranbringen.“⁶⁸⁰

Der Schaffung eines Aus- und Weiterbildungsangebots, das sich an den Bedarfen der unterschiedlichen Zielgruppen orientiert, die potenzielle Fachkräfte sind, wurde auch in den FG, die sich mit Pflege- und Gesundheitsberufen beschäftigten, große Bedeutung zugeschrieben. Möglichkeiten des Quereinstiegs und berufsbegleitende Weiterqualifizierungen sind für die Ansprache einiger Zielgruppen besonders attraktiv und können oft eine berufliche Integration in kurzer Zeit ermöglichen.⁶⁸¹ Diese schnelle Entwicklung von Humankapital ist besonders in neuen Tätigkeitsfeldern, wie bspw. der Energieberatung (FG „Klima und Umwelt“), gefragt. Im Mitteldeutschen Revier (FG „Strukturwandel und Strukturstärkung“) wird gerade im Reservoir an Geringqualifizierten und in jungen Personen ohne Schulabschluss ein großes Potenzial gesehen.⁶⁸²

Über Kooperationen Fortbildungsmöglichkeiten entwickeln

Im vorherigen Beispiel wurde die Gewinnung von Fachkräften mit digitalisierungsbezogenen Kompetenzen über die Entwicklung von an die jeweilige Zielgruppe zugeschnittenen Ausbildungsangeboten forciert. Im folgenden Beispiel geht es darum, wie es überhaupt gelingen kann, Fachkräfte auszubilden, wenn es weder ein entsprechendes Angebot gibt, anhand dessen dringend benötigte Wissensbestände und Kompetenzen vermittelt werden können, noch ein ausreichendes Reservoir an potenziellen Arbeitskräften bzw. Interessenten gibt, die ein mögliches Angebot nachfragen. Dazu werden Ergebnisse aus der FG „Klima und Umwelt“ herangezogen. Wie im Fall der digitalisierungsbezogenen Kompetenzen, werden Wissen und Kompetenzen zum Themenfeld Klima und Umwelt über unterschiedliche Berufsfelder und Lebenskontexte hinweg - wie bspw. in Bauindustrie, Landwirtschaft, Verkehrsplanung – benötigt.⁶⁸³ Eine Vielzahl unterschiedlicher Akteure wirkt auf Klima- und

⁶⁷⁸ A04, Pos. 23; A06, 168; A07, Pos. 54

⁶⁷⁹ A07, Pos. 52

⁶⁸⁰ A06, Pos. 168

⁶⁸¹ B09, Pos. 16, 219; F06, Pos. 154

⁶⁸² H03, Pos. 135

⁶⁸³ D04, Pos. 130

Umweltfragen ein. Erschwerend kommt hinzu, dass sich diese Akteure nicht nur auf regionaler, sondern eben auch auf globaler Ebene befinden. Das bedeutet, dass für die Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen, bspw. in Fragen des Klimaschutzes, Kompetenzen auf regionaler bzw. kommunaler Ebene aufgebaut werden müssen, es aber gleichermaßen auch auf globaler Ebene der Umsetzung von Schutzmaßnahmen bedarf. Die Teilnehmenden der FG „Klima und Umwelt“ wiesen wiederholt auf diesen Umstand hin⁶⁸⁴, auch wenn es aufgrund des Rahmens des FG-Gespräch vor allem um Prozesse *in der Region* ging. Von zentraler Bedeutung spielte hier neben Maßnahmen zum Aufbau neuer Wissensbestände auch Fragen der Replikation oder Diffusion von Wissen und Kompetenzen, wie im Folgenden verdeutlicht wird. Dort, wo in der öffentlichen Verwaltung von Kommunen oder in zivilgesellschaftlichen Organisationen, Aufgaben zum Bereich Klima und Umwelt angegangen werden sollen, fehlt es häufig an entsprechendem Wissen und Kompetenzen sowie ausreichenden zeitlichen Kapazitäten.⁶⁸⁵ Zur Bewältigung der damit verbunden Herausforderungen, empfehlen die Teilnehmenden der FG Kooperationen zwischen lokalen Akteuren⁶⁸⁶ bei der Ausbildung von entsprechendem Fachpersonal. Relevante Akteure sind bspw. die Industrie- und Handelskammern (IHK) oder die Kreishandwerkerschaft.⁶⁸⁷ Auch Landkreise setzen gemeinsam mit Fachakteuren, wie Energieagenturen oder Verbraucherzentralen, Initiativen zu erneuerbaren Energien um.⁶⁸⁸ Die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften für die Region wird im von der FG thematisierten Bereich (u.a. Klimaschutz(-management), Ausbau alternativer Energien etc.) insbesondere über die Kooperation unterschiedlicher Akteure ermöglicht.

Auch Vereine übernehmen im Zusammenwirken mit den Kommunen und Landkreisen wichtige Arbeit bei der Beratung im Bereich Klima- und Umwelt als auch bei der Entwicklung von Weiterbildungsangeboten: Sie informieren auf lokaler Ebene z.B. zu Nahwärmeprojekten oder Balkonkraftwerken, sind jedoch ehrenamtlich tätig und können den hohen Wissensbedarf vor Ort oft nicht ausreichend decken.⁶⁸⁹ Um die Kompetenzen im Bereich Klimaschutz auszubilden, bietet ein Verein, im Rahmen eines Weiterbildungsnetzwerks zusammen mit Bildungsakteuren Klimaschutzmanagerinnen und -manager aus.⁶⁹⁰

Über das Beispiel der FG „Klima und Umwelt“ hinaus, zeigen auch die vorangestellten Beispiele aus der FG „Gesundheit und Pflege“ (Ausbildung von Kommunikationskompetenzen an der dt.-poln. Grenzen), sowie der branchenübergreifende Bedarf an digitalisierungsbezogenen Fähigkeiten, die Notwendigkeit von Kooperationen zur Entwicklung eines passenden Angebots von Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten auf. In Regionen, die in größerem Umfang vom Strukturwandel betroffen sind, bedarf es besonders intensiver Kooperationen zwischen Arbeitgebern und Bildungseinrichtungen: Um den Fachkräftebedarf in neuen oder innovativen Berufsfeldern decken zu können, bedarf es der gemeinschaftlichen

⁶⁸⁴ D01, Pos. 128; D02, Pos. 95, 237; D07, Pos. 97

⁶⁸⁵ D01, Pos. 119; D03, 56; D06, 139

⁶⁸⁶ D01, Pos. 119; D03, Pos. 56

⁶⁸⁷ D01, Pos. 119

⁶⁸⁸ D01, Pos. 13

⁶⁸⁹ D03, Pos. 56; D07, Pos. 58. Für weiteren Herausforderungen bzgl. des Engagements von ehrenamtlich tätigen Personen bei der Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen siehe auch Kapitel 5.2

⁶⁹⁰ D03, Pos. 56. Für weitere Informationen siehe Informationen zum Fortbildungsnetzwerk „Klimawandel und Klimaanpassung“: <https://www.fortbildung-klimawandel.de/home/>

Entwicklung neuer Ausbildungsgänge und Weiterbildungsmöglichkeiten⁶⁹¹, sowie eines daran angepassten Angebots der Berufsorientierung⁶⁹².

Herausforderungen für die Nutzung von Humankapital in den Regionen

In den vorangestellten Abschnitten wurden Lösungswege für die Entwicklung von Humankapital aufgezeigt. In vielen Regionen und Branchen fehlt es jedoch zahlenmäßig an (potenziellen) Arbeitskräften, die aus- oder weitergebildet werden können. In anderen Fällen sind unattraktive Rahmenbedingungen für die Beschäftigung der Grund, weshalb Personal nicht angeworben oder langfristig gehalten werden kann (siehe oben, Abschnitt zum Ausdruck von Fachkräftemangel). Auf beide Herausforderungen wird in diesem Unterkapitel eingegangen.

Arbeitsmarktintegration (angehender)⁶⁹³ ausländischer Fachkräfte

Wird als Lösungsansatz zur Reduktion des Fachkräftemangels die Akquise von (angehenden) Fachkräften aus dem Ausland verfolgt, konzentrieren sich Herausforderungen für die effektive Arbeitsmarktintegration vor allem auf die zügige Erteilung von Arbeitserlaubnissen bzw. schnelle Bearbeitung von Anerkennungsverfahren sowie die Vermittlung von Sprachkenntnissen.⁶⁹⁴ Die langwierige Bearbeitung von behördlichen Verfahren führen die Teilnehmenden auf den Personalmangel im öffentlichen Dienst⁶⁹⁵, mangelnde Effektivität bei der Bearbeitung von Verfahren⁶⁹⁶ oder eine hinderliche Haltung von Bediensteten zurück⁶⁹⁷. Zur Veranschaulichung des zuletzt genannten Aspekts einige Aussagen aus der FG:

„Und wenn man ein Abwertungsprozess durchläuft, die eigene Qualifikation ist hier nichts wert. Und der ganze Anerkennungsprozess ist auf Defizite fokussiert und nicht auf das, was man vielleicht anders gemacht hat als hier, was aber auch gut und wertvoll ist. Nur auf Defizite orientiert. Und dann das alles auch noch mit den ganzen Behörden-Dings-Mischmasch, wenn man sich jetzt alles einfach mal vorstellt, was für eine schöne Suppe das ist, die man da auslöffelt über Jahre hinweg, dann wundert es mich nicht, wenn Leute dann sagen: ‚Äh, sorry, da gehe ich lieber.‘“⁶⁹⁸

„[...] wir brauchen auch eine Menge Leute, die nur anlernwillig sind. Ich brauche jemanden, der einen Stapler fährt, jemanden, der einen Ofen bedient, also Maschinen- oder Anlagenbedienung oder so, also relativ übersichtliche Ausbildungsgänge. [...] Ich

⁶⁹¹ H02, Pos. 87, 89, 139, 193; H07, Pos. 86, 148

⁶⁹² H01, Pos. 91

⁶⁹³ In diesem Text wird im Zusammenhang mit der Gruppe ausländischer Fachkräfte häufig auch von angehenden ausländischen Fachkräften gesprochen. Das liegt daran, dass es zum einen in Deutschland lebende Personen aus dem Ausland gibt, die zwar über eine Berufsausbildung o.ä. verfügen, deren Abschlüsse aber nicht anerkannt wurden und die sich deshalb im Prozess der Nachqualifikation befinden. Zum anderen gibt es aber auch in Deutschland lebende Personen, die keine ausgebildeten Fachkräfte sind (bspw. Jugendliche mit Fluchterfahrung), welche jedoch potenzielle Arbeitskräfte sind. Wird der Ausdruck „(angehende) ausländische Fachkräfte“ verwendet, beziehen sich die nachfolgenden Aussagen auf beide Gruppen, ausgebildete ausländische Fachkräfte als auch solche Personen, die dem Reservoir an potenzielle Fachkräfte zuzuordnen sind.

⁶⁹⁴ B02, Pos. 50; B03, Pos 92; B07, 121; B08, Pos. 101; siehe dazu auch das Fallbeispiel „Fachkräfte und Integration“, Kapitel 3.4

⁶⁹⁵ B03; Pos. 97; B07, Pos. 121

⁶⁹⁶ B01, Pos. 208

⁶⁹⁷ B08, Pos. 181, 194

⁶⁹⁸ B08, Pos. 194

*hätte viel mehr Leute, die sich dafür interessiert hätten, zu starten, als jene, die dann auch dürfen.*⁶⁹⁹

*„Wir vergeben uns so viele Chancen, weil die Ausländerbehörde müsste nicht nur, ne, ich sag jetzt mal frech ‚Nein-sage-Behörde‘ sein.“*⁷⁰⁰

*„Wenn ich sehe, wie viel Zeit die Ehrenamtlichen d[a]rauf [...] verwenden, um [...] vor allem die Behörden, Jobcenter, zu überzeugen, Ausländerbehörde zu überzeugen [...]! Ich würde das nicht machen.“*⁷⁰¹

Vor diesem Hintergrund werden die Schaffung förderlicher gesetzlicher Rahmenbedingungen, wie z.B. das beschleunigte Fachkräfteverfahren oder die Verbesserung von Arbeitsprozessen, die zur beschleunigten Prüfung und Anerkennung ausländischer Abschlüsse führen, von den Teilnehmenden der FG als positive Entwicklung bewertet.⁷⁰²

Für die Teilnehmenden der FG „Fachkräfte und Integration“ liegt der Schlüssel für die Arbeitsmarktintegration (angehender) ausländischer Fachkräfte darüber hinaus aber auch in einer angemessenen Beratung durch die diversen an der Integration beteiligten Akteure. Aktuell erscheint ihnen die Berufs- und Qualifizierungsberatung weder ausreichend noch zielgerichtet.⁷⁰³ Die Beratung könnte aus Sicht der Teilnehmenden durch eine bessere Analyse der individuellen Fälle geschehen, um dann zu den weiteren, für die Arbeitsmarktintegration am dringlichsten zu bewältigenden Schritten, gezielter zu beraten. Das kann in einem Fall die sprachliche Befähigung sein, im nächsten eine Weiterbildung und in einem anderem wiederum ein Anerkennungsverfahren eines Abschlusses.⁷⁰⁴ Das dies zu Erfolgen führt, zeigt das folgende Beispiel:

*„Ich habe eine Afghanin [zum] Migrationsdienst geschickt, die hat, die war halt unglücklicherweise 24 Jahre alt, die haben sie... das Jobcenter hat gesagt, sie soll in den Integrationskurs gehen. Die war aber hochgebildet. Integrationskurse bieten keine Mathematik. Der Jugendmigrationsdienst hat wirklich toll geholfen. Die ist dann in die BIK-Klasse⁷⁰⁵ gekommen, ist dann... hat die Vorprüfung für die FOS⁷⁰⁶-Prüfung gemacht. Die ist inzwischen auf der FOS. Das heißt, sie hat die besten Möglichkeiten, dass sie hier wirklich eine Fachkraft wird. Aber ohne Jugendmigrationsdienst hätte das nie geklappt, weil die hat ja die ganzen Leute angeschrieben, nachgehakt, Formulare ausgefüllt. Das ist ja ein ganzer Wust!“*⁷⁰⁷

Je nach Lebenssituation und Bedürfnissen sollten potenzielle Arbeitskräfte oder Fachkräfte auch Möglichkeiten bekommen, sich auf verschiedenen Niveaus zu qualifizieren, um die Hürden für den Berufseinstieg oder die Aneignung neuer Kompetenzen über die Option der sukzessiven berufsbegleitenden Weiterbildung zu senken.⁷⁰⁸ Das bietet die Chance, gerade

⁶⁹⁹ B02, Pos. 118

⁷⁰⁰ B01, Pos. 111

⁷⁰¹ B03, Pos. 107

⁷⁰² B09, Pos. 18, 102

⁷⁰³ B03, Pos. 92, 129, 149, 193, 211; B05, Pos. 77, 183; B06, Pos. 168; B08, Pos. 122, 194

⁷⁰⁴ B03, Pos. 129; B08, Pos. 194

⁷⁰⁵ Gemeint ist eine Kooperative Berufsintegrationsklasse, abgekürzt BIK.

⁷⁰⁶ Gemeint ist die Fachoberschule, abgekürzt FOS.

⁷⁰⁷ B03, Pos. 149

⁷⁰⁸ B09, Pos. 16. Zu den erwähnten Formaten siehe auch

<https://www.stmas.bayern.de/fachkraefte/kindertageseinrichtungen/fortbildung.php>

Ältere oder Personen mit nicht-anerkanntem Abschluss einen schnellen Berufseinstieg zu ermöglichen. Besonders in Bereichen mit starkem Fachkräftemangel sollte es ein entsprechendes Angebot geben.⁷⁰⁹ Solche Angebote sind nicht nur für angehende ausländische Fachkräfte, sondern auch für potenzielle heimische Fachkräfte attraktiv. Das Interesse und Engagement von Unternehmen an der Integration (ausländischer) Fachkräfte birgt viel Potenzial⁷¹⁰ im Hinblick auf die Entwicklung geeigneter Integrationsformate. Unternehmen sind auch diejenigen, die darauf einwirken können, dass nach der erfolgreichen Anwerbung ausländischer Fachkräfte im Arbeitsumfeld Strukturen geschaffen werden, um den Fachkräften bei Fragen und Problemen zur Seite zu stehen und die Arbeitskraft somit langfristig zu sichern⁷¹¹.

Rahmenbedingungen für das Wirken von Fachkräften verbessern

Die Schaffung attraktiver Rahmenbedingungen für die Tätigkeit als Fachkraft ist ein wichtiger Faktor für deren erfolgreiche Akquise und Sicherung.⁷¹² Der Begriff „Rahmenbedingungen“ umfasste in den FG-Gesprächen sowohl die eigentlichen Arbeitsbedingungen, wie bspw. Schichtdienst, hohe Arbeitsbelastung, befristete Arbeitsverhältnisse, als auch den weiteren Rahmen, wie bspw. die ÖPNV-Anbindung, das Angebot an Betreuungsmöglichkeiten für Kinder von Fachkräften oder die wahrgenommene Lebensqualität (siehe Fallbeispielkapitel als auch die nachfolgenden Abschnitte). Im Folgenden werden einige Aspekte aufgegriffen, die von den Teilnehmenden der FG als Herausforderungen im Hinblick auf Akquise und Sicherung von Fachkräften beschrieben wurden.

Mangelnde Perspektiven: Offene Positionen, die nur zeitweise oder ohne längerfristige Perspektiven zu besetzen sind, sind für Fachkräfte oft unattraktiv. Gerade dort, wo über projektfinanzierte Stellen von Fachkräften besonders viel Expertise zu einem spezifischen Themenfeld aufgebaut wurde, ist der Verlust des Personals besonders schwerwiegend.⁷¹³ Um Abwanderung zu verhindern und Fachwissen in der Region und/oder Organisation zu halten, bedarf es einem Angebot sicherer Arbeitsplätze.⁷¹⁴ Dazu bedarf es wiederum ausreichend finanzieller Ressourcen, die in den Wirkungsbereichen der Teilnehmenden der FG oft nur in begrenztem Maß vorhanden sind.⁷¹⁵

Hohe Arbeitsbelastung: Bei Berufen mit hoher Arbeitsbelastung, sollte über eine zielgerichtetere Personalplanung und den Einsatz digitaler Innovationen, die Ressourcen von Fachkräften geschont werden bzw. bestmöglich eingesetzt werden. Im Bereich von Gesundheit und Pflege kann dies bspw. über die genaue Ermittlung des Unterstützungsbedarfs⁷¹⁶ oder den passenden Einsatz von Telemedizin geschehen⁷¹⁷.

Mangelnde Kommunikation von Standortpotenzialen: Regionen, die attraktive Möglichkeiten bieten, deren Potenziale bei den entsprechenden Zielgruppen aber häufig noch unbekannt sind, haben im Wettstreit um (potenzielle) Fachkräfte das Nachsehen. Das zeigt die Diskussion in der FG „Strukturwandel und Strukturstärkung“ Hier könnte ein

⁷⁰⁹ B09, Pos. 219; F06, Pos. 154

⁷¹⁰ B01, Pos. 38, 181; siehe auch Kapitel 3.4

⁷¹¹ B09, Pos. 103

⁷¹² Siehe z.B. BMVI, 2015, S. 56-57; Röpke et al., 2019; Schultz & Kolb, 2018, S. 520; SMWA, 2019, S. 65

⁷¹³ A07, Pos. 150, 158

⁷¹⁴ A01, Pos. 123; A05, Pos. 116; A07, Pos. 150, 158

⁷¹⁵ U.a. A07, 158; B09, Pos. 189; F02, Pos. 293; F05, Pos. 274

⁷¹⁶ F06, Pos. 75

⁷¹⁷ F04, Pos. 199

umfassenderes und zielgruppenorientiertes Regionalmarketing einen Beitrag zur Anziehung von Fachkräften leisten.⁷¹⁸ Die Identifikation der Bevölkerung des Mitteldeutschen Reviers mit dominanten Wirtschaftsbereichen, wie dem Chemiesektor, kann zur Bekanntmachung der vielfältigen Chancen in der Region beitragen.⁷¹⁹

Fehlende oder beschränkte Transportmöglichkeiten: Gerade in ländlichen Räumen und für Personen ohne eigenen Pkw, stellen fehlende oder begrenzte ÖPNV-Verbindungen einen limitierenden Faktor bei der Auswahl der Ausbildungs- oder Arbeitsstätte dar.⁷²⁰ Auch Unternehmen sind dadurch im Wettbewerb um (angehende) Fachkräfte benachteiligt, gerade wenn im Schichtbetrieb gearbeitet wird.⁷²¹ Eine gute Mobilitätsinfrastruktur trägt aber auch generell zur Attraktivität von Standorten bei.⁷²² Dort, wo es aktuell keine Antworten auf die Frage gibt, wie die Mobilität einzelner Bevölkerungsgruppen gesteigert werden könnte, suchen Ausbildungsinstitutionen nach anderen Lösungen: In der FG „Fachkräfte und Integration“ kam der konkrete Vorschlag, die Mobilitätsanforderungen an Auszubildende in der Pflege herabzusetzen, um auch Personen ohne eigenen Pkw für die Ausbildung gewinnen zu können.⁷²³

Die obige Aufzählung verdeutlicht, dass für die Sicherung von Fachkräften weitaus mehr Faktoren berücksichtigt werden müssen als nur Nachfragende nach Fachkräften und Fachkräfte zusammenzubringen. Es müssen darüber hinaus die spezifischen Bedarfe der Fachkräfte berücksichtigt werden. Im Fall von Personen mit Behinderungen, könnten bspw. Aspekte der Barrierefreiheit eine Rolle spielen, im Fall von Fachkräften mit Kindern, das Vorhandensein von Kindertagesstätten usw. Gerade gut ausgebildetes Personal ist nicht bereit, als unbefriedigend wahrgenommene Arbeitsbedingungen zu akzeptieren.⁷²⁴

Die Notwendigkeit für die Schaffung guter Rahmenbedingungen für Fachkräfte besteht jedoch nicht nur aufgrund des Fachkräftemangels. Im Hinblick auf die Debatte um die gleichwertigen Lebensverhältnisse müssen auch für alle Fachkräfte gleichwertige Voraussetzungen für die Integration in den Arbeitsmarkt geschaffen werden. Kann ein Arbeitsverhältnis nicht aufgenommen werden, da die Kinderbetreuung nicht sichergestellt werden kann, es keine Busverbindung zu Ausbildungsstätte gibt oder die technische Ausstattung für eine Fachkraft mit Höreinschränkungen nicht vorhanden ist, sind die Voraussetzungen für die Arbeitsmarktintegration der Betroffenen ungleich derer anderer Personen. Aus Sicht der Teilnehmenden der FG kann ein Perspektivwechsel helfen, Hindernisse bei der Arbeitsmarktintegration bereits ausgebildeter aber auch angehender Fachkräfte gezielter abzubauen: Anstatt sich auf Fähigkeiten oder fehlende Kenntnisse zu fokussieren sollten vielmehr die vorhandenen Kompetenzen als auch Potenziale gesehen werden, um vor diesem Hintergrund den schnellstmöglichen Weg für die Integration in den Arbeitsmarkt zu finden.⁷²⁵

Ungleicher Aufbau und Erhalt von Wissen und Kompetenzen

Im Rahmen der Diskussion rund um das Thema Fachkräfte, wurde in den FG ein weiterer Aspekt thematisiert, der für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse von Bedeutung

⁷¹⁸ H02, Pos. 100; H08, Pos. 66

⁷¹⁹ H08, Pos. 96.

⁷²⁰ B04, Pos. 30

⁷²¹ B02, Pos. 203; B04, Pos. 171; 198

⁷²² H05, Pos. 65

⁷²³ B04, Pos. 171

⁷²⁴ F04, Pos. 282, 284

⁷²⁵ B07, Pos. 195; B08, Pos. 194; H02, Pos. 139

ist: Die Voraussetzungen für die Entwicklung von Humankapital und Akquise und Sicherung von Fachkräften unterscheiden sich nicht nur zwischen Regionen, sondern auch bereits innerhalb einer Region (ungleiche Verfügbarkeit von Fachkräften bzw. Humankapital).

Benötigtes Wissen und Fähigkeiten werden innerhalb von Regionen in höchst unterschiedlichem Maße aufgebaut. Zur Veranschaulichung folgen Beispiele aus den FG. Da es sich beim Klimaschutz momentan nicht um eine kommunale Pflichtaufgabe handelt, müssen Kommunen für die Einrichtung von Personalstellen in diesem Bereich extra Fördermittel beantragen:

„[...] im Moment ist ja die Logik auch so, dass man extra Fördermittel beantragen muss, um eine Personalstelle für Klimaschutzmanagement einzurichten, und das ist tatsächlich etwas, das zu ungleichen Verhältnissen innerhalb der Kommunen führt.“⁷²⁶

Die Folge des ungleichen Aufbaus von Wissen und Kompetenzen in der Region führt dazu, dass in mancher Gemeinde bereits umfassendere Maßnahmen zum Klimaschutz umgesetzt werden als in anderen. Aufgrund dieser Situation messen die Teilnehmenden der FG der verstärkten Kooperation zwischen (potenziell) am Klimaschutz beteiligten Akteuren eine große Bedeutung zu (siehe oben, „Wege zur Fachkräftegewinnung: Entwicklung von Humankapital“). Auch in der Standardisierung von Prozessen wird großes Potenzial gesehen, um dem Fachkräftemangel im Klima- und Umweltschutz entgegenzuwirken und auch dort, wo wenig Mittel zu Verfügung stehen Fortschritte zu erzielen:

„Wir haben Ideen die funktionieren [...] in vielen Kommunen und die muss wirklich nicht jeder neudenken“⁷²⁷, denn „da wird manchmal das Rad neu erfunden“⁷²⁸.

Wollen Akteure in den Regionen ihr Engagement in einem spezifischen Fachgebiet auf- oder ausbauen, bedarf es Ressourcen. Gerade auf kommunaler Verwaltungsebene wirken Mitarbeitende oft in mehreren Fachgebieten mit und können sich neuen Aufgaben nicht im erforderlichen Maße widmen.⁷²⁹ Hilfreich sind hier Informationen und Ansprechpersonen, während der Einarbeitung in ein neues Arbeitsfeld, wie auch der Austausch mit anderen Kommunen, die sich mit ähnlichen Herausforderungen beschäftigen, also z.B. auch gerade ein Mobilitätskonzept für ihre Gemeinde entwickeln⁷³⁰.

Schaffen es Kommunen, Kompetenzen und Wissen zu bestimmten Themen aufzubauen, besteht die nächste Herausforderung darin, im Fachbereich angestoßene Prozesse langfristig fortzuführen und umzusetzen. Gerade dort, wo das Humankapital über Projektförderungen aufgebaut wurde, stellt dies häufig ein Problem dar (siehe die obigen Ausführungen zu den Rahmenbedingungen). Für spezialisierte Themenbereiche (Mobilitätsmanagement, Integration von Geflüchteten etc.) halten es die Teilnehmenden für sinnvoll, auf Kreisebene Verantwortungen aufzubauen, um Wissen zu erhalten und Gemeinden mit geringen Kapazitäten zu entlasten⁷³¹:

⁷²⁶ D03, Pos. 56

⁷²⁷ D02, Pos. 124

⁷²⁸ D01, Pos. 119

⁷²⁹ E02, Pos. 64; G05, Pos. 85

⁷³⁰ G02, Pos. 196; G05, Pos. 72, 74

⁷³¹ G05, Pos. 85

„Also, beim Landkreis gibt es einen Seniorenstützpunkt und einen Pflegestützpunkt. Also da hat der Landkreis, muss ich dankenswerterweise sagen, früh auch die Zeichen der Zeit erkannt und das landkreisweit zentralisiert. Da sind auch Leute, die sich dann in ihrem Hauptjob damit beschäftigen. Weil, das muss man natürlich auch sagen, wir sind alle kleine Kommunen, und es gibt kaum einen Mitarbeiter in einer Kommune, der nur ein Fachgebiet bearbeitet. Also, sie müssen irgendwie von A bis Z alles können, und je kleiner die Kommune ist, umso größer ist das Portfolio, was sie abdecken müssen. Und dann ist es schon toll, dass es im Landkreis direkt im Kreishaus eben auch Leute gibt, die sich auf bestimmte Themenbereiche spezialisiert haben, auf die wir, an die wir uns dann auch als Kommune wenden können und mit denen gemeinsam wir dann auch Strategiepapiere entwickeln können [...]“⁷³²

Bei der Auseinandersetzung mit der Frage, wie aufgebaute Wissensbestände erhalten als auch für möglichst viele Akteure zugänglich gemacht werden können, spielt die Zusammenarbeit zwischen Kommunen und innerhalb von Landkreisen und Regionen eine große Rolle. Zeitgleich sollte in kommunalen Projekten produziertes Wissen jedoch auf Bundesebene Berücksichtigung finden, so dass in Kommunen gewonnene Erkenntnisse auch für die Verbesserung von übergeordneten Prozessen genutzt werden können.⁷³³

5.2. Menschen in Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement

Der Beitrag des Ehrenamts zur Sicherung der Daseinsvorsorge

In allen Handlungsfeldern, die in den FG diskutiert wurden, wurde auch ehrenamtliches Engagement thematisiert. An den FG zu „Mobilität und ÖPNV“, „Fachkräfte und Integration“ sowie „Nahversorgung und kulturelle Teilhabe“ nahmen Akteurinnen und Akteure teil, die sich freiwillig im Themenfeld engagieren. In den FG „Digitale Teilhabe“, „Strukturwandel“ sowie „Ehrenamt und freiwilliges Engagement“ wurde die ehrenamtliche Perspektive durch Hauptamtliche aus Einrichtungen der Engagement-Infrastruktur eingebracht. Allein in der FG „Gesundheit und Pflege“ waren die Erfahrungen und Anliegen von ehrenamtlich Tätigen nicht in persona präsent.

Ohne ehrenamtliches Engagement, das zeigt schon allein diese Übersicht über die Teilnehmenden an den FG, kann die Daseinsvorsorge in strukturschwachen ländlichen Regionen nicht gesichert werden⁷³⁴, denn auf dem Land wird vieles, was in Städten von hauptamtlichen Akteuren geleistet wird, vom Ehrenamt übernommen. Das freiwillige Engagement ist ein Rettungsanker, wo professionelle personelle Strukturen fehlen.

„Das ist auch der Unterschied eben zwischen Stadt und Land. Auch eine kleine Stadt kann sich sowas gar nicht leisten. Da sind im Grunde genommen die Willkommenslotsen Ehrenamtliche, und das ist halt das... das ist das riesige Problem, was ich halt sehe, dass gerade im ländlichen Bereich, viele Arbeiten Ehrenamtlichen aufgehalst werden, was in großen Städten dann von Hauptamtlichen übernommen wird.“⁷³⁵

Die Gemeinden haben nicht die Mittel, um Personal für die freiwilligen Aufgaben der Daseinsvorsorge einzustellen. Ehrenamtliche gelten daher in strukturschwachen Regionen

⁷³² E02, Pos. 64

⁷³³ D04, Pos. 181

⁷³⁴ A05, Pos. 80; A06, Pos.132; B03, Pos. 56, 143; C06, Pos.137; C07, Pos. 139; C01, Pos. 142; E07, Pos. 40, 114; H02, Pos. 54

⁷³⁵ B03, Pos. 56

häufig als „billige Lösung“.⁷³⁶ Diese Sichtweise wird vor allem von den Teilnehmenden der FG „Ehrenamt und freiwilliges Engagement“ kritisch reflektiert.

„Also, das Ehrenamt darf ja nicht missbraucht werden. Das geht ja immer um eine zusätzliche Leistung, die bislang nicht durch den Staat übernommen wurde. Und wenn man so ganz zurück guckt, ist ja eben das Ehrenamt ganz oft aus Notsituationen oder in Notsituation eingesprungen, und dann hat sich irgendwann daraus Hauptamt entwickelt, und das sollte jetzt nicht wieder rückwärts gehen.“⁷³⁷

Besondere Qualitäten des freiwilligen Engagements

Auch wenn die Teilnehmenden wahrnehmen, das ehrenamtliche Engagement Lücken füllt⁷³⁸, wird vor allem hervorgehoben, dass ehrenamtliches Engagement in Ergänzung professioneller Arbeit eine ganz besondere Qualität aufweist. Diese beruht darauf, dass Ehrenamtliche besonders motiviert sind. Im Zentrum ihres Engagements steht die Sache. Ob für Klimaschutz, Radwege, Kinder- und Jugendarbeit oder das kulturelle Erbe der Region, wofür auch immer sich Menschen freiwillig engagieren, es ist ihnen ein echtes Anliegen, dass sie etwas bewirken. Dafür geben sie ihre Freizeit und unterstützen diese Anliegen auch finanziell, z.B. über Mitgliedbeiträge in Vereinen oder Spenden.⁷³⁹ Wegen dieser besonderen Motivation können sie andere auch gut erreichen und überzeugen:

„Wenn Menschen für etwas brennen“, dann „können sie andere davon begeistern“.⁷⁴⁰

Oft erreichen Ehrenamtliche andere Menschen besonders gut, weil sie die Strukturen genau kennen, wissen, wer auf welche Weise angesprochen werden kann, oder wo es sich lohnt ein Projekt vorzustellen. Außerdem genießen sie das Vertrauen ihrer Nachbarn und Mitmenschen.

„[...] die Bewerbung war mindestens genauso wichtig, die Bekanntmachung dieses neuen Systems [...]. [...] auf Eiderstedt haben wir das hingekriegt, weil wir da ehrenamtlich über diese AG unheimlich gepusht haben. Wir sind in allen, allen Altersheimen gewesen, wir haben sie mit Elektro-Rollstühlen da reinfahren lassen, wir haben in allen Gemeindevertretungen, wir haben bei den Touristen das gemacht, aber in den anderen Gebieten gab es diese ehrenamtliche Unterstützung nicht und da hätte man mehr Geld gebraucht, wenn man das dann über den Kreis anders hätte bewerben müssen. Das hat leider nicht stattgefunden. Deswegen ist es sehr unterschiedlich angenommen worden, dieses neue Modell.“⁷⁴¹

Ehrenamtliche engagieren sich in der Regel in ihrem Nahbereich für das Thema, das ihnen am Herzen liegt. Durch diesen engen Kontakt mit der Bevölkerung sind sie häufig gut darüber informiert, wie politische Ziele und Rahmenbedingungen in den Regionen wahrgenommen werden. Die Fähigkeit vor diesem Hintergrund Fördermaßnahmen und politische Kommunikation zu reflektieren, ist auch eine besondere Qualität ehrenamtlichen

⁷³⁶ G01, Pos. 18; B03, Pos. 107; G03, Pos. 93

⁷³⁷ C06, Pos. 147

⁷³⁸ Vgl. Schubert et al., 2023, S. 2 f.

⁷³⁹ E01, Pos. 118.; Auch der ZiviZ Survey (Schubert et al., 2023) belegt dies: „Für Vereine sind Mitgliedsbeiträge mit einem durchschnittlichen Finanzierungsanteil von 46 Prozent die mit Abstand wichtigste Einnahmequelle, gefolgt von Spenden (19 Prozent), selbsterwirtschafteten Mitteln (17 Prozent) und öffentlichen Mitteln (11 Prozent)“ (S. 41).

⁷⁴⁰ E03, Pos. 89

⁷⁴¹ G03, Pos. 93

Engagements, die noch nicht genutzt wird, um Bundesprogramme passgenauer zuzuschneiden.⁷⁴²

Aufgrund der hohen Motivation für die Sache werden in Initiativen oder auch von Einzelnen Lösungsideen für Herausforderungen in der Daseinsvorsorge gesucht. Der zivilgesellschaftliche Raum fungiert als Innovationsraum. An die Ideen, die dort entwickelt werden, können Kommunen anschließen.

„Das [Ehrenamt] ist der Impulsgeber und der Staat lässt das verwalten, das ist das Thema und aus der Verwaltung wird der Impuls nicht kommen. Also ich habe das nicht erlebt, der kommt dann tatsächlich von den Ehrenamtlern, und dann nutze ich natürlich das Backoffice Amtsverwaltung, das [die] Ausschreibung gemacht hat, dass da die Abrechnung gemacht wird, das ist klar, aber der Impuls, der kommt überwiegend aus der Ehrenamtlichkeit.“⁷⁴³

Dabei ist zu betonen, dass es nicht um eine Gegenüberstellung von Haupt- und Ehrenamtlichen auf der personellen Ebene geht, sondern um unterschiedliche Strukturen mit unterschiedlichen Qualitäten und Zuständigkeiten. Hauptamtliche oder auch ehrenamtliche Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sind über ihre beruflichen oder amtlichen Verpflichtungen hinaus freiwillig engagiert. In den zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüssen gibt es größere kreative Freiräume und die Möglichkeit zu sektorenübergreifender Zusammenarbeit.

„Manchmal werden Vereine mit gegründet, um einen Grundstein zu legen. Und was vielleicht für unsere Region spricht, glaube ich, ist das aus allen Bereichen, ob jetzt aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, viele Menschen eine intrinsische Motivation antreibt und viele Menschen sich ehrenamtlich auch engagieren um positive Entwicklungen mit auf den Weg zu bringen.“⁷⁴⁴

Engagierte Zivilgesellschaft steht, so berichten die Teilnehmenden der FG, häufig am Anfang einer innovativen Lösung. Engagement wird während der Laufzeit in Projekte integriert und es hat auch eine besondere Funktion, wenn die Projektförderung ausläuft, denn dann muss das, was sich bewährt hat mit erheblich weniger finanziellen Mittel fortgeführt werden. Das ist oft nur mit den unbezahlten freiwillig engagierten Kräften möglich.

„Aber zum Beispiel bei vielen Projekten, die wir jetzt anstoßen beziehungsweise angehen wollen, kooperieren wir zum Beispiel auch mit Vereinen, die die Projekte dann im Endeffekt auch tragen werden, wenn unser Projekt ausläuft. Deswegen habe ich bei Ehrenamt gerade stark genickt, weil, ohne Vereine geht es bei uns zum Beispiel auch nicht.“⁷⁴⁵

Herausforderungen für die Zukunft des ehrenamtlichen Engagements

Der Fachkräftemangel insbesondere auf dem Land resultiert zum einen aus dem demographischen Wandel, der sich in ländlichen Regionen nicht nur in der Alterung und dem Rückgang der Bevölkerung zeigt, sondern auch durch Abwanderung verstärkt wird. Auf diese Entwicklung ist vor allem im Bildungsbereich mit einer Strategie der Konzentration auf zentrale

⁷⁴² D05, Pos. 228

⁷⁴³ G01, Pos. 133; vgl. auch G01, Pos. 137

⁷⁴⁴ A03, Pos. 78

⁷⁴⁵ A05, Pos. 80

Orte reagiert worden. Diese Zentralisierung sozialer Infrastruktur wirkt sich auch auf das ehrenamtliche Engagement aus. In der FG zur kulturellen Teilhabe wurde beispielsweise berichtet, dass Dorfschullehrerinnen und -lehrer früher als die Gebildeten vor Ort als verlässliche Stützen der Sicherung des kulturellen Erbes fungierten. Heute fehlen Menschen, die die Kompetenzen und das Interesse dazu mitbringen.

„Im Heimatvereins- und Heimatmuseumsbereich leuchten die Alarmlampen. Es ist tatsächlich so, dass die Heimatvereine Existenznöte haben. Das ist nicht nur Überalterung, das ist auch fehlende Professionalität, das ist auch, das nichts mehr einfach nur immer im Ehrenamt geht [...]. Wir sind jetzt in einem Projekt, wo wir mit dörflichen Partnern sehr eng zusammengearbeitet haben und wo wir uns erschrocken haben. Denn es fehlen in vielen Orten einfach Institute, die sich mit der Dorfgeschichte beschäftigen, die sammeln. Ich frage nach Fotos, ich frage nach alten Postkarten, ich frage nach Sachkultur und kriege sozusagen Fehlanzeige. Es ist niemand zuständig. Das waren früher die Dorflehrer, die haben das gemacht. In den Dorfschulen war sozusagen alles gesammelt und vermittelt worden, was zur Dorfgeschichte wichtig war. Das fehlt in vielen Orten [...].“⁷⁴⁶

Auch in anderen Zusammenhängen wird Schule als eine soziale Infrastruktur beschrieben, auf welche die ehrenamtlichen Vorhaben angewiesen sind. Die Zusammenarbeit mit Schulen bzw. engagierten Lehrerinnen und Lehrer wird geschätzt.⁷⁴⁷

Wie wichtig es ist, dass in der Region genügend Menschen wohnen, die Engagementbereitschaft mitbringen und über Leitungskompetenzen verfügen, macht sich auch in den Vereinen, der wichtigsten Organisationsform für ehrenamtliches Engagement, bemerkbar. Für viele Vereine ist es schwer, Nachfolgerinnen oder Nachfolger für Vereinsvorstände zu finden, die aus Altersgründen ihr Amt abgeben wollen. Bürokratische Belastungen und Haftungsfragen schrecken ab. Aber auch der Zusammenhang zu beruflichen Kompetenzen wird dabei von den Teilnehmenden der FG thematisiert.

„Alle älteren Vorstandsmitglieder sind ausgeschieden und ich denke, es gibt viele Menschen in unserer Gesellschaft, die auch bereit sind, die Verantwortung zu übernehmen, die aber auch selber im geschäftlichen Bereich immer schon Verantwortung übernommen haben, und da muss man sich dann halt auch einfach in den, in den Kreisen auch aufhalten, wo die Menschen sind [...], wenn man diese Kontakte nicht hat, wird es schwierig.“⁷⁴⁸

Fehlen Fachkräfte, die Leitungserfahrung mitbringen, oder der Zugang zu sozialen Netzwerken, denen entsprechende Kandidaten angehören, die den Vereinsvorsitz übernehmen könnten, schwinden auch ehrenamtliche Strukturen.

Engagement und Beteiligung

Das ehrenamtliche Engagement, das immer eine Mitgestaltung der konkreten Lebensverhältnisse und gesellschaftliche Teilhabe umfasst, geht häufig fließend über in Formen politischer Partizipation.⁷⁴⁹ Die Teilnehmenden der FG sehen Bürgerbeteiligung als ein

⁷⁴⁶ E05, Pos. 83

⁷⁴⁷ E03, Pos. 163; H02, Pos. 89; H01, Pos. 91;

Umgekehrt unterstützen Ehrenamtliche Schulen bei der Hausaufgabenhilfe (C01, Pos. 142).

⁷⁴⁸ C02, Pos. 206.

⁷⁴⁹ Vgl. Evers, 2015; Klein, 2015

wichtiges Element an, um gesellschaftlich akzeptierte Maßnahmen entwickeln und umsetzen zu können, mit denen die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gesichert werden kann. Insbesondere in der FG zum Strukturwandel wurde formuliert, dass in den tiefgreifenden Transformationsprozessen Partizipation der Bevölkerung nötig ist - in Form der Beteiligung in Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen, aber auch konkret, in der Mitgestaltung. Denn der Erfolg hängt daran, dass die Menschen vor Ort aktiv werden und Lust darauf haben, eine eigene Rolle bei der Gestaltung der Transformation zu übernehmen:

„Ja, ich wünsche mir mehr Beteiligung, das haben wir hier alles gesehen. Es reicht nicht nur Innovation und Geld zu geben, sondern wir müssen einfach das Ganze in die Gesellschaft reintragen und dort verankern. Das heißt, wir müssen wirklich partizipative Formate schaffen, Freiräume schaffen, Risiken zulassen und eingehen dürfen und wirklich mitmachen lassen. Also, ich glaube, wir kriegen keinen Strukturwandel hin, der irgendwie von oben so durchdekliniert wird, sondern das muss von unten über die Gesellschaft und die zivile Bevölkerung, über die Akteure laufen. Die müssen ihren Part sehen und Bock drauf haben zu machen. Anders kriegen wir es nicht.“⁷⁵⁰

Gesellschaftliche Wirkungen von ehrenamtlichem Engagement

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Die Teilnehmenden, die in den Fokusgruppen aus der Perspektive des Dorflebens berichteten, stellten heraus, wie wichtig der Zusammenhalt der Dorfgemeinschaft für das Erleben gleichwertiger Lebensverhältnisse ist. Der Zusammenhalt zeigt sich auch in kleinräumigen Kooperationsstrukturen, in denen Unterstützungsleistungen insbesondere bei der Betreuung von Kleinkindern und Versorgung von Älteren stattfinden.⁷⁵¹

„Aber das... Dorfgemeinschaft, das stand immer so im Vordergrund. Wie kommen wir als Dorfgemeinschaft weiter? Und das ist ja, das ist gerade für die kleineren Orte, [...] ein ganz, ganz wichtiges Thema, dass der Zusammenhalt in den Dörfern da ist. Das, das ist die Basis für alle, viele weitere andere Dinge.“⁷⁵²

Ebenso wie das informelle Engagement der Nachbarschaftshilfe trägt auch das in Vereinen und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen gerahmte Engagement zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Es ist zu beobachten, dass sich Menschen dort begegnen, ihr Zusammensein und ihre Vorhaben gemeinsam regeln und Begegnungen stattfinden. Dadurch werden „Fähigkeiten und Dispositionen wie Initiative, Aufmerksamkeit, Vertrauen, Organisationsfähigkeit, egalitäre Einstellungen und Toleranz gegenüber Fremden“ gefördert. Diese „verbreiten sich über ihre jeweiligen sozialen, thematischen und temporären Entstehungszusammenhänge“. Was im Verein gelernt wird, wird auf die Gesellschaft und den Staat übertragen und trägt damit zum Systemvertrauen bei.⁷⁵³

Im sozialen Engagement, über das in der FG zum Ehrenamt in Dortmund berichtet wurde, engagieren sich die Teilnehmenden ganz bewusst für Schwächere und Menschen am Rand der Gesellschaft. Auch die Diversität der Menschen, die das Angebot sich zu engagieren wahrnehmen, ist sehr groß. Es treffen Personen unterschiedlichen Alters, unterschiedlicher

⁷⁵⁰ H06, Pos. 189

⁷⁵¹ E02, Pos. 66

⁷⁵² E04, Pos. 34

⁷⁵³ Offe & Fuchs, 2001, S. 429-430.

Herkünfte, kultureller Prägungen, geschlechtlicher Orientierungen usw. aufeinander⁷⁵⁴ und müssen miteinander auskommen. Das ist eine große Herausforderung, aber auch eine besondere Stärke des Ehrenamtes. Nach Ansicht der Teilnehmenden der FG wird durch das Ausüben einer ehrenamtlichen Tätigkeit gelernt, wie Gesellschaft im respektvollen Miteinander und im Vertrauen aufeinander funktioniert. Hauptamtliche, die die freiwillig Engagierten unterstützen, tragen in besonderer Weise zu demokratischen Lernprozessen im Engagement bei:

„Wir müssen auch als Mitarbeiter oder als Hauptamtliche vorleben, dass jeder bei uns auch willkommen ist und auch, wie wir miteinander umgehen, und dann fühlen sich auch die Besucher oder die... die Klienten dann einfach wohl, weil sie wissen, sie werden hier mit allen Sachen aufgenommen. Das heißt aber auch [...] unsere Besucher oder Klienten müssen gewissen Respekt mir gegenüber [oder] den Mitarbeitern auch gegenüber machen. Und dann finde ich, das ist immer [...] wirklich so Gegenseitigkeit, wo wir es ein Stück [...] selber vorleben müssen und das erwarte ich einfach auch von allen, die unser Haus so betreten, dass so gegenseitiger Respekt einfach auch da ist. Und Vertrauen.“⁷⁵⁵

Zum einen sind Hauptamtliche darin ausgebildet, Konflikte zu moderieren und in gegenseitiger Achtung zu Lösungen zu kommen, die alle mittragen können. Zum anderen hat auch ihr persönliches Verhalten Vorbildcharakter, z.B. wenn sie Wertschätzung für die unterschiedlichen Beiträge zum gemeinsamen Gelingen eines Vorhabens vermitteln und so eine Kultur leben, in der alle etwas beitragen können und nicht die Konkurrenz des beruflichen Lebens regiert.⁷⁵⁶

Regionale Beziehungsgeflechte

Auf dem Land sind die Beziehungsgeflechte, die unterschiedliche Organisationen miteinander verbinden, besonders eng, weil das Vereinsleben besonders rege ist. Typisch für engagierte Personen ist, dass sie mehreren Vereinen angehören.

„Aber das Ehrenamt an sich, man muss sich überlegen, wo ist die Motivation zum Ehrenamt? Und das liegt ja meistens wieder in der persönlichen Lebenssituation, weil ich meine Kinder im Kindergarten habe, in der Schule, also bin ich Mitglied des Fördervereins, weil ich auch im Eigenen Interesse habe, dann engagiere ich mich vielleicht auch traditionell, weil die Familie sich immer schon im Schützenverein organisiert hat oder weil Politik in der Familie immer ne Rolle spielte.“⁷⁵⁷

Der hohe Grad an Vernetzung in ländlichen Strukturen wird auch von Projekten genutzt, um Informationen zu streuen und ihre Vorhaben bekannt zu machen:

„[...] wir waren sehr viel im ländlichen Raum unterwegs, und da gibt es ja zum Teil anderes bürgerschaftliches Engagement über Bürgervereine, über Sportvereine, über Feuerwehr, über alle möglichen zivilgesellschaftlichen und freiwilligen Organisationen, wo natürlich sehr viel zivilgesellschaftliches Engagement da ist, und gerade da im Klimabereich finde ich, das ist eine sehr schöne und sehr interessante Möglichkeit, auch

⁷⁵⁴ C07, Pos. 25, 27, 29; C04, Pos. 33, 35; C05, Pos. 107

⁷⁵⁵ C04, Pos. 106

⁷⁵⁶ C01, Pos. 96

⁷⁵⁷ E09, Pos. 114

*mögliche Problemstellung auch darüber anzugehen, dass man Leute mobilisiert, die schon relativ lange da sind.*⁷⁵⁸

Engagement als Lernfeld der Demokratie

Der besondere Beitrag des freiwilligen Engagements im sozialen Bereich zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse liegt laut vielen Teilnehmenden der FG vor allem in der Stärkung der Demokratie.⁷⁵⁹ Ihnen geht es weniger darum, dass unentgeltlich Ressourcen zur Bewältigung sozialer Schieflagen und gesellschaftlicher Herausforderungen bereitgestellt werden, als darum, dass Einwohnerinnen und Einwohner sich in die Gestaltung der Gesellschaft, dort wo sie Herausforderungen sehen, einbringen können. Diese Mitgestaltung zeichnet den demokratischen Staat aus. Dies gelingt in besonderem Maße, wenn gemeinsam Lösungen entwickelt werden; wenn Menschen ihre eigenen Möglichkeiten entdecken und aktiv an der Gesellschaft und ihrer Gestaltung teilhaben.

*„Also mir ist ganz wichtig, dass die Menschen wissen, dass sie sich beteiligen können, dass sie sich einbringen können und dass sie jeder was selber bewegen kann. Also nicht nur immer: ‘Ach, da können wir jetzt sowieso nichts daran ändern’, sondern wirklich dieses Eigengestalten, sich das Quartier anzueignen, sich das Thema anzueignen und ein Akteur in unserer Stadtgesellschaft zu werden.*⁷⁶⁰

Partizipation und Empowerment spielen daher im sozialen Engagement von heute eine viel größere Rolle als bei den historischen Vorläufern christlicher oder bürgerlich-humanistischer Fürsorge.⁷⁶¹ Eine funktionierende Gesellschaft zeichnet aus, dass alle gleiche Rechte haben, gebraucht werden und einen Beitrag leisten können.⁷⁶²

*„Also, mir ist besonders wichtig, dass es Orte gibt, an denen Demokratie stattfinden kann und gelebt werden kann, indem wir die verschiedenen Gesellschaftsgruppen miteinander in Kontakt bringen und jedem mit dem, was er mitbringt, ein Teil dieser Gesellschaft werden lassen. Es kann was ganz Kleines sein und manche teilen eben was ganz Großes. Dass jeder eben ne, ja eine Selbstwirklichkeit erfährt und ich glaube, dann funktioniert das auch mit der, mit der Demokratie und hoffentlich mit dem friedlichen Zusammenleben.*⁷⁶³

5.3. Soziales Kapital und Begegnungsräume

Dass Menschen Regionen „machen“, ist ein zentrales Ergebnis der FG. Menschen arbeiten zu Erwerbszwecken, Menschen engagieren sich ehrenamtlich, aber darüber hinaus gestalten Menschen ihre Heimat einfach dadurch, dass sie sich begegnen und sich Orte schaffen, in denen ihre Verbundenheit zu einer tragenden Kraft wird. Heimat entsteht aus der räumlichen Repräsentanz von Menschen an den Orten, wo sie ihre alltäglichen Lebensroutinen vollziehen und ihre Kompetenzen einbringen. Diese Zusammenhänge werden in den FG vielfältig angesprochen.

⁷⁵⁸ D04, Pos. 25

⁷⁵⁹ Alscher et al., 2021; Ebert, 2018

⁷⁶⁰ C06, Pos. 223

⁷⁶¹ Erlinghagen, 2013

⁷⁶² C01, Pos. 84, 113; C02, Pos. 228; C06, Pos. 223; C07, Pos. 21

⁷⁶³ C01, Pos. 219

Ortsnahe Angebote der Daseinsvorsorge in der Heimatregion

Eine grundlegende Herausforderung für die Regionen ist es, im Sinne gleichwertiger Lebensverhältnisse alle notwendigen Angebote der Daseinsvorsorge bereit zu halten.

„Wir hatten 2014 einen Lebensqualitäts-Check, hat das Dorf durchgeführt und eben festgestellt, dass wir bestimmte Dinge auch nicht mehr bekommen werden, sprich Kaufladen, Arzt und so weiter.“⁷⁶⁴

„Wir haben aber auch eine Kita, die ist vier Kilometer aus dem Hauptort weg. Die ist für Eltern und Kinder gar nicht zu erreichen. Da haben wir als Kommune dann einen Bus eingesetzt, der die Kinder dann zu Hause abholt. Diese Kosten kann man aber nicht eins zu eins auf die Eltern umlegen. Also, das ist dann auch wieder ein Angebot, was zwar die Eltern mit einem gewissen Beitrag mitfinanzieren, aber wo in erster Linie die Kommune Geld in die Hand nehmen muss, weil ansonsten die Erreichbarkeit einfach überhaupt nicht gewährleistet ist.“⁷⁶⁵

„[...] und dann sagen uns die jungen Leute in Hohenmölsen oder Elsteraue, so als kleinere Kommunen dann, es wäre schön, wenn es wenigstens eine verlässliche Struktur für junge Menschen gäbe. Neben der Bushaltestelle, die es geben muss, ist das aber auch sowas wie Jugendzentrum, abgesicherte Schulsozialarbeit! Weil, das ist die einfache Basis, wo die sagen, dann ist es okay, dann fahre ich einmal im Monat oder wenn es nur im Halbjahr nach Leipzig oder Halle rein, aber ich möchte tagtäglich unter der Woche muss irgendwas bei mir vor Ort sein.“⁷⁶⁶

„Aber gerade auf dem Land: Es gibt keine Kinderärzte, es gibt keine normalen Ärzte, die Kinder bekommen keine U-Untersuchung mehr. Zum nächsten Geschäft muss man fünf Dörfer weiterfahren, wenn man Glück hat, fährt zweimal am Tag ein Bus. Also, es muss einfach die Infrastruktur da sein, es müssen die Kommunen sich untereinander vernetzen, sich besser absprechen, also man muss einfach zusammenarbeiten.“⁷⁶⁷

Es ist eine zentrale Forderung, solche Basisangebote wirklich vor Ort und niedrigschwellig für alle Menschen erreichbar zu machen.⁷⁶⁸ Die Hemmschwelle, sich an regionale Angebote zu wenden, ist geringer, vor allem, wenn sie ins Haus oder direkt in die Nachbarschaft kommen.⁷⁶⁹ Deshalb muss es darum gehen, andersartige, z.T. kleinteiligere Versorgungsstrukturen als in der Stadt zu schaffen, und dabei zum Beispiel Mobilität, Nahversorgung und medizinische Versorgung zusammen zu denken.⁷⁷⁰ Dabei geht es nicht darum, alte Strukturen zu erhalten, denn der Wandel kann nicht aufgehalten werden, es braucht neue Ideen.⁷⁷¹

Die Infrastrukturen leben von den Menschen, die dort tätig werden; aber ohne tatsächliche Räume und Infrastrukturen können die Aktiven ihre Potentiale nicht nutzen. Und für Menschen mit Hilfebedarf ist es noch wichtiger, dass sie Unterstützung dort erhalten, wo sie wohnen und mit Menschen verbunden sind.⁷⁷² Dies gilt für Familien, aber besonders für ältere Menschen,

⁷⁶⁴ G01, Pos. 8

⁷⁶⁵ E02, Pos. 58

⁷⁶⁶ H03, Pos. 74

⁷⁶⁷ B03, Pos. 197

⁷⁶⁸ C02, Pos. 59; B08, Pos. 122; B09, Pos. 189; F01, Pos. 222; F06, Pos. 12, 77; G04, Pos. 96

⁷⁶⁹ F07, Pos. 92

⁷⁷⁰ E09, Pos. 105; F07, Pos. 92; F05, Pos. 197

⁷⁷¹ E09, Pos. 92

⁷⁷² B07, Pos. 74; C01, Pos. 158; C03, Pos. 80; F01, Pos. 38; F05, Pos. 66; F07, Pos. 13

die den Kontakt zu Freunden und Nachbarn aufrechterhalten wollen, auch wenn sie selbst nicht mehr so mobil sind.⁷⁷³

Begegnungsräume für Engagement und Zusammenhalt

Damit Menschen sich mit ihren Ressourcen und Kompetenzen einbringen können, brauchen sie nicht nur Innovation und Geld, sondern auch Orte, wo sie zusammenkommen können. Diese sollten Freiräume bieten.⁷⁷⁴ Eigenverantwortlich gestaltete Räume, wie ein Mütterzentrum oder ein Offener Treff, sind dabei etwas anderes als eine Sozialberatung, wegen ihrer Offenheit aber auch nicht ohne Weiteres förderfähig.⁷⁷⁵

„Das sind diese zwischenmenschlichen Beziehungen, also das ist manchmal unglaublich, was da alles bewirkt werden kann, und das müssen wir wirklich sehen. Und um das zu sehen, brauchen wir eben diese Freiräume, diese finanziellen Unterstützungen, die Förderungen.“⁷⁷⁶

Solche Freiräume sind auch Orte, an denen Demokratie stattfinden kann und gelebt wird, indem die verschiedenen Gesellschaftsgruppen miteinander in Kontakt kommen⁷⁷⁷, sich begegnen, unterstützen und gemeinsam Aktivitäten gestalten können.⁷⁷⁸ Im besten Fall wird „ein Abbild einer funktionierenden Gesellschaft“ geschaffen.⁷⁷⁹

In besonderem Maße sind Jugendliche angewiesen auf Freiräume, die sie selbst gestalten können. Was noch nicht ganz fertig ist oder leer steht, bietet Möglichkeiten sich selbst zu entdecken und eigene Ideen vom Zusammensein zu entwickeln.⁷⁸⁰

Räumlichkeiten von Vereinen und insbesondere von Mehrgenerationenhäusern, unter deren Dach sich verschiedenste Projekte treffen, erfüllen eine Funktion als Begegnungsraum.⁷⁸¹

„Dritte Orte“ und Gelegenheiten wie „Offene Treffs“, „Cafés“, „Stammtische“, Genossenschaften oder sogar ein „Coworking Space auf dem Dorf“⁷⁸², an denen Austausch und gemeinschaftliches Leben vor Ort dauerhaft stattfindet, werden zu Kristallisationspunkten für Empowerment.

„Wir haben das in Corona gemerkt, das war fürchterlich. Das ganze Haus war leer, der Garten war leer. Das haben wir sonst nie gehabt. Bei uns ist immer high life und da hat man eben gemerkt, das, das macht Gesellschaft eigentlich aus: Dass eben alle zusammenkommen, ähm, um was neues zu entwickeln.“⁷⁸³

Begegnungsräume, in denen Menschen auf „positiv gestimmte“ andere treffen und Anerkennung erfahren, sind zentral.⁷⁸⁴ Es geht darum, dass Menschen selbst Akteure in der

⁷⁷³ E02, Pos. 58; F07, Pos. 113

⁷⁷⁴ C01, Pos. 119; H02, Pos. 193; H06, Pos. 189

⁷⁷⁵ C01, Pos. 158; C02, Pos. 228

⁷⁷⁶ C05, Pos. 117

⁷⁷⁷ C01, Pos. 219

⁷⁷⁸ C03, Pos. 220; H01, Pos. 91

⁷⁷⁹ C01, Pos. 86

⁷⁸⁰ E01, Pos. 79, 81; E02, Pos. 131, 164

⁷⁸¹ C01, Pos. 219

⁷⁸² C01, Pos. 16; Pos. 110; C02, Pos. 63; Pos. 121; C03, Pos. 131; C04, Pos. 224; C05, Pos. 107; C06, Pos. 223; E05, Pos. 204; H02, Pos. 72

⁷⁸³ C01, Pos. 113

⁷⁸⁴ C02, Pos. 121; C03, Pos. 131; C04, Pos. 224; E05, Pos. 204

Stadtgesellschaft oder Dorfgemeinschaft werden.⁷⁸⁵ Die echte Begegnung, das echte Gespräch, Orte der Begegnung⁷⁸⁶ sind unverzichtbar dafür, damit sich das soziale Kapital der Regionen entfalten kann. Wo es Räume gibt, in denen sich Menschen begegnen und offen austauschen können, entstehen Verbundenheit, Zusammenhalt und Mitverantwortung für das Gemeinwesen. Am Beispiel der Dorfläden wird dieser Zusammenhang anschaulich.⁷⁸⁷

„[...] und letztendlich ist dann die Verantwortlichkeit für diesen eigenen Dorfladen viel größer. Die Leute kaufen dort ein. Das heißt nicht: ‚Oh das macht ja der Bäcker so und so, ja, muss ich auch mal einkaufen oder ein Brötchen einkaufen‘, sondern ‚nee, da muss ich auch ein bisschen mehr als nur das Brötchen einkaufen, und weil, weil es ist letztlich unser Laden, das ist auch ein Ort zum Austausch, da treffe ich den Nachbarn und das wollen wir hier vor Ort halten‘. Deswegen ist diese Verantwortlichkeit, die dann erzeugt wird, ist ein ganz, ganz wichtiges Thema, und das macht, macht auch Dorfgemeinschaft dann aus.“⁷⁸⁸

Eindrucksvoll wird geschildert, wie Bürgerinnen und Bürger zunächst vor Ort aktiv werden, um konkrete Probleme zu lösen, und daraus dann Initiativen, Vereine oder Stiftungen mit umfangreichem Tätigkeitsspektrum erwachsen.⁷⁸⁹

Begegnungsräume für Wissenstransfer in der Region

Vielfach weisen die Teilnehmenden darauf hin, dass es ein enormes Potential an Angeboten in den Regionen gibt. Um diese bei den Zielgruppen bekannt zu machen, werden nicht nur die üblichen Kommunikationswege eingeschlagen, sondern erstaunlich häufig, so berichten es die Teilnehmenden, ist die Mund-zu-Mund-Propaganda besonders erfolgreich. Die Basis dafür bilden die Netzwerke in den Regionen, in denen die Akteurinnen und Akteure der lokalen und regionalen Einrichtungen, ehrenamtlich Aktive und Hauptamtliche miteinander verbunden sind. Auf diesem informellen Weg werden Informationen ausgetauscht oder auch gezielt erfragt.⁷⁹⁰

Die für den Wissenstransfer so notwendige Vernetzung der Akteurinnen und Akteure vor Ort funktioniert am besten, wenn es Begegnungsräume gibt,⁷⁹¹ Diese müssen nicht zwangsläufig immer einen realen Ort bedeuten, sondern können auch virtuelle Räume oder Dialogformate umfassen. Ganz ohne real vorhandene Räume, in denen sich die Akteurinnen und Akteure von Angesicht zu Angesicht treffen können, ist der Aufbau sozialer Netzwerke, in denen unter anderem ein regionaler Wissensaustausch stattfindet, nicht denkbar.

Am Wissensaustausch haben auch kleine Betriebe teil, die auf diese Weise Probleme z.B. im Integrationsbereich lösen können.⁷⁹² Und auch für die Kommunen gilt, dass sie einen Ort der Begegnung benötigen:

„[...] wenn irgendwo eine Lösung gefunden wurde, die halt dann oft sehr pragmatisch [...] oder eine kleine Lösung gefunden wurde, dass das halt auch schnell sich multiplizieren

⁷⁸⁵ C06, Pos. 223

⁷⁸⁶ C07, Pos. 225; E05, Pos. 204; E02, Pos. 205

⁷⁸⁷ D06, Pos. 219, E04, E09, Pos. 92, 94; E09, Pos. 220

⁷⁸⁸ E04, Pos. 36

⁷⁸⁹ C01, Pos. 16; C05 Pos. 51

⁷⁹⁰ B08, Pos. 26; C07, Pos. 21; F04, Pos. 42; B02, Pos. 52; B08, Pos. 26; C01, Pos. 88; C03, Pos. 72; E06, Pos. 18; E08, Pos. 127; F03, Pos. 243; F07, Pos. 88

⁷⁹¹ A03, Pos. 38; B03, Pos. 156

⁷⁹² B01, Pos. 38

*kann und halt nachgemacht werden kann, und dafür braucht es aber ja auch irgendwo einen Raum, dass man sich, weil, wenn es so viel zu tun ist, dann halt wenig Zeit dafür da ist. Aber ich glaube, das gerade im ländlichen Raum zu stärken, dass die Kommunen irgendwo sich austauschen können und sowohl Negatives als auch Positives miteinander besprechen können. Ich glaube, das ist auch ein Punkt, der vielleicht dann auch in der Politik helfen kann wieder, weil die so ein bisschen zusammengeführt ist.*⁷⁹³

Strukturen und Orte für Kooperation unter Kommunen, aber auch länderübergreifende oder sogar grenzüberschreitende Kooperation werden in den FG häufig gewünscht⁷⁹⁴ oder, wenn sie bereits bestehen, als besonders positiver Ausnahmefall mit „Seltenheitswert“ gewürdigt.⁷⁹⁵ Das Fehlen von Möglichkeiten zum Austausch, sowohl interkommunal als auch zwischen den verschiedenen Fachbereichen vor Ort, wird als großes Hemmnis einer zukunftsgerichteten regionalen Entwicklung geschildert.⁷⁹⁶

*„[...] und die Leute hatten absolute Wow-Effekte, was total banal eigentlich ist. Aber es wird sich so wenig ausgetauscht teilweise. Es muss auch viel stärker noch darauf geachtet werden, was bereits läuft und wie man in bereits bestehende Strukturen, glaube ich, das machen kann.“*⁷⁹⁷

Aber auch die vertikale Vernetzung „nach oben“ ist wichtig⁷⁹⁸ - es braucht Stakeholder mit guten Kontakten, die auch „hartnäckig immer wieder nachbohren“⁷⁹⁹, „Zugänge zu den bestimmten Kreisen“⁸⁰⁰ oder „man kennt eventuell irgendjemand im Ministerium und [kann] dann über diese persönliche Schiene gewisse Veränderungen herbeiführen“.⁸⁰¹

*„Es geht, wenn man den richtigen Ansprechpartner hat, dann geht es teilweise auch ruckzuck und wenn man bis zum Minister geht, dann geht es sowieso.“*⁸⁰²

Dort, wo keine direkten und indirekten Kennverhältnisse bestehen, muss der Wissenstransfer auf andere Weise erfolgen. Ein großes Problem für lokale Initiativen stellt hierbei der Bedeutungsverlust der Regionalpresse dar. Die Leserschaft schrumpft, oftmals existieren keine Lokalredaktionen mehr, oder die örtlichen Zeitungen richten ihr Informationsangebot an veränderten Nutzergewohnheiten aus und berichten nicht mehr aus dem Vereinsleben oder über lokale Angebote.⁸⁰³ Deshalb werden alternative Kommunikationswege wichtiger: ein Infomobil mit ausklappbarer Bühne auf der Kirmes, das Digitalisierungsangebote bekannt macht⁸⁰⁴, Labore oder Werkstätten zum Ausprobieren neuer Lösungen vor Ort⁸⁰⁵ oder eine lokale Ausbildungsmesse⁸⁰⁶. Aber auch neue, digitale Kommunikationsformen spielen eine

⁷⁹³ B05, Pos. 207

⁷⁹⁴ C07, Pos. 134; D01, Pos. 119; D02, Pos. 124; F02, Pos. 123; F02, Pos. 129; G05, Pos. 74

⁷⁹⁵ B03, Pos. 149; C03, Pos. 220; G03, Pos. 126; G06, Pos. 112

⁷⁹⁶ G05, Pos. 101

⁷⁹⁷ D04, Pos. 203

⁷⁹⁸ G04, Pos. 194

⁷⁹⁹ B03, Pos. 62

⁸⁰⁰ C06, Pos. 207

⁸⁰¹ A07, Pos. 174

⁸⁰² B06, Pos. 168

⁸⁰³ E02, Pos. 209

⁸⁰⁴ A05, Pos. 44, 48

⁸⁰⁵ A01, Pos. 86

⁸⁰⁶ B01, Pos. 40

große Rolle, damit die Angebote vor Ort ihre Zielgruppen erreichen, Apps für das Mobiltelefon werden in den unterschiedlichsten Bereichen (Integration für Geflüchtete,⁸⁰⁷ Notfallmedizin,⁸⁰⁸ lokale Infodienste⁸⁰⁹ oder eine Dorf-App⁸¹⁰) eingesetzt.

Innovationschancen durch regionale Verankerung

Gerade, weil die Regionen nicht immer über die ganze Bandbreite von Ressourcen und Infrastrukturen verfügen, erschließen sie Innovationsräume, erproben und optimieren neue Lösungen. Nicht selten gehen die Kommunen, Landkreise oder auch Landesministerien bei solchen innovativen Lösungsansätzen voran.⁸¹¹ Die Offenheit für Innovationen und auch neue technische Lösungen ist viel größer, wenn bereits Vertrauen zu den Partnern besteht.⁸¹² Vernetzungen von Akteuren vor Ort sind dafür sehr hilfreich, vor allem, wenn Partner aus unterschiedlichen Bereichen (Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft) sektorenübergreifend zusammenarbeiten.⁸¹³ Die FG-Teilnehmenden berichten von „totaler Offenheit“ der Partner in der Region und dem kollektiven Gefühl „lass es uns probieren“⁸¹⁴.

„Zum zweiten ist es ja durchaus ein Faktor der Kleinheit. Jeder kennt jeden, jeder ist bereit, miteinander zu reden. Das vereinfacht auch vieles.“⁸¹⁵

Regionale Innovationen können auch an Erfahrungen der Vergangenheit anknüpfen, die „Schwester-AGnES“-Modelle einer lokalen medizinischen Versorgung durch nichtärztliche medizinische Fachkräfte sind dafür ein besonders hervorstechendes Beispiel.⁸¹⁶ Gemeinsame Sprache oder Dialekt (Plattdeutsch) schaffen Verbundenheit und Engagement,⁸¹⁷ genauso die Kenntnis der Ortsgeschichte und Kulturveranstaltungen, die Identität und Stolz auf die eigene Vergangenheit vermitteln.⁸¹⁸ Aus historischen Bezügen können auch neue wirtschaftliche Chancen erwachsen – Traditionen im Lehm- oder in der Chemieindustrie bieten Ansätze für neue wirtschaftliche Entwicklungen⁸¹⁹, aber dafür muss das Wissen über die Vergangenheit erst einmal vermittelt oder bewahrt werden.

„Identität funktioniert nur in der Beschäftigung mit der Geschichte, mit der eigenen Geschichte und ohne Geschichte kommt man da nicht weiter. [...] und da müssen wir heute ganz aufmerksam sein und gucken, kreativ sein, natürlich auch mit der entsprechenden Infrastruktur und Geld ausgestattet, schauen, dass wir die Kultur in den Dörfern tatsächlich lassen und dass wir da schöne Konzepte und schöne Projekte

⁸⁰⁷ B05, Pos. 77, 79

⁸⁰⁸ F01, Pos. 166

⁸⁰⁹ E01, Pos. 210

⁸¹⁰ E04, Pos. 216

⁸¹¹ E02, Pos. 64; F05, Pos. 60

⁸¹² F05, Pos. 99

⁸¹³ F01, Pos. 32; F04, Pos. 42

⁸¹⁴ F05, Pos. 99; F04, Pos. 105; H02, Pos. 54

⁸¹⁵ A04, Pos. 21

⁸¹⁶ F04, Pos. 199, vgl. Kapitel 3.6: das Akronym AGnES, das für Arztentlastende Gemeinde-nahe E-Health gestützte Systemische Intervention steht, erinnert an „Gemeindeschwester Agnes“, eine in der DDR beliebter Fernsehfilm rund um die Erlebnisse einer Gemeindeschwester, die in ihrem Bezirk Hausbesuche macht.

⁸¹⁷ E01, Pos. 76

⁸¹⁸ E05, Pos. 104; E06, Pos. 16; H08, Pos. 96

⁸¹⁹ H02, Pos. 139; H04, Pos. 8; H05, Pos. 30; H06, Pos. 36; H07, Pos. 188

*umsetzen und zwar nicht in einer Stadt, in der Nähe, wo alle hinreisen, sondern in den Ortschaften selbst.*⁸²⁰

*„Und ich glaube, das ist eine Form von Wertschätzung, die die Bewohnerinnen vor Ort zu schätzen wissen, weil sie sehr klar merken, das hat etwas mit mir zu tun. Da kann ich auch tatsächlich bewegen. Und da haben die ganz viel Lust drauf. und nicht nur die Kinder in der Kindereinrichtung, sondern auch ältere Damen und Herren, die aus ihrer Erfahrung als Bergarbeiterin auch noch berichten wollen und werden, um auch dieses Traditionswissen zu bewahren. Also, ich glaube, da ist noch... also diese Transformationsprozesse sind natürlich in die Geschichte zu gucken als auch in die Perspektive.“*⁸²¹

Eine lebendige Perspektive auf die Vergangenheit ist die Voraussetzung dafür, dass „teilweise Enkel die Höfe ihrer Großeltern übernehmen“ und „Rückkehrer, die Jahre irgendwo studiert und einige Jahre ganz woanders waren“, wieder zu Akteuren in ihren Heimatregionen werden.⁸²²

*„Und deshalb ist es ganz wichtig identitätsstiftende Maßnahmen fördern, die... die dann auch natürlich wirtschaftlich greifen, aber gerade die Bevölkerung mitnehmen und... und auch auf diesen... auf so einer kulturellen Ebene das Ganze angehen, ist eben wahnsinnig wichtig. Und eben nicht nur dieser wirtschaftliche Blick auf den Strukturwandel.“*⁸²³

Die vertrauensvolle Zusammenarbeit auch mit Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen kann Innovationspotentiale in der Region heben⁸²⁴ und „so durch den interdisziplinären Austausch wirklich neue Projektideen, die auch schon zu großen Projektideen herangewachsen sind“, entstehen lassen.⁸²⁵ Auch die Organisation regionaler Kongresse ist ein Weg, Orte der Begegnung zu schaffen⁸²⁶ Wenn es vor Ort gelingt, wirklich viele und die richtigen Akteure zum Beispiel in einem Netzwerk, einem Verein, Zweckverband oder einer Initiative zusammenzubringen, entstehen Innovationsräume, z.B. im Bereich Digitalisierung⁸²⁷, Klimaschutz⁸²⁸, Soziales⁸²⁹, Gesundheit⁸³⁰ oder Mobilität⁸³¹.

⁸²⁰ E05, Pos. 83

⁸²¹ H02, Pos. 54

⁸²² H04, Pos. 83

⁸²³ H07, Pos. 191

⁸²⁴ A03, Pos. 29

⁸²⁵ A03, Pos. 33

⁸²⁶ G05, Pos. 110

⁸²⁷ A02, Pos. 19; A03, Pos. 29

⁸²⁸ D01, Pos. 13; D03, Pos. 52, 56; D04, Pos. 25

⁸²⁹ C02, Pos. 206; C06, Pos. 41, 49

⁸³⁰ F03, Pos. 52; F04, Pos. 8

⁸³¹ G02, Pos. 34; G04, Pos. 98

6. Handlungsempfehlungen und Reflexion des Arbeitsprozesses

Die Durchführung von FG im Rahmen des Berichts zu Gleichwertigen Lebensverhältnissen mit den Erfahrungen der Menschen vor Ort, die aktiv an der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse beteiligt sind, war ein Experiment: methodisch, inhaltlich, organisatorisch. Sie hat einen Einblick in den reichen Erfahrungsschatz der Personen gewährt, die Deutschlands Regionen gestalten, die in ihren Heimatorten Verantwortung übernehmen und dazu beitragen, dass Menschen überall in Deutschland gute Lebensbedingungen vorfinden. „Gleichwertige Lebensverhältnisse sind die Basis für Vertrauen in unsere Demokratie und halten unser Land zusammen“⁸³² – dies wurde in den FG an vielen Stellen greifbar. Zugleich haben die Stakeholder die Gelegenheit genutzt, ihre Erfahrungen beim Einsatz von Bundesmitteln für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse zu schildern und Verbesserungsvorschläge zu entwickeln. Diese werden nachfolgend zu Handlungsempfehlungen kondensiert und abschließend das gewählte Verfahren der FG reflektiert.

6.1. Handlungsempfehlungen

Die nachfolgenden Handlungsempfehlungen wurden aus der Zusammenschau der in den vorangestellten Kapiteln dargestellten Ergebnisse der FG abgeleitet. Dabei wurden die von den Teilnehmenden geschilderten Stärken und Chancen vor Ort im Zusammenspiel mit der Wahrnehmung der Teilnehmenden zu den Förder-Aktivitäten des Bundes berücksichtigt. Auch die Anregungen, Verbesserungsvorschlägen und kritischen Anmerkungen der FG-Teilnehmenden waren somit die Grundlage für die Entwicklung der Handlungsempfehlungen.

Wie auch in den themen- und regionenübergreifenden Auswertungen in Kapitel 4 und 5 beruhen die fallübergreifenden Einschätzungen und Empfehlungen auf der qualitativen Inhaltsanalyse des Datenmaterials (siehe Kapitel 2). Das bedeutet, dass die auf Ebene der Regionen im Hinblick auf die Herausforderungen, aber auch Gelingensfaktoren kodierten Aussagen über alle FG hinweg miteinander verglichen wurden, um übergreifende Bedarfe zu identifizieren. Letztlich beziehen sich also alle Empfehlungen auf Aussagen von Teilnehmenden der FG und nicht nur jene, die explizit von Teilnehmenden formuliert worden sind, z.B. hinsichtlich der Kommunikation zwischen unterschiedlichen Verwaltungsebenen.

Der Schwerpunkt der durch Teilnehmende geäußerte oder direkt aus diesen Äußerungen abgeleiteten Empfehlungen liegt auf der Gestaltung von Bundesförderungen. Sie richten sich somit in erster Linie an den Bund, darüber hinaus auch an alle Akteure der Regionalpolitik. Sie sollen Anregungen für die Weiterentwicklung einer Politik für gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland geben.

Die Chancen zur Schaffung von Experimentierräumen nutzen

Eine große Chance der Projektförderung des Bundes besteht darin, Experimentierräume zu schaffen, in denen neue Lösungen entwickelt und erprobt werden. Damit diese Chance weitestgehend ausgeschöpft werden kann, sollten die Vorgaben der Förderung auch Spielräume für ungewöhnliche Herangehensweisen lassen. Das Potential von Flexibilität steht dabei in einem Spannungsfeld mit Anforderungen an eine möglichst konkrete und ziel-/wirkungsgesteuerten Förderung. Hier gibt es keine Patentrezepte, da Herausforderungen

⁸³² Bundesregierung, 2021, S. 101

oftmals individuell und regionsspezifisch sind und Lösungen entsprechend an die Begebenheiten vor Ort angepasst werden müssen. Innovation braucht Experimente und eine Kultur des Scheiterns ist wichtig für institutionelles Lernen und damit für Fortschritt. Zudem erscheint es sinnvoll, in Themenfeldern bzw. Zusammenhängen, in denen dies dem Fördergeber notwendig erscheint, von vornherein Experimentierklauseln für die Projektlaufzeit vorzusehen.

Förderungen einfach und flexibel gestalten

Die Entbürokratisierung der Förderbedingungen und ein erhöhtes Vertrauen in die Handelnden vor Ort kann die Wirksamkeit steigern, weil sich dadurch der Kreis der Antragstellenden vergrößern und diversifizieren würde. Insbesondere zivilgesellschaftliche Initiativen könnten einen leichteren Zugang zu Fördermitteln finden. Dabei ist vor allem eine größere Flexibilität in der Verwendung der bewilligten Mittel zu empfehlen, z.B. bei der Verschiebung von Personal- und Sachkosten von einem Jahr ins andere und der Umwidmung von Mitteln innerhalb der Fördersumme. Diese Flexibilität ist auch sinnvoll, weil durch die technologische Entwicklung die Mittelverwendung häufig nicht Jahre im Voraus exakt geplant werden kann. Ein anderer Weg für einfache und flexible Förderung ist die verstärkte Nutzung sehr niedrigschwelliger Verfahren wie z.B. Preisgelder oder ein Budget für Kleinförderungen, die dann über Netzwerke oder Gemeinden vergeben werden.

Projektlaufzeit entsprechend der gewünschten Zielsetzungen und Effekte bemessen

Komplexe Zielsetzungen im Hinblick auf Ergebnisse und Wirkungen von Projekten sind nicht mit kurzen Projektlaufzeiten vereinbar. Kurzfristige Projektlaufzeiten eignen sich für das Erzielen kurzfristiger Sichtbarkeit. Für strukturelle Wirkungen braucht es längere Laufzeiten und eine bewusst gestaltete Auslaufphase, die der Vorbereitung der Verstetigung ohne Fördermittel dient. In jedem Fall ist es wichtig, die Projekt- und Abrechnungszeiträume realistisch an den Projekten und ihren erwarteten Ergebnissen zu orientieren, und nicht an Haushaltsjahren. Das ist bei der gegenwärtigen Rechtslage jedoch nicht möglich. Sehr wichtig ist, das Förderende bewusst zu gestalten, um den abrupten Zusammenbruch der geförderten Strukturen zu vermeiden. Eine geordnete, strategisch geplante Auslaufphase mit degressiven Fördermitteln, wie es sie auch schon in einigen Förderprogrammen gibt, bietet die Chance, dass aus Projekten Schritt für Schritt unabhängige Strukturen aufwachsen, die von Förderung unabhängig funktionieren.

Die zeitliche Dimension von Antrags- und Bewilligungsprozessen sachgerecht gestalten

Die vorgesehenen Zeitabläufe für Antragstellung, Bewilligung, Durchführung und Abrechnung von Fördervorhaben müssen bewusst gestaltet werden und sich an sachlichen Kriterien orientieren. Für die Erarbeitung von Anträgen müssen die Antragstellenden genügend Zeit bekommen. Insbesondere wenn es um die Ausarbeitung umfassender Konzeptionen geht und viele Partner einbezogen werden sollen, werden die Fristen für die Antragstellung als zeitlich sehr knapp bemessen wahrgenommen. Grundsätzlich sind daher zweistufige Verfahren zu bevorzugen, bei denen zunächst eine kurze Skizze eingereicht wird und die Bewilligungschancen bei der anschließenden Ausarbeitung eines Vollantrags sehr hoch sind. Auch sollten Randbedingungen, wie z. B. Urlaubszeiten, bei Prozessen und Fristen bedacht werden, was aktuell, nach Eindruck der Teilnehmenden, noch nicht oder nicht durchgängig der Fall ist. Das Verhältnis zwischen der für die Konzeption aufgewendeten Zeit und der anschließenden Förderungsdauer muss adäquat gestaltet werden. Verzögerungen in den internen Abläufen der bewilligenden Behörden dürfen nicht an die Projektdurchführenden

weitergeben werden. Bei verzögerter Projektbewilligung muss auch die Projektlaufzeit entsprechend verlängert werden.

Grundsätzlich sollten Rückmeldungen zeitnah erfolgen und Förderentscheidungen schnell getroffen werden. Verzögerte Entscheidungen machen es sehr schwer, Fachpersonal zu gewinnen oder zu halten; gerade im ehrenamtlichen Bereich brechen Strukturen weg, wenn die Entscheidungsabläufe sich hinziehen. Falls lange Entscheidungswege nicht vermeidbar sind, können Vorschüsse solche Phasen überbrücken.

Die Verantwortung für die langfristige Wirkung der Förderung nicht allein auf die Projektkonsortien abwälzen

Die langfristige Wirksamkeit der Projektförderung ist eine zentrale Anforderung, für deren Umsetzung die Antragstellenden in Projektanträgen Vorschläge machen müssen. Faktisch liegt jedoch dadurch die Verantwortung für den dauerhaften Weiterbetrieb von entwickelten Lösungen allein bei den Projektkonsortien. Dies ist nicht ihre eigentliche Aufgabe und überfordert häufig, insbesondere wenn es um Angebote im Bereich der Daseinsvorsorge geht. Der Bund sollte hier im Rahmen seiner koordinierenden Funktion Mitverantwortung für die gewünschte langfristige Wirkung übernehmen, z. B. indem Anschlussförderungen gestaltet oder im Zusammenwirken von Bund und Ländern Lösungen für die Finanzierung und den Weiterbestand neu entwickelter Ansätze gefunden werden, die sich in der Projektförderung bewährt haben.

Förderrichtlinien und Abrechnungsmodalitäten einem Pretest unterziehen

Der zeitliche Aufwand bei der Beantragung und Abrechnung von Fördermitteln schreckt Akteure vor Ort ab, umso mehr, wenn Einzelregelungen nicht praxisingerecht gestaltet sind. Zwar kann nachlaufende Förderberatung hilfreich sein, sinnvoller wäre, schon früher anzusetzen und Förderungen einfach und praxisingerecht zu gestalten. Hierfür könnte ein „Pretest“ von neu aufgelegten Förderungen verpflichtend gemacht werden, bevor diese in großem Maßstab ausgerollt werden. Auch die Verständlichkeit von Richtlinien und Informationsmaterialien könnte dadurch überprüft werden und den nachfolgenden Beratungsaufwand minimieren. Vorphasen von Förderprogrammen, in denen nur wenige Pilotprojekte gefördert werden, könnten auch im Hinblick auf die administrative Gestaltung der Förderprogramme genutzt werden. Alternativ könnte eine Vorprüfung neu aufgelegter Programme z.B. durch ein Gremium regionaler oder kommunaler Fördermanagerinnen und Fördermanager erfolgen.

Förderbestimmungen und Förderrichtlinien zwischen Bund und Ländern besser aufeinander abstimmen

Vor der Konkretisierung von Förderstrategien und Förderrichtlinien des Bundes sollte eine möglichst eingehende Recherche bestehender Förderungen auf Landes- und kommunaler Ebene stehen, damit gezielt Synergien genutzt werden können, z.B. für komplementäre Förderungen, Möglichkeiten der Anschlussfinanzierung, Weiterförderung bestehender Ansätze, um sie auf eine höhere Ebene zu bringen („next level“). Auch sollten dadurch ungewollte und unerwünschte Wirkungen minimiert werden, die z.B. durch Ausschluss bestimmter Konstellationen entstehen, welche sich aber vor Ort als wirksam erwiesen haben.

Bidirektionale Kommunikation zur Förderung zwischen Regional-, Landes- und Bundesebene ermöglichen

Es ist wichtig, nicht nur Informations- und Kommunikationswege von der Bundes- auf die Landes- und regionale Ebene zu gewährleisten, z. B. in Form von guter Fördermittelberatung, sondern auch den Rückfluss regionalen Wissens auf die Bundesebene sicherzustellen. Die Förderpolitik sollte nicht nur top-down, d. h. abgeleitet aus übergeordneten politischen Zielsetzungen, sondern auch bottom-up, d. h. abgeleitet aus bestehenden Erfahrungen und Förderstrukturen vor Ort entwickelt werden. Hierbei könnten Ansprechpersonen des Bundes mit regionaler Zuständigkeit, möglicherweise auch vor Ort angesiedelt, hilfreich sein, weil sie die Verhältnisse in den Regionen genauer kennen und diese Kenntnisse in die Gestaltung der Strukturpolitik des Bundes einbringen könnten. Darüber hinaus braucht es weitere Formate, durch die systematisch ein Austausch mit der Kommunalebene und somit auch ein Rückfluss des regionalen Wissens auf die Bundesebene ermöglicht wird. Die FG sind hierfür ein wichtiger erster Schritt gewesen.

Serviceangebote für die Beantragung und Umsetzung von Projekten aus Bundesförderung erweitern

Bestehende Angebote der Beratung und Unterstützung könnten durch unaufwändige Maßnahmen ergänzt werden, wie z. B. cloud-basierte Wissensplattformen, auf denen der Fördermittelgeber grundlegende Daten und Literatur zusammenstellt. Auf regionaler Ebene wäre es wünschenswert, dass auch Kommunen und Landkreise Förderlotsinnen und -lotsen installieren, die als Schnittstelle zwischen Bundesförderung und regionalen Antragstellenden fungieren und sowohl die regionalen Stakeholder und möglichen Projektpartnerinnen und -partner kennen wie auch die Anforderungen der Bundesförderung und die möglichen Synergien mit Landes- und regionalen Programmen.

Die Entstehung von Netzwerken gezielt fördern

Vernetzung unterstützt die regionale Entwicklung besonders stark insbesondere, wenn Akteure aus unterschiedlichen Sektoren (Verwaltung und Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft) aufeinandertreffen. Die Chance, voneinander zu lernen, ist in Netzwerken besonders groß, wenn sie kommunen-, regionen- oder länderübergreifend aufgestellt sind und verschiedene Ebenen zusammentreffen. Daher sollte Förderung immer auch Geldmittel und Personalressourcen für Vernetzungsaktivitäten umfassen. Ein gezieltes Netzwerkmanagement zur Schaffung dauerhafter regionaler Netzwerke ist dafür ebenfalls hilfreich. Die Aufgabe des Bundes sollte sein, einen bundesweiten Austausch von thematisch ähnlich arbeitenden Projekten zu initiieren, damit fachlicher Austausch, Wissenstransfer und Übertragungsinnovationen die Wirkung von Projektförderung verstärken.

Die engagierte Zivilgesellschaft besser in die Projektdurchführung integrieren

Regionale Entwicklungsprojekte profitieren von der Zusammenarbeit und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort. Ehrenamtlich Engagierte erreichen bestimmte Zielgruppen leichter und können mehr Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Deshalb muss die Einbeziehung ehrenamtlichen Engagements und der Zivilgesellschaft in Projektkonzeption und -durchführung ermöglicht bzw. vereinfacht werden. Hierzu gehört, dass Eigenanteile der Geförderten auch über die Anrechnung ehrenamtlich erbrachter Leistungen dargestellt werden können. Weiterhin müssen die Vorgaben für die Projektförderung so gestaltet sein, dass auch ehrenamtlich getragene Projekte davon profitieren oder als Kooperationspartner gefördert werden und mitwirken können. Dafür ist wichtig, dass keine für Ehrenamtliche unerreichbare

Niveaus an Eigenmitteln, Mindestsummen, formaler Qualifikation oder vorhandener personeller und sächlicher Ausstattung Förder voraussetzung sind. Förderziele sollten nicht zu eng formuliert sein, sondern Raum für regionale Besonderheiten und bereits vorhandenes Engagement lassen. Ehrenamtlich getragene Projekte brauchen auch mehr Unterstützung bei der verwaltungstechnischen Abwicklung von Projekten.

Bürger- und Stakeholder-Beteiligung zur Qualitätsverbesserung der Programme nutzen

Bei der Entwicklung von Förderprogrammen und Richtlinien sollte das regional vorhandene Wissen aus Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft eingebunden werden. Deshalb sollte die Programmentwicklung grundsätzlich partizipativ erfolgen. Geeignete Beteiligungsformate zur Einbeziehung des Wissens der Regionen sollten systematisch schon in der Konzeptentwicklung vorgesehen werden. So kann die praktische Relevanz und die Passfähigkeit an regionale Bedingungen verbessert werden. Ebenso sollte die partizipative Projektentwicklung und -durchführung vor Ort ein Kriterium für Förderfähigkeit werden, weil dadurch die Umsetzung und Verankerung der Projekte und ihrer Verstetigung vor Ort besser gelingen kann.

6.2. Abschließende Reflexionen

Im letzten Kapitel des Ergebnisberichts wird das empirische Vorgehen im Projekt reflektiert und analysiert, um Hinweise zu gewinnen, wie die Methodik weiterentwickelt werden kann. Zum einen dient dies der Auseinandersetzung mit der Umsetzung des Formats im vorliegenden Fall, zum anderen sollen dadurch Anhaltspunkte für eine mögliche zukünftige Weiterentwicklung des methodischen Vorgehens geliefert werden.

Teilnehmenden-Rekrutierung

Die zur Rekrutierung von Teilnehmenden angewandte Strategie (siehe Kapitel 2.3) erwies sich grundsätzlich als erfolgreich und führte zu einer diversen Besetzung der einzelnen FG (siehe Anhang A). Wie im Kapitel 3 dargestellt, gab es aber auch vereinzelt Perspektiven, die in den FG ggf. unterrepräsentiert waren bzw. für deren Verdeutlichung der Teilnehmendenkreis hätte erweitert werden können. Einige eingeladene Akteurinnen und Akteure sahen mit Verweis auf Zeitmangel und die relative Kurzfristigkeit der Anfrage, aber auch mangels finanzieller Anreize (z.B. Aufwandsentschädigung, Honorar, nicht-monetäre Anreize) von einer Teilnahme ab.⁸³³ Vor diesem Hintergrund könnten folgende Aspekte den Rekrutierungsprozess weiter begünstigen: (1) Bei der Wahl des Termins für die Durchführung der FG sollten möglichst Ferienzeiten und Feiertage in den Bundesländern (stärker) berücksichtigt werden. (2) Eine frühzeitige Einladung der Teilnehmenden reduziert Terminkonflikte, die zur Absage führen könnten. (3) Die Wertschätzung für die Teilnahme könnte in zusätzlichen Angeboten für die angefragten Personen Ausdruck finden, wie bspw. einer zusätzlichen Hotelübernachtung. (4) Für Personen, die sich ehrenamtlich im Themenfeld engagieren könnten spezielle Konditionen für die Teilnahme gelten, so dass diese bspw. eine Aufwandsentschädigung erhalten können und die Inklusion diverser Perspektiven in den FG erhöht wird. (5) Bei der Rekrutierung von Teilnehmenden könnte der Antizipation möglicher Teilnehmenden-Perspektiven ein stärkeres Gewicht zugemessen werden. Hierzu zählen entsprechende Überlegungen einer gezielten Ansprache von Teilnehmenden, um das angestrebte Portfolio sicherzustellen. (6) Steht die

⁸³³ Diese Rückmeldungen erhielt das mit der Rekrutierung befasste Projektteam.

Förderpolitik des Bundes und die Präsenz entsprechend geförderter Projekte im Fokus des Gesprächs, könnte eine direkte Ansprache von Projektträgern durch die Fördermittelgeber die Motivation zur Teilnahme erhöhen.

Organisation der Fokusgruppen

Die FG wurden in Berlin durchgeführt. Der Veranstaltungsort bot für einige der Teilnehmenden einen zusätzlichen Attraktionsfaktor, er war für einige zudem auch verkehrlich besonders gut erreichbar. Teilnehmende Personen aus dem Saarland, Schwarzwald oder dem Regierungsbezirk Schwaben, mussten für die An- und Abreise allerdings jeweils einen zusätzlichen Tag aufwenden. Dies konnten nicht alle Teilnahme-Interessierten ohne weiteres auf sich nehmen, zumal diese Zeit in der Regel eine Einbuße an Arbeitszeit darstellte. In diesem Zusammenhang könnte daher die Durchführung dezentraler FG, direkt in den Regionen eine Alternative bieten. Die Reduktion der notwendigen Reisezeit könnte zu Inklusion im Prozess beitragen und besonders ehrenamtlich Engagierten entgegenkommen. Je nach Ausrichtung des Erkenntnisinteresses in zukünftigen Vorhaben, wären auch weitere Varianten bzgl. der Umsetzung der FG denkbar: Sollte die Förderpolitik erneut im Fokus stehen, könnten zu diesem einen Thema FG in verschiedenen Regionen durchgeführt werden. Auf diese Weise könnten die Aussagen der Teilnehmenden stärker verdichtet und noch profundere Erkenntnisse generiert werden. Denkbar wäre aber auch, eine vertiefte Fallstudie einer Region, mit welcher verschiedene Handlungsfelder der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse mit Teilnehmenden aus einer Region diskutiert werden. Zuletzt sollte im Hinblick auf die Durchführung unbedingt darauf geachtet werden, dass die Anzahl der Teilnehmenden an die Dauer der FG angepasst ist, so dass möglichst alle Personen einen angemessenen Sprechanteil erhalten können.

Fokusgruppen als methodischer Zugang

Nach den praktischen Hinweisen folgt nun eine Bewertung des methodischen Vorgehens im Allgemeinen. Das gewählte Format der FG (siehe Kapitel 2) hat sich als passende Methode bewährt, um Erkenntnisgewinne im Hinblick auf die im Vorhaben zu bearbeitenden Fragestellungen (siehe Kapitel 2.1) zu generieren. Dazu zählte bspw. die Frage nach in den Regionen umgesetzten Maßnahmen sowie durch die Bundesförderung angestoßene regionale Entwicklungen, insbesondere aber auch die Erhebung von Unterstützungsbedarfen vor Ort. Bei der Sammlung und Diskussion themenspezifischer Best Practice Beispiele stößt das Format allerdings an Grenzen, da die Gruppendynamik sowie die Vielzahl der Projektausrichtungen und vertretenen Perspektiven hier lediglich eine oberflächliche Darstellung erlaubt.

Neben diesem Erkenntnisinteresse wurde mit dem Vorhaben auch ein Diskursinteresse im Sinne von Open Government verfolgt: Lokal engagierte Akteure sollten die Gelegenheit bekommen, dem Bund Feedback zur Ausrichtung seiner politischen Maßnahmen zu geben, um über diesen Input neue Handlungsansätze zu liefern. Das gewählte methodische Vorgehen eignete sich sehr gut für diesen Zweck, insbesondere im Hinblick auf Erfahrungen mit der Förderpolitik des Bundes (siehe Kapitel 4). In den Kommunen engagierten Menschen kamen in den FG in den Austausch und zeigten, wie sich die Bundesförderung aus ihrer Sicht gestaltet. Daran anknüpfend schließt sich eine der wichtigsten Wirkungen der FG an, die weit über den eingangs skizzierten Wissenszuwachs hinausgeht: Die Akteure, die sich in ihren Regionen für die Herstellung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse einsetzen, empfanden die Einladung als eine Wertschätzung. Dabei spielte auch die Sichtbarmachung

ihrer Arbeit und deren Relevanz eine Rolle: Das BMI als Vertreter des Bundes vermittelte bereits im Vorfeld der FG glaubhaftes Interesse an der Expertise, den Erfahrungen und Einschätzungen der Teilnehmenden. Im Rahmen von Förderprogrammen haben die Akteure häufig die Rolle der Antragstellenden bzw. Projektdurchführenden inne. Die Kommunikation wird hier eher als unidirektional, vom Bund in Richtung regionale Akteure, empfunden (siehe z.B. Kapitel 4.4). Dahingegen boten die FG einen Kanal, über den, gemeinsam mit anderen Engagierten aus der Region, um Rückmeldung an die Bundesebene zu geben. Durch die Anerkennung als Wissensträgerinnen und Wissensträger, nehmen sich die Teilnehmenden als Agenten des Wandels und nicht „nur“ als Antragsstellende oder Projektverantwortliche wahr. Nachfolgende Aussagen⁸³⁴ der Teilnehmenden unterstreichen die obigen Ausführungen zur wahrgenommenen Wertschätzung und der Möglichkeit zur Rückmeldung von Erfahrungen:

„Ich habe das Gefühl, hier wird sich wirklich bemüht, die Probleme vor Ort hautnah zu erleben und auch festzuhalten.“ (FG Mobilität und ÖPNV)

*„Ich bin sehr, sehr dankbar, dass der Gesetzgeber ein offenes Ohr hat.“
(FG Gesundheit und Pflege)*

„Dass man Leute aus dem operativen Umsetzungsgeschehen gehört hat, finde ich wichtig, weil das ist etwas, was mich schon lange beschäftigt. Wo sind deren Foren, wo sind deren Möglichkeiten, die Erfahrungswerte weiterzugeben, die ganz nahe an dem sind, wo das alles passiert?“ (FG Fachkräfte und Integration)

„Es war tatsächlich eine sehr starke Runde, mit vielen wirkungsvollen Argumenten und auch Lösungswegen. Und ich denke, wenn das Eingang findet in diesem Bericht, dann kann daraus ein gutes Werkzeug werden, um die gleichwertigen Lebensverhältnisse auch zu erzielen.“ (FG Strukturwandel und Strukturstärkung)

„Ich persönlich halte qualitative Forschung für extrem sinnvoll. Ich glaube, wir leben in einer Zeit, wo sehr viel mit Zahlen gearbeitet wird, weil wir sehr viel Zahlen haben. Und das Problem daran ist aber, dass davon vor allem Mehrheiten gesehen werden. Und ich glaube, gerade wenn wir über Gleichwertigkeit sprechen, geht es nicht darum, die Mehrheit abzubilden, sondern es geht darum, Personengruppen, die sowieso schon viele Hürden haben, weil sie nicht zur Mehrheit gehören, dass die gehört werden. Und ich glaube, dafür ist das sehr, sehr wertvoll.“ (FG Fachkräfte und Integration)

Das letzte Zitat verdeutlicht einen weiteren Vorteil qualitativer Forschung und des gewählten Formats: Es werden Einblick in Erfahrungen und Meinungsbilder ermöglicht, über die es gelingt, die eigenen Wirklichkeiten der Teilnehmenden zu erfassen.

Der im Vergleich zu anderen Methoden, wie bspw. Erhebungen über standardisierte Fragebögen, stärker partizipative und auf Austausch ausgerichtete Ansatz des Instruments der FG hat zudem eine weitere Wirkung, die über Generierung von Wissen im Hinblick auf den Bericht hinausgeht: Die Teilnehmenden haben Gelegenheit, sich mit anderen Akteuren ihres Themenfelds zu vernetzen. Jenseits der Beziehungen, die so zukünftig entstehen können, eröffnen die FG einen Reflexionsraum, so dass sich bereits der Austausch an sich motivierend auswirken kann und neue Impulse für das eigene Handeln gegeben werden. Dies wird unter anderem durch folgende Zitate von Teilnehmenden anschaulich illustriert:

⁸³⁴ Bei den angeführten Zitaten handelt es sich um Aussagen der Teilnehmenden, die dem Projektteam im Nachgang der FG schriftlich erreichte oder die Rahmen der Aufnahme von Statements für die Öffentlichkeitsarbeit des BMI geäußert wurden.

„Ich glaube, wir müssen uns, egal bei welchem Thema, immer wieder hinterfragen ‘sind wir auf dem richtigen Weg? Erreichen wir das Ziel?’ und das können wir nun mit solchen Runden erreichen.“ (FG Digitale Teilhabe)

„Man ist in der Summe immer klüger als allein.“ (FG Klima und Umwelt)

„Für mich war es schön zu sehen, dass wir alle an einem Strang ziehen und allen den Patienten, den Klienten im Blick haben. Und wir wollen alle etwas auf die Beine stellen.“ (FG Gesundheit und Pflege)

„Wir werden alle hoch motiviert in unser kleines Bundesland fahren und versuchen, weiter für unsere Themen einzustehen und miteinander zu kollaborieren.“ (FG Digitale Teilhabe)

„Und ich habe heute eine ganze Menge mitgenommen an Ideen, die jetzt in unsere zukünftigen Diskussionen mit einfließen werden.“ (FG Nahversorgung und Kulturelle Teilhabe)

„Den Tag [...] der Fokusgruppengespräche für den Gleichwertigkeitsbericht habe ich als Bereicherung empfunden und viele gute Eindrücke mit nach Hause genommen. Ich freue mich, dass ich hier teilnehmen durfte [...].“ (FG Klima und Umwelt)

„Ich verlasse diese Veranstaltung mit sehr vielen neuen Impulsen und Kontakten. Wir haben uns gefunden und ich kann sagen, dass wir da neue, tolle Projekte noch mal auf die Beine stellen können.“ (FG Nahversorgung und Kulturelle Teilhabe)

7. Literaturverzeichnis

- Agora Energiewende. (2016). *Was bedeuten Deutschlands Klimaschutzziele für die Braunkohleregionen? Eine Analyse auf Basis der Elf Eckpunkte für einen Kohlekonsens*.
https://static.agora-energiewende.de/fileadmin/Projekte/2015/Kohlekonsens/Agora_Braunkohleregionen_WEB.pdf
- AllWeDo e.V. (2022). *Klimabürger:innenrat Region Freiburg: Gutachten*.
<https://www.allwedo.eu/post/klima-b%C3%BCrger-innen-rat-region-freiburg>
- Alscher, M., Priller, E., & Burkhardt, L. (2021). Zivilgesellschaftliches Engagement. In Destatis, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) & Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) (Hrsg.), *Datenreport 2021. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland* (S. 399–407). Bundeszentrale für politische Bildung.
https://www.wzb.eu/system/files/docs/sv/k/kap_11_dr2021.pdf
- BA. (2023). *Arbeits- und Fachkräfte für Deutschland. Gemeinsame Chancen nutzen*.
https://www.arbeitsagentur.de/datei/dok_ba022515.pdf
- BA. (2024). *Dortmund, Agentur für Arbeit*. <https://statistik.arbeitsagentur.de/Auswahl/raeumlicher-Geltungsbereich/BA-Gebietsstruktur/AA/333-AA-Dortmund.html>
- BBSR. (2021a). *Siedlungsstruktureller Kreistyp*.
<https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/raubeobachtung/Raumabgrenzungen/deutschland/kreise/siedlungsstrukturelle-kreistypen/kreistypen.html>
- BBSR. (2021b). *Referenztabellen Deutschland BBSR Raumgliederung*.
<https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/raubeobachtung/downloads/raumgliederungen-referenzen-2021.xlsx?blob=publicationFile&v=2>
- BBSR. (2022). *Revier ist nicht gleich Revier. Die Bedeutung von Raumstrukturen für die Transformation der Braunkohleregionen in Deutschland*. <https://d-nb.info/129421862X/34>
- BBSR. (2024). *Laufende Raubeobachtung des BBSR – INKAR*. <https://www.inkar.de/>
- Berner, F., Endter, C., & Hagen, C. (2020). *Altersstruktur der Bevölkerung im Saarland*. BMFSFJ.
<https://www.demografie-portal.de/DE/Fakten/bevoelkerung-altersstruktur-saarland.html>
- BMAS. (2022). *Fachkräftestrategie der Bundesregierung*.
<https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/fachkraeftestrategie-der-bundesregierung.pdf?blob=publicationFile&v=8>
- BMBF. (2024). *Fake News erkennen, verstehen, bekämpfen*.
<https://www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/kurzmeldungen/de/2022/02/fake-news-bekaempfen.html>
- BMBF. (o.J.). *Definition und Verständnis des Begriffes „Region“ in den Programmen WIR!, RUBIN, REGION.innovativ und T!Raum*. https://www.innovation-strukturwandel.de/strukturwandel/shareddocs/downloads/files/innovation-und-strukturwandel_definition-region.pdf?blob=publicationFile&v=2
- BMEL. (2023a). *Land.digital. Chancen der Digitalisierung für ländliche Räume, Erkenntnisse im Detail (BULE plus, Bundesprogramm ländliche Entwicklung und regionale Wertschöpfung)*.
<https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/land-digital-band1.pdf?blob=publicationFile&v=3>
- BMEL. (2023b). *Digitales Land – so gelingt's! - Erfahrungen aus der BULEplus-Fördermaßnahme Land.Digital*. <https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/land-digital-band2.html>

- BMEL. (2023c). *Der Weg in die digitale Zukunft, Land.Digital: Wie aus innovativen Ideen digitale Chancen für ländliche Räume werden, zeigen Modellprojekte aus dem BULEplus*. <https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/land-digital-band3.html>
- BMFSFJ. (2020). *Achter Altersbericht. Ältere Menschen und Digitalisierung*. <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/159704/3dab099fb5eb39d9fba72f6810676387/achter-altersbericht-aelttere-menschen-und-digitalisierung-data.pdf>
- BMI. (2021). *Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“*. <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/schwerpunkte/DE/kommission-gleichwertige-lebensverhaeltnisse/kom-gl-artikel.html>
- BMI, BMEL & BMFSFJ. (2019). *Plan für Deutschland – Gleichwertige Lebensverhältnisse überall*. BMI. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/heimat-integration/gleichwertige-lebensverhaeltnisse/unser-plan-fuer-deutschland-langversion-kom-gl.pdf?__blob=publicationFile&v=5
- BMI, BMEL & BMFSFJ. (2021). *Politik für gleichwertige Lebensverhältnisse. Zwischenbilanz der 19. Legislaturperiode*. https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/zwischenbilanz-gl.pdf?__blob=publicationFile&v=3
- BMVI. (2015). Sicherung des Fachkräfteangebotes im ländlichen Raum. *MORO Praxis*, 2015(1). https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/ministerien/moro-praxis/2015/DL_MORO_Praxis_1_15.pdf?__blob=publicationFile&v=2
- BMVI. (2021). *Aktuelle Breitbandverfügbarkeit in Deutschland (Stand Mitte 2021)*. https://bmdv.bund.de/SharedDocs/DE/Publikationen/DG/breitband-verfuegbarkeit-mitte-2021.pdf?__blob=publicationFile
- BMWi. (2021). *Erster Bericht der Bundesregierung zum Gesamtdeutschen Fördersystem für strukturschwache Regionen. Bestandsaufnahme und Fortschrittsbericht der regionalen Strukturförderung in Deutschland*. https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/erster-bericht-der-bundesregierung-zum-gesamtdeutschen-foerdersystem-fuer-strukturschwache-regionen.pdf?__blob=publicationFile&v=1
- BMWK. (2022). *Digitalisierung*. <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Dossier/digitalisierung.html>
- BMWK. (2024a). *Koordinierungsrahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) ab 1. Januar 2024*. https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/J-L/koordinierungsrahmen-gemeinschaftsaufgabe-verbesserung-regionale-wirtschaftsstruktur.pdf?__blob=publicationFile&v=3
- BMWK. (2024b). *Willkommenslotsen*. <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Artikel/Wirtschaft/willkommenslotsen.html>
- Bohnsack, R. (2005). Gruppendiskussion. In U. Flick, E. von Kardorff & I. Steinke (Hrsg.), *Qualitative Forschung. Ein Handbuch* (S. 369-383). Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Boieck, M., Klünder, H., & Langguth, F. (2021). *Von der Idee zum Projekt – wie eine interkommunale Förderscouting-Plattform Verwaltungsmitarbeitende in Kommunalverwaltungen entlastet*. *BMWSB*. <https://www.region-gestalten.bund.de/Region/DE/einblicke/2212/vioel.html>
- Braun, S. (2002). Soziales Kapital, sozialer Zusammenhalt und soziale Ungleichheit. *Politik und Zeitgeschichte B*, 29(30). <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/26805/soziales-kapital-sozialer-zusammenhalt-und-soziale-ungleichheit/>
- Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. (2023). *Altersstruktur der Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern*. Bund Länder Demografieportal. <https://www.demografie-portal.de/DE/Fakten/bevoelkerung-altersstruktur-mecklenburg-vorpommern.html>

- Bundesregierung. (2021). *Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag der SPD, FDP und Bündnis90/Die Grünen für die Legislaturperiode 2021-2025*. https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf
- Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (2016). *Duden Wirtschaft von A bis Z: Grundlagenwissen für Schule und Studium, Beruf und Alltag*. Bibliographisches Institut. <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/lexikon-der-wirtschaft/19640/humankapital/>
- Burstedde, A., Hickmann, H., Schirner, S., & Werner, D. (2021). Ohne Zuwanderung sinkt das Arbeitskräftepotenzial schon heute: Mehr Renteneintritte als Nachwuchs-Arbeitskräfte überall. In *IW-Report 25/2021*. Institut der deutschen Wirtschaft. <http://hdl.handle.net/10419/236543>
- Büttner, T., & Ebertz, A. (2007). Lebensqualität in den Regionen: Erste Ergebnisse für Deutschland. *ifo Schnelldienst* 60(15). 13-19. <https://www.ifo.de/publikationen/2007/aufsatz-zeitschrift/lebensqualitaet-den-regionen-erste-ergebnisse-fuer>
- Dahlbeck, E., Flögel, F.; Milbert, A., & Neu, M. (2022). Gleichwertige Lebensverhältnisse – ein Messkonzept regionaler Lebensverhältnisse. *IAT Discussion Paper*, 22(03). https://www.iat.eu/discussionpapers/download/IAT_Discussion_Paper_22_03.pdf
- Dankwart, S., & David, A. (2011). Die Rolle von Netzwerken bei der Sicherung und Gewinnung von Fachkräften. *Forschung Aktuell* 2011(09). <https://www.econstor.eu/obitstream/10419/57240/1/69017893X.pdf>
- Darian, S., Völker, H., Diring, J., & Kirchoff, G. (2022). *Handreichung Regionale Kulturarbeit*. TRAFÖ & Difu. https://www.trafo-programm.de/downloads/220623_TRAFO_Handreichung2022_A4_sw_easy_to_print_final.pdf
- Destatis. (2024). *Bevölkerung im Erwerbsalter sowie Seniorinnen und Senioren*. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Demografischer-Wandel/Aspekte/demografie-altenquotient.htm>
- Destatis. (2023). *Kreisfreie Städte und Landkreise nach Fläche, Bevölkerung und Bevölkerungsdichte am 31.12.2022*. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Regionales/Gemeindeverzeichnis/Administrativ/04-kreise.html>
- Destatis. (2022). *Kulturfinanzbericht 2022*. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Kultur/Publikationen/Downloads-Kultur/kulturfinanzbericht-1023002229004.pdf?blob=publicationFile>
- Detlefs, J. (2023). *Gemeinsam mobil machen*. IHK Schleswig-Holstein. <https://www.ihk.de/schleswig-holstein/ihk-magazin/verkehr-infrastruktur/fl-oktober-2023-arbeitsgemeinschaft-nordfriesland-5929548>
- Deutscher Bundestag. (2002). Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. *Deutscher Bundestag Drucksache 14/8900*. <https://dserver.bundestag.de/btd/14/089/1408900.pdf>
- Deutscher Bundestag. (2019). Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt. *Deutscher Bundestag Drucksache 19/14977*. <https://dserver.bundestag.de/btd/19/149/1914977.pdf>
- Deutschlandatlas. (2020). *Wie wir uns bewegen: PKW - Zentraler Orte*. <https://www.deutschlandatlas.bund.de/DE/Karten/Wie-wir-uns-bewegen/106-PKW-Zentraler-Orte.html>
- Döhner H., Gerlach, A., Köpke, S., & Lüdecke, D. (2011). *Wissenschaftliche Begleitung der Pflegestützpunkte in Hamburg. Abschlussbericht*. Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG).

<https://www.hamburg.de/contentblob/2857602/ca704b6f9b235ec71545b02272ce47f8/data/abschlussbericht-pflegestuetzpunkte-2011-03.pdf>

- Dortmunder Statistik. (2021). *Bürger*innenbefragung zum Wirkungsorientierten Haushalt 2020*. https://www.dortmund.de/dortmund/projekte/rathaus/verwaltung/stadtkaemmerei/downloads/wirkungsmonitor/gesamtergebnisse_buerger_innen_befragung_2020.pdf
- Dortmunder Statistik. (o.J.). *Dortmund auf einen Blick*. Stadt Dortmund. <https://www.dortmund.de/rathaus/verwaltung/dortmunder-statistik/>
- Dürrenberger, G., Kastenholz, H., & Behringer, J. (1999). Integrated assessment focus groups: Bridging the gap between science and policy? *Science and Public Policy*, 26(5), 341-349. <https://doi.org/10.3152/147154399781782257>
- Ebert, O. (2018). Engagiert für Demokratie – Herausforderung und Perspektiven in Ostdeutschland. In A. Klein, R. Sprengel, J. Neuling (Hrsg.), *Engagement und gesellschaftlicher Zusammenhalt. Der Beitrag der Zivilgesellschaft* (S.99-105). Wochenschau Verlag.
- Ebeling, M., Mühlichen, M., Talbäck, M., Rau, R., Goedel, A., & Klüsener, S. (2024). Disease incidence and not case fatality drives the rural disadvantage in myocardial-infarction-related mortality in Germany. *Preventive Medicine* 179. <https://doi.org/10.1016/j.ypmed.2023.107833>
- Erlinghagen, M. (2013). Ehrenamt. In S. Mau & N. Schöneck (Hrsg.), *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands* (S. 199-213). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-531-18929-1_13
- European Energy Award. (o.J.). *Ausgezeichnet 2023*. <https://www.european-energy-award.de/kommunen/ausgezeichnet>
- Evers, A. (2015). *Freiwilliges Engagement und politische Partizipation. Auf der Suche nach Verbindungen*. In Bundesnetzwerk Bürgergesellschaftliches Engagement (Hrsg.), *Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland 1/2015*. https://www.b-b-e.de/fileadmin/Redaktion/05_Newsletter/01_BBE_Newsletter/bis_2017/2015/nl01_thesenpapier_evers.pdf
- EWS. (o.J.). *Die Geschichte der EWS*. <https://www.ews-schoenau.de/ews/geschichte/>
- Funcke, A., & Menne, S. (2023). *Kinder- und Jugendarmut in Deutschland. Factsheet*. Bertelsmann Stiftung. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Familie_und_Bildung/Factsheet_BNG_Kinder-und_Jugendarmut_2023.pdf
- FreiwilligenAgentur Dortmund. (o.J.). *Fördermöglichkeiten*. <https://www.freiwilligenagenturdortmund.de/foerdermoeglichkeiten/>
- FVA. (2023). *Waldzustandsbericht 2023*. Baden-Württemberg Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz. https://www.fva-bw.de/fileadmin/publikationen/wzb/wzb2023_Internet.pdf
- Geuter, G., Beiwinkel, T., Oesterle, L., Reyer, M., Bödeker, M., Haack, M., Scriba, S., & Preuss, M. (2024). Der Beitrag von Gesundheitskonferenzen und Gesundheitsregionen zu regionaler Planung und Steuerung im Gesundheitswesen – ein Überblick auf Ebene der Bundesländer. *Das Gesundheitswesen* 2024; 86(01), 67–86. <https://doi.org/10.1055/a-2098-3496>
- Gipp, C., Brenck, A., & Schiffhorst, G. (2020). *Zukunftsfähige öffentliche Mobilität außerhalb von Ballungsräumen. Konzeption einer Angebots- und Organisationsmodernisierung*. ADAC e.V. https://assets.adac.de/image/upload/v1581494746/ADAC-eV/KOR/Text/PDF/zukunftsfaeheige-oeffentliche-mobilitaet-ausserhalb-von-ballungsraeumen_ADAC_Studie_kkr955.pdf

- Goch, S. (2001). Das Ruhrgebiet: die Entstehung einer Region? *Geographische Revue*, 3(1), 23-42. https://publishup.uni-potsdam.de/opus4-ubp/frontdoor/deliver/index/docId/2230/file/gr1_01_Ess02.pdf
- Graichen, P. (2003). *Kommunale Energiepolitik und die Umweltbewegung: Eine Public-Choice-Analyse der »Stromrebell« von Schönau*. Campus Verlag.
- Grave, J. (2014). Regionale Kulturförderung. In W. Schneider (Hrsg.), *Weißbuch Breitenkultur - Kulturpolitische Kartografie eines gesellschaftlichen Phänomens am Beispiel des Landes Niedersachsen* (S.45- 55). Universitätsverlag Hildesheim. <https://www.uni-hildesheim.de/bibliothek/forschen-publizieren/publizieren/universitaetsverlag/verlagsprogramm/publikation-im-universitaetsverlag/?lfsid=350&cHash=d9a8b4c11f2fff6455f01a63e4d26e43>
- Heider, B., Scholz, B., Siedentop, S., Radzyk, J., Rönsch, J., & Weck, S. (2023). *Ungleiches Deutschland. Sozioökonomische Disparitäten 2023, Wissenschaftlicher Hintergrundbericht*. FES diskurs. <https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/20535.pdf>
- Helbig, M., & Salomo, K. (2021). *Eine Stadt-getrennte Welten? Sozialräumliche Ungleichheiten für Kinder in sieben deutschen Großstädten*. Heinrich-Böll-Stiftung, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) & Deutsches Kinderhilfswerk (DKHW). https://www.boell.de/sites/default/files/2021-04/Eine%20Stadt%20%E2%80%93%20getrennte%20Welten_%20-%20finished_0.pdf
- Helfferich, C. (2011). *Die Qualität qualitativer Daten*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Huxhold, O., & Otte, K. (2019). *Internetzugang und Internetnutzung in der zweiten Lebenshälfte*. DZA Aktuell. Deutsches Zentrum für Altersfragen. https://www.dza.de/fileadmin/dza/Dokumente/DZA_Aktuell/DZAAktuell_Internetnutzung_fin.pdf
- IAB. (2021). *Demografische Entwicklung lässt das Arbeitskräfteangebot stark schrumpfen*. IAB-Kurzbericht. <https://doku.iab.de/kurzber/2021/kb2021-25.pdf>
- IHK Schwaben. (2023). *Wirtschaftskraft. Bruttoinlandsprodukt & Bruttowertschöpfung*. <https://www.ihk.de/schwaben/produktmarken/meine-region/regionale-statistiken/bruttoinlandsprodukt-5276002>
- Infodienst Landwirtschaft - Ernährung - Ländlicher Raum. (o.J.) *Naturräume Baden-Württembergs: Schwarzwald*. Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg (MLR). <https://lr.landwirtschaft-bw.de/Lde/Startseite/Allgemeines/Schwarzwald>
- Initiative D21. (2024). *D21-Digital-Index 2023/2024. Jährliches Lagebild zur Digitalen Gesellschaft*. https://initiated21.de/uploads/03_Studien-Publikationen/D21-Digital-Index/2023-24/d21digitalindex_2023-2024.pdf
- infas, DLR, IVT & infas 360. (2018). *Mobilität in Deutschland, Ergebnisbericht*. BMIV. https://www.mobilitaet-in-deutschland.de/archive/pdf/MiD2017_Ergebnisbericht.pdf
- Johnson, F., Schneider, C., & Müller, L. (2023). Zur Entwicklung digitalisierungsbezogener Kompetenzen und Einstellungen von Lehramtsstudierenden im Verlauf des Bachelor of Education. *Unterrichtswissenschaft* 51, 605–622. <https://link.springer.com/article/10.1007/s42010-023-00185-y>
- Kegler, B. (2021). *Forschungsbedarf: Bedeutung kultureller Aktivitäten und kultureller Teilhabe für ländliche Räume*. BMEL https://www.ble.de/SharedDocs/Downloads/DE/Projektfoerderung/BULE/Faktor-K-Forschungsbedarf.pdf;jsessionid=A76CF5DF0666618B447CD56C8EAC6D86.internet952?__blob=publicationFile&v=2
- Klaas, K., & Kaas Elias, A. (2021). *Verkehrswende im ländlichen Raum*. VCD Fact Sheet. https://www.vcd.org/fileadmin/user_upload/Redaktion/Themen/soziale_Verkehrswende/VCD_Factsheet_Verkehrswende_laendlicher_Raum.pdf

- Klein, A. (2015). Bürgerschaftliches Engagement und politische Partizipation. *Freiwilliges Engagement und politische Partizipation. Auf der Suche nach Verbindungen*. In Bundesnetzwerk Bürgergesellschaftliches Engagement (Hrsg.), *Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland 1/2015*. https://www.b-b-e.de/fileadmin/Redaktion/05_Newsletter/01_BBE_Newsletter/bis_2017/2015/nl01_thesenpapier_klein.pdf
- v. d. Knesebeck, O. (2020). Soziales Kapital. In: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) (Hrsg.), *Leitbegriffe der Gesundheitsförderung und Prävention. Glossar zu Konzepten, Strategien und Methoden*. <https://leitbegriffe.bzga.de/systematisches-verzeichnis/allgemeine-grundbegriffe/soziales-kapital/>
- Kreis Nordfriesland. (2023). *Radverkehrskonzept 2023*. https://www.nordfriesland.de/PDF/Endbericht.PDF?ObjSvrID=2271&ObjID=5262&ObjLa=1&Ext=PDF&WTR=1&_ts=1696843140
- Kreis Nordfriesland & pakora.net (2021). *Leitfaden interkommunale Zusammenarbeit im „Kooperationsraum“*. https://www.nordfriesland.de/PDF/Leitfaden_zur_Kooperationsraumidee.PDF?ObjSvrID=2271&ObjID=4557&ObjLa=1&Ext=PDF&WTR=1&_ts=1650977257
- Kreis Nordfriesland. (o.J.a). *Kooperationsräume in Nordfriesland*. <https://www.nordfriesland.de/Kreis-Verwaltung/Projekte-Initiativen/Kooperationsr%C3%A4ume-in-Nordfriesland/>
- Kreis Nordfriesland. (o. J.b). *Nacht-Taxi*. <https://www.nordfriesland.de/Wirtschaft-Tourismus/%C3%96PNV/Nacht-Taxi/>
- Kropp, P., & Seibert, H. (2023). Der Kohleausstieg und seine potenziellen Folgen für die regionale Beschäftigungsstruktur: Ein Blick in die Reviere. In N. Goldschmidt & M. Rehm (Hrsg.), *Soziale Nachhaltigkeit in der Region* (S. 33-55). <https://doi.org/10.1515/9783110701678-003>
- Kropp, P., Sujata, U., Weyh, A., & Fritzsche, B. (2019). *Kurzstudie zur Beschäftigungsstruktur im Mitteldeutschen Revier*. IAB. https://doku.iab.de/regional/S/2019/regional_s_0119.pdf
- Kruse, J. (2014). *Qualitative Interviewforschung. Ein integrativer Ansatz*. Beltz Juventa.
- Kuckartz, U., & Rädiker, S. (2022). *Qualitative Inhaltsanalyse: Methoden, Praxis, Computerunterstützung*. Beltz Juventa.
- Küpper, P., & Seel, M. (2022). Bewertung der Nahversorgung zwischen Treffpunktfunktion, Präferenzen, Ressourcen, Bewältigungsstrategien und räumlicher Nähe. *disP - The Planning Review*, 58(2), 56-73. <https://doi.org/10.1080/02513625.2022.2123163>
- Lamnek, S. (2005). *Gruppendiskussion: Theorie und Praxis*. UTB.
- Landesministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft & Landesministerium für Finanzen Baden-Württemberg. (2023, 04. April). *Pressemeldung Nr. 43/2023, Kommunaler Förderwettbewerb „Auf dem Weg zur Klimaneutralität“: Die Gewinner sind Denzlingen, Ludwigsburg, Freiburg und der Landkreis Calw*. [Pressemitteilung]. <https://denzlingen.de/de/aktuelles/show.php?file=213&id=1156>
- Landkreis Emsland. (2018). *Handbuch EmslandDorfPlan*. https://www.emsland.de/pdf_files/arbeitskreis-demografie/handbuch-emslanndorfplan-mit-icons-29112018_2935_1.pdf
- Landtag Mecklenburg-Vorpommern. (2016). *Die Enquete-Kommission: Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern*. https://www.landtag-mv.de/fileadmin/media/Dokumente/Ausschuesse/Enquete-Kommission/EK_Aelterwerden_web.pdf

- Mayer, M. (2021). *Fachkräfteengpässe und Zuwanderung aus Unternehmenssicht in Deutschland 2021: Stärkerer Anstieg als im Vorjahr angenommen*. Bertelsmann Stiftung
- Mayer, M., & Clemens, M. (2021). *Fachkräftemigrationsmonitor*. Bertelsmann Stiftung.
<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/fachkraefteengpaesse-und-zuwanderung-aus-unternehmenssicht-in-deutschland-2021-staerkerer-anstieg-als-im-vorjahr-angenommen-all>
- Michell-Auli, P., Strunk-Richter, G., & Tebest, R. (2010). *Was leisten Pflegestützpunkte? Konzeption und Umsetzung. Ergebnisse aus der „Werkstatt Pflegestützpunkte“*. Kuratorium Deutsche Altershilfe.
- Ministerium für Bildung und Kultur Saarland. (o.J.). *Digitale Bildung im Saarland*.
https://www.saarland.de/mbk/DE/schwerpunktthemen/digitale_bildung_saarland/digitalebildung_node.html
- Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg. (2024). *Klimaschutzpakt*.
<https://um.baden-wuerttemberg.de/de/klima/kommunaler-klimaschutz/klimaschutzpakt>
- Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg. (2023). *4. Klimaschutzpakt 2023/2024 des Landes Baden-Württemberg mit den kommunalen Landesverbänden*.
https://um.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-um/intern/Dateien/Dokumente/4_Klima/Klimaschutz/Vierter-Klimaschutzpakt-barrierefrei.pdf
- Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg. (o.J.). *Die Energiewende beschleunigen*. <https://stm.baden-wuerttemberg.de/de/themen/task-force-erneuerbare-energien#c133346>
- Offe, C., & Fuchs, S. (2001). Schwund des Sozialkapitals? Der Fall Deutschland, in: R. D. Putnam (Hrsg.), *Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich* (S. 417-514). Bertelsmann Stiftung Verlag.
- Pendlerinfo. (o. J.). *Leben und arbeiten in Dänemark: Verkehr*.
https://www.pendlerinfo.org/pendlerinfo/de/Leben_und_arbeiten_in_Daenemark/Verkehr/
- Pieper, J., Schneider, U., Schröder, W., & Stilling, G. (2023). *Zwischen Pandemie und Inflation. Paritätischer Armutsbericht 2022*. Der Paritätische Gesamtverband. https://www.paritaet-brb.de/fileadmin/dokumente/Publikationen/broschuere_armutsbericht-2022_auf2_web.pdf
- Pour, F. H. (2024). *Verhinderte Fachkräfte. Wie soziale Ausschlussmechanismen die Arbeitsmarktintegration von Fachkräften aus Nicht-EU-Ländern systematisch verhindern*. FES impuls. <https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/20944.pdf>
- Ragnitz, J., & Thum, M. (2019). Gleichwertig, nicht gleich. Zur Debatte um die „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“. *Bundeszentrale für politische Bildung: Aus Politik und Zeitgeschichte* 46, 13-18. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/300052/gleichwertig-nicht-gleich/>
- Röpke, W., Flämig, M., & Werner, P. (2019). Standortmarketing Jena: Mit authentischen Botschaften Unternehmen und Fachkräfte gewinnen. In T. Breyer-Mayländer & C. Zerres (Hrsg), *Stadtmarketing* (S. 299-312). Springer Gabler. https://doi.org/10.1007/978-3-658-26254-9_17
- Redaktion RUHR24. (2023, 25. April). *Ehrenamtler gesucht: Engagiere dich für Hilfsbedürftige!* RUHR24. <https://www.ruhr24.de/dortmund/ehrenamtler-gesucht-engagiere-dich-hilfsbeduerftige-13094612.html>
- Sander, H., Schüler, A., & Siebenmorgen, B. (2021). *Strukturwandel im Mitteldeutschen Braunkohlerevier. Ansatzpunkte einer sozialökologischen Transformation*. Rosa Luxemburg

- Stiftung. https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_5-21_Strukturwandel.pdf
- Schubert, P., Kuhn, D., & Tahmaz, B. (2023). *Der ZiviZ-Survey 2023: Zivilgesellschaftliche Organisationen im Wandel – Gestaltungspotenziale erkennen. Resilienz und Vielfalt stärken*. ZiviZ im Stifterverband. https://www.ziviz.de/sites/ziv/files/ziviz-survey_2023_hauptbericht.pdf
- Schultz, C., & Kolb, H. (2018). Von der Verwaltung von Arbeitslosigkeit zur Fachkräftegewinnung: (Neue) Perspektiven kommunaler Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik. In F. Gesemann, & R. Roth (Hrsg.), *Handbuch Lokale Integrationspolitik* (S.509-523). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-13409-9_22
- Schulz, M. (2012). Quick and easy!? Fokusgruppen in der angewandten Sozialwissenschaft. In M. Schulz, B. Mack & O. Renn (Hrsg.), *Fokusgruppen in der empirischen Sozialwissenschaft* (S. 9-23). Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-19397-7>
- Schumacher, J. (2015). *Kooperation von Haupt- und Ehrenamtlichen in Pflege, Sport und Kultur. Bericht über eine empirische Studie im Auftrag des BMFSFJ*. INBAS Sozialforschung. <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/94178/4c96c074b83445f80315996abd9c1283/kooperation-von-haupt-und-ehrenamtlichen-in-pflege-sport-und-kultur-endbericht-data.pdf>
- Senius, K., & Höffken, W. (2020). *Kohleausstieg und Strukturwandel in Sachsen-Anhalt*. Friedrich Ebert Stiftung. <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/sachsen-anhalt/17149.pdf>
- Simonson, J., Kelle, N., Kausmann, C., & Tesch-Römer, C. (2021). *Freiwilliges Engagement in Deutschland- Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019*. Deutsches Zentrum für Altersfragen. https://www.dza.de/fileadmin/dza/Dokumente/Forschung/Publikationen%20Forschung/Freiwilliges_Engagement_in_Deutschland_-_der_Deutsche_Freiwilligensurvey_2019.pdf
- Smithson, J. (2007). Using focus groups in social research. In P. Alasuutari, L. Bickman & J. S. Brannen (Hrsg.), *The Sage Handbook of Social Research Methods* (S. 356-371). Sage.
- SMWA. (2019). *Heimat für Fachkräfte. Fachkräftestrategie 2030 für den Freistaat Sachsen*. <https://publikationen.sachsen.de/bdb/artikel/33962/documents/52881>
- Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt. (2021). *Strukturentwicklungsprogramm Mitteldeutsches Revier Sachsen-Anhalt*. https://strukturwandel.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Schulung/Strukturwandel/SEP/Strukturentwicklungsprogramm_Onlinefassung_barrierearm_.pdf
- Stabsstelle integrierte Sozialplanung des Landkreises Vorpommern-Greifswald (2017). *Sozialbericht des Landkreises Vorpommern-Greifswald 2017, Teil II*. https://www.kreis-vg.de/media/custom/2098_616_1.PDF?1523529448
- Stadt Dortmund Sozialamt. (2022). *Weiterentwicklung der Hilfen für wohnungslose Menschen*. Stadt Dortmund. [https://rathaus.dortmund.de/dosys/gremrech.nsf/0/BE4722DD0D664B59C12588DE001B402F/\\$FILE/Bericht%20Weiterentwicklung%20WoLo%202022.pdf](https://rathaus.dortmund.de/dosys/gremrech.nsf/0/BE4722DD0D664B59C12588DE001B402F/$FILE/Bericht%20Weiterentwicklung%20WoLo%202022.pdf)
- Stadt Freiburg im Breisgau. (2018). *Online-Beteiligung zum Klimaschutzkonzept 2018*. <https://www.freiburg.de/pb/1258400.html>
- Stadt Freiburg im Breisgau (2019). *Freiburger Klimaschutzkonzept*. https://www.freiburg.de/pb/site/Freiburg/get/params_E-696331855/1862327/Satz_KSK-Broschu%CC%88re_Web_barrierefrei.pdf

- SR. (2023, 23. September). *Saarland beim 5G-Ausbau knapp unter Bundes-Durchschnitt*. https://www.sr.de/sr/home/nachrichten/panorama/saarland_mobilfunk_5g_abdeckung_100.html
- Statista. (2024). *Bedeutung der Digitalisierung für den ländlichen Raum in Deutschland im Jahr 2019*. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1154211/umfrage/chancen-laendlicher-raum-digitalisierung/>
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg. (o.J.). *Ankünfte und Übernachtungen Januar – Dezember 2022*. Tourismus Netzwerk Baden-Württemberg. <https://bw.tourismuszusatzwirtschaft.info/wp-content/uploads/2023/02/12-2022-Jahresteil-SW5-kumulierte-Monatszahlen-Ankuenfte-und-Uebernachtungen.pdf>
- Staubach, R., Kabis-Staubach, T., & Martha, T. (2008). *Topografie des Engagements in der Dortmunder Nordstadt*. Planerladen e.V. https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/06_forschung/Projekteuebersicht/Partizipation_und_Teilhabe/PDFs/Topografie_Dortmund.pdf
- Thünen- Institut Forschungsbereich ländliche Räume. (2024). *Thünen-Landatlas*. <https://karten.landatlas.de/>
- Van den Berg, N., Fleßa, S., & Hoffmann, W. (2021). *Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum*. Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/themen/stadt-land/laendliche-raeume/334219/gesundheitsversorgung-im-laendlichen-raum/#:~:text=In%20l%C3%A4ndlichen%20Regionen%20werden%20gemessen,wenige%20rztinnen%20und%20rzte%20versorgt.>
- vbw. (2023, 10. August). *2035 fehlen in Schwaben rund 74.000 Arbeitskräfte / Brossardt: „Etwas günstigere Entwicklung in Ballungszentren“*. [Pressemitteilung]. <https://www.vbw-bayern.de/vbw/PresseCenter/Pressemitteilung-zur-Arbeitskr%C3%A4fteentwicklung-in-Schwaben-Studie-Regionale-Arbeitslandschaften.jsp>
- vbw. (2024). *Der Arbeitsmarkt im Januar 2024*. <https://www.vbw-bayern.de/Redaktion/Freizugaengliche-Medien/Abteilungen-GS/Volkswirtschaft/2024/Downloads/01-2024-Arbeitsmarkt.pdf>
- Vogl, S. (2019). Gruppendiskussion. In Baur, N., Blasius, J. (Hrsg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung* (S.695-700). Springer VS.
- Weingarten, P., & Steinführer, A. (2020). Daseinsvorsorge, gleichwertige Lebensverhältnisse und ländliche Räume im 21. Jahrhundert. *Z Politikwiss* 30, 653–665. <https://doi.org/10.1007/s41358-020-00246-z>
- Zimmermann, O., Schulz, G., & Brüheim, T. (2022). *Dossier Land-Art*. Deutscher Kulturrat e.V. https://www.kulturrat.de/wp-content/uploads/2022/11/Dossier_Land-Art.pdf

8. Anhang

8.1. A: Besetzung der Fokusgruppen

Digitale Teilhabe (Saarland)

- Anne Blum, Mittelstand-Digital Zentrum Saarbrücken, Projektleitung / Produktionsvernetzung
- Thomas Haböck, Breitbandbüro Saar/eGo-Saar, Leiter Breitbandbüro Saar
- Carolin Mayer-Klein, East Side Fab e.V., Projektleitung EDIH Saarland
- Univ.-Prof. Dr. phil. Markus Peschel, Universität des Saarlandes - Fakultät Naturwissenschaften/Technik, Didaktik des Sachunterrichts und Lehramt für Primarstufe
- Wolf-Dieter Scheid, Landesarbeitsgemeinschaft für Evangelische Erwachsenenbildung im Saarland, pädagogischer Mitarbeiter
- Stephan Thul, Zweckverband eGo-Saar - elektronische Verwaltung im Saarland, Geschäftsführung
- Lea Veith, Wirtschaftsförderungsgesellschaft St. Wendeler Land mbH, Projektmitarbeiterin Digitales Kompetenzzentrum

Strukturwandel und Strukturstärkung (Mitteldeutsches Revier Sachsen-Anhalt)

- Reinhard Artus, Polykum e.V. -Fördergemeinschaft für Polymerentwicklung und Kunststofftechnik in Mitteldeutschland, Communications Manager
- Dr. Norma Henkel, WIR!- Bündnis GOLEHM – Initiative für Lehm- und nachhaltige Kreislaufwirtschaft, Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt, Archäologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin
- Annett Kautz, Revierpionier, Europäische Metropolregion Mitteldeutschland, Projektleitung
- Richard Körner, STARK Umwelt- und Naturschutz, Mitarbeiter
- Uwe Lummitsch, Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligen Agenturen (LAGFA) Sachsen-Anhalt e.V., Geschäftsführung
- Dr. Christina Peters, PIC- Pi Innovation Culture GmbH, Geschäftsführung und Mitgründerin
- Dr. Hilmar Preuß, Gemeinnützige Gesellschaft des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Förderung von Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmern und der Jugend mbH (GFAAJ mbH), Revierwende, Projektreferent im Revierwendebüro Halle (Saale)
- Peter Putsch, Exipnos GmbH, RUBIO – regionales Bündnis für technische Biokunststoffe, Projektkoordinator

Klima und Umwelt (Schwarzwald/Regierungsbezirk Freiburg)

- Markus Dangel, Große Kreisstadt Waldkirch, Klimaschutzmanagement
- Sonja Eiche, Erneuerbare Energien Kleines Wiesental e.V., Vorstandsmitglied
- Georg Freidel, Landratsamt Waldshut, Kreisforstamt Außenstelle Bad Säckingen, Revierleiter und Privatwaldsachbearbeiter, Förster
- Dennis Fila, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Projekt "Lokale Kompetenzentwicklung zur Klimawandelanpassung in kleinen und mittleren Kommunen und Landkreisen" (LoKlim), Wissenschaftlicher Mitarbeiter
- Nele Hoge, Landkreis Lörrach, Klimaschutzmanagement
- Diana Sträuber, fesa e.V., Vorstandsmitglied
- Richard Krogull-Raub, BUND-Landesverbands Baden-Württemberg e.V., BUND-Gruppe Nördlicher Breisgau, stellvertretender Vorsitzender

Mobilität und ÖPNV (Nordfriesland)

- Hauke Klünder, Amt Viöl, Stabsstelle Förderscouting der Kommunen in Nordfriesland, Leitung
- Christiane Lage-Kress, mobiliteam by NAH.SH
- Klaus Moldenhauer, AG-Mobilität des Kooperationsraums Mittleres Eiderstedt
- Elisabeth Rotte, smarna – Smarte Nachbarschaft für die Mobilität der Zukunft, Mobilitäts- und Projektkoordinatorin
- Werner Schweizer, Dörpsmobil-Botschafter, ehem. Bürgermeister Klixbüll
- Uwe Schwalm, Ehem. Kreistagsabgeordneter beim Kreis Nordfriesland und ehem. stellv. Landrat, Leiter der AG Mobilität des Kooperationsraums mittleres Eiderstedt

Fachkräfte und Integration (Regierungsbezirk Schwaben)

- Clara Bracklo, Integreat - Tür an Tür Digitalfabrik gGmbH, Geschäftsführerin und Verantwortliche für Wirkungsmessung & Evaluation
- Jutta Brunnenmeier, Regierung von Schwaben, örtliche Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen
- Arthur Depner, Tür an Tür – Integrationsprojekte gGmbH, Projektleitung und Qualifizierungsbegleitung Augsburg im Regionalen Integrationsnetzwerk MigraNet plus Südostbayern im Förderprogramm Integration durch Qualifizierung (IQ)
- Elmar Fuchs, Regierung von Schwaben, Bezirksschwerbehindertenvertretung
- Monika Hermann-Sanou, Unternehmensinitiative Bayern; Koordination/ Selbstständig u.a. Beraterin "Flüchtlinge in Ausbildung" bei der Firma G. J. Kaes
- Cornelia Janni-Schmid, Bildungswerk der Bayerischen Wirtschaft (bbw) gemeinnützige GmbH, Leiterin Geschäftsbereich Produktmanagement Gesundheit und Pflege
- Oliver Kraus, Berufsfachschule für Pflege und Krankenpflegehilfe, Wertachkliniken Bobingen und Schwabmünchen, Stellvertretende Schulleitung
- Dr. Cornelia Paulus, AK Asyl Kaufbeuren, Ehrenamtskoordination und Integrationslotsin
- Ing. Dr. Ernst Pernklaus, ehemaliger Geschäftsführer einer Aluminiumhütte

Gesundheit und Pflege (Landkreis Vorpommern-Greifswald)

- Dr. Janina Becker, Landkreis Vorpommern-Greifswald, Sachgebietsleiterin Gesundheitsförderung und Integrierte Sozialplanung
- Anne Eggebrecht, Landkreis Vorpommern-Greifswald, Pflegestützpunkt Greifswald, Sozialberaterin
- Franziska Höhne (M.A.), Diakonie Pflegedienst gGmbH in Vorpommern, Projektkoordinatorin für Unternehmenskommunikation / PR
- Dr. Timm Laslo, Eigenbetrieb Rettungsdienst, Betriebsleitung
- Thomas Nadler (MBA), HaffNet Management GmbH
- Dr. phil. Dorothea Orsson, Universitätsmedizin Greifswald, Klinik für Anästhesie, Intensiv-, Notfall- und Schmerzmedizin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin Fachspezifische Linguistik, Kommunikationsmodelle in der Notfallmedizin, sprachwissenschaftliche Leitung, Projektkoordinatorin
- Prof. Dr. Neeltje van den Berg, Universitätsmedizin Greifswald, Institut für Community Medicine Abt. Versorgungsepidemiologie & Community Health, Stellv. Abt.leitung und Bereichsleitung Innovative Versorgungskonzepte / regionale Versorgung

Nahversorgung und kulturelle Teilhabe (Emsland)

- Sonja Ahrend, Samtgemeinde Freren, Erste Samtgemeinderätin
- Sebastian Bosse, Bioboten Emsland GmbH & Co. KG, Geschäftsführung
- Franz-Josef Evers, Gemeinde Salzbergen an der Ems, Ortsbürgermeister Holsten-Bexten
- Helga Meyer, Samtgemeinde Lathen, Fachbereichsleitung Soziales
- Burghardt Sonnenburg, Stadtmuseum Meppen, Museumsdirektor
- Sabine Thien, Gemeinde Rhede (Ems), Jugendpflegerin und Schulsozialarbeiterin
- Gabriele Vosse, Soroptimist International Club Leer / Papenburg, Vorstandsmitglied
- Ralf Wellmer, Landkreis Emsland, Abteilungsleiter Kreisentwicklung
- Renuka Vivekananthan, Emsländische Landschaft e.V., Kulturmanagerin und stellv. Geschäftsführerin

Ehrenamt, Engagement und gesellschaftlicher Zusammenhalt (Dortmund)

- Andrea Hitzke, Dortmunder Mitternachtsmission e.V., Leitung
- Karola Jaschewski, Freiwilligenagentur Dortmund, Geschäftsführung
- Katrin Lauterborn, Gast-Haus Ökumenische Wohnungslosen-Initiative e.V., Geschäftsführung
- Heike Rolfmeier, Diakonie Dortmund, Ehrenamtskoordinatorin
- Alime Sekmen, Westfalia Bildungszentrum (WBZ) e.V., Ehrenamtskoordinatorin
- Nicole Siegmann, Mutterzentrum Dortmund, Projektleitung Mehrgenerationenhaus, Geschäftsführerin, Ehrenamtskoordinatorin
- Susanne Smolén, Sozialdienst katholischer Frauen e.V. Hörde, Geschäftsführung

8.2. B: Gesprächsleitfaden

Zeit	Inhalt
30 min	Ankommen in den Räumlichkeiten
Block 1: Begrüßung und thematische Einleitung	
5 min	Begrüßung durch Moderation, thematische Einleitung, Erläuterung des Ablaufs
5 min	Alle Teilnehmenden stellen sich kurz vor: Name, Institution, Bezug zum Thema
2 min	Erklär-Video (Zahlen und Fakten zum Thema)
Block 2: Das Thema – was gelingt in der Region?	
30 min	<ul style="list-style-type: none"> • Frage 1 an ca. 3 TN • Frage 2 an ca. 3 TN • Frage 3 an ca. 3 TN
Block 3: Spezifische Aspekte des Themas	
5 min	Video Input einer Expertin / eines Experten
15 min	<ul style="list-style-type: none"> • Frage 1 • Frage 2 • Frage 3
10 min	Pause
Block 4: Herausforderungen und Unterstützungsbedarf	
20 min	<ul style="list-style-type: none"> • Frage 1 • Frage 2 • Frage 3
Block 5: Das Thema – Chancen und Zukunftsvisionen	
15 min	Antwort durch alle Teilnehmende nach freier Meldung
Block 6: Abschlussrunde	
10 min	Antwort durch alle Teilnehmende nacheinander
5 min	Dank und Abschluss
	Ende der FG-Diskussion

8.3. C: Kodesystem

Kategorie:

„Was in der Region im Hinblick auf Gleichwertige Lebensverhältnisse funktioniert“

Inhaltliche Beschreibung: Gelungene Projekte und Maßnahmen im Hinblick auf die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Themenbereich der FG.

Subkodes	Definition Subkode
Erfolge/ funktionierende Maßnahmen und Projekte	Wahrgenommene Fortschritte oder Erfolge bei der Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen im Themenbereich der FG
Gelingensfaktoren	Faktoren, die zum Gelingen von Maßnahmen und Projekten geführt haben. Bezieht sich auf Projektmanagement und Projektumfeld
Innovationen	Neue Herangehensweisen und Wege, um gleichwertige Lebensverhältnisse im Themenbereich zu fördern. Wir benutzen hier keine strenge Definition von „Innovation“, sondern kodieren alles, was aus Sicht der Regionen als „neu“ oder „innovativ“ betrachtet wird.
Zusammenhänge von Politikfeldern	Begünstigende Konstellationen, ggf. auch Kooperationen verschiedener Politikfelder, ggf. auch politische Zuständigkeiten (Ressorts sachliche Ordnung zu unterscheiden von Ebenen, die im Kode „Kommunikation und Interaktion zwischen Bund, Länder und Regionen“ erfasst werden)

Kategorie: „Humankapital, Fachkräfte, Kompetenzen und Wissen“

Inhaltliche Beschreibung: Die Menschen, die in einer Region leben, arbeiten und sich engagieren, machen die Region erst aus. Humankapital betrifft die Fachkräfte, deren Wissen und Kompetenzen für den jeweiligen Themenbereich gebraucht werden. Humankapital macht Regionen attraktiv und umgekehrt gilt: attraktive Regionen ziehen Menschen mit einem hohen Faktor an Kompetenzen an.

Subkodes	Definition Subkode
Bedarf an Wissen und Kompetenzen	Was braucht es grundsätzlich für die Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen im Thema
Herausforderungen beim Aufbau von Wissen/ Kompetenzen oder auch deren Nutzung	Welche Herausforderung bringt der Aufbau des nötigen Wissens, der notwendigen Kompetenzen mit sich?
Fachkräftemangel	Alle Äußerung zum Thema Fachkräftemangel. Dieser wird als ein Faktor wahrgenommen, der die Gleichwertigkeit im Hinblick auf das Thema beeinflusst.
Wege zur Gewinnung von Fachkräften	Ideen und Maßnahmen, die dazu beitragen (können) passende Fachkräfte zu gewinnen

Kategorie: „Regionale Bindung und Heimat“

Inhaltliche Beschreibung: Faktoren wie regionale Bindung, Heimatbezug, Zusammenhalt etc., die zur Stärkung der Region und zur Erreichung von Fortschritten im Hinblick auf die Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen beitragen.

Subkodes	Definition Subkode
Regionale Akteursnetzwerke & Kooperationen	Formelle wie auch informelle Verbindungen in der Region, die einen Beitrag zur Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen leisten. Was sind wichtige Funktionsträger für die regionale Zusammenarbeit?
Regionaler Wissenstransfer und -austausch	Speicherung, Weitergabe, Vervielfältigung, Streuung, zur Verfügung-Stellung von Wissen als Teilkomponente von Netzwerken.
Regionale Identität	Äußerungen, die die regionale Identität, Einzigartigkeit und Zufriedenheit betreffen, auch in Bezug auf das Themenfeld
Beitrag von ehrenamtlichem und zivilgesellschaftlichen Engagement zur Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen	Äußerungen, die die Bedeutung von ehrenamtlichem und zivilgesellschaftlichem Engagement bei der Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen aufzeigen
Grenzen von Engagement	Leistungsgrenzen von, Hindernisse, mangelnde Strukturen und Handlungspotential für Engagement Zusammenarbeit von Haupt und Ehrenamt
Soziales Kapital	Wer kennt wen? Ansprechpartner, Zusammenhang mit Begegnungsräumen

Kategorie: „Infrastrukturen“

Inhaltliche Beschreibung: Infrastrukturen, die bei der Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen in den entsprechenden Themenbereichen eine Rolle spielen.

Subkodes	Definition Subkode
Soziale Infrastruktur/Daseinsvorsorge/ Infrastruktur	Soziale Infrastruktur ist die Gesamtheit der Einrichtungen und Dienste zur sozialen Versorgung der Bevölkerung. Sie unterliegt der öffentlichen Verantwortung, wird aber auch von nicht öffentlichen Akteuren erbracht. Es gehören dazu: Materielle Soziale Infrastruktur (Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten, Pflegeheime etc. Theater etc.).
Begegnungsräume	Menschen brauchen Räume (und Anlässe), in denen sie sich begegnen können, um soziale Netzwerke aufbauen zu können Begegnungsräume sind Räume, in denen Menschen sich treffen und sich austauschen können. Reicht vom Supermarkt, über Kneipen und Restaurant bis zu kulturellen Veranstaltungen und sozialer Infrastruktur, wie Kitas. Sportvereine, auch Kirchen).

	Fließender Übergang von baulichen Räumen zu sozialem Leben, das an vorhandenen Räumen anknüpft.
Technische Infrastruktur	<p>Nennung und Äußerungen zu technischer Infrastruktur, die für die Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen eine Rolle spielen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Breitband, Glasfaser • Kommunikationsinfrastruktur: Leitungen, Funknetze • Verkehrsinfrastruktur: Straßen, Schienen

Kategorie: „Herausforderungen in Bezug auf die Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen im Themenbereich der FG“

Inhaltliche Beschreibung: Aktueller Stand bei der Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen, insbesondere die Herausforderungen, denen die engagierten Akteure aus den Regionen bei ihrer Arbeit begegnen und ihr Umgang mit diesen.

Subkodes	Definition Subkode
Erwartungshaltung und Unzufriedenheit	Erwartungshaltung bzw. Unzufriedenheit in Bezug auf das Themenfeld.
Herausforderungen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen und demographischen Entwicklung	Probleme bei der Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen infolge der wirtschaftlichen Herausforderungen vor Ort.
Konsequenzen ungleicher Lebensverhältnisse	Auswirkungen von ungleichen Lebensverhältnissen auf die Gesellschaft.
Allgemeine Umsetzungsbarrieren	Allgemeine Hinderungen im Themenbereich in dem gleichwertige Lebensverhältnisse hergestellt werden sollen.
Misslingensfaktoren	Probleme bei der Umsetzung von Maßnahmen und Projekten, die das Projektmanagement, Projektumfeld und ähnliches betreffen.
Bewältigung von Herausforderungen	Ideen oder konkrete Schritte, die helfen (könnten) Herausforderungen zu bewältigen.
Negative Folgen gesellschaftlicher Entwicklungen	Herausforderungen im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Entwicklungen, Diskurse und Trends, welche die Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen erschweren.
Zusammenhänge von Politikfeldern, die hinderlich wirken	Hinderliche Konstellationen, ggf. auch Kooperationen verschiedener Politikfelder, ggf. auch pol. Zuständigkeiten, A weiß nicht, was B macht in der Ressortzuständigkeit, keine klare Zuständigkeit.

Kategorie: „Förderpolitik“

Inhaltliche Beschreibung: Alle Aspekte, die sich auf Förderpolitik oder -programme beziehen.

Subkodes	Definition Subkode
Förderbedarfe	Notwendigkeiten von Förderung: Wer und was muss gefördert werden?
Zeitliche Dimension von Förderungen	Kommentare zur zeitlichen Ausgestaltung von Förderungen, Laufzeiten.
Probleme mit Förderungen	Probleme im Rahmen der Antragsstellung, Durchführung, Abrechnung von Förderungen oder Probleme bei der Verstetigung.
Förderlogik	Förderlogik und deren Folgen: strukturelle Herausforderungen, Eigenanteile, „Innovationszwang“ (anstelle bewährter Lösung).
Positive Gestaltung von Förderungen	Was läuft hinsichtlich der Förderung gut und was könnte noch verbessert werden.
Impact/Rolle/Bedeutung von Förderungen	Impact/Rolle/Bedeutung von Förderungen.
Bedeutung von Bundesförderungen	Äußerungen hinsichtlich Bundesförderung und ihrer Bedeutung.
Bedeutung von Landesförderungen	Äußerungen hinsichtlich Landesförderung und ihrer Bedeutung.
Weitere Förderungen	Alle anderen Förderungen (nicht Bundes- oder Landesförderung).
Bewältigung von Herausforderungen bei Förderung	Maßnahmen, Strategien im Umgang mit Herausforderungen bei Förderung, um handlungsfähig zu bleiben.

Kategorie: „Kommunikation und Interaktion zwischen Bund, Länder und Regionen“

Inhaltliche Beschreibung: Alle Äußerungen, die sich auf den Austausch und Umgang zwischen Akteuren der unterschiedlichen Ebenen beziehen, involviert sind.

Subkodes	Definition Subkode
Zusammenwirken im föderalen System Ebenen (Bund-Land-Kommune)	Wie ergänzen sich die Ebenen zum Nutzen der Region? Wie behindern sie sich aber ggf. auch?
Informationskanäle zwischen den Ebenen des Föderalen Systems	Insbesondere Austausch zwischen Kommunen und Bund, aber auch zwischen Kommune und Land sowie Land und Bund. Institutionalisierter Austausch z.B. in Gremien wie Bund-Länder-Kommissionen, Verbänden etc. Informeller Austausch: Woher kommen für die Kommunen oder auch die Bundesministerien relevante Informationen, welches sind relevante Ansprechpersonen oder Institutionen?

Austausch mit der Bundesebene	Gibt es einen Austausch zwischen kommunaler Ebene und Bundesebene? (z.B. top-down, bottom-up) Wie wird dieser Austausch oder auch fehlender Austausch wahrgenommen?
Überregionaler Austausch	Überregionaler Austausch und Wissenstransfer im Rahmen von Vernetzungstreffen, von nationalen Förderprogrammen, EU-Förderung oder auch Stiftungsprogrammen.
Gesetzliche Rahmenbedingungen	Umsetzungsbarrieren oder Bewältigung von Herausforderungen, die auf Gesetzesebene wirken/angegangen werden müssen

Kategorie: „Chancen und Zukunftsvisionen“

Inhaltliche Beschreibung: Voraussetzungen für gleichwertige Lebensverhältnisse, Chancen und Zukunftsvisionen, die von den Teilnehmenden aufgezeigt werden

Subkodes	Definition Subkode
Positive gesellschaftliche Veränderungen	Gesellschaftliche Veränderungen, die sich positiv auf gleichwertige Lebensverhältnisse auswirken.
Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung	Äußerung zu Rolle von Bürgerinnen und Bürgerbeteiligung im Hinblick auf die Erreichung von Fortschritten.
Skalierung von positiven Ansätzen	Äußerungen zu den Möglichkeiten, gute Lösungen größer auszurollen, d.h. in die Breite auszudehnen.
Besonders wichtige Aspekte im Hinblick auf die Erreichung von gleichwertigen Lebensverhältnissen im Themenbereich	Selbstzuordnung der Teilnehmenden, kann von Themenbereich zu Themenbereich anders gelagert sein. Abgrenzen zu: Bewältigung von Herausforderungen, Ideen zur Verbesserung von Förderungen.